

Dissertation im Fach Politikwissenschaften zur Erlangung des
akademischen Grades: „doctor philosophiae“ (Dr. phil.)
Eingereicht an der Kultur-, Sozial- und
Bildungswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität
zu Berlin
Disputation erfolgte am 23. Juli 2019

Umriss eines normativen Autokratiebegriffs als systemtheoretische Skizze

Pablo Michael Zerm

Präsidentin

Der Humboldt-Universität
zu Berlin

Prof. Dr.-Ing. Dr. Sabine Kunst

Dekanin

Der Kultur-, Sozial- und Bildungs-
wissenschaftlichen Fakultät

Prof. Dr. Julia von Blumenthal

Erstgutachter

Prof. Dr. Wolfgang Merkel

Zweitgutachter

Prof. Dr. Friedrich W. Rüb

Zusammenfassung

Die Arbeit macht sich auf die Suche nach den Umrissen eines normativ fundierten Autokratiebegriffs. Begründet ist dieses Unterfangen mit der Beobachtung eines immanenten demokratischen Imperativs in den aktuellen Herrschaftskonzeptionen und Regimetypologien. Als Denkraum dient Niklas Luhmanns Theorie-Architektur der soziologischen Systemtheorie. Die Annahme ist, dass sich mit einer solchen Perspektive der Blick auf die Grundelemente des politischen Systems öffnen, die dann zu einer funktionalen Vernunft-Quelle führen um Autokratie neu zu definieren.

Schlagwörter: Normativität; Autokratie; demokratischer Imperativ; Niklas Luhmann; Systemtheorie

Abstract

Based on the observation of an immanent democratic imperative in contemporary regime typologies and concepts, this work is in search for contours of a normative definition of autocracy.

Niklas Luhmanns theoretical foundations serves as epistemological means to explore functional sources of Vernunft and to overcome metaphysical or natural justifications of order. The assumption is that such a perspective exposes fundamental elements of political systems and their systemic functions for a reformulation of autocracy.

Keywords: Normativity; Autocracy; democratic Imperative; Niklas Luhmann; Systems Theory

Inhaltsverzeichnis

I. EINFÜHRUNG	2
ERKENNTNISINTERESSE UND ARBEITSPRÄMISSEN	6
METHODENWAHL DURCH FRAGESTELLUNG	10
EXPLORATIVE WEGMARKEN DER ARBEIT	11
II. WARUM SYSTEMTHEORIE?	14
III. HERANFÜHRUNG AN DAS LUHMANNSCHE ROOT CONCEPT	21
NIKLAS LUHMANN	22
IDEENGESCHICHTE DES SYSTEMTHEORETISCHEN DENKENS	24
SKIZZE DER SYSTEMTHEORIE	28
SYSTEMTHEORIE IN DER KRITIK	60
IV. POLITIK ALS SYSTEM	67
PERSPEKTIVEN AUF DAS POLITISCHE	67
POLITIK IM SYSTEMTHEORETISCHEN VERSTÄNDNIS	71
DEMOKRATIE IM SYSTEMTHEORETISCHEN VERSTÄNDNIS	75
KRITIK DER SYSTEMTHEORETISCHEN PERSPEKTIVE AUF DIE DEMOKRATIE	78
V. TREIFLICHT IN AUTOKRATIE-DEBATTEN	82
IDEENGESCHICHTLICHES VERMÄCHTNIS	83
RENAISSANCE DER AUTOKRATIEFORSCHUNG	84
AUTOKRATIE IN KONZEPTIONELLER KRITIK	90
VI. ENTWICKLUNG EINER FUNKTIONALEN LETZTBEGRÜNDUNG	100
EINHEIT VON THEORIE UND EMPIRIE	101
NORMATIVITÄT, ETHIK UND MORAL	110
ANFORDERUNGEN AN EINE LETZTBEGRÜNDUNG DER MODERNEN GESELLSCHAFT	116
<i>Erstes Lösungselement: beobachtende Ethik</i>	<i>118</i>
<i>Zweites Lösungselement: Rekursion und Eigenwerte</i>	<i>121</i>
VII. ENTWICKLUNG EINES SYSTEMTHEORETISCHEN AUTOKRATIEBEGRIFFS	126
IDEALTYPUS	126
ANWENDUNG DER FUNKTIONALEN ANALYSE AUF EIN AUTOKRATISCHES SYSTEM	128
ÄQUIVALENZREIHEN DER ANALYSEDIMENSIONEN	137
1. <i>Dimension Steuerung</i>	<i>139</i>
2. <i>Dimension Legitimation</i>	<i>156</i>
3. <i>Dimension autokratischer Sekundärkode</i>	<i>178</i>
4. <i>Dimension Öffentliche Meinung</i>	<i>184</i>
5. <i>Dimension Rationalität</i>	<i>200</i>
6. <i>Dimension Repression</i>	<i>205</i>
7. <i>Dimension Kooptation</i>	<i>210</i>
KARTOGRAFIE DES AUTOKRATISCHEN IDEALTYPUS	213
VIII. RÉSUMÉ	216
MIKROEBENE DES PERSÖNLICHEN ERKENNTNISGEWINNS	216
MESOEbene DES METATHEORETISCHEN ERKENNTNISGEWINNS	219
ZEITDIAGNOSTISCHE EBENE DER ERKENNTNIS	224
<i>Ausblick</i>	<i>227</i>
IX. LITERATURVERZEICHNIS	229

I. Einführung

Vor der Suche nach einem normativen Autokratiebegriff steht die Klärung der Frage: Was ist ‚Autokratie‘? Und damit verbunden: Was wäre dann eine erfolgreiche Autokratie? Die Politikwissenschaften, wenn eine solche Pauschalisierung erlaubt ist, würde erfolgreich mit stabil gleichsetzen und Autokratie von Demokratie absetzen (Vgl. ex.: Gerschewski 2010; Linz 2000; O’Donnell et al. 1986). Drei fundamentale Problemstellungen glaube ich hinter dieser Frage zu erkennen, die bisher von Autokratie-Konzepten ausgeklammert werden. Mehr noch, denen sich das Fach meiner Meinung nach nicht explizit stellt, im besten Fall auf benachbarte Disziplinen verweist und so eine Art metatheoretischen Blindflug durchführt, in dem ihre Konzepte und Analysen nicht im metatheoretischen Raum verortet werden. Als Resonanzverstärker fungiert dabei die zunehmende Verfügbarkeit von großen sozialwissenschaftlichen Datenmengen, die zu einer Art empirischer Heuristik als alleinige Analyseform verführt (gemeint ist insbesondere das aufstrebende Feld der Computational Social Sciences).

Welche drei Problemstellungen sind gemeint? 1.) Das Dilemma der unterschiedlichen Begriffsqualitäten von Autokratie und Demokratie, welches einen inhärenten demokratischen Imperativ in Autokratie-Konzepte einführt. 2.) Als logische Konsequenz dieses Begriffsdilemmas erfolgt eine isolierte Konstruktion und Analyse von Autokratien ohne Verortung in einem politischen Root Concept. Offen bleibt so die Frage nach dem Verbleib einer Autokratie in der Gesellschaft bzw. jene nach der Einbettung von Autokratie-Konzepten in eine politische Ontologie. 3.) Eine solche Frage

nach dem Sein in der Gesellschaft muss auch der wahrscheinlich wichtigsten Säule politischer Ordnungsbeschreibungen gestellt werden, der Legitimität. Gerade die empirische Legitimitätsforschung steht vor einem methodologischen Aggregationsproblem, wenn nach ihrer soziologischen Ontologie gefragt wird (Vgl. Epstein 2015). Exemplarisch wird das Problem im Bereich der agentenbasierten Modellierungen sozialwissenschaftlicher Fragen, die durch ein anthropozentrisches Weltbild das Soziale im Sozialen überdecken.

1. Das Dilemma der Begriffsqualität

Mit dieser Arbeit ziele ich auf das Grundproblem der antagonistischen Begriffe Demokratie und Autokratie und ihrer unterschiedlichen Begriffsqualitäten. Demokratie ist ein prinzipiell präskriptives Konstrukt. Die Entwicklungsgeschichte der Demokratie gibt Zeugnis von den "unterschiedlichen normativen Grundlagen" in Theorie und Realität (Merkel 2010a, S. 26); (Waschkuhn 1998, S. 3). Demokratietheorien sind insbesondere durch ihre moralischen Leitprinzipien zu unterscheiden (Schmidt 2010, S. 540). Durch die Ausrichtung an solchen demokratischen Zielvorstellungen kann auch die empirische Demokratietheorie ihre normative Herkunft nicht verleugnen (Sartori 2006, S. 27–28). Aus diesem Grunde kann die Unterscheidung in eine "normative" Demokratielehre und eine "empirische" oder "realistische" Demokratietheorie, die spätestens seit Cnudde und Neubauer (Cnudde und Neubauer 1969, S. passim) zum Standardrepertoire der politikwissenschaftlichen Forschung gehört, das Dilemma der unter-

schiedlichen Begriffsqualität gegenüber derjenigen der Autokratie auch nicht heilen. Soll die begriffliche Dichotomie von Autokratie und Demokratie fortgeführt werden, ob im Kontext von Kontinua, Regime-Typologisierungen oder schlicht in einer semantischen Verwendung, ist Einigkeit über ein "autokratisches Minimum" zu erzielen, welches die "ontologischen Elemente der Autokratie" umreißt (Schmotz 2010, S. 57). Nur durch ein solches "Einvernehmen über die Gestalt des gemeinsam untersuchten Phänomens" hat die Diktaturforschung überhaupt erst die Chance, wissenschaftliche Erkenntnis kumulativ aufeinander zu beziehen (Patzelt 2009, S. 173). Das Grund-Dilemma der Autokratieforschung ist deshalb die ungleiche Analyseebene oder Begriffsqualität im Vergleich zu ihrem Bezugspunkt, der Demokratie. Der Demokratie-Autokratie Dualismus erscheint damit als ein Scheingefecht, denn hier werden Äpfel mit Birnen verglichen (Vgl. auch Knobloch 2013, S. 39). Dieses Dilemma erzeugt einen unauflösbaren Konflikt in dem Versuch, die verschiedenen Grade von Autokratie methodologisch zu erfassen.

Sollte sich diese These der unterschiedlichen Begriffsqualitäten als richtig erweisen, führt dies zu einem methodologischen Kollateralschaden, den ich zugespitzt bereits im Titel den Politikwissenschaften unterstelle: die Existenz eines Demokratie-Bias. Erst mit einer normativen Begriffsqualität, so meine Prämisse, ist Autokratie überhaupt erst als Gegenpart zur Demokratie "theorie-tauglich".

2. Die Autokratie ohne Gesellschaft

Analog zu David Eastons Kritik an den Demokratietheorien, die als bloße Teilkonzepte nur im Rahmen einer allgemeinen Theorie der politischen Systeme fruchtbar gemacht werden können (Easton 1965, S. 15, 480ff), möchte ich diese Prämisse auch auf die Autokratietheorien erweitern. In Konsequenz bedeutet das für diese Arbeit, dass sich die Begriffsentwicklung aus einem allgemeinen Konzept des politischen Systems, einem Root Concept, entwickeln lassen muss. Ein solches definitorisches Postulat setzt sich von klassischen Konzepten der Autokratie ab.

Erst hiermit, d. h. durch eine vorangestellte metatheoretische Perspektive über die grundsätzlichen Merkmale erfolgreicher Autokratie, kann ein Bezugspunkt für die Erklärungen von erfolgreichen autokratischen Systemen gesetzt werden. Dieser Bezugspunkt innerhalb des Betrachtungssystems Autokratie fehlt gemeinhin und erzwingt einen methodologischen Kunstfehler durch das Verwenden von Ersatzbezügen zum Demokratiemodell.

3. Das anthropozentrische Weltbild der Gesellschaftswissenschaften

Am Beispiel der empirischen Legitimitätsforschung zeigt sich eine Frage besonders deutlich, die im Grunde alle Gesellschaftswissenschaften betrifft. Lässt sich aus individuellen Einstellungen gesellschaftliche Einstellungen, wie bspw. politische Legitimität, aggregieren? Interessanterweise scheint sich eine solche methodologische Frage für eine Vielzahl von Disziplinen überhaupt nicht zu stellen, denken wir nur an die Volkswirtschaftslehre, an die Psychologie und eben auch an die Politik- bzw. Sozialwissenschaften.

Alle speisen sie ihre Ergebnisse wie selbstverständlich aus der Aggregation von Individuen. Es gilt das Paradigma: Our "social world is made and maintained by us, by our mental attitudes" (Epstein 2015a, S. 56). Nun steht dieses anthropozentrische Weltbild immer wieder zur Diskussion. Es ist die Frage nach dem Sozialen im Sozialen. Der Lakatos-Preis Gewinner Brian Epstein hat dieser Debatte neuen Schwung verliehen (Epstein 2015a, S. passim). In seinem Problemaufriss und vor allem in seiner Kritik an verschiedenen Modellen soziologischer Ontologien möchte ich ihm in dieser Arbeit folgen, nicht aber in der Lösungskonstruktion als Konsequenz aus dieser Problematik.

Erkenntnisinteresse und Arbeitsprämissen

Dieser Arbeit liegt die Frage zugrunde, auf welche normative Begründung sich ein Autokratiebegriff stützen kann, um den demokratischen Imperativ von Herrschaftsanalysen überwinden zu können. Und dies nicht im Sinne einer Diskreditierung der Demokratie, sondern aus methodologischen Gründen. Es ist das Ziel dieser Arbeit, diese identifizierte Leerstelle zu füllen und einen normativen Autokratiebegriff zu entwickeln. Wo vertraute Begriffe versagen, soll ein Definitionsraum *sui generis* Einzug halten. Ich schlage also vor, analog der normativen Begriffsqualität der Demokratie, die Konstruktion eines ebenfalls normativen Autokratiebegriffs zu entwickeln und dabei die Rahmenbedingungen der aufgeworfenen Problemtrias Begriffsqualität, Root Concept und Aggregation zu berücksichtigen.

Unser wahrheitskritischer Zeitgeist verlangt meins Erachtens dabei nach einer Letztbegründung dieses normativen Begriffs, die sich nicht metaphysisch oder Vernunft begründet herleitet, sondern rein funktional. Als Entparadoxierung der eigentlich antagonistischen Begriffe von Funktionalität und Normativität dient konstruktiv die Funktionsäquivalenz von Normativität und ontologisch der Totalitarismus der verwendeten Gesellschaftstheorie: es gibt soziale Systeme'.

Im Sinne Giovanni Sartoris verstehe ich die Skizze von Umrissen eines Autokratiebegriffs als eine Begriffsbestimmung, "die das hervorbringt, was am wichtigsten ist, die sich auf die Verstärkung (Konnotation), nicht auf die Ausweitung (Denotation) des Konzeptes konzentriert" (Sartori 1999, S. 586). In dieser Arbeit stütze ich mich deshalb auf Arbeitsprämissen, deren Plausibilität hier nicht weiter kritisch hinterfragt werden kann.

Komplexität der modernen Gesellschaft

Neben der Notwendigkeit der Einbettung des Autokratiebegriffs in ein allgemeines Politikkonzept muss wiederum auch dieses politische System in die Gesellschaft eingebettet oder auf irgendeine Art mit ihr verbunden sein. In früherer Zeit setzte hier die Suche nach einer *Grand Theory* an, die über eine solche universelle Reichweite verfügt. Jedoch, die Entwicklung von solchen Großtheorien ist nicht mehr Bestandteil aktueller sozialwissenschaftlicher Anstrengungen. Ein Grund mag die Natur der modernen Gesellschaft sein, die, unabhängig von ihrem konkreten Begriffsverständnis, gesteigerte soziale Komplexität als einen

Wesenskern zu haben scheint. Dies ergibt sich aus der Beobachtung heraus, dass sich der gesellschaftliche Kontext in eine sehr stark ansteigende Zahl von Verbindungen und Verknüpfungen verzweigt. Die Anzahl der Relationen in einem System definiert den Grad an systemischer Komplexität.

Als Folie für einen Autokratiebegriff möchte ich deshalb gesellschaftliche Komplexität der modernen Gesellschaft annehmen. Obwohl deren Begründung, beispielsweise durch die funktionale gesellschaftliche Ausdifferenzierung, evolutionstheoretisch noch ungenügend erklärt ist.

Funktionale Ausdifferenzierung der modernen Gesellschaft

Trotz des Fehlens von weiterführenden evolutionstheoretischen Konzepten, die eine funktionale Ausdifferenzierung der Gesellschaft hinreichend plausibilisiert, möchte ich diese Gesellschaftsstruktur sowohl als ein "kognitives als auch ein evaluatives Apriori der Moderne" (Schimank 2015, S. 94) betrachten. Sie stellt meinen Arbeitsfokus dar, die nachfolgenden Überlegungen bewegen sich deshalb auch nur innerhalb dieser Strukturdeterminanten.

Minimaldefinition der Autokratie

Auch wenn es das Ziel dieser Arbeit ist, einen normativen Autokratiebegriff erst zu entwickeln, so muss doch Klarheit darüber herrschen, was mit Autokratie in ihrem kleinsten Kern gemeint ist, wenn diese normativ fundiert werden soll. Als rein funktionale Arbeitsprämisse möchte ich deshalb die Abwesenheit von Wahlen als den kleinsten möglichen Nenner einer idealtypischen Autokratie definieren.

Zweie Dilemmata sind bei diesem Schritt zu überwinden. Einmal die Gefahr einer definitorischen Tautologie und zum anderen eine ontologische „Ursünde“ in der Form: ‚Es gibt Autokratien‘.

Zur Vermeidung eines tautologischen Vorgehens übernehme ich die Idee einer sogenannte "Minimaldefinitionen" im Sinne einer *conditio sine qua non*. Alle weiteren möglichen Elemente einer Autokratie betrachte ich bis zur Entwicklung eines autokratischen Idealtypus als maximal hinreichende Bedingungen. Eine solche Minimaldefinition ist damit nicht zu verwechseln mit Definitionen früherer Demokratietheoretiker (vgl. Merkel 2015, S. 8). Sie ist lediglich Ausgangspunkt, um von dort den Begriffsraum der Autokratie systemtheoretisch zu erkunden.

Zur Überwindung des ontologischen Dilemmas möchte ich ein formal-mathematisches Argument heranziehen und Autokratie schlicht als die andere Seite der Unterscheidung von Demokratie betrachten. In diesem Sinne ist Autokratie eine Art Residual-Kategorie jedoch ohne einen demokratischen Bias, da sie nur auf einer unterscheidungslogischen Trennung basiert und sich einem weiteren definitorischen Raum verweigert (vgl. Kapitel III bzw. Spencer Browns Laws of Forms).

Die funktionale Argumentation der hier verwendeten Minimaldefinition ergibt sich durch den systemtheoretischen Machtkreislauf der Demokratie bzw. seine Unterbrechung durch die Entfernung von Wahlen (vgl. zum Machtkreislauf Kapitel IV). Daneben wird der der Primär-Code in einem solch unterbrochenen Machtkreislauf nicht mehr durch den Sekundär-Code Regierung/Opposition und den Tertiär-Code Rechts/Links zweifach abgeschirmt. Mit diesem Verständnis wird die Minimaldefinition anschlussfähig an die Systemtheorie, wenn wir Luhmanns Demokratiebegriff

heranziehen: "Spaltung der Spitze des ausdifferenzierten politischen Systems durch die Unterscheidung von Regierung und Opposition" (Luhmann 1986, S. 208). Im Umkehrschluss ist eine Minimaldefinition der Autokratie durch die Abwesenheit von Wahlen gekennzeichnet, indem eine nicht-geteilte, eine geeinte Spitze das Subsystem Politik des politischen Systems dominiert.

Methodenwahl durch Fragestellung

Die Suche nach den Umrissen eines normativen Autokratiebegriffs gleicht einer explorativen Reise durch ein existierendes Repertoire theoretischer Instrumente. Das Ziel dieser Arbeit ist ein theoretischer Nachweis durch die Freilegung eines normativen Autokratiebegriffs, keine originäre Theoriekonstruktion. Typologisch handelt es sich bei diesem Begriff um einen *Idealtypus* im Sinne Max Webers, methodisch um eine "Initial Operational Capability (IOC)". In Analogie zu einem Konstrukt aus der Rüstungsindustrie, bei dem Waffensysteme bereits im Stadium einer Anfangsbefähigung beschränkten Einsätzen zugeführt werden und im Gegensatz zur "Full Operational Capability (FOC)" (United States Departments of Defense 8. Nov 2010, S. 134), verstehe ich meine zu entwickelnde Gedankenfigur als hinreichend für eine Analyse. Entkleidet um die militärspezifischen Begriffe der IOC-Definition wäre der Status meiner normativen Fundierung eines Autokratiebegriffs als "erste Anfangsbefähigung zur operationellen theoretischen Verwendung innerhalb politischer Systeme" zu verstehen.

Aus Mangel an sozialwissenschaftlichen Theorien mit maximaler Reichweite führt eine solche Anforderung meines Erachtens

zwangsläufig zu Niklas Luhmanns soziologischer Systemtheorie. Sie soll mir Denkmittel sein, um von den elementaren Funktionen des politischen Systems die funktionalen Äquivalente eines idealtypischen, autokratischen Systems zu isolieren. Mit anderen Worten: die Ontogenese autokratischer Normativität erfolgt aus ihren funktionalen Anforderungen.

Explorative Wegmarken der Arbeit

Die Entfaltung der Argumentation gliedert sich in folgende Schritte: Nach dieser Einleitung möchte ich im II. Kapitel eine Auswahlbegründung auf die Frage liefern: ‚Warum Systemtheorie?‘ Vor dem Hintergrund meiner Eingangskritik wird hier argumentiert, dass nur eine allgemeine Theorie der Gesellschaft das Fundament zur Entwicklung meiner Argumentation sein kann. Im III. Kapitel wird zu einer solchen Gesellschaftstheorie an das ‚Root Concept‘ dieser Arbeit herangeführt. Neben der Darstellung der Theoriearchitektur müssen sich die wichtigsten Pfeiler auch einem Statik-Test unterziehen. Durch die kritische Würdigung der aktuellen Luhmann-Debatte soll eine Einschätzung darüber gegeben werden, ob Luhmanns Bau sich noch immer seinen Kritikern erwehren kann oder nicht doch der falsche Denkraum für diese Arbeit gewählt wurde.

Besondere Aufmerksamkeit kommt dabei dem Fokal-System dieser Arbeit zu, dem politischen System im IV. Kapitel. Auch hier muss sich die systemtheoretische Sichtweise einer kritischen Analyse der aktuellen Debatte stellen und zwar immer vor der Frage: Trägt das Theoriegerüst meine Vorhaben?

Strategisch selektiv soll im V. Kapitel nur ein kurzes Streiflicht auf die aktuellen Autokratie-Debatten geworfen werden. Weder verfolge ich hier einen Anspruch auf vollständige Darstellung der Debatte, noch dient sie als Grundlage dafür, eine bestimmte Konzeption zu präferieren. Im Gegenteil, es sollen exemplarische die konzeptionellen Schwachpunkte der Autokratie-Debatte kenntlich gemacht werden, die in der Einleitung angesprochen wurden. Nach dieser theoretischen Orientierung möchte ich den Versuch wagen, im VI. Kapitel eine Letztbegründung für Autokratien in modernen, komplexen Gesellschaften zu entwickeln. Ohne diesen Bezug zu einer Letztbegründung würde jeder Definitionsversuch in einem theorieleeren Raum schweben, ohne begründenden Anker an dem sich jegliche Definitionselemente ausrichten können.

Nach diesen Vorarbeiten sollte ich mich gerüstet fühlen, um mit der Methode der funktionalen Äquivalenz im VII. Kapitel einen systemtheoretischen Autokratiebegriff, einen Idealtypus der Autokratie, zu modellieren. Innerhalb dieses Kapitels widme ich mich ausführlich dem Problem der *Legitimität*. Trotz der Zentralität dieses Begriffes möchte ich mich an die Argumentationsstruktur der Äquivalenzanalyse halten und Legitimität nur als eine Dimension des Unterkapitels „Äquivalenzreihen der Analyse-Dimensionen“ behandeln.

Im Zuge einer solchen explorativen Unternehmung kommt dem finalen Resümee im VIII. Kapitel eine besondere Bedeutung zu. Erst hier ist eine Antwort auf die Frage möglich, ob das anfängliche Zielbild mit dem tatsächlich erreichten Endpunkt übereinstimmt.

Das Ende hat mich sehr überrascht, denn zu keinem Zeitpunkt hätte ich den Ausgang dieser theoretischen Erkundung antizipiert.

II. Warum Systemtheorie?

Eine Begründung für die Wahl einer Theorie als Denkmittel zur Bearbeitung einer vermeintlichen wissenschaftlichen Lücke kann aus vielerlei Richtungen erfolgen. Gleiches gilt für die Methodenwahl. Plausibilität mit Blick auf die Eignung zur Zielerreichung ist hier das einzige Kriterium, auch wenn wissenschaftliche Moden oder Zwänge durch die institutionelle Anbindung manchmal einen größeren Einfluss zu haben scheinen als methodologische oder metatheoretische Überlegungen.

Diese Arbeit folgt der Leitfrage: "Was ist eine erfolgreiche Autokratie?" Sie hat das Ziel, einen normativen Autokratiebegriff zu entwickeln. Aus einer methodologischen und metatheoretischen Perspektive werden damit bereits wichtige Leitplanken für die Theorie- und Methodenwahl gesetzt.

Was ist damit gemeint? Vier Dinge: (1.) Zuvorderst eine epistemologische Re-Fokussierung weg von "Wie-Fragen", hin zu "Was-Fragen". (2.) Daraus folgend muss eine Theorie über eine ausreichende Abstraktionsfähigkeit verfügen, um die elementaren Funktionen des Politischen überhaupt erst in den Blick nehmen zu können. (3.) Dieses Postulat führt über zu dem Subjekt-Objekt-Dilemma gesellschaftlicher Beobachtungen. (4.) Und letztendlich muss Funktionalität mit Normativität in Einklang gebracht werden können.

1. Ontologische Leere

Ich teile die Beobachtung, dass sozialwissenschaftliche Forschung nur noch selten das Phänomen als solches in den Blick

nimmt, sondern stattdessen ohne Umschweife direkt seine Mechanismen verstehen will. Wir stellen uns die Frage nach der Stabilität von Autokratie und aggregieren heuristische Häufungen zu definitorischen Merkmalen, um diese dann wieder in den Daten zu suchen.

Interessanterweise ziehen auch vernehmbare Kritiker dieser Forschungsansätze keine radikaleren Konsequenzen. So hat Brian Epstein den Blick für die Frage nach der Ontologie des Sozialen neu geschärft: social sciences is largely overlooking a fundamental question, the 'what is it' question (Epstein 2015b, S. Min 2:40 ff). Aber auch er hinterfragt nicht die soziologische Gestalt wesentlicher Bausteine seines eigenen Lösungsweges, wie bspw. Intentionen (Vgl. Epstein 2015a, S. 236ff). Trotz seines Beitrages für eine Neusensibilisierung der Gesellschaftswissenschaften führt sein induktiver Weg am Ende immer noch durch zu viel "open terrain" und nicht adressierte Fragen (Epstein 2015a, S. 277).

Notwendig ist deshalb ein Theoriegerüst, welches als "Supertheorie"¹ (Luhmann 2012b, S. 18–19) Anspruch auf fachspezifische² sowie interdisziplinäre³ Universalität erhebt und damit die Ontologie sozialer Phänomene zu beschreiben erlaubt. In diesem

¹Fairerweise muss hier hinzugefügt werden, dass Luhmann den Begriff der *Supertheorie* nicht als wertendes Eigenlob meint, sondern im Sinne einer funktionalen Beschreibung. Oft genug wird in systemtheoretischer Sekundärliteratur anderes suggeriert oder gar polemisch unterstellt.

²Mit *fachspezifische Universalität* ist gemeint, dass die „soziologische Systemtheorie nicht auf einen bestimmten Bereich oder Aspekt sozialwissenschaftlichen Denkens und Forschens beschränkt ist, sondern den Anspruch erhebt, grundsätzlich auf alle sozialwissenschaftlichen Fragen anwendbar zu sein.“ Dabei aber unterschiedliche Interpretationen und Wahrheitsvorstellungen durchaus zulässt, Willke 2006, S. 1–2.

³Durch die *interdisziplinäre Universalität* der „Allgemeinen Systemtheorie“ (General Systems Theorie) ist eine interdisziplinäre integrierte Wissenschaft entstanden, die es erlaubt vergleichbare und deshalb mit

Sinne fragte Niklas Luhmann die Sozialwissenschaften, "Was ist der Fall? und Was steckt dahinter? "" und appellierte daran, die methodologische Einheit der Disziplin nicht zu vergessen (Luhmann 1993b, S. 246).

2. Funktionen des Politischen

Will man autoritäre Systeme *sui generis* und nicht *ex negativo* definieren sowie ein *conceptual stretching* vermeiden, ist ein "neutraler Blick" (Albrecht und Frankenberger 2010, S. 38) unerlässliche Voraussetzung für die Frage nach erfolgreicher Autokratie. Denn möchte man die autokratische Qualitätsmessung durch einen idealtypischen Autokratiebegriff fassen, verlangt dies eine Rückbesinnung auf die elementaren Funktionen des politischen Systems. Niklas Luhmanns Systemtheorie bringt die notwendige Abstraktionsfähigkeit mit, die es erlaubt, Phänomene normativ zu entkleiden und sie analytisch auf ihren Wesenskern zu reduzieren, um nur ihre Funktionsweisen offenzulegen.

In dieser funktionalen Differenzierung liegt der Reiz dieser Theorie, die damit ein epistemologisches Reflektieren über die Ontologie des Phänomens Autokratie erlaubt. Aber auch methodologisch erfolgt durch die Sammlung quantitativer Daten und qualitativer Sachverhaltsbeschreibungen eine "komplexere Empirie als das, was viele Beteiligte unter ‚empirischer Sozialforschung‘ verstehen" (Stichweh 2010, S. 24–25).

3. Beobachtung in der Gesellschaft

Dabei ist eine solch komplexe Empirie, verstanden als gesellschaftliche Beobachtungen, sicherlich ein methodologisches Grundproblem der Sozialwissenschaften allgemein. Verfangen sich "Welt"-Beobachtungen, die dieses Subjekt/Objekt-Dilemma ignorieren, doch schnell in einem Forschungs-Bias: "the innocence of empirical collapse, when we can not longer pretend that 'the object out there' discloses how it wants to be observed, when we know that it is our eye that makes the object appear in a particular way" (Andersen 2010, S. 102). Zur Dekonstruktion dieses Problems bietet die Systemtheorie den Beobachter zweiter Ordnung an (Vgl. u. a. Luhmann 1993a, S. passim). Es ist gleichzeitig auch ein "Ansatz, um aus dem logischen Dilemma von Induktion und Deduktion herauszukommen", die sich als Suchprozesse für die Systemtheorie als unzulänglich erwiesen haben (Willke 2006, S. 126). Das Schließen von Teilen auf das Ganze scheitert an der charakterisierenden Beschreibung des sich ergebenden neuen Aggregatzustandes, genauso wie die Rückwirkungen dieser Systemeigenschaften auf seine einzelnen Teile. Die Deduktion bleibt letztlich eine Antwort auf die Frage schuldig, woher sie die Gesamtheit, von der sie auf die sich bildenden Elemente schließt, herleitet (Willke 2006, S. 126). Die Systemtheorie führt durch die Differenzperspektive und den Beobachter zweiter Ordnung nicht nur einen Paradigmenwechsel ein, sondern berücksichtigt auch die Allgegenwärtigkeit von Komplexität, die soziale Beziehungen in modernen Gesellschaften durch einen stetigen Prozess der Ausdifferenzierung in ihre Funktionssysteme zu meistern haben (Willke 2006, S. 2f). Dieser gesellschaftliche Pro-

zess legt das Augenmerk auf ein weiteres methodologisches Erfordernis gesellschaftlicher Beobachtungen, nämlich den Umgang mit Stabilität in der Gesellschaft. Durch die "Verzeitlichung des Elementbegriffs und damit der , Temporalisierung von Komplexität'"(Stichweh 2010, S. 26), ermöglicht die Systemtheorie eine evolutionäre und prozessuale Betrachtung des politischen Systems im Sinne eines dynamischen Stabilitätsbegriffes, statt einer unnatürlichen, konstanten Betrachtung gesellschaftlicher Stabilität.

Mit anderen Worten ermöglicht die Systemtheorie durch ihren Abstraktionsgrad ein epistemologisches Reflektieren ohne empirieblind zu sein. Die Differenzperspektive sowie die Beobachtung zweiter Ordnung überwindet nicht nur das Subjekt-Objekt-Dilemma, sondern auch die Induktion-Deduktion-Problematik beim Schließen auf aggregierte Ganzheiten. Durch ihre universelle Reichweite kann sie es evolutorische Prozesse, also Temporalisierungen in den Blick zu nehmen und erzeugt damit einen dynamischen, statt einen konstanten Stabilitätsbegriff.

4. Normativität und systemtheoretisches Denken

Es bleibt noch die Frage nach einem scheinbaren Widerspruch. Wie kann eine normative Begriffsbeschreibung mit der funktional-strukturalistischen Systemtheorie in Einklang gebracht werden, beziehungsweise aus ihr heraus entwickelt werden? Vom Grundsatz her ist dieser Ansatz nicht neu, schwimmt er doch im Kielwasser jüngerer Versuche, die Systemtheorien mit normativen Ansätzen zu verbinden. Zu nennen ist hier die "kritischen Sys-

temtheorie", die das auf "sozialen Pluralismus spezialisierte Beobachtungsinstrumentarium der Systemtheorie" nutzen will, um dieses in der gegenwärtigen "Gesellschaft ohne Kopf und ohne Zentrum für die Einnahme normativ-kritischer Positionen" zu verwenden (Amstutz und Fischer-Lescano 2013, S. 8).

Aber auch wenn Luhmanns Perspektive die normative Konzeption einer kritischen Theorie nicht zulassen würde, wäre zumindest eine "Soziologie der Kritik" möglich. Fragt die Systemtheorie doch konsequent nach empirischer Genese und praktischen Problemlösungsfunktionen kritischer Theorien. Damit eröffnet sie den Blick, um "normative Konzepte auf ihre empirische Plausibilität hin zu befragen" (Wagner 2012, S. 429ff). Ähnlich sieht es Michael Hein, der der Systemtheorie eine Brückenfunktion zwischen normativ und empirisch orientierter Politikwissenschaft zuweist, die einen "Ausgangspunkt für normative Überlegungen schafft, die wiederum empirische Forschungsprogramme anleiten können" (Hein 2011, S. 73). Einigkeit besteht darin, dass die Beobachtungsposition der zweiten Ebene der Systemtheorie eine neue Perspektive auf normative Konzepte ermöglicht, da sie deren Kontingenz in den Blick nimmt, von der aus sie sich normativ verhält (Vgl. Hellmann et al. 2003, S. 12). Auf einen ganz anderen Aspekt weist Helmut Willke hin. Er sieht in der für die Systembildung notwendigen Begrenzung der Freiheitsgrade der jeweiligen Elemente auf allen Systemebenen ein "normatives Grundmuster, sozusagen das Grundgesetz des jeweiligen Systems" (Willke 2006, S. 142).

Es ist wichtig, noch einmal zu betonen, dass es in keinem Fall das Ziel dieser Arbeit ist, einen methodologischen Debattenbeitrag zur normativen Erweiterung der Systemtheorie leisten zu wollen.

Sie soll ausschließlich als Mittel zum Zweck genutzt werden, eine normative Begriffsableitung eines autokratischen Systems zu versuchen. Dieser Weg erscheint mir mit Hilfe der Systemtheorie gangbar zu sein.

III. Heranführung an das Luhmannsche Root Concept

Ziel und Vorgehen

Jede Erkundung bedarf eines Mittels zur Fortbewegung, um an den erhofften neuen Ort gelangen zu können. Für mein Vorhaben habe ich als Denkmittel die soziologische Systemtheorie von Niklas Luhmann gewählt. Mit ihr, so wurde bereits eingangs begründet, verspreche ich mir die bestmögliche Annäherung an mein erhofftes Arbeitsziel, der Suche nach einer normativ begründeten Autokratie. Art und Umfang der Luhmannschen Systemtheorie sind ohne Beispiel, zumindest was die Sozialwissenschaften anbelangt. Die kognitive Herausforderung ergibt sich durch die terminologischen Verzweigungsstrukturen oder, moderner ausgedrückt, Hypertexte, die in jedem Aussagesatz zusätzlich zu berücksichtigen sind. Das Ziel ist es deshalb, durch eine Art hermeneutischer Hilfestellung terminologische Klarheit über die grundlegende Theoriearchitektur zu erhalten. Und dies vor dem Hintergrund, dass sich die meisten Theorieelemente einem intensiven Statik-Test durch die zahlreichen Kritiker (große Kritikerzunft) der Systemtheorie ausgesetzt sah - und immer noch sieht. Anschließend drängt sich die Frage zur Klärung, ob Luhmanns Gedankenbau diesen Angriffen überhaupt standgehalten hat und ob er als Raum zum denkenden Fortbewegen noch stabil und überzeugend zur Verfügung steht.

Mit einem kurzen Schwenk auf Luhmanns Person (III.1), aber mehr noch mit einem ideengeschichtlichen Abriss systemtheoretischen Denkens (III.2) hoffe ich die metatheoretische Intention von Luhmanns Konzeption vermitteln zu können. Eine Skizze der

Systemtheorie (III.3) ordnet das methodische Instrumentarium dieser Arbeit. Der abschließende Blick auf die Systemtheorie in der Kritik (III.4) soll die Frage nach der Theoriestabilität klären.

Niklas Luhmann

Wir wissen so gut wie nichts über den Privatmann Niklas Luhmann. Zeitzeugen zufolge soll er jeden kollegialen Versuch außerberuflicher Interaktion mit einer vermeintlich gerade begonnenen Lektüre von Hölderlin entschuldigt haben (Vgl. implizit zur Person: Dammann und Luhmann 2014, S. passim; Hagen et al. 2005, S. passim; Hagen 2005, S. passim; Hagen et al. 2009, S. passim). Die professorale Ambition ist dagegen ausführlich dokumentiert. Das Ziel seiner Theorie war nicht weniger als mit der alteuropäischen Tradition zu brechen und eine übergreifende Supertheorie (Luhmann 2012b, S. 18–19) vorzulegen. Mit anderen Worten ging es ihm um eine Zäsur des sozialwissenschaftlichen Denkens und aller ihrer Nachbardisziplinen. Die Größe dieses Anspruchs war ihm durchaus bewusst, schreibt er doch selber auf die Frage nach seinem Forschungsvorhaben an der Universität Bielefeld: "Mein Projekt lautete damals und seitdem: Theorie der Gesellschaft; Laufzeit: 30 Jahre; Kosten: keine." (Luhmann 1997a, S. 11). Dieses Bonmot ist schon jetzt zum Klassiker geworden, kennzeichnet es doch Luhmanns Vorhaben aus der heutigen, durch sich tief verästelnde Subdisziplinen und Mikrofragestellungen geprägten wissenschaftlichen Sicht als geradezu tollkühn. Seine Kritiker unterstellen ihm deshalb auch Hybris. Dies verleiht den oft nüchternen, manchmal auch trockenen sozialwissenschaftlichen Debatten eine erfrischende Note von Emotionalität.

"Für die einen birgt es die Weltformel, mit der jedenfalls die soziale Wirklichkeit restlos erfaßt werden kann. Für die anderen ist es nichts weiter als ein papiergewordenes Konglomerat gebetsmühlenhaft wiederholter theoretischer Konstrukte - ohne Substanz, leer in sich kreisend, und doch gesteigert bis zur perfekten Selbst-Apologie" (Merz-Benz und Wagner 2003, S. 9). Klaus von Beyme notiert treffend: der akteursfremdeste Ansatz aller nachmodernen Denkmöglichkeiten ist für die Politikwissenschaften betrachtet eine der stärksten Herausforderungen (Beyme 2002, S. 147). Ob die "Jahrhundertfigur" (André Kieserling) sein Forschungsziel erreicht hat, mögen andere bewerten. Sicher ist, dass Niklas Luhmann durch sein Werk, das mehr als 50 Bücher, hunderte und eine durch posthume Veröffentlichungen fertiger Manuskripte noch zunehmende Zahl von Aufsätzen und nicht gezählte Vorlesungen umfasst, die Sozialwissenschaften geradezu revolutioniert hat. Seine Disziplin, Zielstrebigkeit und die Systematik seines Schaffens symbolisierten sein fast schon mystischer Zettelkasten mit 90.000 handschriftlichen Einträgen, die noch immer nicht vollständig einer breiten Öffentlichkeit durch Digitalisierung zugänglich gemacht werden konnten. Der Büchner-Preisträger Rainald Goetz soll diese Lebensleistung als "ultimatives Kunstwerk" bezeichnet haben. Andere weisen Niklas Luhmann sogar einen Platz unter den großen Systematikern neben Kant, Hegel und Freud zu. "Luhmann, der sich immer von der 'alteuropäischen' Tradition absetzte, war heimlich ihr letzter Vertreter" (Lindemann 2008).

Ideengeschichte des systemtheoretischen Denkens

Es erscheint mir wichtig, vor einer Diskussion von Niklas Luhmanns soziologischer Systemtheorie noch einmal den Kontext der Entstehung systemtheoretischen Denkens zu vergegenwärtigen, um die Intention, die Philosophie der Theorie gewissermaßen, zu verdeutlichen. Auffällig ist, dass sich in der Zeit um den Zweite Weltkrieg ein Drang gezeigt hat, die Zunahme von komplexen Ganzheiten, heute würden wir sie als "Systeme" bezeichnen, theoretisch zu erfassen. Ähnlich wie bei dem Paradigmenwechsel, den wir aktuell durch den Übergang von Kausalität zu Prädiktion durch die Verfügbarkeit von großen Datenmengen ("Big Data") erleben, so hatte der Krieg – wie auch der kalte Krieg danach – einen enormen technologischen Wettlauf befeuert. Er markierte einen Etappenhöhepunkt in der Evolution von Komplexität, die letztlich auch für gesellschaftliche Beschreibungen fruchtbar gemacht wurde. Ansätze wie Norbert Wieners Kybernetik (1948), die Operations Research (damals Militär- heute Unternehmensplanung), die Systemtechnik (Systems Engineering der Bell Labs aus den 1950er Jahren) und die Entstehung der Informatik haben Ursprünge in Fragestellungen des Militärwesens. Nicht unerwähnt lassen darf man selbstverständlich auch die mathematische Mengenlehre von Bartalanffys Allgemeiner Systemlehre (1945) und die General Systems Theory von Rapoport und weiteren (1956), die mit ähnlich theoretischer Programmatik Forschung betrieben. Gemeinsam ist allen der Wunsch, "nicht bei der isolierten Erfassung immer enger abgegrenzter Teile stehen zu bleiben, sondern auch das Zusammenwirken der Teile innerhalb

komplexer Ganzheiten zu thematisieren. Mit einem Wort, die atomistische Analyse um eine holistische Synthese zu ergänzen" (Ropohl 2012, S. 36).

Bis heute kann die Systemtheorie ihren mathematisch-naturwissenschaftliche Ursprung nicht verleugnen und zeichnet sich deshalb in besonderer Weise durch ihre interdisziplinäre Anschlussfähigkeit aus. So hat Talcott Parsons (1902-1979) die Systemtheorie für die Sozialwissenschaften mit seinem strukturfunktionalistischen Paradigma (AGIL-Schema) erschlossen. Über David Easton (1917-2014) und Gabriel A. Almond (1911-2002), später auch Karl W. Deutsch 1912-1992), fand dieser Ansatz Einzug in die Politikwissenschaft. Easton entwickelte ein Kreislaufmodell der Politik. Hauptaufgabe ist die Verarbeitung gesellschaftlichen Inputs (Demands). Almond erweiterte das politische System Eastons um sämtliche politische Aspekte gesellschaftlicher Strukturen, in denen auf Gebrauch von Gewalt beziehungsweise die Ausübung legitimen physischen Zwangs abgestellt wird. Mit Sidney Verba wurde die Eastonsche Kategorie "diffuse Unterstützung" um den Begriff der Politischen Kultur erweitert - und somit diese Forschungsrichtung begründet. Karl W. Deutsch ergänzte das Denken um die Kybernetik und die Frage, ob Systeme lernfähig sind, sich also der Umwelt anpassen bzw. sich weiterentwickeln können (Vgl. Hein 2011, S. 56–59). In dieser Linie gelten Niklas Luhmanns funktionalistische Betrachtungen der Systemtheorie insbesondere als Weiterentwicklung der Ansätze seines Mentors Talcott Parsons, in denen er traditionelle Begriffe der Politikwissenschaften wie Staat, Gesellschaft, Macht und Herrschaft infrage stellt.

Interessanterweise ist die Luhmannsche Systemtheorie jedoch ein sehr deutsches Phänomen geblieben. Über die Gründe dafür kann man nur spekulieren. Eine Ursache ist sicherlich darin zu sehen, dass die Übersetzungslage des Monumentalwerkes in der lingua franca der Wissenschaft, in das Englisch prekär ist. Seine theoretische Komplexität verlangt nach einer präzisen und qualitativ anspruchsvollen Übersetzung. Dies konnten die verstreut auftretenden Luhmann-Schüler bisher ebenso wenig ausreichend leisten, wie auch der Bielefelder Forschungskosmos, Luhmanns Wirkungsstätte als Soziologie-Professor. Deutlich wird diese Situation im Vergleich mit der spanischen Übersetzungslage. Hier zeichnet der mexikanische Luhmann-Schüler Javier Torres Nafarrete alleine für einen Großteil der Luhmann-Übersetzungen verantwortlich, die selbst Schlüsselwerke wie "Die Gesellschaft der Gesellschaft" umfassen. Selbst japanische und serbo-kroatische Leser können mehr Luhmann-Werke rezipieren, als dies für die rein englischsprachige Welt möglich ist (Vgl. Jahraus et al. 2012, S. 460ff).

Die Situation der Auseinandersetzung mit der Systemtheorie im deutschsprachigen Raum ist durch konjunkturelle Wellenbewegungen gekennzeichnet. Innerhalb der Sozialwissenschaften war die Zeit von Mitte der 1960er bis Mitte der 1970er Jahre geprägt durch Ignoranz und eine große Distanz und Abwehr gegenüber Luhmann (Hellmann et al. 2003, S. 9). Spätestens mit dem Erscheinen von "Soziale Systeme" ließen sich Luhmanns Arbeiten jedoch nicht länger ignorieren, ohne dass sich die Wissenschaft der Gefahr aussetzte, auch für die Politikwissenschaften relevante theoretische Entwicklungen zu verschlafen. Es mag deshalb auch ein Verdienst der Systemtheorie sein, die – ideologisch begründete –

Gegenüberstellung von Staat und Gesellschaft überwunden zu haben, die insbesondere ab den 1968er-Jahren die akademische Debatte bestimmt hat. Mit der posthumen Veröffentlichung von "Die Politik der Gesellschaft" werden Luhmanns zumindest "auf die Politik ausgerichteten Arbeiten von politikwissenschaftlicher Seite endgültig ernst genommen" (Czerwick 2012, S. 385ff).

Verschiedene Weiterentwicklungen in den fast 40 Jahren, die Niklas Luhmann an seiner soziologischen Systemtheorie gearbeitet hat, waren immer wieder Anlass für Kritik und vermeintliche Widersprüche. Unabhängig davon besticht die Werkgeschichte durch große Kohärenz, selbst über die sogenannte "autopoietische Wende" hinaus. Luhmann führte diesen Begriff der Autopoiesis mit seiner 1984 erschienen Monographie "Soziale Systeme" in seine Theorie ein und präzierte damit den bisherigen Terminus der Selbstreferentialität (Vgl. Hein 2011, S. 61). Bei einer Rekonstruktion der Systemtheorie würde ich aber Rainer Schützeichel folgen wollen, der für eine Orientierung an der Problemlogik anstatt der Problemgeschichte plädiert. Aus dieser Perspektive sind drei Phasen unterscheidbar. "Die erste Phase kann als handlungstheoretische Systemtheorie bezeichnet werden, in der Systeme als Handlungssysteme konzipiert werden. Die zweite Phase beginnt etwa Mitte 1970er Jahre und findet in dem Werk über Soziale Systeme (1984) eine überzeugende Synthese. Diese Phase kann als die kommunikationstheoretische Systemtheorie bezeichnet werden, in welcher das Problem der Selbstreferentialität im Vordergrund steht. Die dritte Phase ist durch den verstärkten Einbau der Formenanalyse von Spencer Brown gekennzeichnet und hat eine begriffliche Umschichtung auf die Elemente Unterscheidung/Beobachtung/Operation zur Folge. Sie

kann als operative Systemtheorie bezeichnet werden" (Schützeichel 2003, S. 16).

Heutzutage scheint die Systemtheorie die Position als das dritte prägende Paradigma der Soziologie - neben den Akteurs- und Institutionentheorien -, ja der Sozialwissenschaften insgesamt, eingenommen zu haben. Denn das funktionale Verständnis ermöglicht es, unabhängig von Institutionen, mit universeller Reichweite zu argumentieren. Aber immer noch gibt sich die Rezeption in Bezug auf die Person Niklas Luhmanns ambivalent. Im Falle der Politikwissenschaften hat Edwin Czerwick sicherlich einen sensiblen Punkt getroffen, wenn er die Gründe für das "Ärgernis" Luhmann darin erkennt, dass "der Soziologe Luhmann der Politikwissenschaft kaum verklausuliert die Existenzberechtigung als eigenständige wissenschaftliche Disziplin abspricht" (Luhmann 1997a, S. 785, Anm. 311). Gleichzeitig aber kann die Politikwissenschaft gar nicht umhin, als sich mit Luhmanns Arbeiten intensiv zu befassen, will sie in der Diskussion über politische Theorie nicht abgehängt werden (Czerwick 2012, S. 388).

Skizze der Systemtheorie

Niklas Luhmanns hinterlassenes Monumentalwerk lässt jeden Versuch einer zusammenfassenden Skizze zu einer besonderen Herausforderung werden. Fast unmöglich erscheint es aber, eine angemessene Herangehensweise für sein Theoriegebäude zu entwickeln. Jede einführende Beschreibung in systemtheoretisches Denken steht vor einem didaktischen Problem (Vgl. Willke 2006, S. 12). Besteht doch eigentlich die Notwendigkeit zur synchronen Beschreibung der Terminologie, um die Luhmannsche

Theorie in ihren Grundzügen zu erfassen. Die Realität des Lesens lässt jedoch nur eine sequenzielle Reihenfolge zu, weshalb zu Beginn systemtheoretische Fachbegriffe im Augenblick der Verwendung noch im Unklaren verbleiben müssen. Diese Hürde muss jede Einführung in die Systemtheorie überwinden⁴.

Jens Soentgen ist die wunderbare Idee zu verdanken, eine Analogie zu Franz Kafkas "Der Bau" zu bilden und auf einer "Expedition in diese Bilderwelt" den Charakter der Systemtheorie in besonders plastischer Weise herauszuarbeiten (Soentgen 1992, S. 456). Der Luhmannsche Bau ist derart in sich verzweigt und in sich zusammenhängend, dass es keine richtige oder falsche Reihenfolge systemtheoretischer Terminologie geben kann. Jede Darstellung kommt letztlich zu einer subjektiven Gewichtung. Wir sollten deshalb auch nicht nur von einer bloßen soziologischen Theorie sprechen, sondern von einem ganzen Theoriengebäude, einem Forschungsprogramm, welches aus einem Netzwerk verschiedener Teiltheorien besteht (Schützeichel 2003, S. 14).

Vor diesem Hintergrund erscheint der Ansatz überzeugend, über alle Werkphasen hinweg nach einer theoretischen Kernebene zu suchen, die in ihrer Grundstruktur trotz terminologischer Revisionen stabil bleibt. Schützeichel identifiziert diesen Kern in der Sinntheorie, bestehend aus der Trias Sinn, Form und Beobachtung, die maßgeblich für die Architektur des Theoriegebildes sei (Schützeichel 2003, S. 16–17). An dieser Stelle soll nicht auf etwaige Widersprüche dieser Ansicht eingegangen werden, möchte

⁴Armin Nassehi hat folgende Liste an Einführungen in die Systemtheorie zusammengetragen: Kiss 1990; Fuchs 1992; Kneer/Nassehi 1993; Gripp-Hagelstange 1995; Krause 1996; Reese-Schäfer 1996; Horster 1997; Schuldt 2003; Berghaus 2004; Dieckmann 2004; Runkel/Burkhart 2005; Willke 2006; Hohm 2006; Gensicke 2008; Nassehi 2012a, S. 399.

ich mich doch vielmehr an meinem eigenen Erkenntnisprozess orientieren, der bei der Leitunterscheidung, nämlich der Differenz von System und Umwelt, seinen Anfang nahm. Der Grund dafür liegt darin, dass nicht die Beschreibung und Untersuchung der Systemtheorie selber hier im Zentrum steht, sondern diese nur als Instrument einer Denkarbeit hinreichend umrissen werden soll.

Differenzierung

Die systemtheoretische Gesellschaftstheorie nach Niklas Luhmann geht von einer funktionalen Differenzierung als primäres Unterscheidungsmerkmal moderner Gesellschaften aus. Auf eine abstraktere Ebene projiziert bedeutet das eine fundamentale Verschiebung gegenüber einem Denken in Ganzheiten und Teilen. Im Vordergrund steht nun die Systemdifferenzierung. Gemeint ist hier nicht die Zerlegung eines Ganzen in seine Teile, welche dann auf der Teilebene ein neues Beziehungsgeflecht begründen, bestehend aus den Relationen der einzelnen Teile selber. "Vielmehr rekonstruiert jedes Teilsystem das umfassende System, dem es angehört und das es mitvollzieht, durch eine eigene (teilsystem-spezifische) Differenz von System und Umwelt." (Luhmann 1997a, S. 598). Der Begriff der Differenz meint damit nicht eine klassische Dekomposition im Sinne von *divisio* und oder *partitio*⁵. Dieser Begriff der Differenz ist für Niklas Luhmann "das Leitparadigma der Soziologie. Auf die Differenz hin erfolgt die Realisierung von

⁵„Die von römischen Schriftstellern seit Cicero als *divisio* bezeichnete Einteilung einer Gattung in ihre Arten zielt auf Vollständigkeit, die eines Ganzen in seine Teile (*partitio*) dagegen nicht, wenn das Einteilungsobjekt eine *res infinita* ist" (Bund 1976, S. 385).

Systembeständen; und gleichzeitig ist die Differenz der Leitfaden der Wissenschaft der Systemtheorie" (Merz -Benz 2003, S. 37).

In Verbindung mit der Koordination bzw. Einbindung der Evolutionstheorie erlaubt die Umstellung von der Denkfigur Ganzes/Teil auf das Begriffspaar System/Umwelt auch die Erfassung von System-zu-System-Beziehungen.

Den Differenzierungsbegriff zusammenfassend beschränkt Luhmann ihn auf Systemdifferenzierung, die bei existierenden Systemen die internen Differenzierungsoperationen beschreibt (Luhmann 1997a, S. 597); oder er versteht ihn als Ausdifferenzierung, bezogen darauf, was als Folge der Ausdifferenzierung dann als Umwelt erscheint (Luhmann 1997a, S. 597).

System-Umwelt(en)

Was genau aber ist Umwelt und was ein System? Die im Falle eines Sozialsystems von seinen Mitgliedern gebildete Umwelt beschreibt Helmut Willke zum besseren Verständnis mit dem Begriff Innenwelt. Alle anderen relevanten Umwelten sind dann Außenwelt (Willke 2006, S. 57). "Die Innenwelt umfasst die Beziehungen zwischen dem System als Kollektiv (und seinen Kollektiveigenschaften) mit seinen Mitgliedern als Personen (mit ihren Kollektiveigenschaften)" (Willke 2006, S. 58). Es entsteht dadurch die Notwendigkeit der gegenseitigen Abstimmung aufgrund unterschiedlicher außersystemischer Rollenverpflichtungen. Als besonders einleuchtendes Beispiel wird hier oft der Gefängnisin-

sasse genannt, der neben der Rolle als Gefangener auch noch Familienmitglied, Mitglied einer Religionsgemeinschaft etc. sein kann.

Die Außenwelt eines bestimmten sozialen Systems umfasst die "externen Relationen des Systems, also – abgesehen vom Bereich der Mitglieder – alle input- und output-Beziehungen des infrage stehenden Systems. Hier sind drei Dimensionen zu unterscheiden: Erstens die Relation zu anderen (Teil-)Systemen eines umfassenden Gesamtsystems (horizontale Außenrelationen); zweitens die Beziehungen zum umfassenden Gesamtsystem (vertikale Außenrelationen); und drittens die Relationen zu anderen Systemen, mit denen das fokale System in einem sekundären systemischen Gesamtkonzept steht (laterale Relationen)." (Willke 2006, S. 59).

Luhmann selber beschreibt die Umwelt formaler mit Hilfe seiner Formensprache, auf die wir an anderer Stelle noch zurückkommen werden. Umwelt ist die Außenseite, der "unmarkierte Raum" in einer System/Umwelt-Unterscheidung, "der vom System aus nicht erreicht und nicht – es sei denn inhaltsleer – bezeichnet werden kann" (Luhmann 1997a, S. 610).

Zwei Eigenschaften kennzeichnen den Unterschied zwischen System und Umwelt. Zum einen das Komplexitätsgefälle zwischen Umwelt und System. Zum anderen findet sich der Operations- oder Steuerungs-Code im System, jedoch nicht in der Umwelt wieder. Für die Gesellschaft als System, die durch Kommunikation operiert, heißt das: "Was nicht Kommunikation ist, zum Beispiel Natur, Gott oder die Menschen, gehört nicht zur Gesellschaft, sondern ihrer Umwelt an" (Greven 2001, S. 200).

System

Umgekehrt bedeutet dies aber auch: "Ein System besteht im Grunde nur aus den Operationen, die es selbst produziert. Alles andere ist Voraussetzung der Reproduktion von Operationen aus Operationen" (Luhmann 2005a, S. 410). Für die Gesellschaft als System bedeutet das, sie besteht ausschließlich aus Kommunikation, beziehungsweise aus der Reproduktion von Kommunikation. Mit anderen Worten und wieder allgemein für alle Systeme gesprochen: "Systeme bestehen aus Letztelementen, die ereignisförmig sind, die mit ihrem Entstehen auch wieder verschwinden und deshalb permanent durch neue Elemente ersetzt werden können oder müssen" (Schützeichel 2003, S. 39). Sollen Systeme mit Bezug zur systemtheoretische Leitunterscheidung beschrieben werden, also unter der Annahme der Differenz von System und Umwelt, so ist System eine Form, "nämlich die Einheit der Differenz von System und Umwelt" (Krause 2005, S. 207).

Beide Eigenschaften, die Notwendigkeit zur Reproduktion und das Auftreten als Einheit der Differenz von System und Umwelt geben konstituierende Hinweise für die Grenze von Systemen.

Grenzen

Grenzen sind bei lebenden Systemen für externe Beobachter in Form von Molekülstrukturen (Zellwänden, Haut, Organgefäße, Membranen etc.) sichtbar. Bei sinnhaften Systemen, wie beispielsweise dem Kommunikationssystem Gesellschaft, sind solche Abgrenzungen selbstredend nicht im Raum lokalisierbar. Hier werden sie durch Kommunikation produziert und reproduziert.

"Jede Operation trägt, anders gesagt, zur laufenden Ausdifferenzierung des Systems bei und kann anders ihre Einheit nicht gewinnen. Die Grenze ist nichts anderes als die Art und Konkretion seiner Operationen, die das System individualisieren. Sie ist die Form des Systems, deren andere Seite damit zur Umwelt wird" (Luhmann 1997a, S. 76).

Form

Wie bei der Definition von Systemen angedeutet, ist die Figur der Form fundamental für das Verständnis der Luhmannschen Systemtheorie. Den Formenbegriff verwendet Luhmann in kreativer, mehr inspirierender Anlehnung⁶ an Spencer Browns Formenkalcul, Laws of Forms. Vereinfacht gesprochen bezeichnet er damit die Unterscheidung, die zwei Bereiche trennt. Auf den Systembegriff angewendet meint das den Unterschied zwischen dem Bereich System und dem der Umwelt (Luhmann 1997a, S. 609). Erst durch die Einführung einer Form ist es dem Beobachter erlaubt Unterschiede zu erkennen. "Jede Bestimmung, jede Bezeichnung, alles Erkennen, alles Handeln vollzieht als Operation das Etablieren einer solchen Form, vollzieht wie der Sündenfall einen Einschnitt in die Welt mit der Folge, daß eine Differenz entsteht, daß Gleichzeitigkeit und Zeitbedarf entstehen und daß die vorausliegende Unbestimmtheit unzugänglich ist" (Luhmann 1997a, S. 62). Mit Form nimmt Luhmann auf eine andere unhintergehbare Voraussetzung des Erlebens und Handelns Bezug. Unser Erleben

⁶ Zur Diskussion über die Verwendung Spencer Browns Laws of forms bei Luhmann vergleiche: Hennig 2003.

und Handeln sind immer auf etwas Bestimmtes, einen Gegenstand, ein Ziel, ein Thema hin ausgerichtet. Die Voraussetzung dafür, etwas Bestimmtes zu erfassen, ist die Fähigkeit, Gegenstände von anderen zu unterscheiden. Mit anderen Worten, die Voraussetzung für eine Intention ist die Fähigkeit zur Unterscheidung. Erst dadurch, dass wir etwas Bestimmtes intendieren oder, wie Luhmann dies formuliert, etwas Bestimmtes bezeichnen oder eine Seite einer Unterscheidung markieren, begründen wir Erleben und Handeln. Dies ist die Quintessenz des Formbegriffs (Schützeichel 2003, S. 27–28). Daraus folgt, dass Formen in Medien "ereignishaft organisiert" sind und Zeiteinheiten benötigen, um dann "verbraucht" zu werden. Deshalb sind sie auch nicht als Entitäten anzusehen, sondern lediglich als "beobachtungsabhängige Unterscheidungen" (Schützeichel 2003, S. 41–42).

Nimmt ein Beobachter eine Unterscheidung vor, so kann er in diesem Moment nicht gleichzeitig beide Seiten der Unterscheidung beobachten. Er wird sich immer nur auf einer Seite der Form wiederfinden, ein Wechsel auf die andere Seite ist jederzeit möglich, erfordert aber eine neue Operation. Folglich entsteht immer ein blinder Fleck oder Bereich (unmarked space) auf der jeweils gegenüberliegenden Seite der Form, der Unterscheidung.

Erst durch den Wechsel auf eine höhere Beobachtungsebene (Beobachtung zweiten Grades), kann der Beobachter sich selber beobachten und beide Seiten seiner getroffenen Erst-Unterscheidung in das Blickfeld nehmen. Aber er kann wiederum nur jene der ersten Ebene betrachten, denn die Unterscheidung, die er nun dabei anwendet, ist dann eben nicht im Blickfeld (Reese-Schäfer 2011, S. 22). Nehmen in diesem Sinne Beobachtungen aufeinander Bezug, so kann sich ein System im Unterschied zur

Umwelt selbst beobachten. Dies wird von Luhmann mit der Figur des *re-entry* bezeichnet. "Ein System operiert als ein Netzwerk von Beobachtungen und es kann unter bestimmten Voraussetzungen sich selbst als System im Unterschied zu einer Umwelt identifizieren. Die System-Umwelt Unterscheidung wird in das operierende System eingeführt" (Schützeichel 2003, S. 52).

Erkenntnistheoretisch ähnelt für Michael Greven diese Figur der Beobachtung zweite r Ordnung, beziehungsweise die vollzogene Operation des *re-entry* "einer um die subjekt- oder bewußtseinsphilosophische Dimension verkürzte Hegelsche Reflexion des Geistes" (Greven 2001, S. 199).

An der Figur der Form und dem *re-entry* wird der Begriff der Paradoxie besonders deutlich. Denn ein System orientiert seine Operationen an der eigenen Unterscheidung von System und Umwelt. Was nichts anderes bedeutet als eine Entparadoxierung durch Wiedereintritt in das von ihr Unterschiedene (*re-entry*). Die Paradoxie eines Systems ist dann seine Selbstvoraussetzung, obwohl es sich nicht selbst voraussetzen kann. Das System ist zwar immer noch das, was es ist, aber nur deshalb, weil es seine eigene Differenz zu dem ist, was es nicht ist. Jedes Beobachten ist ein nicht-unterscheidbares Unterscheiden, das vorauszusetzen ist, um genau diese Unterscheidung, diese Beobachtung machen zu können. "Ein Beobachter weiß, dass er nicht weiß, dass er nicht weiß, was er nicht weiß (Beobachter, Beobachtung, blinder Fleck, Differenz, Form, Marked space/unmarked space, Teufel, Unterscheidung). Deshalb heißt die Logik der Paradoxie nicht Sehen = Nichtsehen, sondern Sehen, weil Nichtsehen" (Krause 2005, S. 182–183). Die Zulassung von Paradoxien ist im alltäglichen Umgang für uns unproblematisch, ja normal. "Wird eine Skulptur von

dem einen Betrachter als Kunst und von dem anderen als Schrott erlebt oder wird eine Theorie einerseits als wahr, andererseits als unsinnig erlebt, so stellt dies kein Problem dar. [...] ein Erleben schließt das andere Erleben nicht konstitutiv aus" (Brodocz 2003, S. 90). Der Mechanismus, wie solche Widersprüche verarbeitet werden, ist die Beobachtung zweiter Ordnung. Hier ist für uns die Paradoxie, also die Unterscheidung, die auf der ersten Ebene stattfindet, beobachtbar. Luhmann gebraucht für diesen Akt der Aufklärung den Begriff der "Entparadoxierung" (Vgl. auch Andersen 2010, S. 105).

Evolution

Die Integration einer Evolutionstheorie verschafft der Systemtheorie einen unschätzbaren Mehrwert gegenüber anderen Ansätzen, schließt sie doch selbst einen gesellschaftlichen Nullpunkt mit ein. Aus Mangel an alternativen Narrativen gilt die Idee des Hobbesschen Naturzustandes, nämlich die einer vorgesellschaftlichen Phase menschlicher Beziehungen, in der nichts geregelt ist und in der Kooperation ebenso wahrscheinlich ist wie Konflikt, bis heute als die sozialwissenschaftliche Urgeschichte. Krzysztof Matuszek hat in seiner systemtheoretischen Untersuchung des Krieges aufgezeigt, dass selbst dieser Naturzustand mit den Mitteln der Systemtheorie fassbar ist (Vgl. Matuszek 2007, S. 65).

Bereits im Vorgang der Systemdifferenzierung ist die enge Verknüpfung mit dem Prozess der Evolution zu erkennen. So ist die Systemdifferenzierung nichts anderes als eine "rekursive Systembildung, die Anwendung von Systembildung auf ihr eigenes Re-

sultat" (Luhmann 1997a, S. 597). Diese Form richtet ein besonderes Augenmerk auf die Funktion der Stabilisierung von Systemen selber.

Damit steht Luhmann im Widerspruch zur klassischen darwinischen Evolutionstheorie, die eine externe Selektion postuliert, also lediglich eine Anpassung an die Umwelt. Auch ist die systemtheoretische Evolution keine Theorie des Fortschritts, Emergenz oder Destruktion sind hier gleichberechtigt möglich. Es handelt sich vielmehr um eine Theorie, die sich auf gleichzeitige Veränderung von gekoppelten Systemen stützt.

So verstanden ist Evolution Strukturveränderung des Systems in Abhängigkeit von Umwelten, da ein System die Einheit der Differenz von System und Umwelt ist. Als Konsequenz daraus folgt, dass jede Änderung, jedes evoluiierende System einen Multiplikationseffekt auslöst, denn es ändert für andere Systeme die Umwelt mit; "die Welt wird aus sich heraus dynamisch" (Luhmann 1997a, S. 434). Willke erkennt darin eine wissenschaftliche Revolution, da Luhmann "neben das Überlebensprinzip der Konkurrenz survival of the fittest das weitere und logisch wie biologisch primäre Prinzip der Koordination und des survival of the compatible stellt" (Willke 2006, S. 111).

Da die Evolutionstheorie als eine Sequenz von Variation, Selektion und Restabilisierung (Luhmann 1997a, S. 425) entwickelt wurde, die auf unterschiedliche Elemente der Autopoiesis des Gesellschaftssystems - auf diesen Begriff werde ich später zurückkommen - Bezug nehmen, werden systemtheoretische Funktionen zu einem integralen Bestandteil der Evolutionstheorie. Die Systemtheorie erhält damit ein besonderes Maß an Reichweite und funktionaler Erklärungstiefe.

Die Aufgliederung evolutionärer Mechanismen auf die drei Grundebenen eines Systems, (1) elementare Operationen, (2) Strukturen und (3) Systeme in Differenz zur Umwelt, erlaubt eine systematische Herangehensweise und Auflösung des evolutorischen Problems des Zufalls (Luhmann 1997a, S. 427). Im Falle der Gesellschaft variieren auf der ersten Ebene die Elemente des Systems, hier Kommunikation. "Variation besteht in einer abweichenden Reproduktion der Elemente durch die Elemente des Systems, mit anderen Worten: in unerwarteter, überraschender Kommunikation" (Luhmann 1997a, S. 454). Selektion auf der zweiten Ebene betrifft die Strukturen des Systems, im Falle der Gesellschaft, die die Kommunikation steuernden Erwartungen. Strukturen bilden dabei die Richtlinien für Kommunikation, sie sind also nichts anderes als Erwartungsstrukturen. Bei abweichender Kommunikation wählt das System vielversprechende Sinnbezüge, die potenziell zum Strukturaufbau beitragen, also erwartungsbildend und kondensierend wirken könnten. Alles andere, was potenziell nicht zu weiterer Kommunikation beiträgt, wird ignoriert oder gar abgelehnt. In beiden Fällen aber erfolgt eine Selektion.

Im Anschluss an diese Selektion erfolgt bereits auf oberster Ebene, jener der Differenz von System und Umwelt, die Operation der Restabilisierung. In einem Frühstadium gesellschaftlicher Entwicklung geht es primär um das Verhältnis des Systems zu seiner Umwelt. Als Beispiel verweist Luhmann auf die gesellschaftlichen Konsequenzen der Anwendung von Ackerbau oder seiner Vermeidung durch Nomadenvölker. Bei zunehmender Ausdifferenzierung der Gesellschaft verlagert sich die Restabilisierung immer mehr auf die Teilsysteme der Gesellschaft (Luhmann 1997a, S. 454–455).

Im Rahmen des Evolutionsprozesses können Gesellschaften verschiedene Stadien von Differenzierungsformen erreichen, die - jede in sich - nur begrenzte Entwicklungsmöglichkeiten bieten. Ab einer gewissen Schwelle interner Ausdifferenzierung ist ein Übergang in die nächst höhere Stufe notwendig. Die historische Entwicklung verläuft dabei keineswegs linear, sondern ist vielmehr von gleichzeitig nebeneinander bestehenden Gesellschaftsformen geprägt. Luhmann schlägt einen Katalog von gesellschaftlichen Formen von Differenzierung vor: segmentäre Differenz, Zentrum-Peripherie-Differenz, stratifikatorische Differenz (schichtungsmäßige Differenz) und letztlich die funktionale Differenzierung, wie wir sie für moderne Gesellschaften beobachten. Jedoch gibt es für diese Einteilung keine theoretische Begründung, wie auch von Luhmann selber eingeräumt wird (Luhmann 1997a, S. ,614). Ironischerweise hat sich das systemtheoretisch am schlechtesten begründete Element, die Beschreibung der modernen Gesellschaft als funktional differenzierte, als herrschende Lehrmeinung durchgesetzt. Die willkürliche Kategorisierung gesellschaftlicher Entwicklungsstadien ist jedoch insofern ein unschöner Zustand, da Luhmann die funktionale Differenzierung als Kernprämisse für die Beschreibung der gesellschaftlichen Subsysteme heranzieht, darunter auch die des politischen Systems.

Autopoiesis

Die systemtheoretische Evolutionstheorie hatte gegenüber einer einseitigen Betonung der Umwelt-abhängigkeit von Systemen, deren interne Strukturdeterminiertheit primär gesetzt. "Damit kommt ins Blickfeld, dass Systeme zunächst vor allem ihre eigene

Kontinuierung organisieren müssen, um als System in Beziehung zu ihrer Umwelt treten zu können" (Willke 2006, S. 63). Zu beachten ist dabei aber, dass alle Umwelten nicht als Informationsquelle für systemeigene Operationen dienen. Die Umwelt ist vielmehr „nur ein Leerkorrelat für Selbstreferenz" (Luhmann 1997a, S. 610). Gemeint ist damit, dass jedes System operativ geschlossen agiert. "Operationen des jeweiligen Systems sind zugleich Voraussetzungen für anschließende Operationen, die wiederum Folgeoperationen hervorbringen [...] soziale Systeme sind nichts anderes als autopoietische Zusammenhänge von Kommunikation" (Klymenko 2012, S. 70).

Selbstreferenzialität und operative Geschlossenheit sind Voraussetzungen für die Autopoiesis eines Systems. Den von Humberto Maturana und Francisco Varela entwickelten Ansatz (Maturana und Varela 1980) autopoietischer, selbstreferenzieller und damit strukturdeterminierter Systeme hat Luhmann auf soziologische Phänomene angewendet. Das Autopoiesis-Konzept ist genau diese Konvergenz von biologischen mit soziologischen Annahmen, auf der sich der universalistische Anspruch der Luhmannschen Systemtheorie gründet.

Etymologisch verweist der Begriff der Autopoiesis auf einen Herstellungsprozess. "Während in der philosophischen Tradition seit Aristoteles mit dem Begriff *práxis* eine selbstsuffiziente Tätigkeit beschrieben wurde, bezeichnet der Begriff *poiésis* eine Tätigkeit, durch die etwas bewirkt oder hergestellt wird. Mit dem Kompositum ›Autopoiesis‹ nimmt Luhmann also einen Selbst-Herstellungsprozess in den Blick" (Klymenko 2012, S. 69).

Und genau in diesem Sinne ist auch der definitorische Raum des systemtheoretischen Autopoiesis-Begriffs gemeint. "Ein autopoietisches System reproduziert die Elemente, aus denen es besteht, mit Hilfe der Elemente, aus denen es besteht" (Willke 2006, S. 62) und operiert dabei immer in einem geschlossenen, selbstreferentiellen Verweisungszusammenhang. Diese Unabhängigkeit von ihrer Umwelt bis in die Tiefenstruktur ihrer Selbststeuerung hinein ist fundamental für das System. Denn „wird diese operative Geschlossenheit zerstört, so bricht ihre Autopoiese zusammen, sie hört auf als lebendes System zu existieren" (Willke 2006, S. 62).

Die Konsequenz daraus ist die Notwendigkeit zur Selbstorganisation des Systems. "Die eigenen Strukturen können nur durch eigene Operationen aufgebaut und geändert werden – also zum Beispiel Sprache nur durch Kommunikation und nicht unmittelbar durch Feuer, Erdbeben, Weltraumstrahlen oder Wahrnehmungsleistungen des Einzelbewusstseins" (Luhmann 1997a, S. 93). Ein Durchgriff oder eine Teilnahme von Umweltsystemen an autopoietischen Operationen ist nicht möglich.

Die Autonomie eines Systems ist aber nicht mit seiner Autarkie gleichzusetzen. Systeme sind mit ihren Umwelten verbunden, jedoch obliegt die Verarbeitungshoheit von äußeren Einflüssen immer und ausschließlich dem System selber. "Ein autonomes System ist mithin ein System, das auf der Grundlage autopoietischer Selbststeuerung spezifische, durch seine Leitdifferenz und seinen Operationsmodus vorgezeichnete Umweltbeziehung unterhält" (Willke 2006, S. 69).

Dies führt zu der berechtigten Frage, wie diese Umweltinteraktion von Systemen bei gleichzeitiger operativer Geschlossenheit gestaltet ist. Luhmann hat dazu die Figur der strukturellen Kopplung in sein Theoriegerüst eingeführt.

Autonomie bzw. operative Geschlossenheit und Kopplung sind zwei Seiten derselben Medaille. Ohne eine irgendwie geartete Interaktion oder Integration in die Umwelt würden autonome Funktionssysteme, wie moderne, ausdifferenzierte Gesellschaften sie darstellen, sicherlich untergehen. Zwar wird durch strukturelle Kopplung kein direkter Einfluss auf die innere Struktur des Systems ausgeübt, aber ohne sie käme die Autopoiesis zum Erliegen und das System würde aufhören zu existieren. "Insofern ist jedes System immer schon angepaßt an seine Umwelt (oder es existiert nicht), hat aber innerhalb des damit gegebenen Spielraums alle Möglichkeiten, sich unangepaßt zu verhalten – und das Resultat sieht man mit besonderer Deutlichkeit an den ökologischen Problemen der modernen Gesellschaft" (Luhmann 1997a, S. 100–101). Die Interaktion zwischen System und Umwelt ist also nicht operativer, sondern struktureller Natur. Wie bereits dargelegt, beschreiben die Strukturen eines Systems seine Erwartungen. "Sie zeigen an, welcher Verlauf für das operative Geschehen eines Systems möglich ist: nämlich in der Form von Erfüllung und Enttäuschung von Erwartungen" (Brodocz 2003, S. 83).

Zusammengefasst heißt dies: jedes autopoietische System operiert als ein strukturdeterminiertes System autonom und operativ geschlossen, strukturelle Kopplungen beschränken aber den Bereich möglicher Strukturen, mit denen ein System seine Autopoiesis durchführen kann (Luhmann 1997a, S. 100).

Dieser Gedankengang lässt sich an verschiedensten Beispielen darlegen, insbesondere an zentralen Subsystemen der Gesellschaft, beispielsweise an den Kopplungen des Rechtssystems und des politischen Systems, aber auch an Recht und Wirtschaft, Politik und Wissenschaft usw. Faktisch sind alle Funktionssysteme durch strukturelle Kopplung verbunden und werden dadurch in der Gesellschaft gehalten (Luhmann 1997a, S. 779). Für das System der Politik und der Wirtschaft skizziert Luhmann: "Die Kopplung von Politik und Wirtschaft wird in erster Linie durch Steuern und Abgaben erreicht. Das ändert nichts daran, daß alle Verfügung über Geld als Zahlung in der Wirtschaft stattfindet. Aber die Verfügung kann politisch konditioniert und in diesem Fall nicht an Profit ausgerichtet werden. Wofür das Staatsbudget verwendet wird, ist dann eine politische Frage, und wenn viel (oder wenig) Geld zur Verfügung steht, irritiert das die Politik" (Luhmann 1997a, S. 781).

Die Irritation eines Systems kann aufgrund der operativen Schließung von Systemen nur im System selber stattfinden. Und zwar als semantische Unterscheidung einer Differenz oder Form, in der ein Sinnsystem auf Umwelteinwirkungen reagiert und damit auf etwas, was auf ganz anderen Realitätsebenen (etwa chemisch oder bewusstseinsmäßig) oder auch in anderen Funktionssystemen stattfindet, die für das System wegen seiner operativen Schließung unzugänglich sind (Luhmann 1997a, S. 792–793). Dieser systemeigene Zustand der Irritation ist ohne Entsprechung in der Umwelt des Systems (Luhmann 1997a, S. 792). Er beschreibt im Zusammenhang von operativer Schließung (Autopoiesis) und struktureller Kopplung von System und Umwelt den Sachverhalt

der reaktiven Informationsverarbeitung. Spannend wird Luhmanns These an dieser Stelle, wenn er davon ausgeht, dass der Übergang hin zu funktionaler Differenzierung als primäre Unterscheidungsform moderner Gesellschaft und ihrer Teilsysteme zu einer Steigerung gesellschaftlicher Irritierbarkeit führt. Diese Reaktionsfähigkeit aufgrund von Umweltveränderungen muss das System aber durch eine Zunahme an Unkoordiniertheit bezahlen, kann sie doch diese Irritationen nicht zentral koordinieren (Luhmann 1997a, S. 789). Vor diesem Hintergrund erscheint es einleuchtend, dass diese Konstruktion, bestehend aus Autopoiesis, struktureller Kopplung und Irritation, einen Gleichgewichtszustand weder voraussetzt noch kennt, in den das System nach einer Störung zurückkehrt (Luhmann 1997a, S. 791). Die bereits angesprochene Operation der Restabilisierung als fundamentale Voraussetzung für das Überleben der Systeme bedeutet gerade nicht so viel wie eine Rückkehr in den Ausgangszustand. Emergenz, aber auch Destruktion ist im Rahmen der Autopoiesis immer und jederzeit möglich. Die Einzelbetrachtung der Autopoiesis eines Systems, ohne die Funktion struktureller Kopplung zu berücksichtigen, beispielsweise im Kontext von Governance- oder Steuerungsdebatten, führt dann immer wieder auch zu Missverständnissen über die Erklärungskraft der Systemtheorie. Besonders Helmut Wille hat sich damit hervorgetan, auch den Aspekt der Steuerung noch deutlicher mit systemtheoretischen Ansätzen zu verbinden (Vgl. Willke 2001).

Komplexität

Problemstellungen wie die der gesellschaftlichen Steuerungsfähigkeit werfen in besonderer Weise die Frage nach der Berücksichtigung von Komplexität in soziologischen Modellentwürfen auf. Und genau in diesem Punkt unterscheidet sich die Systemtheorie von anderen Ansätzen, denn Komplexität wird in ihr Theoriegerüst mit eingebaut und berücksichtigt auf diese Weise die "Universalität des Problems der Komplexität" (Willke 2006, S. 3). Den Begriff der Komplexität entwickelt Luhmann problemorientiert auf der Basis von Element und Relation. Die Zunahme von Elementen in einem System oder für ein System als dessen Umwelt, führt zu einer Begrenzung der "Verknüpfungskapazität, die dadurch nicht mehr jedes Element jederzeit mit jedem anderen verknüpfen kann" (Luhmann 2012b, S. 46). Gemeint sind hier zwei Probleme: Das der Binnenkomplexität im System und das der System-Umwelt-Beziehung. Damit ist einerseits gemeint, dass die Welt immer mehr Möglichkeiten bietet, als es den darin enthaltenen sozialen oder psychischen Systemen möglich ist zu bearbeiten oder zu nutzen. Die Umwelt ist immer komplexer als das System. In dieser Situation schafft das System eine Reduktion von Komplexität. Erst durch diese Reduktion ist Erleben und Handeln möglich, da nicht alle Handlungen zugleich ausgeführt oder erlebt werden können. Diese letztgenannte Tatsache der Informationsüberflutung (information overload) ist gerade im heutigen digitalen Zeitalter ein wohlbekanntes, alltägliches Phänomen. Zum Zweitens ist es die Leistung der Systembildung, in diesem Überangebot eine Auswahl zu treffen. Jeder komplexe Sachverhalt beruht auf einer Selektion der Relationen zwischen Elementen, die er benutzt, um sich zu konstituieren und zu erhalten.

Komplexität ermöglicht erst die Konstituierung, die Geburt des Systems. In diesem Sinne heißt Komplexität deshalb auch nichts anderes als Selektionszwang. "Selektionszwang heißt Kontingenz, und Kontingenz heißt Risiko" (Luhmann 2012b, S. 47).

Rationalität

Gesellschaftliches Handeln versucht in jeder Lebenslage Risiken zu beherrschen, zu managen oder zu minimieren. Der Schlüssel dazu lautet rationales Handeln. Handlungsrationalität verlangt Präferenzen zu formulieren und die dazu passenden Ziele zu verfolgen. Kalkulierbare Kosten sondern all das aus, was unerwartet passieren könnte. Risiko wird demnach aus der Rationalitätsdiskussion ausgeschlossen - und über Risikomanagement etc. wieder eingebaut (Luhmann und Baecker 2002, S. 188–189). Rationalität scheint berechenbar zu sein, kalkuliert sie doch Wahrscheinlichkeiten von Eintrittsfaktoren (Vgl. dazu auch: Esposito und Reinhardt 2009, S. passim). Sie kann das Risiko aber nie vollständig ausschließen. Stets bleibt ein „unmarked space“ (Spencer Brown), eine nichtrationale Zone, ein Risiko. Luhmann versteht Rationalität demnach als einen kalkulierten Bereich von Zwecken und Mitteln, "die beide Folgen des jeweiligen Handelns sind und diesen Bereich in eine Welt einbringen, die sich insgesamt diesem Rationalitätskalkül nicht fügt und mit Überraschungen reagiert" (Luhmann und Baecker 2002, S. 189). Es entsteht ein Lernprozess, denn einige Selektionsmuster eignen sich besser, Irritationen der Umwelt zu verarbeiten als andere. Beispiele sind Irritationen des Wirtschaftssystems auf die Politik oder Irritationen durch Um-

weltprobleme etc. Dieser Lernprozess erfolgt im Rahmen der Systemrationalität. In einem evolutionären Prozess helfen Komplexitätsmuster Umweltirritationen, Sensibilität und Resonanz in dem oben dargestellten Sinne zu verarbeiten. Über die Systemrationalität können Aspekte der Umwelt im System in Rechnung gestellt werden, trotz operativer Geschlossenheit des Systems (Luhmann und Baecker 2002, S. 190). Der Rationalität kommt in diesem Sinne eine evolutionäre Brückenfunktion zwischen dem System und seiner Umwelt zu.

Beobachtung

Wie sind aber solche Interaktionen innerhalb eines Systems, wie auch bei den System-Umwelt-Beziehungen, beobachtbar oder auch beschreibbar? Luhmann verwirft für die Systemtheorie die traditionelle Unterscheidung von Subjekt und Objekt als Grundfiguren erkenntnistheoretischer Betrachtungen. Eine an Intersubjektivität ausgewiesene Objektivität beobachtender (selbstbeobachtender) und beschreibender (selbstbeschreibender) Systeme ist somit unmöglich. Ebenso der Wahrheitsanspruch im Sinne einer Übereinstimmung von Erkenntnis und Gegenstand. Die Referenz der Beobachtung ist folglich nicht der beobachtete Gegenstand, sondern die Beobachtung des Beobachters, also die Selbstreferenz. Der Grund dafür liegt in der vom Beobachter abhängigen Rekonstruktion des Gegenstandes und damit in einer doppelten Selbstreferenz von Beobachtung und Beobachtetem. Letztendlich ist der Mensch ein autopoietisch-psychisches System, schon deshalb ist ihm eine direkte Beobachtung fremder Systeme unmöglich (Willke 2006, S. 160). Vielmehr liegt der

Beobachtung (und der aus der Beobachtung folgenden Beschreibung) nicht die Logik des beobachteten Phänomens zugrunde, sondern die Logik des Beobachters (des beobachtenden Systems) und seiner kognitiven Struktur.

Eine Operation der Beobachtung liegt vor, wenn aus der Feststellung eines Unterschiedes für das zu beobachtende System eine Information zu gewinnen ist, also ein bedeutsamer Unterschied registriert wird (Willke 2006, S. 160). Der Modus Operandi ist dabei Kommunikation. Um aber ein System als System zu beobachten und zu beschreiben, ist die Unterscheidung von System und Umwelt notwendig. In diesem Moment der Beschreibung ordnet sich der Beobachter selber einer Seite zu, der des Systems oder der seiner Umwelt. Mit anderen Worten, er ordnet sich der Forminnenseite oder der Formaußenseite der Differenz System-Umwelt zu. "Beobachten lässt sich all das, was in Form irgendeiner Differenz vorliegt oder in Form gebracht werden kann, vorausgesetzt, dass die Form der Differenz für den Beobachter einen Sinn macht" (Willke 2006, S. 162). Das Phänomen der Beobachtung konstituiert die Beobachtung eines Phänomens. Der Gegenstand der Beobachtung wird für den Beobachter (dann) zu einer beobachtbaren Einheit, wenn er ihn bezeichnen und beschreiben kann und die Differenz von Teil und Ganzem des Systems erkennbar wird. Diese kommunikative Operation des Beobachtens ist ein Moment der laufenden Selbstreproduktion des Systems. "Erst dieses Zusammenfallen der unterschiedlichen Bezüge in der Einheit der Operation ermöglicht es, dass das System beobachtet und dennoch es selbst bleibt, also zugleich sich in der Welt bewegt und seine Identität bewahrt" (Willke 2006, S. 162).

Damit lässt sich auch erklären, warum die systemtheoretische Beobachtung keinen archimedischen Punkt zulässt. Also eine Stelle, die moderne Gesellschaften in ihrer ganzen Komplexität ohne wesentlichen Informationsverlust beschreiben könnte. Ist dieses Erkenntnis richtig, hat sie Konsequenzen für die Soziologie. "Offenbar ist uns die Möglichkeit einer Gesamtübersicht, wie sie Archimedes noch für die antike Gesellschaft behaupten konnte, nicht mehr gegeben, weshalb wir auf die Repräsentation der Einheit der Gesellschaft in der Gesellschaft verzichten müssen" (Hellmann 2002, S. 13).

Der Zusammenhang von Beobachtung und Beschreibung ist leicht nachzuvollziehen und einsichtig: "Beschreiben lässt sich nur das, was beobachtet und darüber hinaus auch noch in die Form einer semantischen Figur gebracht werden kann" (Willke 2006, S. 163). Komplizierter wird es, wenn wir uns der Operation der Selbstbeschreibung zuwenden. Auch Selbstbeschreibungen sind Beobachtungen. Wir erinnern uns: „Eine Beobachtung bezeichnet etwas, indem sie es unterscheidet. Sie produziert mit dem, was sie bezeichnet, zugleich einen unmarkierten Bereich, der nicht intentional oder thematisch erfaßt (bezeichnet), aber als Welt-im-Übrigen vorausgesetzt ist. Und sie sondert die Operation der Beobachtung (und damit: den Beobachter) ab von dem, was beobachtet wird" (Luhmann 1997a, S. 882). Auch wenn der Beobachter oder der Beschreibende diese Unterscheidung selber erzeugt hat, kann er sich nur auf einer Seite der Differenz befinden. Die Unterscheidung kann deshalb auch nur durch Bezeichnung der einen (und nicht der anderen) Seite aktualisieren werden. Das beschreibende System ist also gezwungen, "die Differenz in das

durch sie Getrennte auf einer der Seiten wieder eintreten zu lassen. Es muß in den Begriffen von Spencer Brown ein re-entry der Form in die Form, der Unterscheidung in das durch sie Unterschiedene, des Unterschieds von System und Umwelt in das System vollziehen" (Luhmann 1997a, S. 877). Diese Intransparenz des Systems weist Selbstbeschreibungen deshalb einen Informationswert zu, kann ein System doch nicht über seine Grenzen hinaus „sehen“. Übertragen auf das System Gesellschaft entsteht eine eigene Semantik, die evolutionären Veränderungen unterliegt. Dabei muss die Gesellschaft aber Neues im alten Kontext wahrnehmen, um es erst spezifizieren zu können. Eine weitere Besonderheit der Selbstbeschreibung der Gesellschaft ist ihre Kriterienlosigkeit, weil es außerhalb der Gesellschaft keine Kommunikationsmöglichkeit gibt, die als korrigierende Instanz fungieren könnte (Luhmann 1997a, S. 890–891). Die fortschreitende funktionale Ausdifferenzierung moderner Gesellschaften erzeugt eine Vielzahl an Selbstbeschreibungen für das System. Umgekehrt müsste das Gesellschaftssystem auch mehrere Selbstbeschreibungen anbieten können und auch registrieren. „Die Konsequenz wäre im Postmodernismus ein Metabegriff, der sich polykontextual oder hyperkomplex beschreibt. Jede Selbstbeschreibung müsste ihre eigene Kontingenz berücksichtigen, ansonsten wäre sie intolerant und damit politisch autoritär“ (Luhmann 1997a, S. 891). Dieses Dilemma ist für das zunehmende Verschwinden großer, gesellschaftlicher Narrative mitverantwortlich. Die einzelne identifikatorische Geschichte ist im Stimmengewirr nur noch schwer zu vernehmen. Besonders gut sichtbar wird dies am Parteiensystem, bilden Narrative doch ihre große mobilisierende

Ressource. Übrig bleibt am Ende nur noch der Weg über die zunehmende Personalisierung.

Subjekt

Personalisierung gibt das Stichwort für die Frage nach dem Verbleib der Subjekt-Kategorie im systemtheoretischen Kosmos. Aber wie bereits die bisher dargelegten Elemente andeuten, begreift Luhmann die Ablösung dieser Kategorie als einen zwingenden, erkenntnisnotwendigen Schritt. "Das Konzept der autopoietischen Systeme wird in Luhmanns Systemtheorie nun in den Rang einer erkenntnisleitenden Fundamentalkategorie erhoben" (Weber 2005, S. 32) und ersetzt dadurch die Subjekt-Kategorie. In diesem Paradigmenwechsel verbirgt sich die Intentionalität nach Ablösung der subjektphilosophischen Tradition aus der Soziologie. Die Konsequenzen sind von tiefgreifender Natur, verlangen die Folgen dieses Perspektivenwechsels doch nach einer Umstellung in dem Sinne, dass nicht mehr von "Objekten die Rede ist, sondern von Unterscheidungen" (Luhmann 1997a, S. 60). Nebenbei ist die Ablösung der Subjekt-Objekt-Beziehung ein Ausweg für den forschenden Beobachter aus seinem methodologischen Grundproblem, Teil der eigenen Beobachtung zu sein. Ein Subjekt erscheint als eine Figur, die sich in ihrem Beobachten beobachtet und in dieser Selbstreflexion transzendente Bedingungen des Beobachtens aufweist. "Von dieser doppelten Selbstreferenz wird auf die Transzendentalität des Subjektes geschlossen. Ein Subjekt ist ein der Welt zugrundeliegendes, ein extramundanes Bewußtsein" (Schützeichel 2003, S. 69).

Oft entsteht dadurch das Missverständnis, dass die Systemtheorie der Individualität von Menschen, wie auch der Intentionalität ihres Erlebens und Handelns, keine Berücksichtigung schenke, da Individuen oder Akteure mit Subjekten oder Subjektivität gleichgesetzt würden. Es wird hierbei jedoch übersehen, dass in der Individualität der Individuen, gegeben durch die Autopoiesis des Bewusstseins, gerade der Ausgangspunkt der theoretischen Reflexion der Systemtheorie liegt (Schützeichel 2003, S. 68–69).

Sinn

Bisher ist unzweifelhaft die theoretische Herkunft der Biologie zu erkennen, haben Maturana und Varela die Theorie autopoietischer Systeme doch an organischen Systemen entwickelt. Um die Autopoiesis für eine soziologische Theorie der Gesellschaft nutzbar zu machen, ist es notwendig, dieses Erkenntniskonzept um eine Sinndimension zu erweitern (Weber 2005, S. 35).

Das Medium Sinn wird erst durch den Betrachter in die Welt eingeführt und existiert erst in diesem Moment. Sinn ist demnach ein Produkt von Operationen, ein faktisches Erleben und Kommunizieren, keine "Weltqualität, die sich einer Schöpfung, einer Stiftung, einem Ursprung verdankt" (Luhmann 1997a, S. 44). Auch wenn Sinn einen der wichtigsten Begriffe der Soziologie darstellt und fast alle sozialen Phänomene über den Sinnbegriff vorgenommen werden, so bleibt er doch ein "nomadisierter Ausdruck" (Schützeichel 2006, S. 111), der insbesondere umgangssprachlich eigene Begriffsräume umfasst. Nicht gegenüber "sinnlos" ist deshalb im Luhmannschen Verständnis die Unterscheidung zu Sinn

aufgespannt, sondern aktualisierter versus potenzieller Sinn umfasst hier das begriffliche Gegensatzpaar.

So verstanden bedeutet dies eine Abkehr von einer legitimierenden Einheit, einer transzendenten Normsetzung, die Sinnhaftes von Sinnlosem trennt. Sinn ist vielmehr die Differenz von gerade Aktuellem, von gerade gesagtem, erfasstem, beobachtetem, verstandenem Sachverhalt zu einem Möglichkeitshorizont, der alles nicht Gesagte, Beobachtete, Verstandene umfasst. "Sinn ist laufendes Aktualisieren von Möglichkeiten" (Luhmann 2012b, S. 100) in Gestalt einer Spencer Brownschen Form, von Aktualität und Potenzialität als Grunddifferenz.

Psychische und soziale Systeme sind gezwungen Sinn zu verarbeiten, anders ist es ihnen nicht möglich, die Komplexität der Welt, die der Möglichkeitshorizont bietet, zu verarbeiten. Für solche Systeme wird Sinn zur "Weltform und übergreift damit die Differenz von System und Umwelt" (Luhmann 2012b, S. 95). Als Konsequenz aus diesem Sinnbegriffs ergibt sich zum einen, dass alles in der Welt sinnhaft ist. "Kein sinnkonstituierendes System kann also der Sinnhaftigkeit aller eigenen Prozesse entfliehen" (Luhmann 2012b, S. 105). Und zum zweiten wird Sinn zu einer nicht negierbaren Kategorie, denn "wir kommen nicht aus dem Medium heraus" (Luhmann und Baecker 2002, S. 233). Auch jede Sinnlosigkeit erlaubt definitionsgemäß nur eine sinnhafte Kommunikation auf der Metaebene (Kirchmeier 2012, S. 118). Mehr noch, Sinn kann nur wieder auf Sinn verweisen, er kann diese zirkuläre Geschlossenheit nicht überwinden. Jede Operation ist damit selbstreferenziell und sieht die eigene Wiederaktualisierung mit vor (Luhmann 2012b, S. 95, 105).

Um Sinnerfahrung überhaupt verarbeiten zu können, müssen Systeme diese typisieren. Luhmann schlägt hier drei Sinndimensionen vor, deren Anzahl bis heute arbiträr erscheint (Kirchmeier 2012, S. 119). Luhmann kann für die Herleitung außer einer phänomenologischen Erklärung keine vernünftige Begründung vorlegen, wie er selbstkritisch einräumt (Luhmann und Baecker 2002, S. 238–239). Unter Sachdimensionen versteht Luhmann, dass Sinn immer aktuell auf einen bestimmten Gegenstand oder ein bestimmtes Thema bezogen ist. Der Sachdimension liegt die Unterscheidung zwischen Dieses und Anderes zugrunde. Damit lässt sich entscheiden, ob verschiedene Bewusstseinsakte bzw. Kommunikationen noch innerhalb desselben Gegenstandsbereiches beziehungsweise desselben Themas liegen oder ob es um Verschiedenes geht. Die Zeitdimension, die auf der Unterscheidung zwischen Vorher und Nachher beruht, führt nicht nur dazu, dass der operationelle Anschluss von Sinn an Sinn gesehen wird, sondern dass das System eine eigene Zeitsemantik von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft ausbildet. Die Sozialdimension ist eine Alter/Ego Unterscheidung. Damit meint Luhmann allerdings nicht, dass sich Sinn auf eine Person bezieht, wie es beispielsweise der Fall wäre, wenn man über jemanden kommunizierte – denn ein solcher Bezug wäre der Sachdimension zugeordnet. Die Sozialdimension bezieht sich auf die Frage, ob eine Sinnerfahrung auch für andere gleichermaßen möglich, ob sie also konsensfähig wäre (Kirchmeier 2012, S. 118–119); (Vgl. auch Luhmann 2012b, S. 112–120 und Luhmann 1997a, S. 1136).

Kommunikation

Systeme existieren, indem sie operieren. Soziale Systeme operieren, indem sie kommunizieren. Diese Beschreibung macht vordergründig den Stellenwert der Kommunikation für soziale Systeme auf sehr einfache Weise deutlich, ist aber in seiner Radikalität doch tiefgründiger. Die soziologische Systemtheorie nach Niklas Luhmann bezieht sich nicht auf Handlungen, sondern auf Kommunikation, um in Systemen zu differenzieren und damit das System aufrecht zu erhalten (Luhmann 1997a, S. 608); (Luhmann und Baecker 2002, S. 288).

Kommunikation gliedert sich einfach ausgedrückt in drei Komponenten: Mitteilung, Information und Verstehen (Luhmann und Baecker 2002, S. 292). Das charakterisierende Element der Kommunikation ist dabei das "Prozessieren von Selektion" in jedem der drei Momente des Kommunikationsprozesses. Nicht nur im Moment der Absendung durch Alter und dem Empfang durch Ego liegt Selektivität zugrunde, sondern auch die Auswahl der Information durch Alter aus dem Horizont von Informationen ist ein Akt der Selektion (Luhmann 2012b, S. 194). Informationen sind in diesem Sinne bereits Selektionen, die auf einer Unterscheidung beruhen zwischen jenen Teilen, die für mitteilungswürdig und jenen, die für nicht mitteilungswürdig befunden werden. Die weitere Unterscheidung zwischen dem Zustand vor und nach der Information führt zu einer Änderung des Systems. Informationen sind deshalb Ereignisse, die "Strukturen im Sinne von Erwartungshaltungen verändern" oder beibehalten (Schützeichel 2003, S. 98).

Erfolgreiche Kommunikation definiert sich dadurch, dass die Informationen verstanden wurden, andernfalls erleben wir nur Verhalten (Luhmann und Baecker 2002, S. 299). Erst durch das Verstehen kommt es zur Realisation und Aktualisierung von Kommunikation. "Die Kommunikation erzeugt in ihrer Verstehenskomponente überhaupt erst die Zweiheit von Information und Mitteilung, die sie zur Kommunikation macht (Luhmann und Baecker 2002, S. 298–299). Das bedeutet, innerhalb der dreistufigen Kommunikation kommt dem Verstehen eine Vermittlerrolle zu, die erst dadurch Kommunikation entstehen lässt. Luhmanns Kommunikationsbegriff entfaltet sich von der Verstehensperspektive aus, nicht von der des Senders, was eine bedeutende Umkehrung der klassischen kommunikationstheoretischen Sichtweise darstellt. Folgerichtig bedeutet Kommunikation ebenfalls nicht, dass Informationen "übertragen" werden im Sinne von Informationspaketen, die schon in der Welt sind und von A zu B übermittelt werden. Die Figur von Alter und Ego verdeutlicht nur den dreistufigen Selektionsprozess, steht aber nicht für die Wiedereinführung von menschlichen Akteuren in die Systemtheorie. Im Gegenteil bildet sich Kommunikation ausschließlich aus Kommunikation selber, Akteure werden ausgeklammert.

Codes

Funktionssysteme entwickeln zur Reduzierung der hohen Komplexität von Kommunikation binäre Schemata zur einfacheren Unterscheidung bzw. Zuweisung von relevanten Informationen. Diese sogenannten Primärcodes fungieren in den Systemen als dominierende Steuerung Unterscheidung. "Codierte Ereignisse

wirken im Kommunikationsprozess als Information, nicht-codierte als Störung (Rauschen, noise)" (Luhmann 2012b, S. 197). Die binäre Codierung erfasst die Welt vollständig, jeder Vorgang kann einer Seite zugeordnet werden, "tertium non datur!" (Hellmann 2012, S. 245). Sie erlaubt ebenfalls, den Selektionsvorgang von Informationen durch die klare Präferenz für eine Seite zu beschleunigen; gerade normative Kontexte erlauben Präferenzcodes wie beispielsweise: gut/schlecht oder böse; moralisch/unmoralisch usw.

Symbolisch generalisierte Kommunikationsmedien

Luhmann führt zur Überwindung der Unwahrscheinlichkeit erfolgreicher Kommunikation, die aufgrund der großen Anzahl an möglichen Selektionen im Kommunikationsprozess auftreten kann, das symbolisch generalisierte Kommunikationsmedium ein. Die Codierung der Sprache führt nur zu Strukturierung von Kommunikation. Sie löst das Unwahrscheinlichkeitsproblem jedoch nicht. Durch symbolisch generalisierte Medien soll eine nachhaltige Gemeinsamkeit geschaffen werden, die zu sozialen Übereinstimmungen führt (Luhmann 1997a, S. 318–319). Diese gemeinsame Basis lässt die Annahme von Kommunikation erwartbarer werden. In einem sehr abstrakten Sinne bilden symbolisch generalisierte Kommunikationsmedien deshalb ein "funktionales Äquivalent zur Moral" (Luhmann 1997a, S. 317). Es werden Selektionen miteinander verknüpft, die zunächst eine lose gekoppelte Menge von Elementen des dreistufigen Kommunikationsprozesses waren. Die Verknüpfung, oder mit anderen Worten "strikte Kopplung", wird durch die jeweils spezifische Form des Systems

erreicht. Für eine Reihe von Subsystemen hat Niklas Luhmann diese Medien herausgearbeitet und analysiert. Entscheidend ist dabei nicht nur die Symbolik. Auch die Form muss "generalisiert sein, da die entsprechenden Erwartungen im Vorgriff auf weitere Autopoiesis nur gebildet werden können, wenn die Form mehrere verschiedene Situationen übergreift" (Luhmann 1997a, S. 320). Als Beispiele seien im Wirtschaftssystem die Preise, im System der Liebe der Liebesbeweis, Theorien im Wissenschaftssystem und Rechtsgesetze im Rechtssystem genannt.

Handeln und Erleben

Schon in frühen Schriften legt Niklas Luhmann dar, dass er in seinen Überlegungen dem eher unbekannten französischen Philosophen Luc de Clapiers, Marquis de Vauvenargues (1715-1747) folgt und das Subjekt/Handlungsschema durch ein Zeit/Handlungsschema ersetzt (Luhmann 1979, S. 63). Dadurch wird es möglich, die Handlung in ihrer systemischen Funktion beschreibbar zu machen, da Motive und Wirkungen des Handelnden, die sonst zu körperlichen und mentalen Bezugspunkten des Handelnden führen würden, von der Handlung getrennt sind. "Nur wenn man von Handlung auf Kommunikation umstellt, wird es notwendig, die Elementareinheit der Systembildung rekursiv durch Bezug auf andere Operationen desselben Systems zu definieren" (Luhmann 1997a, S. 608). In diesem Sinne spricht ein Systemtheoretiker dann von Handlungen, wenn eine Selektion dem System selber zugerechnet werden kann. Wird sie jedoch der Umwelt zugeordnet, dann ist das Erleben gemeint. "Entspre-

chend unterscheiden sich die symbolisch generalisierten Kommunikationsmedien danach, ob sie die beiden sozialen Positionen Ego und Alter als erlebend oder als handelnd voraussetzen" (Luhmann 1997a, S. 335). Da sich bei diesen Operationen spezifische Zurechnungspraxen bilden, schaffen Handeln und Erleben zwei unterschiedliche Weltzugänge, die die "generalisierten Kommunikationsmedien ganz unterschiedlich, jeweils durch ihre spezifischen Medien, nutzen können" (Saake 2012, S. 78).

Zusammenfassend können wir Handeln als eine emergente Eigenschaft einer Organisationsstufe charakterisieren, die zu "bewusster Selbstorganisation" in der Lage ist. "Der Übergang von Verhalten zu Handeln impliziert den Übergang vom Quasi-System zum System und vice versa" (Willke 2006, S. 97).

Systemtheorie in der Kritik

Bevor ich mich dem politischen System als meinem zentralen Gegenstandsbereich zur Bearbeitung der formulierten Fragestellung zuwende, stellt sich die Frage, ob nicht schon jetzt die Kritik und Inkonsistenzen die Luhmannsche Theoriearchitektur zum Einsturz bringen. Oder zumindest die eingangs dargestellten Vorteile und Begründungen überlagern. In diesem Fall wäre die systemtheoretisch verstandene Konstruktion des politischen Systems schon deshalb unbrauchbar, weil ihr Root Concept die allgemeine soziologische Systemtheorie als ihren Überbau nicht trägt.

Für irrelevant möchte ich sogenannte ideologische Kritik bewerten. Hierzu sind ausreichend Positionen gewechselt worden. Eine solche Ebene erscheint mir für eine metatheoretische Kritik nicht

mehr zeitgemäß. Spannender sind allgemeine theorietechnische Inkonsistenzen. Von besonderem Interesse ist "Kritik mit Luhmann gegen Luhmann", also Kritik, die auf Basis systemtheoretischer Logikinkonsistenzen formuliert wird. Hier gilt es abzuwägen, ob sie die gesamte Theoriearchitektur zum Einsturz bringen. Wenn nicht, soll mit Inkonsistenzen einzelner Theoriebausteinen, die plausibel erscheinen, analog einer salvatorischen Klausel verfahren werden: die gesamte Theoriearchitektur ist weiterhin gültig, einzelne Elemente sollten aber "geheilt" werden.

Geht man weiter zurück bis zu den Anfängen der offensichtlich lebhaften Luhmann-Debatten im letzten Jahrhundert, lassen sich nach Michael Hein sieben Rezessionsschranken, aus heutiger Sicht sollte man eigentlich von „Missverständnissen“ sprechen, zusammenfassen: 1.) Luhmann sei für normative Fragen unzugänglich (Vgl. eine frühe Position von Münkler 1985, S. 22. 2.) Luhmann sei für die empirische Forschung unbrauchbar, da zu abstrakt (Vgl. u.a. Khurana 2003, S. 366; Merkel 2010a, S. 89). 3.) Linke Politwissenschaftler werfen Luhmann konservatives Denken und Theoretisieren vor. 4.) Die "autopoietische Wende" habe zu einer Verstärkung von Selbstreferentialität geführt, die es nun Systemen nicht mehr erlaube, aufeinander Einfluss nehmen (Vgl. Beyme 2007, S. 250). 5.) Im Anschluss an Punkt 4.) wird der Vorwurf eines Steuerungspessimismus bei Luhmann geäußert. Daraus hat sich eine hart geführte Steuerungsdebatte, insbesondere mit Fritz Scharpf und Renate Mayntz (1998) entwickelt. Die Politikwissenschaft hat diese These jedoch mehrheitlich zu einem Steuerungsverzicht umgedeutet (Beyme 2007, S. 248ff); (Ladwig 2009: 231ff) und hält an der hierarchischen Überordnung der Po-

litik fest. 6.) Kritik wird am reformulierten Staatsbegriff bei Luhmann geübt, der Staat als eigenes System ablehnt. Politikwissenschaftler haben das als Negation des Staates als soziales Gebilde missverstanden (Beyerle 1994: 171); (Beyme 2007, S. 243ff). 7.) Hein beobachtet ein generell gestörtes Verhältnis der Politikwissenschaften zur soziologischen Systemtheorie. Denn Luhmanns Anspruch ist universelle Großtheorie, die Politikwissenschaft fühlt sich dadurch als "beobachteter, nie als beobachtender Dialogpartner (Dödel 2000: 169 (Zitate nach Hein 2011, S. 60–64)). Anzufügen wäre noch ein weiterer wundersamer Typus von Kritiker. Jener, der lektürelös zu fundamental Kritik im Stande ist und der Luhmann nicht nur "Begriffsakrobatik" vorwirft, sondern auch Zeitdiebstahl, habe er doch "einer Soziologengeneration die Einsicht versperrt", die richtige Systemtheorie zu erkennen (Ropohl 2012, S. 43). Wahrscheinlich ist nicht jedem die Gabe von Günther Ropohl vergönnt, über 40 Monographien souverän zu ignorieren und nach dem Studium von einem "Luhmann Lexikon" (2005) und einem dünneren Band, "Einführung in die Systemtheorie" (2002), unmittelbar das "pseudowissenschaftliche Flair" (Ropohl 2012, S. 144) dieser "esoterischen Theorie" (Ropohl 2012, S. 143) bei Niklas Luhmann zu erkennen. Ob die Luhmannsche Systemtheorie bereits durch das Fehlen von grafischen Schematisierungen formal fehlerhaft ist, mag dahingestellt bleiben. Die Motive für Ropohls Furor müssen wohl eher in Ignoranz oder bewusster Umdeutung zu suchen sein, ansonsten bliebe als Grund nur noch mangelnde Rezeptionsfähigkeit. Bedauerlicher Weise scheint jedoch für alles drei Raum gegeben. Als einzelne stichwortartige Kritikpunkte seien genannt: der Kommunikationsbegriff, die Konstruktion eines Paradigmenwechsels vom Ganzen

und Teil innerhalb der Systemtheorie, der fast schon satirisch anmutende Einwurf, in Luhmanns Gesellschaft werde nur kommuniziert und nicht gearbeitet oder das Einschleichen des Menschen über die Umwelt in die Systeme (Ropohl 2012, S. 138–143). Eine detailliertere Darstellung führte kaum zu neuen Einsichten. Denn sobald wir diese "Missverständnisse" bei der Rezeption ausklammern, bleibt nur noch aufgewärmte "Retro-Kritik" aus den 1980er Jahren nach altbekanntem Muster: "neoliberalistische Ideologie", "radikaler Antihumanismus", "zynischer Intellektueller" (Ropohl 2012, S. 143). Der Vorwurf des Zeitdiebstahls muss hier deutlich zurückgegeben werden.

Von wohltuend anderer Qualität sind die Einwände von Michael Greven. Plausibel erscheint mir seine Frage nach einer theorieimmanenten, regelhaften Ableitung des identifizierten, spezifischen System-Codes. Geradezu im Widerspruch zur "empirisch beobachtbaren Realität" steht die Festlegung, dass ein ausdifferenziertes System nur in einem Medium kommunizieren könne (Greven 2001, S. 201ff). Pragmatisch würde ich diese Diskussion über die Art der Codes für Funktionssysteme sehen. Sollte hier die Forschung einen anderen Code präferieren, so ist damit nicht die Theorie in Frage gestellt, sondern nur die Präferenz für ein funktionales Äquivalent. Anders verhält es sich, wenn ein System in mehr als einem Medium kommuniziert. Da Kommunikation auch für die Konstitution von Systemgrenzen verantwortlich zeichnet, wäre hier ein problematischer Widerspruch identifiziert, der an der Bifurkationsthese der Ablehnungs- und Annahmeoperation von Kommunikation rüttelt.

Von grundsätzlicherer Natur ist Grevens Einwand, dass sich die "Theorie Luhmanns in einen performativen Selbstwiderspruch

verstrickt" habe. So habe Luhmann eine radikal konstruktivistische Theorie entworfen, nehme aber für sich in Anspruch, reale Sachverhalte zu beobachten (Luhmann 2012b, S. 599). Es stellt sich dabei berechtigterweise die Frage, wie "ein radikaler Konstruktivist die Realität von Systemen jemals aus Beobachtungen erschließen kann? Luhmann meint sich dem damit aufgeworfenen Problem durch die Beschränkung auf das Wie des Beobachteten theoriepragmatisch entziehen zu können und schiebt auf diese Weise die (ihm) unbequeme Frage nach dem Was des Beobachteten vor sich her" (Greven 2001, S. 198–199). Diese Kritik rüttelt nicht an der Theoriearchitektur, sondern verlangt eher nach einer hermeneutischen Betrachtung der Theorie-intention. Eventuell erscheint dann dieser mutmaßlich grobe Widerspruch in einem anderen Licht.

Nicht ganz folgen würde ich Klaus von Beyme in seinen Einlassungen zur Sinnkonstruktion, die er mit einer Kritik an Luhmanns autopoietischer Wende verbindet. "Durch die Konzeption des Sinns kann jedes Ereignis als autopoietisches Moment verstanden werden. Es scheint daher einfacher, sich den zirkulären Binnenstrukturen des Systems zuzuwenden, als empirisch faßbare Systemstrukturen und Interaktionen zwischen Systemen noch empirisch zu untersuchen" (Beyme 2002, S. 147). Hier würde ich ihm die Forschungsempirie entgegenhalten, sind doch einige systemtheoretische Studien zu Systemstrukturen und Interaktionen entstanden (Vgl. exemplarisch: Pollack 1990; Lodde 2010; Kuschke 2012).

In eine andere Richtung zielt Rainer Schützeichel mit seiner Frage nach dem soziologischen Basiselement, also auf das Verhältnis

von Handlung und Strukturen, beziehungsweise von Operationen und Strukturen, wenn man es in die systemtheoretische Diktion überträgt. Er erkennt in diesem operationalen Kern erhebliche Konzeptualisierungsprobleme durch ein "Ungleichgewicht der operativen Logik und einer Strukturlogik" (Schützeichel 2003, S. 64). Zwar habe Luhmann verschiedene Bedingungen für die Möglichkeit des Prozessierens und des Bestimmens von Sinn formuliert, aber "diese Prämissen sind von ihm niemals in einer prinzipiellen Weise formuliert worden" (Schützeichel 2003, S. 18). Meines Erachtens legt Schützeichel in seinen sehr fundierten Ausführungen wichtige Schwachstellen der Systemtheorie frei, die hier weitere Theoriearbeit notwendig erscheinen lässt. Diese Inkonsistenzen erschüttern aber nach meiner Wahrnehmung noch nicht die Theoriearchitektur als Ganzes.

Interessant erscheint mir auch die Diskussion über die evolutionäre Differenzierung der Gesellschaft. Paradoxerweise teilen die Sozialwissenschaften die Beobachtung der funktionalen Differenzierung moderner Gesellschaften vorbehaltlos, denn eine konsistente Konstruktion dieser Differenzierungstypen bleibt Luhmann explizit schuldig (Vgl. Luhmann 1997a, S. 614). Vor diesem Hintergrund ist eine Debatte über die tatsächlichen Ausprägungsgrade gesellschaftlicher Ausdifferenzierung (Vgl. Holz 2003, S. 36ff) auch einen Schritt zu früh angesetzt, da noch immer die Herkunft der Typenbildung ungeklärt ist. Damit verbunden ist auch die – zumindest theoretische – Frage, was nach einer funktionalen Ausdifferenzierung als nächster evolutionärer Schritt erfolgen könnte beziehungsweise müsste. In dieser Auseinandersetzung zur segmentären Differenzierung erkennt Marcus Otto Anzeichen eines "Fundamentalismus" des Funktionsbegriffs.

Analog zu Carl Schmitts Begriff der Entpolitisierung wird bei Luhmann durch den Begriff der Entdifferenzierung die Tragweite, ja, die fundamentale Bedeutung des Funktionsbegriffs ersichtlich. "Der Begriff der Entdifferenzierung soll darauf verweisen, daß unter dem Primat der funktionalen Differenzierung infolge der Ausdifferenzierung von Funktionssystemen die Mißachtung der Unterscheidung von System und Umwelt schon alleine deshalb unmöglich ist, weil sie funktional defizitär und infolgedessen nicht existenzfähig wäre" (Otto 2003, S. 379).

Zusammengenommen erscheinen mir einzelne Ansatzpunkte der Kritiken gegenüber der Systemtheorie als durchaus berechtigt, aber nicht als hinderlich, um diesen Theorieansatz als weitere Grundlage zu verwenden. Es sind Hinweise für notwendige "Schönheitsreparaturen" am Theoriegebäude von Niklas Luhmann, die eine Weiterentwicklung notwendig machen. Die Grundidee hat aber – noch – nichts von ihrer Wirkmächtigkeit eingebüßt. Ihre Bedeutung ist letztendlich auch ihrer Monopolstellung zu verdanken, hat sich doch kein Wissenschaftler mehr an einer *Grand Theory* versucht. Gerade für die politikwissenschaftlichen Typenbildungen erscheint aber die Frage nach der sozialen Einbettung in ein Root Design dringender denn je.

IV. Politik als System

Ziel und Vorgehen

Getragen von der soziologischen Systemtheorie Niklas Luhmanns möchte ich mich hier dem Begriff des politischen Systems, dem "fokalen System" (Willke 2006, S. 59) dieser Arbeit, zuwenden. Elementare Begriffe und Funktionen basieren auf der soziologischen Systemtheorie. Sie sind nicht auf das politische System beschränkt, sondern in die systemtheoretische Theoriearchitektur eingefügt.

Vorangestellt wird der ideengeschichtliche Perspektivenwechsel auf das Politische (IV.1), um zur systemtheoretischen Konzeption des politischen Systems hinzuführen (IV.2). Den Abschluss bildet ein Blick auf das systemtheoretische Verständnis der Demokratie bei Luhmann (IV.3), welches sicherlich einen der polarisierenden Beiträge zur demokratietheoretischen Debatte darstellt.

Perspektiven auf das Politische

In einer langen alteuropäischen Tradition wurde das Verständnis des Politischen über den Menschen als ein *zoon politikon* definiert, nicht über die Gesellschaft (Jensen 2003, S. 19). In der Wissenschaft ist die Trennung von Soziologie und Politologie dafür paradigmatisch. Aber eine scharfe Abgrenzung der Politik von den Gesellschaftswissenschaften ist kaum möglich, da sich weder das gegenständliche Interesse, die Methoden noch die Ansätze zur Theoriebildung groß wesentlich unterscheiden. Die Grenzen beider Disziplinen verschwimmen, wie die Soziologie ja grund-

sätzlich eine expandierende, da noch junge Wissenschaft ist (Luhmann 2010, S. 9–10). Niklas Luhmann war deshalb einer der ersten Sozialwissenschaftler, der die Betrachtung des Politischen explizit in den allgemeinen Fachverband der Soziologie überführte und dafür den Begriff des "politischen Systems" verwendete (Luhmann 2010, S. 19). Die systemtheoretische Perspektive auf die Politik und seine Begriffe geht folglich nicht von einer institutionellen oder ideengeschichtlichen Perspektive aus. Der Blick richtet sich vielmehr auf "evolutionäre, funktionale und strukturelle Gesichtspunkte" (Luhmann 2010, S. 453). Vermieden wird dadurch eine regionale Begrenzung und die - meist zufällige - Wahl von dogmatischen Zugängen. Nicht der richtige Aufbau politischer Institutionen ist das Ziel von Systemtheoretikern, sondern die Aufdeckung der Zusammenhänge und die Gliederung der Politik. "Damit sind ihre politischen Systemmodelle gewissermaßen eine unpolitische Theorie der Politik" (Fuhse 2005, S. 18). Politik als System setzt ebenfalls voraus, dass die traditionelle, herausgehobene gesellschaftliche Stellung der Politik aufgegeben werden muss. In stringenter Fortführung seiner soziologischen Systemtheorie versteht Luhmann das politische System nur als ein Teilsystem des Systems der Gesellschaft. Zwar weist Luhmann dem politischen System die Funktion zu, allgemeinverbindliche Entscheidungen für die Gesellschaft zu treffen. Er leitet davon aber keine politischen Über- und Unterordnungsverhältnisse ab, wie es für politische Theorien ansonsten allgemein üblich ist. "Das politische System ›herrscht‹ also, wenn überhaupt, nur über die Politik, nicht aber über die Wirtschaft, die Wissenschaft oder die Religion" (Czerwick 2012, S. 387).

Hellmann merkt jedoch an, dass diese egalitäre gesellschaftliche Positionierung des politischen Systems im Widerspruch zu seiner Funktion steht. Als einziges Teilsystem der Gesellschaft verfügt das politische System über eine explizit gesamtgesellschaftliche Aufgabe, nämlich die Produktion allgemein verbindlicher Entscheidungen. Damit ist dem politischen System eine Sonderrolle zugewiesen, ohne dass Luhmann diese in der Strukturbeschreibung explizit benennt (Hellmann et al. 2003, S. 11).

Es scheint, dass hier ein begriffliches Missverständnis vorliegt und sich der scheinbare Widerspruch durch die Unterscheidung von Steuerung anderer Teilsysteme oder gar des Gesellschaftssystems und der Bereitstellung von kollektiv verbindlichen Entscheidungen für andere Teilsysteme auflösen lässt. Deutlich wird dies, wenn wir uns noch einmal vergegenwärtigen, dass die Gesellschaft in selbstbezüglichen Subsystemen organisiert ist. Der allgemeine Operations- und Differenzierungsmodus von Systemen findet in vollem Umfang auch im politischen System seine Anwendung – und wahrt so die Kohärenz von Luhmanns Theoriearchitektur. Dagegen steht der Versuch von "Kant, Habermas und die ganze Tradition der normativen Demokratie- und Legitimitätstheoretiker", ausgehend von der Bestimmung des Wesens des Politischen und von Gesellschaftsvertragstheorien oder sonstigen Geltungsansprüchen, die Politik in die Lage zu versetzen, möglichst sinnvoll die Gesamtgesellschaft zu strukturieren." Dieses Vorhaben legt Luhmann mit der systemtheoretischen Grundannahme ‚Es gibt soziale Systeme‘ und ihrer Erklärung ad acta" (Kemper 2015, S. 225).

Gemeint ist damit, dass die kollektiv verbindlichen Entscheidungen des politischen Systems ihre Wirkung in anderen System

dadurch entfalten, dass sie durch autonome Operationen „positiviert“ werden oder eben durch Ablehnung die strukturellen Kopplungen mit dem politischen System irritieren. Ein direkter Eingriff, eine Steuerung und damit auch eine hierarchische Überordnung des politischen Systems findet jedoch nicht statt und wahrt damit auch die autopoietische Grundannahmen der Systemtheorie (Vgl. dazu auch den "Steuerungsstreit" zwischen Luhmann und Mayntz).

Luhmanns Eindringen in die Politikwissenschaft

Für die Politikwissenschaften rüttelt eine solche politiktheoretische Innovation, die das handelnde Subjekt aus dem Analysefokus entfernt, ja das Politische der Gesellschaft schlicht unterordnet und damit auch die Politologie unter die Soziologie stellt, an ihrem fachlichen Selbstverständnis. Entlang dieser Konfliktlinien entzündeten sich bis heute die Vorbehalte gegenüber der Luhmannschen Systemtheorie.

Davon jedoch abgesehen ist ein "Einsickern systemtheoretischen Gedankenguts in die normale Politikwissenschaft" zu beobachten (Czerwick 2011, S. 26). Das "System der Politik", die Betrachtung von politischen Prozessen in verschiedenen Phasen (Policy - Zyklus), aber auch die Grundfunktion der Politik als Produzent kollektiv verbindlicher Entscheidungen sind der Systemtheorie entlehnt und haben Eingang in "Mainstream"-Definitionen der Politologen gefunden (Hein 2011, S. 54). Darüber hinaus weist André Brodocz auf den methodologischen Mehrwert des systemtheoretischen Ansatzes hin. Durch die Figur der strukturellen

Kopplung ist die methodische Integration unterschiedlicher Ebenen innerhalb dieser Theorie möglich. Die soziale und politische Integration von Bürgern in ein politisches Gemeinwesen, die systemische Integration der Gesellschaft bzw. politische Steuerung sind als strukturelle Kopplung des politischen Systems mit anderen Funktionssystemen reformulierbar; auch können Fragestellungen der internationalen Beziehungen auf der Makroebene, gedacht als strukturelle Kopplung von verschiedenen nationalstaatlichen, politischen Systemen, Berücksichtigung finden (Brodocz 2003, S. 90–91).

Politik im systemtheoretischen Verständnis

Vor dem Hintergrund der vorangegangenen Darstellung über soziale Systeme ergibt sich für die Frage nach der Gestalt von Politik eine nicht wirklich überraschende Antwort: Politik ist Kommunikation, und zwar solche "Kommunikation, die dazu dient, kollektiv bindende Entscheidungen durch Testen und Verdichten ihrer Konsenschancen vorzubereiten" (Luhmann 2005a, S. 254). Eine solche, als politisch definierte Kommunikation findet im gesellschaftlichen Funktionssystem der Politik statt. Dieses politische System ist ein Teilsystem der Gesellschaft und lässt sich durch ein spezifisches politisches Medium, durch eine spezifisch politische Funktion und eine besondere Codierung der Politik von anderen gesellschaftlichen Systemen unterscheiden (Luhmann 2005a, S. 16–17). Trotz dieser eindeutigen Definition liegt die Schwierigkeit darin, genau zu bestimmen, was politisch ist und was nicht. Das Politische variiert, da sich die Beziehungen zwischen dem politi-

schen System und seiner Umwelt ständig verändern. Das dynamische Verhältnis von sozialem System und Umwelt definiert die semantische Konstruktion der Systemgrenze. "Überspitzt formuliert könnte man sagen, dass die Phänomene, die heute noch zum politischen System gehören, morgen schon zur Umwelt gerechnet werden können" und umgekehrt (Czerwick 2011, S. 149). Gerade für moderne Gesellschaften mit ihren immer weiter ausdifferenzierenden Subsystemen, und noch beschleunigt durch die technologische Entwicklung sozialer Medien, ist eine fast hysterische Politisierung, aber eben auch eine De-Politisierung kennzeichnend geworden. Noch einsichtiger wird dieser Vorgang, wenn wir uns noch einmal das Verhältnis von System und Umwelt vergegenwärtigen. Systeme sind zwar funktional ausdifferenziert und operativ geschlossen, aber sowohl innerhalb als auch außerhalb sozialer Systeme findet beobachtbare Kommunikation statt und nichts anderes ist mit dynamischen Systemgrenzen gemeint. "Gesellschaft, also Kommunikation, findet beiderseits der Grenzen des politischen Systems statt. Sie ist nur verschieden codiert und bedient sich anderer Medien" (Greven 2001, S. 200).

Der spezifische Code des politischen Systems

Ein besonderes Merkmal der Leitdifferenz von Funktionssystemen, also der thematischen Kommunikation innerhalb eines Funktionssystem, ist ihre bereits erwähnte binäre Codierung (Hellmann 2012, S. 245). Durch seinen jeweiligen Code erhält das System ein einzigartiges Merkmal, welches als Ordnungsfunktion Operationen selektiert. Für das gesellschaftliche Teilsystem der Politik reicht dieses binäre Strukturierungsinstrument aber noch

nicht aus, um sinnhafte Anschlussoperationen am Laufen zu halten, Kommunikation als systemrelevant oder nicht zu unterscheiden.

Entlastung für dieses Selektionsproblem liegt in dem spezifischen Medium, welches dem politischen System zugrunde liegt, nämlich der Macht. Seine binäre Codierung in Machtüberlegenheit/ Machtunterlegenheit, in Machthabende und Machtuntergebene, erzeugt eine eindeutige Präferenz für die positive Seite des Codes (= Machtüberlegenheit), die negative Seite (=Machtunterlegenheit) wird dispräferiert. Dieser Präferenzcode bildet dadurch das symbolisch generalisierte Kommunikationsmedium Macht im politischen System. Ein solcherart strukturiertes Medium erlaubt es, ein "neues Gleichgewicht von Konditionierung und Motivation in die Kommunikation" einzubauen (Luhmann 2005a, S. 88).

Macht im System als Quintessenz der Politik

Der Machthaber konditioniert die Machtunterlegenen dadurch, dass er physische Gewalt plausibel verfügbar hält. So kann er die Motive der Folgsamkeit, des unbequemen Gehorsams erzeugen, die er benötigt, die sich aber nicht von selbst einstellen (Luhmann und Baecker 2002, S. 308). Schon ein begrenzter Machtverlust beschränkt den Machthaber nicht nur in der Reichweite seiner Agenda, sondern auch in der inhaltlichen Durchsetzung möglicher Thematiken. Im umgangssprachlichen Englisch hat sich für diesen Zustand der Begriff der „lame duck“ entwickelt für einen Amtsträger mit schwindenden Durchsetzungsressourcen, mit eingeschränkter Macht. Ein politisches System kann einen kom-

pletten Machtverlust nicht überdauern. "Macht ist also nicht etwas, was in der Politik auch vorkommt, sie ist die Quintessenz von Politik schlechthin" (Luhmann 2005a, S. 75).

Zu unterscheiden ist diese Macht im politischen System von gesellschaftlich diffus zerstreuter Macht. Derartige Formen von sozialem Druck oder stillschweigender Akzeptanz stehen einer Ausdifferenzierung in Form eines machtbasierten, zentralisierten, hierarchiebildenden politischen Systems gegenüber (Luhmann 2005a, S. 73ff). Zu erkennen ist, dass Macht zirkulär strukturiert ist, ebenso wie jedes symbolisch generalisierte Medium. "Macht ist nur gegeben, wenn sie befolgt wird" (Luhmann 1989b, S. 16). So verstanden, kommt dem Kommunikationsmedium Macht die Rolle eines notwendigen Mittels zur Funktionserfüllung zu. Machtausübung ist kein Selbstzweck, sondern lediglich ein Instrument des politischen Systems (Mayntz 2001, S. 20).

Diese Fokussierung Luhmanns auf die Androhung und Ausübung physischer Gewalt bei der Beschreibung des zentralen Mediums des politischen Systems, hat ihm Kritik eingetragen. Eine solche prominente und konstitutive Rolle von Gewalt erteilt allen "konkurrierenden Ansätzen eine Absage, die von der etwa auf Konsens oder wechselseitiger Anerkennung basierenden Fundierung der Politik ausgehen" (Greven 2001, S. 203).

Luhmann scheint sich dieser Kritik durchaus bewusst gewesen zu sein, oder er antizipierte sie bereits. So schreibt er in "Die Politik der Gesellschaft": "Man mag mit dem Verhältnis von Konsens und Macht experimentieren und hier verschiedene Präferenzen haben. Man mag es in Zweifelsfällen vorziehen, auf Entscheidungen zu

verzichten, statt Befolgung zu erzwingen. Aber gerade das ist Politik – und Politik nur deshalb, weil die Möglichkeit der Durchsetzung besteht" (Luhmann 2005a, S. 76).

Dabei erkennt Luhmann durchaus an, dass nur die wenigsten politischen Operationen in direkter Weise der Reproduktion von politischer Macht zugeordnet werden können. Oft werden Machthabern nur aus dem einen Grunde Leistungen angeboten, damit sie sich zu einem späteren Zeitpunkt erkenntlich zeigen sollen, also in der Hoffnung, dass sich die eingesetzte Investition später als Gewinn auszahlen möge. Luhmann spricht von parapolitischen Operationen, die mit der Komplexität des politischen Systems zunehmen und das System davon abhängig machen. Aber "wenn sie ausfallen und nicht über Drohungen mit Machteinsatz ersetzt werden können, kann das erhebliche Leistungseinbußen zur Folge haben. Das zeigt, daß auch diese Operationen Operationen des politischen Systems im politischen System sind" (Luhmann 2005a, S. 90–91).

Demokratie im systemtheoretischen Verständnis

Demokratie basiert auf einer Selbsttäuschung, denn das Volk hat "niemals geherrscht", noch konnte sich eine Verschmelzung von Individualwillen und Gemeinwillen jemals vollziehen (Luhmann 2009, S. 139); (Luhmann 2005a, S. 366). Und doch erkennt sich die Demokratie in einem Paradox der Herrschaft, "jenes Sich-selbst-zugleich-Befehlen-und-Gehorchen, das ehemals allenfalls ein Theologe für möglich halten konnte" (Luhmann 2005a, S. 353).

Mit dieser Polemik unterstreicht Luhmann seine Akzentverschiebung bei der Untersuchung der demokratischen Herrschaftsform

des politischen Systems. Er nimmt radikal Abstand von den traditionellen alteuropäischen Politiktheorien, die Wahlen als Deutung eines Ausdrucks von Volkswillen verstehen und demzufolge Demokratie auch als Volksherrschaft auffassen (Vgl. (Reese-Schäfer 2002, S. 113); (Giegel 2002, S. 195).

Es geht ihm stattdessen um die Betrachtung eines autopoietischen Systems in einer hochkomplexen, eigendynamischen Umwelt, um die Beschreibung eines politischen Systems, welches sich in solch einer turbulenten Umwelt selber auf Kontingenz codieren und programmieren muss. Und es geht um die Beziehung von gesellschaftlicher Ausdifferenzierung und der Ausdifferenzierung des politischen Systems. "Die dazu passende strukturelle Erfindung hat aus historisch-zufälligen Gründen den Namen Demokratie bekommen" (Luhmann 1986, S. 211).

Diese evolutionäre Betrachtung des demokratisch-politischen Systems gibt den Blick frei für einen kreisförmigen Machtprozess zwischen Publikum, Politik und Verwaltung, der eine traditionelle, schichtungsförmige Machtordnung von Oben und Unten ersetzt hat. Diese Subsysteme sind an den Operationen des politischen Systems beteiligt und konstituieren durch Ausdifferenzierung den Machtkreislauf.

"Das Publikum wählt Führungspersonen und politische Programme in der Politik, die Politiker verdichten Prämissen für bindende Entscheidungen, die Verwaltung entscheidet und bindet damit das Publikum, das seinerseits wiederum wählt. Dieser Kreislauf induziert seinerseits einen Gegenkreislauf, und zwar in dem Maße, als das Verhalten unter hochkomplexen Bedingungen gewählt werden muß und so auf vorherige Reduktionen ange-

wiesen bleibt. So kann die Politik kaum ohne Entwürfe der Verwaltung arbeiten. Das Publikum ist auf Vorsortierung der Personen und Programme innerhalb der Politik angewiesen. Die Verwaltung bedarf in dem Maße, als sie in komplexe Wirkungsfelder expandiert, der freiwilligen Mitwirkung des Publikums, muß diesem also Einfluß konzedieren. Innerhalb eines solchen Doppelkreislaufes entfallen alle absoluten Anhaltspunkte, alle naturrechtlichen bzw. transzendentalen Sicherheiten" (Luhmann 2005b, S. 154).

Der Machtkreislauf wird durch die evolutive Emergenz der drei Subsysteme ermöglicht, aber auch durch die Überformung des Primärcodes Macht/Ohnmacht im politischen System durch einen Sekundärkode Regierung/Opposition. Der Effekt ist gewaltig, erlaubt er auf diese Weise eine Art "Technisierung des Codes im Sinne einer erleichterten, quasi automatischen Umformung des einen Wertes in den anderen". Mit Macht selber ist eine solche Recodierung nicht möglich, da sich nicht ohne weiteres der Herr zum Knecht und der Knecht zum Herr machen lässt, auch wenn Macht auf Ämter bezogen sein sollte. Im Schema Regierung/Opposition bedeutet dagegen jeder Pluspunkt für die Regierung einen Minuspunkt für die Opposition und umgekehrt (Luhmann 2005a, S. 99–100). Und es bedeutet die Möglichkeit, einen "regelmäßig wiederkehrenden Strukturbruch" (Hein 2011, S. 67) durch die Organisation von Wahlen zu institutionalisiert.

Niklas Luhmann schlägt deshalb vor, unter Demokratie "die Spaltung der Spitze zu verstehen: die Spaltung der Spitze des ausdifferenzierten politischen Systems durch die Unterscheidung von Regierung und Opposition" (Luhmann 1986, S. 208).

Kritik der systemtheoretischen Perspektive auf die Demokratie

Die Radikalität dieser von Normativität befreiten systemtheoretischen Denkweise in Bezug auf die Demokratie zeigt sich auch in der Intensität der Kritik an einem solchen Denken. Die Apostasie vom politologischen "Orientierungskonsens" (Lange 2003, S. 218) universeller Werte betrifft den Kern des (politik)wissenschaftlichen Nachdenkens über die Frage nach Herrschaft und Ordnung. Unabhängig von diesen normativen Auseinandersetzungen sind hier eher grundsätzliche, theorietechnische Widersprüche von Belang beziehungsweise eine Kritik mit Luhmann gegen Luhmann.

In diesem letztgenannten Sinne wird die nicht ganz einfache Zusammenführung der systemtheoretischen Demokratietheorie mit der soziologischen Systemtheorie bemängelt. Die Einbettung in die allgemeine Theoriearchitektur ist nicht immer einfach, da explizite Bezüge fehlen (Vgl. Czerwick 2008, S. 43). Ob Luhmann der Demokratie "nur einen peripheren Stellenwert" zukommen lässt (Czerwick 2008, S. 39), (Vgl. auch Greven 2001, S. 201) sei dahingestellt. In jedem Fall war es ihm nicht mehr möglich, seine frühen und verstreuten Ausführungen zur Demokratie zum Abschluss seines Gesamtwerkes noch einmal zu präzisieren, zu vereinheitlichen und gegebenenfalls auszubauen.

Interessant erscheint mir deshalb auch die Beobachtung, dass Luhmanns Bemerkung über die Demokratie als "die Vollendung der Ausdifferenzierung eines politischen Systems" (Luhmann 2005a, S. 104–105) oftmals in einen normativen Zusammenhang gebracht wird, als Bias, entkleidet um den theoretischen Kontext.

Normativ in dem Sinne, dass in den Darstellungen eines politischen Systems in systemtheoretischer Sekundärliteratur wie selbstverständlich die demokratische Form der Ausdifferenzierung und der demokratische Machtkreislauf Verwendung finden (Vgl. Hellmann et al. 2003, S. 13; Lange 2003, S. 104, 186; Czerwick 2008, S. 53). Die in der Empirie ebenfalls reichhaltig vorkommende Form von autokratischen Systemen spielen dagegen keine Rolle. Ich glaube deshalb, zumindest unterschwellig, auch in der systemtheoretischen Debatte zu politischen Systemen den eingangs erwähnten demokratischen Imperativ zu erkennen.

In eine andere Richtung argumentiert Stefan Lange, der einen Widerspruch in der theoretischen Konzeption des demokratischen Codes und der empirischen Wirklichkeit gerade in präsidentialen Systemen erkennt, der im Zustand der Cohabitation in besonderen Maße deutlich wird. Die "Ausführungen zur binär codierten Demokratie erwecken den Eindruck, als sollte das politische System idealiter am Code Regierung und Opposition ausgerichtet sein, wenn es den Ansprüchen einer funktional differenzierten Gesellschaft gewachsen sein will" (Lange 2003, S. 186) (Vgl. ähnlich (Greven 2001, S. 211). In dieser Bewertung kann ich keinen echten Widerspruch erkennen, geht es doch um die Offenlegung elementarer Funktionen eines Systems. Und auch in präsidentialen Systemen, auch während einer Cohabitation wird das demokratische Verfahren nicht ausgesetzt. Das entscheidende konstitutive Element, der potenzielle Machttausch, ist weiter vorhanden. Und so bleibt der Opposition nichts anderes übrig, als weiterhin im Code von Regierung/Opposition zu operieren, ob sie diesen realiter annimmt und in ausreichendem Maße „zu bespielen“ weiß, soll damit nicht ausgesagt werden. Wir sehen das Phänomen in

abgeschwächter Form durchaus auch in parlamentarischen Systemen wie in der Bundesrepublik Deutschland, wo in Zeiten einer "Großen Koalition" der Juniorpartner (in letzter Zeit meist die SPD) aufgrund des fehlenden Differenzierungspotenzial gegenüber der die Kanzlerin stellenden Partei oft nicht die Früchte einer erfolgreichen Regierungsarbeit ernten kann, Ebenfalls nur schwer folgen kann ich Kai-Uwe Hellmann, Karsten Fischer und Harald Bluhm, die in der funktionalen Notwendigkeit zur Komplexitätsverarbeitung der Demokratie ein normatives Demokratieverständnis erkennen wollen, und in Fortführung dieser Sichtweise den Komplexitätsverarbeitungsgrad mit dem Grade an Demokratie gleichsetzen beziehungsweise "Normativität und Funktionalität koinzidieren" lassen (Hellmann et al. 2003, S. 13). Mit gleicher Logik müsste man in jeglichen funktionalen Beziehungen Normativität und Funktionalität koinzidieren lassen und dann auch Kausalität. Die Beziehung von Explanas und Explanandum müsste so grundsätzlich auch normativ verstanden werden. Damit verliert aber die Begriffsunterscheidung von Normativität und Funktionalität ihren Mehrwert. Es zeigt deshalb einen gewissen analytischen Charme, einer solchen Gleichsetzung nicht zu folgen und sich Normativität auch weiterhin über kognitive Prozesse anzueignen (Vgl. Gosepath 2009, S. 266).

Überzeugend erscheint mir dagegen die Beobachtung von Edwin Czerwick, der die Frage aufwirft, worauf sich Luhmanns Beschreibung von Evolution und Demokratie im Detail bezieht. Geht es um Evolution der Strukturen, der Begriffe (Semantiken), der Selbstbeschreibungen oder um den (ein) Bezug von Ideen? "Vermutlich wird man zunächst alle vier Faktoren unabhängig vonei-

nander berücksichtigen müssen. Aber das alleine genügt natürlich nicht, sondern auch ihre Wechselbeziehungen müssten eingehender untersucht werden" (Czerwick 2008, S. 53). Hier liegt noch kein theorietechnischer Widerspruch vor, tatsächlich wird hier die notwendige theoretische Ausarbeitung auf Kosten der Plausibilität durch eine fast schon holzschnittartige Prämisse ersetzt. Noch deutlicher wird diese Kritik, wenn man sie aus wissenssoziologischer Distanz betrachtet. Aus dieser Entfernung erkennt Herfried Münkler in Luhmanns systemtheoretischer Beschreibung der Demokratie eine evolutorische und historische Passivität. Er bezeichnet sie als das bloße Ergebnis von Zufällen, die mit der aufopferungsvollen Geschichte des Kampfes um die Demokratie nicht in Übereinstimmung zu bringen ist. Nicht damals und nicht heute. "Dieses Problem, glaube ich, hat Luhmann nicht zentral beschäftigt. Das muss man ihm nicht vorhalten, das ist nicht unbedingt das Thema seiner Zeit gewesen" (Hagen 2009, S. 146) (Vgl. dazu auch Czerwick 2008, S. 53, 57).

Luhmann selber würden einen solchen Vorwurf wahrscheinlich zurückweisen, wenn man sich seinen Vortrag zur Zukunft der Demokratie an der Akademie der Künste Berlin noch einmal vergegenwärtigt. So hält er die Demokratie ebenfalls für eine "höchst voraussetzungsvolle, evolutionär unwahrscheinliche, aber reale politische Errungenschaft". Vor diesem Hintergrund scheint er dagegen vor den Kampf für die Demokratie im Sinne Münklers zunächst einmal die nüchterne Problemanalyse zu stellen, wenn er weiter ausführt: ..."daß man nicht mit der Kritik der Zustände und Verhältnisse beginnen sollte, sondern sich zunächst wundern muß, daß es überhaupt funktioniert, und dann die Frage hat: wie lange noch" (Luhmann 1986, S. 215–216).

V. Streiflicht in Autokratie-Debatten

Ziel und Vorgehen

Ein kurzer und unvollständiger Blick auf den reichen und stetig wachsenden Schatz an Autokratie-Konzepten soll ein Überblick über die aktuellen Autokratie-Debatten vermitteln. Mit einer kritischen Würdigung möchte ich die analytischen Probleme aufzeigen, die letztendlich Inspiration und Anlass für diese Arbeit gaben. Im Sinne von Dirk Baecker (Baecker 2016, S. 160) fungiert diese Tour d'Horizont der Autokratie -Debatten als *Metadaten* für die hypothetische Konzeption des autokratischen Idealtypus in dieser Arbeit. Diese Metadaten, die bereits an anderen Gegenständen validiert sind, führen zu neuen Beschreibungen, wenn sie aus der analytischen Perspektive der Systemtheorie aufgegriffen werden. In unserem Fall fungiert dies als Grundlage für die Konstruktion eines Idealtypus der Autokratie in den nächsten Kapiteln.

Der kurze Blick auf die neuere Ideengeschichte der Autokratie (V.1) zeigt die Wurzeln eines bis heute dominierenden Verständnisses von Autokratie. Die Renaissance der Autokratieforschung (V.2) hat zu unterschiedlichsten Orientierungsversuchen in einer wissenschaftlichen Grauzone geführt. Das Drei-Säulen-Modell des Wissenschaftszentrums für Sozialforschung (WZB) nimmt einen gesonderten Stellenwert in der Darstellung ein, da es als Referenzobjekt für die Ausarbeitung des Idealtypus im Weiteren herangezogen wird. Die Autokratie in konzeptioneller Kritik (V.3) greift die in der Einleitung postulierten Schwachstellen der Politikwissenschaften auf und verbindet sie mit der spezifischen Kritik an den neueren Autokratie-Debatten.

Ideengeschichtliches Vermächtnis

Eine Tour d'Horizont der Autokratien -Debatten beginnt für gewöhnlich mit einer ideengeschichtlichen Würdigung der großen Griechen. Davon möchte ich hier absehen und den Blick auf die neusten Konzepte der Autokratieforschung lenken. Die beeindruckende und bis heute einflussreiche Leistung gerade antiker Denker soll dies in keiner Weise schmälern. Die Konstruktionen politischer Ordnungen waren jedoch geprägt von der Suche nach einer idealen Regierungsform für ein *zoon politikon*, die letztendlich zu einer "Unterscheidung zwischen »guten« und »schlechten« Typen der Regierung" führte (Loewenstein 2000, S. 19). Die wissenschaftliche Behandlung der Politik neigt jedoch bis heute dazu, die Begründungsproblematik nach solchen normativen Letztbegründungen entweder auszuklammern, natur- bzw. vertragsrechtlich zu lösen, oder direkt einer transzendentalen Erklärung zu zuführen. Aus systemtheoretischer Sicht sind alle Begründungsalternativen unbefriedigend. Eine solche Frage nach der Normativität politischer Systeme, oder anders formuliert: die Frage nach der Letztbegründung politischer Systeme, soll deshalb Gegenstand eines gesonderten Abschnitts in diese Arbeit sein (Vgl. Kapitel: Die letztbegründende Schlange).

Klammern wir die qualitativ dominierende Theoriegeschichte zu Herrschaftssystemen aus, also die Frage nach der guten Regierung, verengt sich die Autokratie-Debatte auf einen überschaubaren Zeitraum ab Mitte des letzten Jahrhunderts. Eine Debatte, die sich von den Staatswissenschaften eines Hans Kelsen, aber auch von dem, dem Zeitgeist geschuldeten Fokus auf die Totalitarismus-Forschung, emanzipiert hat; nicht jedoch vom *Locus*

Classicus, der von Juan Linz im Jahre 1975 vorgelegten Herrschaftstrias, also totalitäre, autoritäre und demokratische Regime (hier verwendet in neuerer Auflage Linz 2000 // 1975). Interessanterweise konnte Linz einen solch dominanten Einfluss auf die Politikwissenschaften ausüben, dass folgende Arbeiten in der Zeit bis zur Jahrhundertwende (vgl. u. a.: Karl Löwenstein oder Amos Perlmutter) meist ignoriert wurden. Das gleiche Schicksal ereilte auch Heinz O. Ziegler, der bereits 1932 eine Herrschaftstrias vorlegte und hierbei, wahrscheinlich zum ersten Mal, den Begriff des "autoritären Staates" in die politikwissenschaftliche Typologie einführte (Ziegler 1932, S. 8).

Renaissance der Autokratieforschung

Erst die herbe Ernüchterung und der aufkommende Pessimismus (vgl. {Diamond March/April 2008 #324: passim; Gat 2007, S. passim) nach dem euphorischen „Sieg der Demokratie“ durch das Ende der Blockkonfrontation führte zu einer Renaissance der Autokratieforschung (Vgl. Merkel 2010c, S. 19; Snyder 2006, S. 219; Nathan 2009, S. 37). Insbesondere der Aufstieg der Volksrepublik China befeuerte eine regelrechte Hausse in der akademischen Beschäftigung mit autoritären Regimen. Schnell war aber auch klar, dass die klassische Regime-Trias Linzscher Fasson an ihre epistemologische Grenze gestoßen ist. Nicht nur transportierte sie einen "klaren Totalitarismus-Bias" (Kailitz 2009, S. 449), die – vermeintlich neuen - Phänomene von nichtdemokratischen Regimen haben sich der klassischen Typologie empirisch schlicht verweigert (Vgl. Snyder 2006, S. 219; Levitsky und Way 2002, S. 63; Schmotz 2010, S. 54).

Wissenschaftliche Grauzone

Die Wissenschaft hat auf dieses methodologische Problem im Wesentlichen mit der sogenannten Grauzonen-Literatur geantwortet. Unter diesen Begriff der Grauzone werden alle politischen Systeme zusammengefasst, "welche nicht den idealtypischen Vorstellungen politischer Systeme analytisch zugeordnet werden können" (Knobloch 2006, S. 10). Um Licht in das Trübe der Grauzone zu bekommen, werden Strategien der Subtypenbildung, wie auch der Bildung von dichotomen Klassifizierungen angewendet. "Politische Systeme der Grauzone werden durch Dehnung und Differenzierung klassischer Ordnungstheorien in die bestehenden Ordnungsvorstellungen einbezogen. Damit wird die Grauzone analytische aufgelöst, in dem die Fälle in andere Konzepte integriert werden können. Ebenso verfahren auch Strategien der dichotomen Klassifizierung, allerdings ohne auf integrative Konzepte zurückzugreifen. Sie wollen vielmehr die Dichotomie der Kategorien so stärken, daß keine Lücke für die Grauzone mehr existiert" (Knobloch 2006, S. 11).

Zwar gibt es sehr gute und ausführliche Überblicksliteratur zu der neueren Autokratie-Debatte (Vgl. Köllner 2008, S. passim; Kailitz 2009, S. passim; aber auch Gerschewski 2010b, S. passim), eine Sortierung erfolgt jedoch auf der Grundlage einer (Literatur-) Beobachtung erster Ordnung. Gemeint ist, dass der Ordnungsrahmen der Literaturschau aus den Unterscheidungen der Literatur selber entnommen wurde und nicht auf Basis einer grundsätzlichen Überlegung über typologische Differenzierungen selber. Auf dieser Beobachtungsebene erster Ordnung sind unterschiedliche Ordnungen möglich, beispielsweise eine Sortierung nach

politökonomischen Ansätzen (Rentier-Staaten), institutionelle Grundlagen oder nach akteurszentrierten Konzepten uvm.

Um die Beobachtung der Beobachter von autokratischen Regimen zu ordnen, also Ordnung in die typologischen Beschreibungen von Autokratien zu bringen, erscheint mir deshalb ein Vorschlag von Uwe Backes geeigneter (Backes 2009, S. 3–4). Denn hier können entlang von Analysedimensionen der Herrschaft jegliche Debattenbeiträge systematisch zugeordnet werden.

Backes Klassifikationsmodell im exemplarischen Gebrauch

Der Vorteil von Backes Vorschlag liegt meiner Meinung nach darin, dass seine Analysedimensionen auf der höchstmöglichen Abstraktionsebene von Politik, der Ebene der Herrschaft, differenzieren. Sie korrespondieren dadurch mit dem vorstellbaren Spektrum von Typologisierungsmodellen.

Da hier nur der Anspruch einer kursorischen Darstellung von Autokratie-Debatten verfolgt werden kann, soll ein Analyseraster entlang dieser Herrschaftsdimensionen lediglich exemplarisch aufgezogen werden:

Herrschaftslegitimation betrifft die ideelle Grundlage der Herrschaft, jene Werte, Vorstellungen und Orientierungen, aus denen die Herrschenden die Maximen ihres Handelns ableiten. Das offizielle Selbstverständnis des Herrschenden kann eine Fassade sein, hinter der anders geartete Absichten und Interessen verfolgt werden. Von der Herrschaftslegitimation der Regierenden zu unterscheiden ist der Legitimitätsglaube der Regierten im Sinne der Typen legitimer Herrschaft nach Max Weber. (Vgl. Burnell 2006, S. passim, Kneuer 2017, S. passim; aber auch Gilley 2006, S. passim).

Herrschaftsanspruch meint die aus der Herrschaftslegitimation abzuleitende potentielle Herrschaftsreichweite. Besonderes Interesse verdienen die Grenzen des Herrschaftsanspruchs und damit jener sozialen Sphären, die die Herrschenden mit unterschiedlicher Intensität zu regulieren beabsichtigen. In diese Dimension sind insbesondere universalistische Ideologien der Autokratie einzuordnen, wie der Marxismus-Leninismus, aber auch die nordkoreanische *Chuch'e*-Ideologie. (Vgl. für einen Überblick zu Legitimationskonzepten autokratischer Regime: Dukalskis und Gerschewski 2017, S. passim).

Herrschaftsstruktur meint die Organisation des Herrschaftsapparats. Die Unterscheidung zwischen Systemen mit oder ohne institutionalisierte Machtteilung begründet die idealtypische Unterscheidung zwischen „Verfassungsstaat“ und „Autokratie“. Jedoch können auch Autokratien in der Herrschaftsstruktur divergieren, je nach dem Grad von Konsens und Konflikt innerhalb der Gruppe der Machthaber (Vgl. u.a. Cai 2008, S. 414).

Herrschaftszugang meint jene Qualifikationen und Verfahren, die es den Regierten ermöglichen, selbst Regierende zu werden. Damit eng verknüpft sind die Kriterien und Mechanismen der Führungsauslese. Andrew Nathan sieht hier das entscheidende Element für eine erfolgreiche Autokratie: "Authoritarian Regimes which have managed to conduct orderly, peaceful, timely and stable successions" (Nathan 2003, S. 7).

Herrschaftsträger sind jene Akteure, die maßgeblichen Einfluss auf den politischen Entscheidungsprozess ausüben. Von zentraler Bedeutung für die Staatsformenlehre ist die Frage nach Machtbasis und Rekrutierungsform der Herrschaftsträger. Hier wären

Brownlees Aussagen zu Einparteien-Regimen einzuordnen (Brownlee 2007, S. 42).

Herrschaftsausübung meint die Art und Weise des Herrschaftshandelns. Insbesondere geht es um die Instrumente und Methoden, mittels derer die Herrschenden den von ihnen erhobenen Herrschaftsanspruch praktisch umsetzen. Zu beachten sind hier besonders die Herrschaftskosten beim Einsatz von Gewalt. "Autocrats may certainly use force to impose cooperation and to eliminate threats of rebellion. But the use of force is costly and may not always be effective." (Gandhi und Przeworski 2007, S. 1281).

Herrschaftsreichweite meint im Unterschied zum Herrschaftsanspruch nicht die potentiellen, sondern die realen gesellschaftlichen Bereiche, die vom Herrschaftshandeln erfasst werden. Hier geht es mithin um die Ausdehnung, den Wirkungsradius staatlicher Regulierung. Besonders plastisch wird diese Dimension aber auch in der außenpolitischen Betrachtung (Vgl. ex Münkler 2005, S. passim).

Herrschaftsintensität meint demgegenüber die Dichte des regulierenden Eingreifens der Herrschenden in bestimmte gesellschaftliche Bereiche. Hierbei kommt der Struktur der Öffentlichkeit, insbesondere den kommunikativen Beziehungen zwischen Regierenden und Regierten, sowie dem Grad gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Autonomie hohe Bedeutung zu. Gemeinhin stehen hier die Totalitarismus-Debatten im Fokus (Vgl. ex Arendt 2009, S. passim).

Betrachten wir jedoch nicht die Analyseebene von Forschungsprogrammen zur Autokratie, sondern deren Erkenntnisinteresse,

lassen sich zwei - taxonomisch ungleiche - Bereiche abgrenzen: Einmal jener, der die Frage nach einer angemessenen Typologie autoritärer Systeme behandelt. Hier ist insbesondere die erwähnte Grauzonen-Literatur verortet. Wogegen der zweite Bereich die Stabilität autoritärer Systeme der Gegenwart zu erklären sucht (Knobloch 2013, S. 36).

Das Referenzobjekt des WZB

Einen solchen Fokus auf die Fragen nach den Stabilitätsbedingungen von Diktaturen hat die Forschungsgruppe um Wolfgang Merkel und Johannes Gerschewski am Wissenschaftszentrums für Sozialforschung Berlin (WZB) gelegt (DFG-Projekt "Critical Junc-tures and the Survival of Dictatorships"). Sie avancierte zum Nuk-leus für eine Reihe weitere Publikationen. Auf der Basis von Über-legungen von Gerschewski (2010a) hat die Gruppe ein Modell (im Weiteren auch nur: „WZB-Modell“) entwickelt, welches die Unter-stützungsmotive von Diktaturen analysiert: Rechtmäßigkeit, Nut-zen, Angst. Durch die Institutionalisierung der Interaktion von Herrschern und Beherrschten in und zwischen diesen drei Ele-mente entstehen die regimetragenden "drei Säulen autokrati-scher Stabilität: Legitimation, Kooptation, Repression. [...] Die Grundlage der Legitimation ist der Glaube an die Rechtmäßigkeit des Regimes; Kooptation baut auf den nutzenmaximierenden Ak-teur; während Repression auf der Angst vor Sanktionsmaßnah-men basiert. Institutionalisierung bedeutet dann, dass die Unter-stützungsmotive nicht jedes Mal aufs Neue abgefragt werden müssen" (Gerschewski et al. 2013, S. 113). Die These ist, dass sich die drei Säulen in einem komplementären Verhältnis (analog der

Komplementärgüter-These) gegenseitig ergänzen und dadurch ein Stabilisierungseffekt erzeugt wird (Gerschewski et al. 2013, S. 117). Umgekehrt setzt ein Destabilisierungsprozess ein, wenn einzelne Säulen nachhaltig geschwächt werden. Der Zusammenbruch des autokratischen Regimes ist erreicht, wenn Kompensationsfähigkeit zwischen den Säulen nicht mehr gegeben ist (Gerschewski et al. 2013, S. 118, 121). "Ist die zweite Stufe erreicht, liegt eine Critical Juncture vor", die in dem Modell als unabhängige Variable konzipiert ist und das Ende einer entwicklungsgeschichtlichen Phase von Pfadabhängigkeiten des jeweiligen Regimes erklären soll (Gerschewski et al. 2013, S. 118–119, 122).

Autokratie in konzeptioneller Kritik

Eine kritische Würdigung der Typologiersierungsansätze beziehungsweise das Stabilitätsmodells des WZB korrespondiert, beziehungsweise überschneidet sich, mit den fundamentalen Problemstellungen aus der Einleitung der Arbeit, die ich innerhalb der Politikwissenschaften glaube zu erkennen. Ich will meine Kritik an Autokratie-Debatten deshalb anhand von fünf Säulen entfalten: Eine (1) empirische Perspektive, (2) methodologische Perspektive, (3) teleologischen Perspektive, als (4) Autokratie ohne Gesellschaft und anschließend mit dem (5) WZB-Modell in der Kritik.

(1) Empirische Perspektive

Aus einer empirischen Perspektive widerlegt die Wirklichkeit die Typen der neueren Autokratie-Modelle. Dabei geht es nicht nur darum, dass die typologische Einordnung von Grenzfällen rein

subjektiver Natur ist, wie einzelne Fälle immer wieder zeigen (Kailitz 2009, S. 456). Vielmehr scheitert die Regimeforschung allzu oft an der Erfassung aller Phänomene autoritärer Staaten. Phänomene wie: *failing states* und islamistisch-arabische Diktaturen, die sich mit einer Mischung aus religiöser Indoktrinierung und politischen Renten aus den Ölreserven reproduzieren, fallen immer wieder aus den Klassifikationen (Merkel 2010b, S. 38). Vor diesem Hintergrund spricht Backes den neuen Typologien grundsätzlich ab, das ganze Spektrum von Regimen erfassen zu können (Backes 2013, S. 157). Aber auch in Bezug auf die Frage der Regime-Stabilität überrollt allzu oft die Wirklichkeit die Theorie. So hat der „Arabische Frühling“ die Politikwissenschaft völlig konzeptionslos erwischt (Gerschewski et al. 2013, S. 107). Genauso wie bis heute die Reautorisierungstendenzen von Russland ein Klassifizierungsproblem darstellt, oder lange auch die prosperierende Türkei bis zum letzten Putsch-Versuch.

(2) Methodologische Perspektive

Aus einer methodologischen Perspektive erscheinen Konzepte als methodisch oder logisch inkonsistent. Zuvorderst ist grundsätzlich zu bemängeln, dass die Konstruktion der „Nichtdemokratie“ als Residual-Kategorie von begrenzter Aussagekraft ist. Oder mehr noch: sie ist ohne inhaltlichen Mehrwert. Um als Root Concept von Klassen oder Typen zu fungieren, ist es schlicht die "schlechteste aller Lösungen" (Kailitz 2009, S. 456); in diesem Sinne auch (Bank 2010, S. 30); (Köhler und Warkotsch 2010, S. 61); (Schmotz 2010, S. 56); (Levitsky und Way 2002, S. 52); (Sciulli 1994,

S. 59). Aber auch die Gewichtung einzelner definitorisches Merkmale erntet Kritik, da sie entweder zu dominant sind, unscharf oder ganz fehlen (Vgl. (Köllner 2008, S. 356–357; Kailitz 2009, S. 451; Gerschewski 2010b, S. 43; Schlumberger 2010). Oder ihre Herleitung wird direkt als arbiträr wahrgenommen (Armony und Schamis 2005, S. 114). Kurz, es fehlen eindeutige Kriterien zur Bestimmung der Grauzone (Merkel et al. 2003, S. 31).

Komplett in Widersprüchen verfangen sich Autoren, die Klassifikationen in einem Kontinuum mit graduellen Abstufungen vornehmen wollen. Will man die „Katzenhunde‘ und ‚Hundefledermäuse‘ der Satorischen Missklassifikationswelt“ vermeiden, muss auf die „logisch inkonsistente Idee eines über die Kategorien Grenzen hinweggehenden Kontinuums“ verzichtet werden (Köhler und Warkotsch 2010, S. 75–76).

Interessanterweise führen die unterschiedlichen Typologierungsansätze die klassische Forschung zu autoritären Systemen in ihrer methodologischen Grundausrichtung im Grunde doch wieder mit. Reduziert um den Totalitarismus, der methodologisch ausgeklammert ist und damit analytisch meist ignoriert wurde. Gefangen in dieser Linzschen Tradition beschränkt sich der autokratietheoretische Austausch auf die empirische Diskussion gradueller Unterschiede einer klassifikatorischen oder typologischen Ordnung (Vgl. zur Unterscheidung von Typen und Klassen: Hempel und Oppenheim 1936, S. passim). Dies hat vor allem zu einer schnell ansteigenden Zahl an Autokratiebezeichnungen geführt, um den immer neu auftretenden Phänomenen unterschiedlichster Regime Herr zu werden. Meist wurden sie aber isoliert in Umlauf gebracht, stehen so dem Gedanken der Wissensakkumulation durch Anknüpfung an ältere Konzepte entgegen (Snyder

2006, S. 225). Ein solches terminologisches Babel (Armony und Schamis 2005, S. 125), eine Begriffs-Kakophonie von bereits jetzt nicht mehr zu überschauenden Adjektivkonstruktionen und Neologismen, riskiert zu einer "intellectual cul-de-sac" zu werden (Brownlee 2007, S. 25), die statt Erkenntnis nur noch mehr Nebel in der Grauzone erzeugt.

(3) Teleologisch Perspektive

Eine teleologische oder auch kognitiven Perspektive, bei der ein Forschungsbeitrag durch ein Bias zu Verzerrungen des Ergebnisses führt. Abgesehen von einem kulturellen Bias in westlichen Theoriekonzepten, wie ihn He zu erkennen glaubt (He 2006, S. 146), transportiert die Autokratieforschung "Annahmen des Transitionsparadigmas und drohen so dem Teleologieproblem dieses Paradigmas zu erliegen" (Köhler und Warkotsch 2010, S. 66). Diese Kritik eines immanenten demokratischen Bias bildet auch eine zentrale Prämisse meiner Arbeit und geht über die kritische Analyse der Grauzonen-Literatur hinaus. Vielmehr adressiere ich damit die politikwissenschaftliche Auseinandersetzung mit politischer Ordnung generell. Ich glaube ein solches disziplinäres Bias an gleich drei Stellen zu beobachten, und unterteile die teleologisch Perspektive übersichtlicher noch einmal in drei Unterpunkte. So ist ein demokratischer Imperativ zu finden in: (i) der Begriffsqualität von Demokratie und Autokratie; (ii) als expliziter Forschungs-Bias; (iii) als impliziter methodologischer Bias.

- (i) Wie in der Problemstellung dieser Arbeit bereits dargelegt, führt die unterschiedliche Begriffsqualität von Demokratie

und Autokratie bei gleichzeitiger – normativer – Superiorität einer Seite, zu einem systemimmanenten Begriffsbias. Einem demokratischen Imperativ bei der Analyse jeglicher Spielarten der Autokratie. Heilbar nur durch die Entwicklung qualitativ gleicher Begriffspaare, der auch einem Autokratie-Begriff eine normative Letztbegründung zuführt.

- (ii) Der demokratische Imperativ erscheint in unterschiedlicher Gestalt als methodologisches Bias. Nicht jeder geht so weit wie Christian Göbel, der Demokratisierung bereits den Naturgesetzen zuordnen möchte (Göbel 2011, S. 176). Jedoch zeigt sich nach wie vor die Wirkmächtigkeit der Modernisierungstheorie auf die politikwissenschaftliche Forschung, die "zu den vielleicht forschungsgeschichtlich einflussreichsten und in den Politikwissenschaften am intensivsten diskutierten transformationstheoretischen Theorievarianten" gehört (Sandschneider 1995, S. 63). Der demokratische Imperative konnt sich in Gestalt eines allgegenwärtigen Transition-Paradigmas (Carothers 2002, S. 6) in verschiedenen Theorien des politischen Wandels festsetzen. Seymour Martin Lipsets Klassiker: „The more well-to-do a nation, the grather the chances that it will sustain democracy“ (Lipset 1994, S. 31) versprach eine verführerisch einfache Lösung für ganze Forschungsgenerationen. Diese epistemologische Attraktivität wird nur noch durch die Postulierung von Schwellenwerte gesteigert, die sich als *tipping points* auf dem Weg zur Demokratie anbieten (Inglehart und Welzel 2009, S. 38). Für die neuste Transformationsforschung politischer Systeme, die allein schon

begrifflich lange Zeit mit einer deterministischen Perspektive in Richtung Demokratie assoziiert wurde, wird dieser Vorwurf zurückgewiesen (Vgl. Kollmorgen et al. 2015, S. 16). Wird aber politischer Wandel an Merkmalen festgemacht, die einer - normativen - Zuordnung zur Demokratie entnommen sind, wie beispielsweise der Grad der Institutionalisierung, werden auch solche Konzepte durch einen demokratischen Imperativ verzerrt (Vgl. Köhler und Warkotsch 2010, S. 61). Und genau diese Effekte, so wird moniert, sind bis heute in Typologisierungskonzepten autokratischer Regime zu finden (Levitsky und Way 2002, S. 51; Albrecht und Frankenberger 2010, S. 37).

- (iii) Vor diesen Problem-Hintergrund teile ich eine allenfalls peripher diskutierte These, die aus einer metatheoretischen Ebene den Sozialwissenschaften einen, so möchte ich es hier nennen, epistemologischen Bias diagnostiziert. Denn, unabhängig von der methodologischen Validität der angesprochenen Modelle zur Analyse politischer Ordnung, zielt mein Argument auf die epistemologische Blindstelle, die solche empirischen Ableitungen von Beobachtungen (erster Ordnung) mit sich führen. Die binäre Logik von Typus/Nichttypus gilt so lange, wie sie durch empirische Daten widerlegt wird, *tertium non datur*. Die Paradoxie erscheint in solchen gesellschaftlichen Analysen als Abwesenheit des Sozialen. Möchte man sich aus dieser begrenzten Perspektive der Beobachtung erster Ordnung lösen, möchte man die propagierte Unterscheidung selber in den Blick nehmen, um beispielsweise die Sicht auf einen möglichen Forschungs-Bias zu erkennen, stößt die „binäre

Logik an ihr Ende" (Nassehi 2014, S. 103). Damit wird das ausgeschlossene Dritte doch wieder relevant: tertium datur, wie es Walther Bühl der Soziologie schon vor Jahrzehnten nahegelegt hat (Bühl 1969, S. 173).

(4) Die Autokratie ohne Gesellschaft

Alle Autokratie-Konzeptionen, ob bei der Typologisierung von nichtdemokratischen Regimen oder der Analyse ihrer Stabilität, ist die fehlende Einbindung in ein übergeordnetes Konzept politischer Systeme gemein. Ohne diese Einbindung laufen alle Konzeptionen Gefahr, sich auf einer "pathologischen Beziehung von Untersuchungsgegenstand und Methode, in der die Methode den Gegenstand dominiert" (Knobloch 2006, S. 13) einzulassen, deren heuristischer Mehrwert zugunsten der Methode aufgegeben wurde. In diesem Sinne argumentieren auch Albrecht und Frankenberger, wenn sie die Frage nach den "genuinen Funktionslogiken" bzw. nach dem institutionellen Zusammenspiel von Autokratien stellen (Frankenberger 2013, S. 64). Aber nicht nur das interne Zusammenspiel ist latent unterbelichtet, auch die Interaktion mit anderen gesellschaftlichen Teilsystemen wird völlig ausgeblendet, genauso der Austausch auf internationaler Ebene. Autokratie-Konzeptionen werden "unnatürlich von ihrer Umwelt abgeschottet" (Knobloch 2013, S. 38–39).

Vor diesem Hintergrund, der Frage nach der Einbettung in die Gesellschaft und die Beachtung ihres Differenzierungsgrades, sind die vorgelegten Root Concepts der Typologisierungen allesamt unterkomplex – oder gar nicht vorhanden (Frankenberger 2013, S. 66; Kailitz und Köllner 2013, S. 11).

(5) Das WZB-Modell in der Kritik

In der Gesamtschau ist das WZB-Modell sicherlich die anspruchsvollste Weiterentwicklung der neueren Autokratieforschung. Die Gruppe schafft es, durch den Fokus auf Stabilität auch zahlreiche Defizite der Typologisierungskonzeptionen zu überwinden – allein schon dadurch, dass eine solche Typologisierung aufgegeben wird.

Der Charme dieses Modell liegt in der intendierten Funktion als eine "theoretische Verknüpfung der Makro- und Mikroebene durch Akteure und Institutionen" als auch eines "methodischer Brückenschlag zwischen neuer und alter Autokratieforschung" (Gerschewski et al. 2013, S. 125). Dieses Ziel der Ebenen-Verknüpfung wird zweifellos erreicht und zwingt Anwender zu einem fruchtbaren "analytical eclecticism" im Sinne Peter Katzensteins (Katzenstein und Rudra 2010) oder einer integrativen Perspektive (Sandschneider 1994, S. 40). Sollte meine Kritik an der alten Autokratieforschung zutreffen, so macht ein Brückenschlag zu methodologisch glitschigem Ufer sicherlich weniger Sinn. Die zusätzlich kontrovers diskutierte Frage, ob Output-Legitimität nicht doch Teil von Kooptation sei, wie es Uwe Backes angedeutet hat (Backes und Kailitz 2014, S. 13), erscheint mir ein eher nachrangiges Problem zu sein, auch wenn eine Zuordnung zur Kooptationssäule die Legitimationssäule sicherlich unscharf werden ließe. Beachtenswerter ist der Hinweis, dass die Rolle von Repressionsinstitutionen bisher kaum Gegenstand der Autokratieforschung war, hier insbesondere die "Frage, wie sich autokratische Herrscher der Loyalität von Sicherheitsapparaten und Militär versichern und unter welchen Bedingungen sie deren Unterstützung

verlieren" (Kailitz 2009, S. 462). Sollte auch hier der dreifache Modus von Rechtmäßigkeit, Nutzen, Angst in dem propagierten Modus einer Mikro-Makro Verbindung wirken, alles andere wäre im Sinne der Theoriearchitektur unlogisch, ergeben sich komplexe Kausalverhältnisse in der Binnenstruktur der Repressionssäule. Das Modell müsste übereinandergelegt werden, die Auseinanderhaltung von Explanas und Explanandum, augenfällig im Moment der Destabilisierung, gerät ins Rutschen. Oder anders gefragt, wenn sich ein repressives Regime, wie beispielsweise das Assad-Regime, die Unterstützung des Sicherheitsapparates erkaufte hat, dieser jedoch im Moment einer Revolte überläuft (in Syrien zu signifikanten Anteilen geschehen), stellt sich die Frage: welche Säulen haben bei ihren Kompensationsleistungen versagt und auf welcher Ebene? Im Innenverhältnis der Säule Repression zwischen dem Sicherheitsapparat und dem Regime, oder auf gesellschaftlicher Ebene durch die übermäßige Anwendung von Repression gegenüber der Bevölkerung? Die Antwort liegt sicherlich in einem Zusammenspiel beider Ebenen. Sie zeigt aber auch, dass strukturalistische Konzepte immer nur eine ex-post Analyse erlauben. "Für die Darstellung von Spannungsfeldern, an denen sich autoritäre Systeme stetig für ihre eigene Reproduktion abarbeiten müssen, bedarf es anderer Perspektiven" (Knobloch 2013, S. 38).

Spannend wäre es nun, wenn in einer Weiterentwicklung die verbliebenen Blindstellen überwunden werden, die dieses Modell noch in sich trägt. So wird nur sehr partiell und selektiv die Umwelt beziehungsweise andere gesellschaftliche Teilsysteme berücksichtigt. Hier wäre eine Steigerung der konstruktiven Komplexität angezeigt. Offensichtlich wird dieses Defizit, wenn wir uns

die fehlende Verbindung von Legitimation des politischen Systems und gesellschaftlicher Differenzierung betrachten. Funktional stark ausdifferenzierte Gesellschaften haben sicherlich einen anderen „Resonanzraum“ für Legitimationsstrategien als weniger funktional ausdifferenzierte Gesellschaften. Evident wird das am Beispiel der jüngeren Geschichte Chinas. Denn, der gesellschaftliche Grad der Differenzierung korreliert stark, oder steht gar komplett für das, was wir gemeinhin unter Moderne subsumieren. Und hier wirken sich Veränderungen in Art und Umfang von Legitimation, Kooptation oder Repression in anderer Weise auf die Stabilität aus als beispielsweise im totalitären Regime Nord-Koreas, wo eine funktionale Ausdifferenzierung gewaltsam behindert wird.

Eine solche Weiterentwicklung würde dann auch Abstand nehmen von der Erarbeitung eines isolierten Modells ausschließlich für Autokratien, sondern würde diese Herrschaftsform endlich in eine Gesamt-Konzeption politischer Systeme einfügen – und damit einen demokratischen Imperativ von allgemeinen Modellen politischer Systeme überwinden.

VI. Entwicklung einer funktionalen Letztbegründung

Ziele und Vorgehen

Der vorangegangene Parforceritt entlang tragender Säulen von Luhmanns Theoriegebäude diente einzig dem Zweck, für den Gedankengang im nachfolgenden Abschnitt den Denkraum zu beschreiben. Zur Erinnerung: Ziel der explorativen Reise dieser Arbeit ist der Versuch einer Skizze eines normativen Autokratiebegriffs. Bevor dies jedoch in Angriff genommen werden kann, stellt sich die Frage, auf welche Art von Realität sich solch ein normativer Begriff mit "Höchstrelevanz" beziehen könnte und deren Beantwortung Luhmann im Namen der Soziologie für alle moralischen und ethischen Postulate anmahnt (Vgl. Luhmann 2012a, S. 241). Notwendig ist deshalb die Beschreibung einer Letztbegründung, einer philosophischen Fundierung für den normativen Gehalt des Autokratiebegriffs, die ich in diesem Abschnitt aus funktionalen Überlegungen entwickeln möchte.

Voraussetzung für die Auflösung dieses Paradoxes der funktionalen Entwicklung einer normativen Letztbegründung ist die Ordnung der Zusammenhänge von Theorie, Empirie und Normativität, um eine Letztbegründung aus dem Produkt ihrer Verschmelzung herauszufiltern.

Damit ist der Kontext für dieses Kapitel abgesteckt; sein Struktur- aufbau beginnt deshalb mit der Frage nach der Einheit von Theorie und Empirie (VI.1). In diesem ersten Teil möchte ich versuchen, ihre symbiotische Beziehung zu beleuchten, um die systemtheoretische Methode als Empirie (VI.1.1) sowie ihr Verhältnis zur Normativität (VI.1.3) aufzuzeigen und den epistemologischen Charakter von Empirie (VI.1.3) beziehungsweise von der Methode

funktionaler Analyse (VI.1.4) nachvollziehbar zu machen. Der zweite Teil dieses Kapitels steht unter der Fragestellung, ob Normativität zwangsläufig aus Ethik und Moralvorstellungen (VI.2) extrahiert werden muss und wie die Systemtheorie zu Moral (VI.2.1) und Ethik (VI.2.2) steht. So gerüstet soll geklärt werden, welche Anforderungen die moderne Gesellschaft an eine Letztbegründung überhaupt stellt (VI.3). Es folgt mein aus zwei Elementen bestehender Vorschlag für eine Letztbegründung (VI.4) (VI.5).

Einheit von Theorie und Empirie

Theorie soll als hypothetisch-deduktives System verstanden werden, welches seinen eigenen Erklärungen und Behauptungen misstraut und sie deshalb in Form von Hypothesen formuliert, deren Anwendungsbreite regelt, um überprüfbar zu sein (Braun 2008, S. 384; Baecker 2016, S. 7; Luhmann 2012a, S. 209). In den Sozialwissenschaften gibt es jedoch kein völlig einheitliches Verständnis darüber, was alles mit dem Begriff der Theorie im Detail gemeint ist, ob er nur Erklärungen oder auch Beschreibungen und Klassifikationen umfassen soll (Vgl. Braun 2008, S. 383). Vor diesem Hintergrund ist eine klare Einschätzung darüber, ob das eigene Vorhaben, anhand der Systemtheorie eine normative Autokratiedefinition abzuleiten, überhaupt als originäre Theoriekonstruktion zu begreifen ist, nicht einfach. Abgesehen von der Frage nach der terminologischen Spannweite der Theorie spricht meines Erachtens auch gegen eine Theoriekonstruktion, dass lediglich vorhandene Elemente aus bereits existierenden Theorie-

konstruktionen Verwendung finden. Jegliche Neuerung beschränkt sich auf ein Re-arrangement bereits geleisteter Ideearbeit. Der explorative Charakter der eigenen Arbeit ergibt sich im weitesten Sinne durch die Frage, ob das Ziel mit den gewählten Instrumenten durchführbar ist. Damit liegt die Herausforderung eher in einer Verständnisarbeit einer existierenden Theorie und ihrer Anwendung, denn in der Arbeit einer Theoriekonstruktion selber. Trotz alledem erscheint es mir ratsam, vor der Modellierung eines normativen Autokratiebegriffs Klarheit über die Beziehung von Theorie, Empirie und Methode zu schaffen - auch auf die Gefahr hin, den gerade eingenommenen Standpunkt damit wieder zu relativieren.

Der Grund dafür liegt in der chamäleonartigen Natur der soziologischen Systemtheorie selber, die weniger den Definitionsraum des Theoriebegriffs herausfordert, wohl aber ihre Klassifikation als empirische oder eine rein theoretische beziehungsweise metaphysische Theorie. Sie postuliert bekanntermaßen einen empirischen Ansatz zu verfolgen, entzieht sich selbst aber jeder Empirie. Systemtheoretische Begriffe formieren zwar Beobachtungen, können selbst aber nicht beobachtet werden. Sie teilen dieses Schicksal natürlich mit den meisten Grundbegriffen der Geistes- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen.

Doch auch die Ontologie bekommt die Systemtheorie nur einmal kurz, gewissermaßen im Moment der Ursünde, zu fassen und entweicht dann für immer in logische Paradoxien. Luhmanns nicht hintergehbare "Minimalontologie" verbirgt sich in seinem Postulat: "Es gibt Systeme" (Fuchs 2001, S. 65ff). Jedoch rettet ihn das Paradox der systemtheoretischen Leitunterscheidung von System und Umwelt, deren Einheit in ihr selbst wieder hervortritt, nämlich

als System selber. Die autologische Konsequenz davon ist, dass jeder der System und Umwelt unterscheidet, selber ein System ist. Mit dieser "Münchhausiade der Systemtheorie" schafft es Luhmann, die Systemtheorie aus dem Sumpf der Ontologie zu ziehen (Fuchs 2001, S. 63). Das zeigt, wie Peter Fuchs bereits an dem antiken Beispiel von Parmenides Lehrgedicht deutlich machen konnte, dass keine metaphysische, keine nicht-empirische Theorie die Welt gänzlich ausschließen kann, ohne in einem performativen Widerspruch zu landen (Fuchs 2001, S. 68). Dieses Dilemma mündet in der Frage nach der Ordnung von ontologischen Theorien. Ist diese nur in der Theorie selbst zu finden oder doch in der empirischen Welt, die jedoch in der Theorie immer unsichtbar bleibt. Denn auch aus empirischer Perspektive betrachtet unterliegen auch rein empirische Aussagen dem - unsichtbaren - präjudizierenden Einfluss der Gesellschaft und der eigenen Disposition. "Die Idee einer unmittelbar bezeugten Realität und einer manifesten Wahrheit hat der erkenntniskritischen Reflexion nicht standgehalten. Der Anspruch der Sinneserfahrungen auf letztgültige Evidenz ist seit Kants Nachweis der kategorialen Elemente unserer Wahrnehmung abgewiesen. Hegels Kritik der sinnlichen Gewißheit, Peirces Analyse der in Handlungssysteme eingelassenen Wahrnehmungen, Husserls Explikation der vorprädikativen Erfahrung und Adornos Abrechnung mit der Ursprungsphilosophie haben von verschiedenen Ausgangspunkten den Nachweis erbracht, daß es unvermitteltes Wissen nicht gibt" (Habermas 1990, S. 49). Mit anderen Worten, das Beobachtete ist nie unabhängig vom Beobachter. Dieser bestimmt durch die Wahl seiner Methode, seiner Werte das Phänomen, welches am Ende auftritt (Torres Nafarrate 2013, S. 248).

Obwohl wir mit den vorangegangenen Ausführungen auf einer metatheoretischen Diskussionsebene begonnen haben, möchte ich doch einen methodologischen Sachverhalt einsichtig machen: die systemtheoretische Methode als Empirie sowie ihr Verhältnis zur Normativität.

Systemtheoretische Methode als Empirie

Empirie (griechisch *empireia*) meint zunächst nichts anderes als: "Erfahrung von Wirklichkeit, um aus dieser Erfahrung ein Erfahrungswissen abzuleiten, das als Wissen über diese Wirklichkeit dargestellt werden kann. [...] Als Erfahrung von Wirklichkeit zählt nur, was sich unter kontrollierbaren Umständen so wiederholen lässt, dass sowohl die Situation der Erfahrung als auch die Person des Beobachters aus dem Prozess der Erfahrung heraus gekürzt werden können" (Baecker 2016, S. 147–148). Aus systemtheoretischer Sicht ist es von zentraler Bedeutung, dass sich Erfahrungswissen als ein "Rekurs auf Gesellschaft tatsächlich empirisch bewerkstelligen lässt." Und dass kein bereits vorhandenes, gesellschaftstheoretisches Wissen für die Darstellung der Erfahrung einbezogen wird, sondern dass durch Ausdifferenzierung die Funktionslogiken der sozialen oder praktischen Sinne erkennbar werden, wenn man sie in jenem Kontext freilegt, aus deren "Problemreservoir" sie in Anspruch genommen werden (Nassehi 2015b, S. 98).

Ein solches Verständnis gibt bereits starke Hinweise auf die methodische Anforderung empirischer Arbeit, die unter funktionalen Gesichtspunkten entscheidend sind. Wesentlich für das methodische Forschungsvorgehen ist jeweils die "Verbindung mit

den an sie gerichteten gesellschaftlichen Anforderungen" (Czerwick 2011, S. 35). In diesem Sinne determiniert die Systemtheorie den Blick, um im Themenbereich dieser Arbeit zu bleiben, auf die politische Realität und beeinflusst das Untersuchungsdesign durch Fragestellungen und Erkenntnisinteressen (Vgl. Czerwick 2011, S. 225). Erschwerend kommt jedoch hinzu, dass die sozialen Systeme nicht einfach auf der "Grundlage von linearen und statischen Stabilitäts- und Gleichgewichtsmodellen erfaßt werden können" (Sandschneider 1994, S. 29), sondern über einen stetig steigenden Grad von Komplexität verfügen. Die Folge ist eine inkongruente Perspektive der Systemtheorie auf gesellschaftliche Phänomene, da in ihnen die Kontingenz der Welt sichtbar wird (Vgl. Luhmann 1967, S. 100).

Dirk Baecker schlägt deshalb vor, in Analogie zur Informatik die Begriffe der Systemtheorie als "Metadaten" zu verstehen, "die es der systemtheoretischen Forschung erlauben, die Daten der aus der Literatur gewonnenen, zitierten, verglichenen und miteinander kombinierten Beschreibungen so zu ordnen, dass neue Beschreibungen gewonnen werden können." In dieser "absichtsvoll inkongruenten Perspektive" auf Phänomene zeigt sich auch Luhmanns Nähe zum französischen Dekonstruktivismus (Baecker 2016, S. 158–159).

Mit anderen Worten, systemtheoretische Forschung entlässt sich zu keinem Zeitpunkt aus ihrer gesellschaftlichen Verankerung, sie erkennt sich selber als bloße Kommunikation, die gesellschaftliche Autopoiesis mitvollzieht. Das ist in der Tat eine bedeutende Erkenntnis, denn sie lässt die Unterscheidung "zwischen ›theoretischer‹ und ›empirischer‹ Forschung epistemologisch implodieren" (Nassehi 2012b, S. 427).

Verhältnis von systemtheoretischer Empirie zur Normativität

Das Verhältnis von empirischen und normativen Wissenschaften ist geprägt durch das Postulat, dass aus "Sollsätzen keine Seinssätze deduziert werden können und umgekehrt." Luhmann erkennt hier ein künstliches Schisma von System- und Entscheidungstheorien, welches ideengeschichtlich durch das Primat der Kausalität erzeugt wurde. Der Ansatz der funktionalen Systemtheorie bietet jedoch durch das geteilte Grundproblem der Kontingenz einen gemeinsamen Ansatzpunkt in der Notwendigkeit zur Reduktion der Komplexität – und damit eine Grundlage zur Kooperation (Luhmann 1999, S. 238).

So betrachtet, liegt die gesellschaftliche Ordnungsleistung normativer Strukturen in der Reduktion von Komplexität. Konformität und Abweichung sind durch einfache Negation trennbar.

Ein besonderer Erkenntnisgewinn entsteht aber erst, wenn das System nicht mit seiner Struktur gleichgesetzt wird und dadurch die handelnde Rationalität verdeckt. Erst durch distanziertere Betrachtung der Komplexitätsdifferenz von System und Systemstruktur wird einsichtig, dass auch abweichendes Verhalten durchaus systemrational sein kann, also Systemprobleme zu lösen vermag. In dieser Verbindung von empirischer Systemtheorie und normativer Handlungstheorie wird erst der analytische Mehrwert deutlich. Erlaubt er doch selbst strukturelle Wertbindungen, vermeintlich abweichende, illegale, irrationale oder falsche Handlungen "als funktional äquivalente Beiträge zur Lösung von Systemproblemen" durchsichtig zu machen (Kieserling 2014, S. 94–95).

Die Identifizierung von funktionalen Äquivalenten steht demnach im Zentrum systemtheoretischer Anwendungen. Theorie und

Methode sind ineinander verwoben, die Leistung liegt deshalb in der Problemkonstruktion, um den Einsatz der funktionsäquivalenten Methode vorzubereiten (Luhmann 2012b, S. 86). Die Besonderheit dieser Methode besteht darin, dass sie den Primat des Problems vor der Lösung umdreht, um Problem/Lösungskonstellationen nicht als Bedingungen der Möglichkeit von Ordnung schon vor der Beobachtung vorauszusetzen, sondern sie erst durch eigene Operationen aus dem empirischen Kontext zu entnehmen (Nassehi 2015b, S. 96). Erst dieser Schritt einer strukturierten Offenheit, die beiden Seiten innerhalb der Konstellation, Problem als auch Lösung, kontingent setzt, erlaubt zu beobachten, "wie Kontingenz durch Praxis eingeschränkt wird" (Nassehi 2012b, S. 426).

Für die Problemkonstruktion bedeutet dies einen aktiven Widerstand gegen die präjudizierende Wirkung von Beobachtungen auf Problemstellungen durch die Analyse der eigenen Relationierung. "Darauf richtet die funktionale Analyse als eine konsequent auf konstruktivistische Epistemologie basierte Methodologie, die zum Einsatz gebrachte Beobachtungstechniken aus, mit denen sich systemtheoretisch inspirierte Empirieprojekte eines prüfbaren Übergangs zwischen Theorie und Methoden versichern können" (John 2010, S. 52–53). Oder anders beschrieben, die funktionale Analyse ist als eine Methode wissenschaftlicher Begriffsbildung zu begreifen (Vgl. Schützeichel 2003, S. 250).

Funktionale Analyse als epistemologische Methode

Die Methode ist ungeeignet, den Wesenskern eines Objektes, das Sein oder die Konstante eines Phänomens zu bestimmen. Die Intention der Methode ist vielmehr eine "Variation von Variablen im Rahmen komplexer Systeme". Konstanten werde variabel gesetzt und ändern sich in "Variationsbedingungen", die unter dem "Gesichtspunkt ihrer Eignung für diese spezifische Funktion" logisch beziehungsweise nachvollziehbar betrachtet werden (Luhmann 1997b, S. 31 (625)). Die Natur der funktionsäquivalenten Analyse, oft auch einfach nur funktionalen Analyse, erinnert Dirk Baecker aufgrund der iterativen Art des Umgangs mit Kontingenz mehr an ein künstlerisches Vorgehen, als an das "Selbstverständnis von Wissenschaftlern, die sich aufgerufen fühlen, eine Wirklichkeit so abzubilden, wie sie ist" (Baecker 2016, S. 170). Methodisch wird das Forschungsobjekt von zwei Seiten eingekreist (Luhmann 2012a, S. 124). Zum einen durch die Problemkonstruktion, die durch die Funktion geschaffen wird, und zum anderen werden alternative Lösungsmöglichkeiten ausgeschlossen. Diese Form der Theorietechnik erlaubt durch das Aufspannen eines "Sonderhorizonts der Lebenswelt" ein reguliertes Abtasten von Differenzen im Rahmen von Informationsverarbeitungen. Die Nutzung solcher Relationierungen der Differenz ermöglicht es, die Kontingenz im Untersuchungsobjekt offenzulegen, gleichzeitig aber auch Verschiedenartiges zu vergleichen. Der Zweck ist die Darstellung von Relationen von Problemen und Problemlösungen, die erkennbar machen, "daß das Problem so oder auch anders gelöst werden kann" (Luhmann 2012b, S. 83–84). Mit anderen Worten erlaubt ein solches Vorgehen, "nach dem Beitrag eines

Phänomens zur Lösung eines Problems zu fragen und sowohl alternative Problemlösungen für möglich zu halten und nach ihnen zu suchen als auch dasselbe Phänomen als Lösung eines anderen Problems für denkbar zu halten und vorzuschlagen" (Baecker 2016, S. 170).

Vor dem Hintergrund des Problems immanenter Kontingenz, d. h. alles ist auch anders möglich, kann die systemtheoretische Sichtweise der funktionalen Analyse auch als eine "interpretativ-hermeneutische Perspektive" aufgefasst werden, die ähnlich dem "hermeneutischen Zirkel eine Art funktionalistischen Zirkel sich auflädt und in der Bearbeitung dieses Zirkels an sich lernen kann, was sich soziologisch über den Gegenstand der Forschung sagen lässt" (Nassehi 2015b, S. 99).

Eine solche Methode, eine solche Kontingenzbeobachtung beschäftigt sich mit weit mehr potenziellen Alternativen, als es für das Phänomen selbst erfahrbar ist. Sie überfordert die selbstreferentielle Ordnung ihres Gegenstandes. Die Kontingenzrekonstruktion suggeriert Freiheitsgrade, die realiter gar nicht zur Verfügung stehen. Diese "Realitätsüberschätzung" wird dadurch kompensiert, dass darin ihr "letztes Bezugsproblem" erkannt wird (Luhmann 2012b, S. 88f).

Damit stellt die funktionale Analyse nicht einfach nur einen Leitfaden für die Suche nach funktionalen Äquivalenten zur Verfügung, sie geht vielmehr über eine bloße Methodentechnik hinaus. Mit dieser Eigenschaft beansprucht sie den Rang einer "Theorie der Erkenntnis" zu sein (Luhmann 2012b, S. 90), die im Sinne eines "Erkenntnisverfahren, das Gegebene enttrivialisiert und dadurch weiteren Erklärungsbedarf generiert" (Schneider 2009, S. 60).

Normativität, Ethik und Moral

Trotz dieses epistemologischen Potenzials der funktionalen Analyse müssen Einschränkungen beachtet werden. Das Erkenntnisverfahren führt zu einer spezifischen Beschreibung und Erklärung von gesellschaftlichen und insbesondere politischen Phänomenen. Dabei geben systemtheoretische "Leitsätze" die Untersuchungsrichtung vor, erzeugen so in gewisser Weise einen Forschungsbias. Aber sie erlauben es nicht, deduktiv-nomologische Erklärungen aus diesem Verfahren abzuleiten (Czerwick 2011, S. 227). Aufgrund dieser epistemologischen Einschränkung der funktionalen Analyse führt kein Weg daran vorbei, auf einer anderen, höheren Ebene eine letztbegründende Argumentation zu plausibilisieren, will man das Ziel der Arbeit nicht aus dem Auge verlieren. Von einem solchen Punkt aus, so die Hoffnung, lässt sich dann doch noch ein deduktiv-nomologisches Vorgehen wagen, um eine idealtypische Autokratie normativ zu fundieren.

Aus diesem Grunde stellt sich die Frage nach dem Charakter von Letztbegründungen und das Verhältnis der systemtheoretischen Sichtweise zu Normativität im Allgemeinen beziehungsweise Ethik und Moralvorstellungen im Speziellen.

Unstrittig dürfte die Beobachtung sein, dass normative Aussagen auf naturrechtlichen oder transzendentalen Letztbegründungen fußen. Über Jahrhunderte haben Metaphysiker kausale Erklärungsmodelle für das "Sollen" entwickelt, ohne jedoch den letzten Schleier über der Frage gelüftet zu haben, wie sich ein Sollen in der Gesellschaft beobachten und beschreiben lassen könnte. Die bedeutendste Traditionslinie versucht hierauf eine Antwort über den Begriff der Vernunft zu entwickeln. "Diese Vernunft

wurde trotz der Vielheit der Menschen im Singular gedacht - mit der Möglichkeit zu folgern: eine Vernunft, also nur eine Philosophie, also nur eine Moral. Folgt man dieser Extravaganz, dann ist in der Tat das Problem schon gelöst. Man muß nur noch wissen: wie" (Luhmann 2012a, S. 282). Aus methodologischer Perspektive lässt sich das Problem mit einem selbstreferentiellen Zirkel beschreiben, der zugelassen werden muss, wenn man einen externen Beobachter durch das Postulat der Vernunft ersetzt. In der Konsequenz muss Vernunft als eine sich selbst beurteilende Letztinstanz gedacht werden; mit der erneut anschließenden Frage, wer oder was diese Position besetzt halten könnte (Luhmann 2012a, S. 282).

Luhmann sieht keinen Ausweg, die Vernunft – wie auch die Moral – aus ihrer transzendentalen Aprioristik oder einem Utilitätskalkül zu befreien. Mehr noch, aus grundsätzlichen Erwägungen erkennt er in der Moral selber eine höchst problematische Natur. Ein "hochinfektiöser Gegenstand, der nur mit sterilen Instrumenten angefasst werden sollte" (Martin 2001, S. 177). Der Grund ist der polemogene (streiterzeugende) Charakter von Moral, der ihrem versöhnenden und streitschlichtenden, kurz, ihrem benevolenten Anspruch widerspricht (Vgl. Seiler 2014, S. 139; Martin 2001, S. 180; Luhmann 2012a, S. 260).

Mit einer solchen Meinung steht Luhmann konträr zum traditionellen Verständnis von Moral und ihrer positiven Konnotation - und sie erfordert zum besseren Verständnis eine kurze, systemtheoretische Moralexkursion.

Systemtheoretischer Moralbegriff

Aus systemtheoretischer Perspektive lässt sich Moral als eine "besondere Art von Kommunikation, die Hinweise auf Achtung oder Mißachtung mitführt," verstehen (Luhmann 2012a, S. 256–257). An der Figur von Alter und Ego werden die Codierungsprozesse der Moral erkennbar, die die Achtungsbedingungen der Achtungskommunikation steuern. Indikator ist die Selbstidentifikation von Ego und Alter im jeweiligen anderen durch wechselseitige Achtung bzw. Mißachtung. Ego achtet Alter und zeigt ihm Achtung, wenn er sich selbst als Alter im Alter wiederfindet bzw. wiedererkennt und umgekehrt. Achtung fungiert im Kommunikationsprozess als Kürzel für die zugrundeliegenden, sehr komplexen Sachverhalte, die nur über diese symbolische Substitution überhaupt kommunikationsfähig werden und es erlauben, ein laufendes Abgleichen von Ego/Alter-Synthesen zu steuern (Luhmann 2012a, S. 102ff). Achtung ist damit keine Eigenschaft, sondern eine Zuteilung. Im Umkehrschluss heißt das: Moral besteht nicht aus summierbaren Achtungen oder Achtungserweisen, sondern aus Kommunikation über Achtung, die durch Ego und Alter "implizit oder explizit, subtil oder drastisch, situativ-konkret und einmalig oder abstrakt-normierend, und mit oder ohne Bezug auf Meinungen", zugelassen wird. "Die Gesamtheit der faktisch praktizierten Bedingungen wechselseitiger Achtung oder Mißachtung macht die Moral einer Gesellschaft aus" (Luhmann 2012a, S. 107). In diesem Verständnis wird deutlich, dass Luhmann Moral als tatsächlich vorkommende Kommunikation, als ein soziales Phänomen begreift und empirisch untersucht und, entgegen traditionellen Erklärungen, nicht transzendental verortet.

Moral kann somit auch weder wahr noch unwahr sein, ein Bezug auf höhere moralische Normen oder Werte ist "kein Phänomen der Realität, sondern nur eines, was der Moralist der Moral zuschreibt". Deshalb ist die Moral weder eine bestimmte Sorte von Maximen oder Prinzipien noch eine Anwendung vernünftiger Regeln (Seiler 2014, S. 113).

Obwohl es immer um dieselbe Unterscheidung von Achtung/Mißachtung bzw. gut/böse geht, gibt es viele Moralen, je nachdem, welche Kommunikationscluster sich auf welche Programme verständigen können (Luhmann 2012a, S. 185). Der Moralcode fungiert dabei nicht als ein über alle Funktionssysteme übergreifender Supercode, welcher in der Lage ist, die jeweiligen Funktionscodes der anderen Teilsysteme zu ersetzen. Im Gegenteil muss der betreffende Funktionscode auf einer höheren amoralischen Ebene eingerichtet sein. Erst wenn der Funktionscode auf dem Spiel steht, springt eine moralische Unterscheidung von Gut und Böse ein. Zeugnis dafür legt im politischen System der Umgang mit Skandalen ab, welche das politische System schwer erschüttern können. Als Reaktion erfolgt gewöhnlich eine moralische Bewertung des Vorgangs und zwar als Codeschutzfunktion für die Autopoiesis der Politik, also nicht aus ethischen Motiven heraus. Politik erreicht durch diesen Rückgriff auf Moral Disziplinierungseffekte gegenüber anderen Akteuren (Luhmann 1991, S. 499) und lenkt schwerwiegende Irritationen des Systems weg von der eigentlichen Funktionslogik des Politischen. Analoge Beispiele für andere Teilsysteme sind leicht zu finden wie etwa der Umgang mit Dopingsündern bei Sport- oder Korruptionsskandalen in der Wirtschaft. In jedem Fall überlagert der Moralcode den jeweiligen Funktionscode, um die Erschütterung des

Teilsystems von der eigentlichen Funktion in einem anderen Schema zu kanalisieren.

Deutlich wird hier, dass der Dualismus von "gut" und "schlecht" unterschiedliche Grundprobleme der Gesellschaft strukturieren kann, jedoch nicht zu einer Generalisierung taugt. "Auch wenn jede Situation moralisch bewertbar ist, besagt dies nicht, daß jede Situation nur moralisch bewertbar ist" (Luhmann 2012a, S. 116). Diese Strukturleistung der Moral macht sie für die Gesellschaft unverzichtbar, denn so hilft sie, nicht nur Irritationen zu verarbeiten, sondern auch Komplexität zu reduzieren. "Sie strukturiert, vereinfacht und verfestigt die interpersonalen Beziehungen, die aufgrund ihrer doppelten Kontingenz für den Einzelnen immer nur unzureichend durchschaubar sind, indem sie eine Einordnung anderer in das Schema gut/schlecht bzw. Achtung/Missachtung ermöglicht" (Seiler 2014, S. 112). Für Gesellschaften mit zunehmender Ausdifferenzierung und damit stetig steigender Komplexität fungieren moralische Bewertungen, man kann aufgrund der Strukturbildung auch von moralischen Ordnungen sprechen, als eine elementar wichtige Entscheidungshilfe.

Systemtheoretischer Ethikbegriff

Mit Bezug zu Ludwig Wittgensteins Postulat über das „Sollen“ (Vgl. Wittgenstein 2004, S. 6.422) schlägt auch Heinz von Foerster vor, eine Ethik zu konstruieren, die expliziten Rekurs auf eine "innewohnende Zirkularität" nimmt. "Da die Ethik hierbei in den Wörtern liegt, kann sie offenbar nicht - und muß auch nicht - ausgesprochen werden: Ethik ist implizit" (Foerster 2006, S. 348).

Deutlich werden hier die systemtheoretischen Grundlagen erkennbar, die sich auf kybernetische Überlegungen gründen. Metaphysische Vernunftüberlegungen, die zu gesellschaftlichen Moral-Vorstellungen führen, werden zurückgewiesen.

Luhmann nimmt diesen Gedanken auf, auch er grenzt den Begriff der Ethik fundamental von der Moral ab. Mehr noch, er schlägt vor, Ethik als eine Reflexionstheorie der Moral zu verstehen (Luhmann 2012a, S. 265). Einer solchen Reflexionstheorie weist er die Aufgabe zu, bei den zahlreichen Möglichkeiten moralischen Kommunizierens mit unterschiedlichen Wertebezügen auch die Strukturen des Gesellschaftssystems mit zu berücksichtigen, bevor sie "Moral ein Gütezeugnis oder auch nur eine Unbedenklichkeitsbescheinigung ausstellt." Vor dem Hintergrund der fortschreitenden funktionalen Ausdifferenzierung der Gesellschaft denkt Luhmann die weitreichenden Konsequenzen seiner Betrachtungen fort: "Wenn die Annahme zutrifft, daß die moderne Gesellschaft nicht mehr über Moral integriert sein kann und auch nicht mehr den Menschen über Moral ihre Plätze anweisen kann, dann muß Ethik in der Lage sein, den Anwendungsbereich der Moral zu limitieren. [...] Aufgabe der Ethik [ist es dann], vor Moral zu warnen" (Luhmann 2012a, S. 266). Luhmanns "neue" Ethik (Luhmann 2012a), muss eine Antwort dafür finden, wie sie gesellschaftliche Phänomene innerhalb der Gesellschaft zu reflektieren gedenkt, um nicht in die gleichen Erklärungsnotlagen zu geraten, in denen sich traditionelle Vernunftbegründungen wiederfinden. Luhmann schreibt damit eine – wohl eher marginalisierte – Reflexionstradition fort.

Anforderungen an eine Letztbegründung der modernen Gesellschaft

Diese kurze, exkursorische Klärung des systemtheoretischen Begriffsverständnisses von Moral und Ethik gibt nun den Blick frei auf die Frage, welche Anforderungen eine moderne Gesellschaft an die Figur von Letztbegründungen überhaupt stellt. Drei wichtige Elemente möchte ich auf der Grundlage des vorgelegten systemtheoretischen Verständnisses im Allgemeinen und des politischen Systems im Speziellen hervorheben:

- Die funktionale Ausdifferenzierung und die damit steigende Umwelt- und Eigenkomplexität für das politische System erzeugen eine nicht reduzierbare Vielfalt an möglichen Beschreibungen. "Die Welt selber kann nur noch polykontextural beschrieben werden" (Luhmann 2012a, S. 331). Gesucht wird deshalb keine monokausale Letztbegründung, sondern ein Konstrukt, welches polyvalent eingesetzt werden kann.
- Daran anschließend lässt sich sagen, dass kein moralisches oder ethisches Reflektieren seinem gesellschaftlichen Kontext, der gesellschaftlichen Kommunikation entkommt. "Man kann dies als Hinweis darauf festhalten, daß jede Begründung von Aussagen über Ethik und Moral selbstreferentiell angelegt sein muß" (Luhmann 2012a, S. 263–264). Das heißt, dass jeder Forscher und jede Forschung in seinem Gegenstandsbereich wieder vorkommen muss. Daraus lässt sich folgern, dass die gesuchte Konstruktion über fortlaufende Rekursivität verfügen muss, da eine polykontexturale Umwelt und stetige Anschlussoperationen der

Kommunikation statisch angewendeter Selbstreferenzialität entgegenstehen. Ohne Anschlussoperationen keine Kommunikation - und damit keine Gesellschaft.

- Letztendlich ist jede gesellschaftliche Ordnungsvorstellung seit jeher an Konditionierungen wie Evidenzen und Plausibilitäten gebunden gewesen und konnte nicht einfach frei gewählt werden. Gesellschaft wird in der Gesellschaft gemacht und begründet. Daraus kann man verallgemeinern, dass "Systembildung, Organisation, ja Ordnung überhaupt immer Konditionierungen erfordert, und dass dies umso mehr gilt, wenn Hochsemantiken der Erkenntnis oder der Moral entwickelt werden" (Luhmann 2012a, S. 283). Daraus ist als Anforderung abzuleiten, dass jedwede Konstruktion auf nachvollziehbarer Logik, Mathematik oder Kausalität zu basieren hat, um modernen Plausibilitäten gerecht zu werden.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass Letztbegründungen der allgegenwärtigen gesellschaftlichen Kontingenz, die jeglichem Handeln und Beobachten innewohnt, Rechnung tragen müssen. Gleichzeitig müssen sie eine plausible Begründung für Vernunftentscheidungen liefern können. Ihre metaphysische Entzauberung, das Herniedersteigen in gesellschaftliche Kontexte erfolgt durch fortwährende Rekursivität realer Operationen. Neben der Entgrenzung der räumlichen Dimension des Sozialen verleiht das Moment der Ewigkeit auch in zeitlicher Dimension einem universellen Geltungsanspruch Ausdruck und kann sich so jeglicher Zeitlichkeit entledigen. Das setzt enge und anspruchsvolle Grenzen für die Modellierung einer Letztbegründung für einen normativen Autokratiebegriff.

1. Erstes Lösungselement: beobachtende Ethik

Orientierung gibt nun jenes Begriffsverständnis, welches Ethik als Reflexionstheorie der Moral versteht. Eine solche neue Ethik nimmt die Rolle einer letztbegründenden Vernunft ein, ohne sich in einem archimedischen Punkt zu exponieren. Es ist unschwer zu erkennen, dass der gesamte Problemkontext in der Frage kulminiert: Wer beobachtet und wie?

Dirk Baecker sieht in der Entdeckung des Beobachters folgerichtig die "zentrale intellektuelle Faszination" dieses Jahrhunderts, sowohl für die Soziologie wie auch für die Psychologie, die Biologie und die Physik (Baecker 2006, S. 17). Zweifelsohne liegt in dieser Figur des Beobachters der Schlüssel zur Isolierung einer normativen Autokratiedefinition verborgen. Erst die Systemtheorie hat den Beobachter aus seinen Dilemmata befreit und es geschafft, ihn durch die Lösung der systemimmanenten Restriktionen des Subjekts in eine Gesellschaftstheorie zu integrieren. Denn "das Faszinosum wie auch das Skandalon der Entdeckung des Beobachters liegt in dem so einfachen wie verwirrenden Umstand, daß man Blindheit und Einsicht aller kognitiven Prozesse zusammen als eine Seite der Medaille erkennen muß, deren andere Seite wir nicht kennen. [...] Erst auf der Ebene der Beobachter zweiter Ordnung, der Beobachtungen von Beobachtungen, fällt auf, daß Sachverhalte immer nur Sachverhalte für einen Beobachter sind und daß der Beobachter nicht sieht, was er nicht sieht" (Baecker 2006, S. 18).

Unter dem Sammelbegriff des Konstruktivismus werden all jene Strömungen zusammengefasst, die sich von den traditionellen Vorstellungen der Wissenschaft lösen, dass Erkenntnisakte die

externe Realität wiedergeben können. Die Möglichkeit der gedanklichen Beobachtung der Welt von einem archimedischen Punkt aus wird zurückgewiesen. An seine Stelle setzt Niklas Luhmann die Methode der Beobachtung zweiter Ordnung, die eine Brücke von einer gedanklichen Figur hin zur empirisch erlebbaren Realität schlägt. Zentral ist und bleibt aber bei allen Beobachtungsakten die Rolle des Beobachters, welcher erst durch Unterscheidungen die Realität der Welt bezeichnet, die Realität semantisch in die Welt einführt. Dieser "epistemologische Konstruktivismus" geht von einer "Beobachterabhängigkeit allen Wissens" aus (Kusche 2014, S. 199).

In diesem Sinne wird der archimedische Punkt durch einen Beobachtungspunkt ersetzt, der durch seine Standortwahl Einfluss auf dasjenige hat, was wir sehen und mehr noch darauf, was für Fragen durch diese Beobachtung auftreten. "The Point of observation is about the choice of systems reference. [...] Even when observing observers through, for example, the distinction system/environment, it remains the decision of the observer which system is defined as observation point, since all systems simultaneously constitute the environment of other systems" (Andersen 2010, S. 107).

Die Soziologie hat sich auf unterschiedliche Art des Problems des Beobachters und des damit verbundenen Subjekt-Objekt-Dilemmas angenommen - und dies keineswegs nur vonseiten der Systemtheoretiker. Kursorisch zu nennen ist hier insbesondere Walter Bühl, der der Soziologie bekanntlich die Überwindung des Tertium-non-datur-Paradigmas nahegelegt hat. "Die Tatsache, daß der Andere auch Subjekt ist und nicht nur mein Objekt bzw. daß ich zugleich Subjekt und dennoch Objekt des Anderen bin,

läßt sich aus dem modernen Bewußtsein nicht mehr verdrängen; ja lebendige soziale Beziehungen zwischen dem Ich und dem Anderen (als Subjekt) gibt es eigentlich nur durch die Vermittlung eines Dritten. Damit wird nicht nur die dyadische Entgegensetzung von Subjekt und Objekt, sondern auch die von "Ego" und "Alter" als Ausgangsbasis für die Soziologie zurückgewiesen" (Bühl 1969, S. 173) (Vgl. dazu auch: Nassehi 2014, S. passim). Nicht zu vergessen sind auch "poststrukturalistische *différance*-Kriterien à la Derrida", die die aufkommende Kritik am *tertium non datur* ernst nehmen und daraus epistemologische Konsequenzen ziehen (Nassehi 2014, S. 102). Auch Gotthard Günthers Arbeiten an einer mehrwertigen Logik liefern wertvolle Beiträge für den Umgang mit der dem Beobachter-Problem innewohnenden Komplexität und so die klassische aristotelische Logik überwindet (Vgl. Günther 2013). Ich möchte Dirk Baeckers Bewertung folgen, der Heinz von Foerstes Kybernetik zweiter Ordnung, George Spencer Browns Unterscheidungstheorie und Humberto Maturanas Konzept der Autopoiesis als die tragenden Schlusssteine für eine postmoderne Theoriearchitektur klassifiziert (Baecker 2006, S. 19), die in Niklas Luhmanns Systemtheorie als Theoriegebäude verwirklicht wurde, mit dem Beobachter zweiter Ordnung als Brücke zwischen Theorie und Empirie.

Als erstes Lösungselement soll deshalb an dieser Stelle festgehalten werden, dass die Figur des Beobachters zweiter Ordnung die Anforderung zur Beschreibung einer polykontexturalen Welt erfüllt, die aus Gründen zunehmender Ausdifferenzierung und dadurch steigender Komplexität zum Kennzeichen der Moderne wurde.

2. Zweites Lösungselement: Rekursion und Eigenwerte

Durch welche Mechanismen ist das kontinuierliche Beobachten des Beobachters zweiter Ordnung zu gewährleisten? Können wir doch nicht davon ausgehen, dass es die eine, die erleuchtende Wahrheit, die absolute Beobachtung der Moderne geben kann. Für diese Frage erhoffe ich mir Antworten bei der Kybernetik, gegebenenfalls auch im mathematischen Selbstaufruf des infiniten Regresses.

Begründet ist die Wahl der Kybernetik dadurch, dass sich kybernetische Systeme von anders organisierten Systemen dadurch unterscheiden, dass sie zirkulär organisiert sind. Auch wenn "Kybernetik für die unterschiedlichsten Leute etwas ganz Verschiedenes bedeutet" (Foerster und Ollrogge 1993, S. 61–63), lässt sich der definitorische Raum doch eingrenzen. So beutet Kybernetik allgemein: die "Regelung und Nachrichtenübertragung im Lebewesen und in der Maschine" (Foerster 2006, S. 72) oder spezifischer: "zirkulär geschlossene und rückgekoppelte Mechanismen in lebenden, neuronalen und sozialen Systemen" (Baecker 2006, S. 17). Neben diesem zentralen Thema der Zirkularität und Autonomie von systeminternen Vorgängen erscheint mir der grundsätzliche Charakter der Kybernetik für mein Vorhaben bedeutsam. Heinz von Foerster beschreibt die "Kybernetik als eine Denkform, die sich mit Entstehen, Werden, Evolvieren und anderen kreativen Prozessen beschäftigt" (Foerster und Ollrogge 1993, S. 95). Sicherlich von weniger bedeutender Relevanz, aber meines Erachtens nicht minder interessant, ist ein Blick auf die Geschichte und die Etymologie des Begriffes. Die Grundidee soll schon dem griechische Mathematiker Heron von Alexandria (gestorben 63 n.

Chr.) bekannt gewesen sein; das Wort selbst soll erstmalig André-Marie Ampère (1775-1836) verwendet haben. Aber erst der Mathematiker Norbert Wiener (1894-1964) verlieh diesem Begriff im Jahre 1948 Name und Bedeutung im modernen Kontext. Die Wortherkunft und seine Ableitungen zeigen zumindest eine gewisse Nähe zu meinen Vorgaben. Der Name Kybernetik leitet sich vom griechischen Wort *kybernetes* für Steuerung ab, woraus im Lateinischen *gubernador* und im Englischen *governor* wurde (Forster 2006, S. 72).

Was die Kybernetik nun speziell für mich interessant macht, ist ihr Umgang mit heterarchisch (nicht hierarchisch) geordneten Strukturen, also mit Teilsystemen der Gesellschaft, die keine natürliche Rangfolge mehr kennen und deren rekursive und kontingente Operationen sogenannte Eigenwerte erzeugen (Luhmann 2012a, S. 240). Das System zeichnet sich durch eine "Rekursivität im Sinne einer Wiedereinführung von Funktionen als Argumente ihrer selbst" aus, die "innerhalb eines Prozesses des Berechnens von Berechnungen sowohl zur Entfaltung einer Welt des Beobachters wie auch zur Kondensierung diskreter und stabiler Objekte (Eigenwerte) in dieser Welt führt." Dabei setzt die Rekursion weder Emergenz noch ausgezeichnete Anfänge voraus, diese Primärargumente verschwinden und werden durch Eigenwert ersetzt (Baecker 2006, S. 20).

Mit anderen Worten: Eigenwerte stellen Gleichgewichtszustände dar, die in Abhängigkeit vom gewählten Bereich des primären Arguments Gleichgewichtswerte (Fixpunkte), funktionale Gleichgewichtszustände, operationale Gleichgewichtszustände, strukturelle Gleichgewichtszustände usw. sein können.

Oder formaler gesprochen: Fasst man Beobachtungen eines Subjektes bezüglich der eigenen Handlungen und seine Beobachtungen des Objekts in einer Variablen zusammen (obs) und seien die koordinierenden Operationen, die vom Subjekt ausgeführt werden, ein einziger Operator (COORD), dann kann durch Verdichtung, Zusammenfassung bzw. Transformation nach n-Folgen der Gleichungen (Foerster 2006, S. 104–105) gezeigt werden, dass die abhängige Variable (obs) "sozusagen von sich selbst abhängig (oder selbstdefinierend, selbstreflektierend etc. durch den Operator COORD) geworden ist" (Foerster 2006, S. 107).

Symbolisch ist dieser Sachverhalt gleichbedeutend mit Ouroboros, der Schlange, die sich in den eigenen Schwanz beißt.

Von einer epistemologischen Perspektive sind Eigenwerte also deshalb von Interesse, weil sie "ontologisch diskret, stabil, voneinander trennbar und miteinander verknüpfbar sind, während sie ontogenetisch als Gleichgewichtszustände entstehen, die sich in zirkulären Prozessen selbst bestimmen." Die Konsequenz dieser Eigenschaft besteht darin, dass sie ontologisch nicht von Objekten unterschieden werden können. Der Vorgang des Begreifens eines Objektes durch ein Subjekt wird unmöglich. "In beiden Fällen sind Objekte ausschließlich in die Erfahrung der eigenen sensomotorischen Koordination eines Subjektes eingeschlossen, d. h. Objekte sind durchweg subjektiv!" Ihre Objektivität erlangen Objekte erst innerhalb eines atomaren sozialen Kontextes von mehreren Beobachtern (Vgl. detaillierter: Foerster 2006, S. 109). Gleichgewicht wird erreicht, wenn das Eigenverhalten eines Beteiligten (rekursiv) das Eigenverhalten eines anderen generiert. Wenn Kognition durch die Kognition eines anderen errechnet wird oder wenn eine Schlange in den Schwanz einer anderen

Schlange beißt. In diesem Zustand erkennt Heinz von Foerster den Ursprung der Ethik (Foerster 2006, S. 109). Fast 300 Jahre früher soll Gottfried Wilhelm Leibniz zu einer ähnlichen Erkenntnis gekommen sein, als er notierte: „Der Ort des Anderen ist der wahre Standpunkt sowohl in der Politik als auch in der Moral“ (Zitiert nach (Randow 2016, S. 35)).

Erkennbar wird durch die Metapher der Ouroboroi ein selbstreferentielles, epistemologisches Element der Unendlichkeit, welches seine Gültigkeit auch ohne Primärargumente, ohne einen Anfang zu begründen vermag.

Ouroboroi als Vernunftquelle

Deshalb möchte ich kybernetische Eigenwerte als zweites Lösungselement für ein infinites und rekursives Reflektieren, für eine "neue" Ethik heranziehen. "Neu" ist hier in einem relativen Sinne gemeint, hat doch Heinz von Foerster schon vor Jahren Kybernetik und Ethik nicht nur argumentativ, sondern auch wörtlich als *Kyberethik* zusammengeführt (Vgl. Foerster und Ollrogge 1993, S. passim).

Für meinen Fall erlaubt mir dies, sich des Adjektivs „neu“ zu entledigen, welches eine Ethik nur sehr allgemein und unspezifisch charakterisieren würde. Ob Luhmann diesem Neologismus gefolgt wäre, verbleibt im Reich der Spekulation. Sie erfüllt aber in hohem Maße die Forderung nach einer neuen Ethik, einer neuen Form des Reflektierens, die auch Luhmann eingefordert hat (Vgl. noch einmal: Luhmann 2012a). Auf der anderen Seite ist auch Heinz von Foerster überzeugt, dass der kybernetische Ansatz, in

einen sozialen Kontext übertragen, einer höheren Stufe der Abstraktion bedarf, dass "soziale Kybernetik eine Kybernetik zweiter Ordnung" sein soll (Foerster und Ollrogge 1993, S. 89–90).

Gewonnen habe ich nun den Quell einer letztbegründenden Gedankenfigur für ein autokratisches politisches System, welches als Eigenverhalten eines Beobachters zweiter Ordnung bezeichnet werden kann. Eine solche second order cybernetics, eine solche *Kyberethik* stellt sich den Herausforderungen einer komplexen, polykontexturalen Moderne. Sie hat als kategorischer Imperativ das Potenzial als neues funktionales Äquivalent die reine, die praktische oder konsensuale Vernunft zu ersetzen. Ob die Kyberethik, die second order cybernetics, wirklich das neue goldene Kalb werden kann, sei dahingestellt. Primär erscheint mir die Konstruktion einer plausiblen Gedankenfigur zum Gebrauch als ein theoretisches Vehikel formal begründbar. Für eine erste operative Verwendung reicht deshalb der sogenannte IOC-Status, die Initial Operational Capability, aus, um einen normativen Idealtypus der Autokratie zu begründen.

VII. Entwicklung eines systemtheoretischen Autokratiebegriffs

Ziel und Vorgehen

Nachdem die metatheoretischen Vorüberlegungen abgeschlossen sind und die methodischen Werkzeuge geordnet wurden, soll nun eine praktische Theorieanwendung zum Idealtypus eines Autokratiebegriffs führen. Bei dieser Ableitung eines Idealtypus auf Grundlage der vorausgegangenen Konstruktion einer normativen Letztbegründung sorgt das systemtheoretische Begriffsverständnis für eine Orientierung im Denkraum; als Mittel der Fortbewegung dient die Methode der funktionsäquivalenten Analyse. Den Ausgangspunkt der Reise bildet eine kurze Verständigung darüber, was unter einem Idealtypus (VII.1) genau zu verstehen ist. Im Anschluss soll die Anwendung der funktionsäquivalenten Methode erklärt werden (VII.2), um dann einzelne Äquivalenzdimensionen (VII.3) genauer zu betrachten, wie beispielsweise die Dimension der Legitimität. Die abschließende Zusammenfassung kartografiert den entwickelten Idealtypus der Autokratie (VII.4).

Idealtypus

Max Weber sah in der Konstruktion von Idealtypen den einzigen methodischen Ausweg für die Gesellschaftswissenschaften, an eine eindeutige und damit wissenschaftlich arbeitsfähige Terminologie zu gelangen (Weber 1988, S. 562). Nur in der Versammlung "vollständiger Sinnadäquanz", die in dieser absolut reinen Form niemals in der Realität auftauchen kann, ist "soziologische Kasuistik möglich" (Weber 1921, S. 11). Weber weist seiner Figur

nicht die Funktion einer Hypothese zu, vielmehr gibt der Idealtypus der "Hypothesenbildung die Richtung" vor, als ein "Gedankenprozess, welcher eine Serie von Abstraktionen enthält" (Weber 1988, S. 190, 273). Definitorisch versucht er das "Gedankenbild" des Idealtypus als einen Versuch zu beschreiben, der "historische Individuen oder deren Einzelbestandteile in genetische Begriffe" fasst, also als eine "systematische Charakterisierung von Individuen" erreicht. Nicht jedoch handelt es sich dabei um eine "Darstellung des Wirklichen, aber er kann der Darstellung eindeutige Ausdrucksmittel verleihen, heuristische Bedeutung" erzeugen (Weber 1988, S. 190ff).

Zwar ist der Idealtypus Webers bekanntester wissenschaftstheoretischer Beitrag, gleichzeitig aber auch sein umstrittenster. Nicht nur die metaphorische Eingrenzung des Begriffes wirft Fragen auf, Weber verweigert sich einer Erläuterung, wie oder durch welchen Prozess Idealtypen konkret gebildet werden könnten (Weber 1988, S. 203). Diese Leerstelle der epistemologischen Rekonstruierbarkeit hat "wissenschaftlichen Frust" erzeugt und Weber den Vorwurf eines "vorwissenschaftlichen Begriffes" eingebracht (Vgl. Oh 1997, S. 174ff; Shubat und Abdul-Hakim 2011, S. 154f).

Trotz alledem möchte ich diesen Grenzbegriff im Sinne einer methodologischen "Utopie" verwenden, um an ihm die "Wirklichkeit" messen zu können. Jene Wirklichkeit, wie sie in einer radikal konstruktivistischen Theorie wie der Systemtheorie als Wirklichkeit verstanden wird. Eine methodologische Utopie (vgl. zur Etymologie von Utopie Münkler 2006, S. passim) auch deshalb, weil sie die Unerreichbarkeit aufgrund des dynamischen Stabilitätsbegriffes der Systemtheorie verdeutlicht.

Anwendung der funktionalen Analyse auf ein autokratisches System

Für die Modellierung eines idealtypischen autokratischen politischen Systems soll mir das systemtheoretische Verständnis von politischen Systemen als Filter dienen, um den prinzipiell offenen Möglichkeitshorizont (Kontingenz) einzuschränken. Als Metadaten im Baeckerschen Sinne fungiert in erster Linie das WZB-Modell, welches die Stabilität von Diktaturen zu erklären versucht. Es stellt die Grundlage für die Auswahl der Analysedimensionen dar. Zusätzlich begründen die allgemeinen systemtheoretischen Beschreibungen des politischen Systems durch Luhmann selber die Dimensionen des Problemkontextes.

Die Betrachtung dieser Dimensionen mit Hilfe der funktionalistischen Methode überwindet einen Nachteil von Gleichgewichtsmodellen, wie es auch das WZB-Modell durch die Anwendung der Komplementärgüterthese auf seine drei Säulen postuliert. In diesem Sinne müsste man eine Leontief-Funktion mit drei Gütern erhalten ($f(x_1, x_2, x_3) = \min(x_1, x_2, x_3)$), die in dem WZB-Modell das politische System determinieren, also den absoluten Gleichgewichtszustand festsetzen. Nur unter dieser Voraussetzung wäre die kausale Ursache-Wirkungsrelation formulierbar, die bei bestimmten umweltbedingten Ursachen Ausgleichsmechanismen wirken lässt, um Stabilität wiederherzustellen.

Ich würde Luhmann in seiner Kritik folgen, der für den Bereich des sozialen Lebens solche deterministischen Systeme mit konstanten Veränderungsvariablen anzweifelt und damit auch die Anwendung von invarianten Gleichgewichtsmodellen verwirft (Luhmann 1997b, S. 27f (621f)).

Die Kritik zielt nicht auf den Erkenntniswert von Kausalität selber ab, sondern versucht vielmehr auch in Kausalbeziehungen den Imperativ der sozialen Kontingenz zu berücksichtigen. "Jede Wirkung hat unendliche viele Ursachen, jede Ursache unendliche viele Wirkungen. Dazu kommt, daß jede Ursache in unendlicher Weise mit anderen kombinierbar ist oder durch andere ersetzt werden kann, woraus sich entsprechend vielfältige Unterschiede im Bereich der Wirkungen ergeben. Schließlich kann jeder Kausalprozeß sowohl in sich selbst unendlich geteilt als auch in unendliche Fernen verfolgt werden. Wenn man diese Problematik ins Auge faßt, verliert die ontologische Auslegung der Kausalität ihren Sinn. Es ist dann nicht mehr möglich, Ursache und Wirkung als bestimmte Seinszustände zu deuten und die Kausalität als invariante Beziehung zwischen einer Ursache und einer Wirkung festzustellen. Der Ausschluß aller anderen Ursachen und Wirkungen ist nicht zu rechtfertigen" (Luhmann 1997b, S. 33 (627)).

Ein Ausweg aus diesem Dilemma bietet der Äquivalenzfunktionalismus, der die Ursache-Wirkungsrelationen in ihrer Totalität aufbricht. Kausalbeziehungen werden auf eine vergleichende Ebene verlagert und damit in Relation zueinander gesetzt, relativ zum gewählten Kontext. Der epistemologische Gewinn ist nicht mehr durch die Kausalbeziehungen begründet, sondern durch den Vergleich von Kausalbeziehungen.

Eine solche methodologische Umkehrung erlaubt nun die drei Säulen des WZB-Modells (Legitimation, Kooptation, Repression) nicht mehr aus der Perspektive eines kausalen Funktionalismus zu betrachten, als notwendige Konstanten für die Stabilität autokratischer Systeme also, sondern aus dem Blickwinkel eines Äqui-

valenzfunktionalismus, der den Säulen einen hinreichenden Einfluss zugesteht, ohne jedoch die Frage der Kausalität zu berühren. Es erlaubt das Primat der Kontingenz ernst zu nehmen.

Problemstufenordnungen der funktionalen Analyse

Die Anwendung der funktionalen Analyse umfasst einen Näherungsprozess (Vgl. Kusche 2014, S. 205; Andersen 2010, S. 108), der iterativ eine Ursache-Wirkungsbeziehung favorisiert. Beginnend mit allgemeinen Bezugsproblemen können funktionale Analysen über mehrere Stufen der Spezifikation geführt werden und sich schließlich in unterschiedliche situationsnahe Einzelanalysen verzweigen (Schneider 2009, S. 67). Die Bestimmung des Bezugsproblems stellt die eigentliche Forschungsleistung dar, da sie nicht aus dem Material, den Roh- oder Metadaten, ableitbar ist.

- I. Im ersten Schritt ermöglicht die Definition der Situation oder die Beschreibung des Objektes das allgemeine **Bezugsproblem** zu bestimmen. Bedingt ist dieser Schritt durch die Kontingenz jeder Selektionsleistung, die für alle Operation gleichermaßen gilt.
- II. Im zweiten Schritt erfolgt die Isolierung des **Problemkontextes** aus dem ein faktisches Anschlussverhalten aus einem Horizont von Systemreferenzen gewählt werden muss.
- III. In einem dritten Schritt definiert die Wahl, d. h. die Selektion für einen spezifischen Problemkontext, das faktische **Anschlussverhalten** des Untersuchungsgegenstandes.

Anwendungsbeispiel

Im Falle eines eher abstrakten Anwendungsbeispiels a) kann für symbolisch generalisierte Kommunikationsmedien als allgemeines Bezugsproblem die Erhöhung der Annahmewahrscheinlichkeit von Kommunikation beschrieben werden.

In einem konkreteren Falle b) wäre als ein spezifisches Bezugsproblem die Rolle des Arztes innerhalb des Systems der Krankenversorgung zu nennen.

Betrachtet man die unterschiedlichen Kontextbedingungen, die für jeden der beiden Beispielfälle möglich sind, kann auf das faktische Anschlussverhalten geschlossen werden. Nämlich durch Plausibilisierung jener Selektion, die für die Lösung des Annahmeproblems, also der Anschlussoperation, am vielversprechendsten erscheint.

a) Im abstrakten Fall der symbolisch generalisierten Kommunikationsmedien wird ersichtlich, dass für ein in den Blick genommenes Teilsystem, welches als Forschungsobjekt betrachtet werden soll, die jeweiligen Medien: Glaube, Macht oder Geld nicht beliebig austauschbar sind (Problemkontext), um Annahmeprobleme zu lösen (Annahmeverhalten), sie also keine funktionalen Äquivalente bilden. Man stelle sich nur die Erfolgswahrscheinlichkeit vor bei der Absicht, im Wirtschaftssystem mit seinem Glauben bezahlen zu wollen.

b) Im Falle des Arztes sind verschiedene Problemkontexte denkbar, in denen der Arzt unterschiedlichen Rollenerwartungen zu entsprechen hat, obwohl er überall als Arzt auftritt. Im Verhältnis des Arztes zum Patienten (Ratgeber, Behandler), zum Krankenhaus oder zu einer Organisation (Angestellter), zum Teilsystem

Recht (Verursacher legalisierter Körperverletzung) oder zum Teilsystem Wissenschaft (Innovator). Mit Bezug zu einem dieser Kontexte wird das faktische Anschlussverhalten isoliert und erscheint in plausibler Weise nicht mehr beliebig austauschbar, bzw. es wird deutlich, ob ein funktionales Äquivalent gefunden werden kann oder nicht.

Primäre Problemstufenebene: Allgemeines Bezugsproblem

In klassischer Sichtweise erscheint das Letztproblem die Frage nach dem Bestand oder der Stabilität eines Systems zu sein. Für Luhmann ist das eine unzureichende Sichtweise, denn es geht nicht um den Bestand oder Nichtbestand einer Struktur mit spezifischen Eigenschaften, sondern um das "Fortsetzen oder Abbrechen der Reproduktion von Elementen durch ein relationales Arrangieren eben dieser Elemente" (Luhmann 2012b, S. 86). Der elementare Unterschied der klassischen Sichtweise statischer Stabilität hin zu einem dynamischen Stabilitätsbegriff wird durch die Einführung des Faktors Zeit deutlich. Die Temporalisierung von Systemoperationen durch den momenthaften, zeitlich flüchtigen Charakter der Systemelemente verlangt die volle Fokussierung auf Reproduktion. Wobei vor dem Hintergrund des Paradigmas der Autopoiesis und der prinzipiellen Kontingenz nicht einfach Wiederholung als Produktion des Gleichen gemeint ist, sondern "reflexive Produktion, Produktion aus Produkten" selber (Luhmann 2012b, S. 79).

Das allgemeine oder zentrale Bezugsproblem bei sozialen Systemen besteht nach dem systemtheoretischen Verständnis von Niklas Luhmann in der Aufrechterhaltung von Kommunikation,

denn Gesellschaft ist Kommunikation. Daraus wäre eine Problemstufenordnung ableitbar: 1. Stabilisierung einer Innen/Außendifferenz; 2. Folgeproblem: Enttäuschungsanfälligkeit durch Erwartungsstrukturen; 3. Problemlösung: Auswahl von Bedingungskonstellationen, die eine Lösungsvariante bei der Verletzung bestimmter Erwartungen für die Enttäuschungsbearbeitung besser geeignet erscheinen lassen (Vgl. Schneider 2009, S. 65–66).

Im Falle des politischen Systems als gesellschaftlichem Teilsystem kann das zentrale Bezugsproblem aus seiner Funktion, seiner Grundaufgabe abgeleitet werden: Die Bereitstellung von kollektiv verbindlichen Entscheidungen für die Gesellschaft, also für alle ihre Teil- und Subsysteme. Es ist das Letztproblem für alle weiteren Problemkontexte, die wir im politischen System in den Blick nehmen können. Und auch hier gilt das Paradigma eines dynamischen Stabilitätsbegriffes: Auch das politische System ist auf die Reproduktion von kollektiv verbindlichen Entscheidungen angewiesen; um seinen Fortbestand zu sichern (Czerwick 2011, S. 34). Mit anderen Worten: Es handelt sich beim Letztproblem schlicht um die Aufrechterhaltung der Autopoiesis unter den Bedingungen der Kontingenz.

Sekundäre Problemstufenebene: Spezifische Problembezüge

Die Definition des spezifischen Bezugsproblems erfolgt bei der Anwendung der funktionsäquivalenten Analysetechnik nicht in einer methodologischen Leere, ist jedoch auch nicht dem empirischen Material zu entnehmen. Es ist eine theoretische Plausibilisierung notwendig, die die Problemgesichtspunkte definiert. Hier wird die Verschmelzung von "angewandter Theorie" und

"epistemologischer Methode" deutlich, denn erst die Anwendung (system-)theoretischer Fundierung verhilft dem gewählten Problemkontext dazu, dass er weder unbegründet noch unbestimmt bleibt (Vgl. Luhmann 1964, S. 11).

Der Problemkontext des autokratischen politischen Systems fächert sich im systemtheoretischen Verständnis in die Subsysteme des politischen Systems auf bzw. in die Bildung von Erwartungsstrukturen, die zur erfolgreichen Produktion von kollektiv verbindlichen Entscheidungen beitragen. Luhmann hat für das demokratische System die Trias Politik, Verwaltung und Publikum als entscheidende Subsysteme des politischen Systems identifiziert. Im Sinne einer funktionsäquivalenten Suche ist der Frage nachzugehen, ob diese Trias auch den Problemkontext eines autokratischen Systems bilden kann – in einem idealtypischen Verständnis. Um hier einer Antwort näher zu kommen, wird der Problemkontext innerhalb der jeweilig identifizierten Analysedimensionen spezifiziert, löst sich also von der Perspektive auf die Trias.

Tertiäre Problemstufenebene: Leistungen bzw. Problemlösungen

Ist eine Selektion für spezifische Problembezüge getroffen, erfolgt die Leistungserbringung, also die Wirkung in Form der Problemlösung durch das faktische Anschlussverhalten der Systemoperation. Anders ausgedrückt: Bestimmte Probleme ziehen bestimmte Handlungen nach sich. Problemlösung steht für eine euphemistische Beschreibung von Wirkungen, die auch zu nicht-intendierten Resultaten, also dysfunktionalen Folgen, führen können. Denn "jede zweckmäßige Handlung verursacht Kosten oder

sonstige Nachteile; jede Problemlösung belastet andere Systeminteressen"(Luhmann 1997b, S. 39 (633)).

Mit Hilfe der funktionalen Methode ist es jedoch nicht möglich, die Leistungen (Problemlösungen) aus dem Bezugsproblem logisch herzuleiten. Denn jede funktionale Leistung kann durch äquivalente Leistungen ersetzt werden oder auch durch bessere Problemstellungen. Im Sinne einer Heuristik gibt der Bezugsge-sichtspunkt jedoch "Anregungen und Hinweise für die Suche nach anderen Möglichkeiten und ein Entscheidungskriterium für die Zugehörigkeit zu einer Klasse funktional äquivalenter Leistungen" (Luhmann 1997b, S. 40-41 (634-635)). Auch hier ist die Wahl für eine Bezugsproblem-Leistungsbeziehung durch die Plausibilisierung der Selektion von funktionalen Äquivalenten vorzunehmen.

Verifikation funktionalistischer Aussagen

Es versteht sich von selbst, dass sich auch eine funktionaläquivalente Analyse einer nachvollziehbaren Überprüfung stellen muss. Da durch die Anwendung dieser Methode der kausalwissenschaftliche Funktionalismus durch einen Äquivalenzfunktionalismus ersetzt wird, zielt eine Verifikation nicht mehr auf die Feststellung eines Zusammenhangs zwischen bestimmten Ursachen mit bestimmten Wirkungen, sondern auf die Feststellung der "Äquivalenz mehrerer gleichgeordneter Kausalfaktoren". Die Verifikationsfrage lautet dann nicht mehr: "Bewirkt A immer (bzw. mit angebbarer Wahrscheinlichkeit) B, sondern: Sind A, C, D, E in ihrer Eigenschaft, B zu bewirken, funktional äquivalent" (Luhmann 1997b, S. 42 (636)).

Zwei Formen von Äquivalenzen sind bei einem Verifikationsprozess zu unterscheiden: zum einen eine disjunktive Äquivalenz, die mehrere Ursachen als Alternativen zulässt und durch Austausch von äquivalenten Ursachen verifiziert werden kann. "In einer laufend sich wiederholenden Kausalbeziehung kann man A durch C ersetzen und beobachten, ob die Wirkung B nach wie vor eintritt. Vorausgesetzt ist dabei die Feststellung, daß A überhaupt B bewirkt, verifizierbar durch schlichtes Weglassen von A, nicht aber die Feststellung eines gesetzlichen Zusammenhangs derart, daß A immer (oder mit angebbarer Wahrscheinlichkeit) B bewirkt. Man kann dann ein verifizierbares Urteil formulieren, das die Frage der Anwendungsfälle von ‚A bewirkt B‘ völlig offen läßt und lediglich lautet: ‚Sofern A B bewirkt, ist A durch C ersetzbar‘. Mit anderen Worten: ‚A und C sind in ihrer Funktion für B äquivalent‘, oder kürzer: ‚A und C sind Funktionen für B‘". Zum zweiten liegt eine konjunktive Äquivalenz vor, wenn sich zusammenwirkende Ursachen auf eine Wirkung beziehen. Hierbei werden Gruppen von Mitursachen analysiert, die jedoch zu anderen Gruppen wieder in ein disjunktives Verhältnis treten. "Die Wirkung B könnte z. B. herbeigeführt werden durch ACDE oder durch FGH oder durch ADH. Durch dieses Gruppenproblem wird das Verifikationsthema kompliziert. Vor jeder Verifikation muß zunächst eine präzise Fragestellung ausgearbeitet werden, und dazu gehört die Ausarbeitung verschiedener möglicher Ursachenkombinationen. Die Gruppe als solche kann dann in ihrer konjunktiven Äquivalenz durch Weglassen einzelner Ursachen verifiziert werden, in ihrem disjunktiven Verhältnis zu anderen Gruppen dagegen durch das oben skizzierte Austauschverfahren" (Luhmann 1997b, S. 42 (636)).

Die vorgeschlagenen Verifikationsprozesse gestalten sich in der Praxis als äußerst komplex und anspruchsvoll. Sie dienen in erster Linie einer formalen Darlegung von möglichen Verifikationsbedingungen. Mit ähnlichen Herausforderungen ist zu rechnen, wenn man alternativ abrupte Systemstörungen in den Blick nimmt und beobachtet, welche funktionalen Äquivalente in solch einer Notsituation für die Funktionserfüllung verwendet werden. In der wissenschaftlichen Praxis sind beide Methoden nur bedingt anwendbar, da ein Austausch von Funktionselementen im gesellschaftlichen Kontext nicht so einfach möglich ist.

Aus diesem Grund erscheint ein Systemvergleich als eine dritte Verifikationsalternative praktikabler zu sein. Sie baut auf ein theoretisches Reflektieren der beteiligten Systeme auf, um Bezugsprobleme und Lösungsvarianten zu definieren. Der anschließende Systemvergleich kann verschiedene Lösungen für ein Bezugsproblem ergeben und belegt so die Hypothese der funktionalen Äquivalenz. "Die Frage, warum die einzelnen Systeme unterschiedliche Varianten wählen, leitet dann in eine konkrete historische Forschung über, die stets die Feststellung von Äquivalenzen zur Voraussetzung hat, will sie sich nicht auf eine reine Tatsachenermittlung beschränken" (Luhmann 1997b, S. 44 (638)).

Äquivalenzreihen der Analysedimensionen

Die Wahl der Analysedimensionen für die Äquivalenzuntersuchung basiert auf Auswahlhypothesen, deren jeweiliger Stellenwert für das politische System gesondert plausibilisiert werden muss. Heuristische Hinweise für die Auswahlhypothesen basieren auf der Konzeption des WZB-Modells, dessen Qualifizierung sich

durch die Betrachtung der Metadaten aus der Tourd Horzion der Debatten zur Autokratie ergeben hat. Zusätzlich fungieren selbstverständlich auch die systemtheoretischen Beschreibungen des politischen Systems selber als Hinweisgeber – und Wilhelm von Ockhams Skalpell.

Alle vorgeschlagenen Dimensionen sind Teil des politischen Systems und unterliegen deshalb dem inner-systemischen Operationsmodus, sie interagieren untereinander und bilden damit Interdependenzen. Ihnen allen ist jedoch das allgemeine Bezugsproblem des politischen Systems gemeinsam: die Produktion kollektiv verbindlicher Entscheidungen. Jedoch wird sowohl der spezifische Problemkontext als auch die Selektion eines Anschlussverhaltens (Problemlösung) für jede einzelne Dimension gesondert isoliert.

Die kommunikative Perspektive der sozialen Systemtheorie erlaubt die Suche nach äquivalenten Problemlösungen innerhalb der Analysedimensionen auf solches Anschlussverhalten zu beschränken, bei dem die Annahmewahrscheinlichkeit von Erwartungsstrukturen maximiert werden. Denn nichts anderes geschieht auf der operativen Ebene eines politischen Systems, welches sich mit anderen gesellschaftlichen Teilsystemen gekoppelt hat. Die Erhöhung von Annahmewahrscheinlichkeit zwischen systemischen Operationen ist damit das gemeinsame oberste Zielbild der nachfolgenden Äquivalenzreihen.

1. Dimension Steuerung

Problemdefinition

Als Minimaldefinition der Autokratie hatten wir die Abwesenheit von Wahlen festgelegt mit einer geeinten Spitze des Subsystems Politik des politischen Systems. Die Abwesenheit formaler Opposition, nichts anderes bedeutet diese Definition, wirft eine Reihe von strukturellen und funktionalen Folgeproblemen auf, die nach einer Problemlösung durch funktionale Äquivalente verlangen. Denn durch die Existenz der Opposition hat sich die funktionale Leistungsfähigkeit des politischen Systems fundamental gesteigert. Letztendlich verbirgt sich hinter dieser Frage das Problem von Steuerung - vor dem Hintergrund der Autopoiesis ein systemtheoretisch heikler Begriff. Aus pragmatischen Gründen möchte ich ihn trotzdem als begriffliche Klammer für diese Dimension verwenden.

Es wird also nach funktionalen Äquivalenten von Entscheidungsstrukturen gesucht, die in einer Autokratie ähnlich leistungsfähig wirken können wie in demokratischen Systemen.

Problemgesichtspunkt

Als Referenzfolie, als Problemgesichtspunkt soll mir die Leistungsfähigkeit des demokratischen Herrschaftsmodells aus zweierlei Gründen dienen. Einerseits ist es ein real existierendes Modell mit reichem empirischem Anschauungsmaterial. Aber mehr noch ist es aus systemtheoretischer Perspektive die "Vollendung der Ausdifferenzierung eines politischen Systems", denn das "System gründet sich selbst auf Entscheidungen, die es selber

eingerrichtet hat" (Luhmann 2005a, S. 104–105). Eine solche Betrachtung nimmt die funktionale Seite der Demokratie, die "Technik der Steuerung politischer Verfahren", in den Fokus und klammert die normative Seite aus (Lange 2003, S. 142–143). Keine Rolle kann deshalb das Argument einer moralischen oder ethischen Überlegenheit der Demokratie gegenüber einem autokratischen System spielen. Ebendiese Perspektive wurde durch Zielsetzung, Vorgehensweise und Prämissenvorgabe dieser Arbeit bewusst ausgeklammert. Stattdessen werden zwei Aspekte des demokratischen Systems in den Blick genommen, die eine solche Systemstruktur als besonders leistungsfähig zeigen: Seine Komplexitätsverarbeitungskapazität und seine Konfliktverarbeitungskapazität. Beide bedingen sich gegenseitig und sind konstitutive Voraussetzung für heutige Gesellschaften. In nicht-systemtheoretischer Terminologie ausgedrückt bedeutet dies: Beide Elemente bilden die Voraussetzung für die Stabilität der Demokratie in einer modernen Gesellschaft.

Die Fähigkeit der Komplexitätsverarbeitung ergibt sich aus den Systemstrukturen. Die Ausdifferenzierung in die Machttrias von Politik, Verwaltung und Publikum und ihren doppelten Machtkreislauf begründet einen Modus, welcher in den Erwartungsstrukturen größtmögliche Annahmewahrscheinlichkeit bei gleichzeitiger Kontingenzoffenheit sicherstellt. Der geregelte Gang eines politischen Vorgangs verringert Entscheidungsspielräume durch festgelegte Anschlusschritte, verringert aber ebenfalls die Geschwindigkeit des Gesamtvorgangs. Umgangssprachlich sprechen wir von den bürokratischen Mühlen, die quälend langsam mahlen. Die Kosten dieser Prozesse schlagen sich in dem

oft ausufernden Zeitbedarf für Abstimmungsvorgänge (Anschlusskommunikationen) in Politik und Verwaltung, aber auch in den Diskursarenen des Publikums nieder. Hinzu kommt in demokratischen Systemen ein themenspezifisch politisierender Tertiär-code Rechts/Links, der neben dem Primär-code Macht/Keine-Macht und dem demokratischen Sekundär-code Regierung/Op-position wirkt. Zusammengenommen erzeugen diese Codes ein enormes kommunikatives Wachstum, eine "Hyperkommunikativität der Sinndimensionen" bei gleichzeitigem Ansteigen von Zeit- und Ressourcenverbrauch (Lange 2003, S. 183–184).

Der Umgang mit Komplexität bedeutet im alltäglichen Operieren ebenfalls die systeminterne Verarbeitung von Konflikten. Eine solche Fähigkeit ist geradezu eine "Schließungsbedingung des politischen Systems, die seine Ausdifferenzierung erst ermöglicht". Die Alternative dazu, die Externalisierung der Konfliktverarbeitung in die Systemumwelt, hieße in der Konsequenz ihre "kommunikative Unterdrückung bis hin zur Gewaltanwendung" (Reese-Schäfer 2002, S. 111). Konflikte ergeben sich durch die Enttäuschungen von Erwartungen und den dadurch hervorgerufenen Bruch im Kommunikationsprozess. Die Ausdifferenzierung des politischen Systems in ein demokratisches System, charakterisiert durch die Emergenz ihrer Subsysteme, erlaubt nicht nur eine geregelte Verarbeitung von Erwartungen, sondern ermöglicht auch eine institutionalisierte Offenheit für Themenvorschläge durch das Publikum, final verdeutlicht durch die Institution der Wahl, aber auch in zahllosen niederschweligen oder symbolischen Formen. Beispiele dafür sind die Schaffung der Bürgerbüros von Parlamentariern oder die Zulassung von akkreditierten Lobbyisten in den Parlamenten. Das Augenmerk liegt hier

auf dem Verregelungsaspekt von Annahme-und Verarbeitungspunkten, nicht auf den faktischen Erfolgsaussichten von Themeneingaben. Hart gesprochen reduziert sich deshalb z. B. der Wert der Bürgereingabe in einem Abgeordnetenbüro auf seine Petennummer, denn inhaltlich muss das System im Modus seiner Codes operieren. Trotzdem ist sein Wert immens, zwar nicht inhaltlich, aber strukturell: als Beitrag zur Kanalisation und zur Verarbeitung von Irritationen aus der Umwelt.

Zusammengefasst zeichnen diesen Aspekt der innersystemischen Ausdifferenzierung in Subsysteme bzw. Interaktionsmechanismen (ad hoc Systeme) verantwortlich für die Offenheit in komplexen Umwelten und die Fähigkeit zur Konfliktverarbeitung durch Mechanismen der Kompromissuche - bei gleichzeitig erhöhtem Aufwand an Kosten und Zeit.

Brückenschlag von Funktion zur Normativität

Die Betrachtung von funktionalen Äquivalenten als Lösungsalternativen für das aufgeworfene Bezugsproblem, nämlich die Leistungsfähigkeit demokratischer Systeme, soll unter Berücksichtigung des normativen Bezugsrahmens, der letzbegründenden second order cybernetics oder Kyberethik, erfolgen, wie es in der Zielsetzung dieser Arbeit formuliert wurde. Für den Strukturaufbau des idealtypischen autokratischen Systems bedeutet das in Konsequenz der Aussagen in den vorangegangenen Ausarbeitungen einer normativen Letztbegründung, dass die Möglichkeit besteht idealiter einen Gleichgewichtszustand anzustreben, in dem das Eigenverhalten des politischen Systems rekursiv das Ei-

genverhalten der gesellschaftlichen Umwelt generiert (Vgl. Kapitel VI.5). Idealerweise deshalb, weil diese Beziehung nicht auf den autopoietischen Kopplungsbeziehungen von System und Umwelt basiert, sondern auf einer normativ-idealistischen Herr-Knecht-Figur in funktionaler Äquivalenz zu den universalen Werten demokratischer Legitimationsnarrative. In einem solchen normativen Modell liegt der Strukturierungsdruck bei dem politischen System und nicht bei der Umwelt. Denn aufgrund der systemtheoretischen Prämissen von funktionaler Ausdifferenzierung und prinzipieller Kontingenz wäre eine Umkehrung, also der Versuch das Publikum idealtypisch zu beschreiben, um in eine Gleichgewichtsbeziehung zu gelangen, bereits auf methodologischer Ebene utopisch. Das Publikum steht aus diesem Grunde für die unabhängige Variable. Deshalb muss (methodologisch begründeter Soll-Satz) das Fokal-System Politik sein Eigenverhalten an jenes der Umwelt anpassen, mit dem - utopischen - Ziel eines rekursiven Gleichgewichtszustandes (normativ begründeter Soll-Satz). Die Herrschaft der Ouruboroi in Äquivalenz zur Herrschaft des Demos.

Problemlösungsvorschlag

Wie könnte ein solches utopisches Zielbild operationalisiert werden? Fassen wir dafür noch einmal die Prämissen zusammen: Als erster Hinweis (allgemeiner Bezugsgesichtspunkt) dient die systemtheoretische Hypothese, dass die Demokratie die Vollendung der Ausdifferenzierung eines politischen Systems sei. Als zweiten Hinweise (spezifischer Bezugsgesichtspunkt) hatte ich dargelegt, dass vor diesem Hintergrund die enorme Leistungsfähigkeit des

demokratischen Systems in zwei wesentlichen Bereichen funktionaläquivalent ersetzt werden soll: in der Komplexitätsverarbeitungskapazität und in der Konfliktverarbeitungskapazität. Als letzter Hinweis soll die allgemein geteilte Prämisse gelten, dass das Narrativ der Demokratie eine eindrucksvolle Sinnressource anbietet, die in ihrem utopischen Zielbild ebenfalls eine normativ-idealistische Herr-Knecht-Figur erschafft, nämlich die Paradoxie der Herrschaft des Volkes über sich selber.

Zusammengenommen sollen diese drei Prämissen die Operationalisierungshypothese plausibilisieren, dass eine funktionaläquivalente Analyse der isolierten demokratischen Funktionen der Komplexitätsverarbeitungskapazität und der Konfliktverarbeitungskapazität herangezogen werden kann. Oder anders gewendet, diese drei Prämissen geben Antwort auf die Frage, warum Demokratie als funktionales Äquivalent gelten kann zu einer Autokratie, basierend auf der hier vorgeschlagenen Letztbegründung. Sie verhindern so ein argumentatives Bias, wenn wir die Nutzung der Demokratie als Bezugsgesichtspunkt einfach normativ begründet hätten, in dem Sinne, dass sie über ein überlegenes Wertekorsett verfügt und deshalb verwendet werden kann.

Operationalisierung der Struktur

Als Systemrationalität, als Vernunftquelle hatten wir den Beobachter zweiten Grades identifiziert und normativ postuliert (Vgl. Kapitel VI.4). Das bedeutet für den Strukturaufbau der idealistischen Autokratie eine Institutionalisierung der Problemlösungsproduktion unter dem Gesichtspunkt von Beobachtungen zwei-

ter Ordnungen, also Berücksichtigung der Kontingenz von Problemlösung. Das bedeutet ebenfalls die institutionelle Abschirmung dieser Entscheidungsfindung vor dem Code des politischen Systems, um ein politisches Bias zu verhindern und die Beobachtung zweiter Ordnung nicht zunichte zu machen. Zusammengekommen begründen sich beide Annahmen tautologisch und als Paradoxie. Denn die zweite Annahme bedingt sich durch die erste, die erste bedingt die zweite Annahme. Mit anderen Worten: Soll etwas im Modus der Beobachtung zweiter Ordnung beobachtet werden mit dem Ziel, den blinden Fleck und das Bias seiner eigenen Beobachtung auf der ersten Ordnung im politischen System erkennen zu können, würde die Operation von solchen Beobachtungen zweiter Ordnung unter dem Modus des politischen Codes die Blindstelle und das Bias auf die zweite Ebenen verlegen. Das Problem wäre nur verlagert, keinesfalls aber gelöst. Zwingend erforderlich ist deshalb ein re-entry, die Wiedereinführung der Beobachtung in die Beobachtung, um das Problem dadurch zu entparadoxieren.

Wie könnte man also die Produktion von Vorschlägen für Problemlösungen vor dem Code des politischen Systems abschirmen? Durch Ausdifferenzierung in ein autonomes System. Dessen Funktion wäre die Produktion von Problemlösungen für das politische System unter einem eignen operativen Code, wie etwa einem utilitaristischen Maßstab Nutzen für die Politik/kein Nutzen für die Politik. In diesem Sinne würde die Ausbildung eines generalisierten Kommunikationsmediums zu einer binären Codierung von Vorschlagsfähigkeit für die Politik führen unter der Verwendung des Programms der Beobachtung zweiter Ordnung.

Wie sähe ein Programm der politischen Beobachtung zweiter Ordnung aus?

Auf einer konzeptionellen Ebene ist gesellschaftliche Ausdifferenzierung zu berücksichtigen, da der Adressat, für den die Problemlösungsvorschläge gedacht sind, selbst das politische System ist. Dieses hat die Aufgabe, kollektiv verbindliche Entscheidungen zu produzieren, es muss sich also in einer ausdifferenzierten Gesellschaft behaupten. Es geht somit abermals um den Aspekt der Komplexitätsverarbeitungsfähigkeit. Aus methodologischer Perspektive engt dies die Auswahl an konzeptionellen Ansätzen beim heutigen Stand der Diskussion stark ein. Das gleiche gilt, wenn die funktionalen Zwänge der Adressatenseite für die Problemlösungsvorschläge, nämlich das politische System, in der Abwägung von Folgeproblemen Berücksichtigung finden sollen. Um die Bezugsprobleme mit ihren jeweiligen Folgeproblemkaskaden aufdecken zu können, muss ein Ausleuchten jener Aspekte erfolgen, die bei politischen Entscheidungen durch die Präferenzcodes des politischen Systems determiniert werden. Am Beispiel der Demokratie wäre dies eine Kaskade, die den Machtanspruch (Primärkode Macht/Nicht-Macht), den Herrschaftswillen (Sekundärkode: Regierung/Opposition) und die ideologische Zuordnung (Sekundärkode Links/Rechts) berücksichtigt. Selbstverständlich leuchten einzelne Beobachtungen bereits jetzt diese Seiten aus: Analysen zur Machtpolitik, akteurstheoretische Einzelanalysen usw. Jedoch tun sie dies isoliert, als Einzeldisziplin und in gar keinem Fall in einem dauerhaften Kontext. Auf einer semantischen Ebene würde ein solches Programm durch die Kontingenzprämisse zu einer Aufhebung der rhetorischen Figur der

"Alternativlosigkeit" führen, ja sogar jeglicher Imperativkonstruktionen, die sich in der politischen Sprache so großer Beliebtheit erfreuen. Genauso wenig dürfte die Verwendung von Moralen, der Gebrauch von Soll-Sätzen, aus einer solchen Beobachtung ableitbar sein. Im Gegenteil sollten die gefährlichen Nebenwirkungen von moralisch codierter Sprache einsichtig werden und ihre negativen Effekte Berücksichtigung finden.

Auf einer rechtlichen Ebene sind Problemlösungsvorschläge unter der Maßgabe von Normenkontrollprüfungen zu behandeln. An andere Stelle möchte ich zeigen, dass es nicht einzusehen ist, dass ein autokratisches System auf Legitimität durch Verfahren verzichten muss. Rechtstreue wäre deshalb zwingend Teil des Systemprogramms, genauso wie die Rechtsfolgenevaluation Teil des Systemauftrags sein soll. Auf einer ökonomischen Ebene wären neben klassischen volkswirtschaftlichen Fragestellungen insbesondere die nicht-intendierten Folgekosten zu berücksichtigen. Schon heute gibt es vereinzelte Versuche, bei Gesetzgebungsprozessen die sogenannten Bürokratiekosten mit abzuwägen. Die systemischen Zwänge der Demokratie überlagern aber am Ende auch hier jegliche Abwägungsalternativen. Die Abwägung erfolgt unter der Maßgabe des Systemcodes. Das Vorhaben zur Einführung der PKW-Maut in Deutschland aufgrund eines Wahlversprechens mag hier als ein beliebig gewähltes, aber durchaus plastisches Beispiel zur Veranschaulichung dienen.

Die Aufzählung dieser Elemente ist durch eine logische Herleitung sicherlich nicht als abschließend zu rechtfertigen, es mag noch weitere Elemente geben, die dieses Programm definieren können. Wichtiger erscheint mir jedoch die hinreichende Skizzie-

rung von Konstruktionsmaßgaben, die als Erstbefähigung verwendbar sind und ein Bild davon vermitteln können, was an dieser Stelle intendiert ist.

Was ist mit der Auslagerung der Komplexitätsverarbeitung erreicht?

Die Auslagerung der Komplexitätsverarbeitung in ein eigenes System mit eigenem Programm ist in solch einer Form nur in einem autokratischen System denkbar, da der demokratische Sekundär- und Tertiärkode zu einer mehrstufigen Befassung mit Themen innerhalb des politischen Systems zwingt. Das Paradox der Volksherrschaft muss Anwendung finden. In diesem Sinne wäre die umrissene Systemskizze ein funktionales Äquivalent zum Parlament – wenn wir es in seiner symbolisch-idealistischen Vorstellung verstehen. In der Realität handelt es sich dabei wohl eher um Ministervorlagen oder Fraktionseingaben, die bereits zahlreiche Beteiligungsverfahren durchlaufen haben und somit meist fertige Entscheidungsgrundlagen sind. Dies führt zu dem Folgeproblem, wie in einem ausgelagerten System die Aufnahme von Themen zu organisieren ist. Oder anders formuliert: Wie kann die eingangs postulierte Themenoffenheit sichergestellt werden? Die Antwort lautet: Das Problem muss zwingend in das politische System zurückverschoben werden. Über eine strukturelle Kopplung des Problemlösungssystems mit dem politischen System wird eine Interaktion sichergestellt und gleichzeitig verhindert, dass sich schleichend ein „Nebenpolitik“-System etabliert. Der Operationscode des Problemlösungssystems kann dadurch „rein“ bleiben und sich auf seine eigentliche Funktion konzentrieren. Nur wenn Themeneingaben ausschließlich über das politische System laufen, wird auch die Auswahl kontrolliert, die bereits

dem Code des politischen Systems unterliegen muss, denn auch Themenpassivität, also die Entscheidung etwas nicht zu entscheiden, ist eine kollektiv verbindliche Entscheidung.

Was liegt bisher als Problemlösung vor?

Die Auslagerung in ein anderes System löst also nur das Problem der Komplexitätsverarbeitung und verschiebt neben dem Problem der Themenoffenheit auch das Problem der Entscheidungen. Dieses muss ebenfalls zwingend im politischen System verbleiben, ansonsten würde es seine genuine Funktion verlieren. Genauso wenig gelöst ist bisher noch die Frage nach den funktionalen Äquivalenten für Konfliktverarbeitung, also dem zweiten angesprochenen Leistungsindikator der Demokratie.

Operationalisierung der Entscheidungsverfahren

Entscheidungen des politischen Systems sind auf ihre kollektiv verbindliche Annahme angewiesen. Das heißt, Entscheidungsverfahren müssen so ausgerichtet sein, dass die Annahmewahrscheinlichkeit am größten ist.

Gleichzeitig unterliegen Entscheidungen dem Machtcode des autokratischen Systems, final kann und muss die oberste Spitze entscheiden. Eine Spitze muss nach der Minimaldefinition vorhanden sein. Ob und wie sie sich darüber oder darunter auffächert, ob in einer Art Politbüro oder in einer anderen Regierungsformation, erscheint hier weniger entscheidend, solange die finale Entscheidungshoheit geklärt und die Codeanwendung möglich ist. Nur so können Annahmewahrscheinlichkeiten sichergestellt werden.

Wie gelangen nun Themen in eine solche Struktur?

Mit Blick auf das demokratische Referenzmodell scheint mir kein Weg daran vorbeizuführen, ebenfalls einen Sekundärkode in das autokratische Modell einzuführen. Andernfalls wären funktionale Äquivalente nicht zu plausibilisieren, da jede Themeneingabe unter der Maßgabe des Machtcodes verarbeitet werden müsste. Dieser binäre Code wäre aber schnell mit dieser Aufgabe überfordert mit der Konsequenz von Irritationen und Konflikten. Um das Problem an einem vielleicht nicht ganz passenden Beispiel zu erklären: Das Funktionieren einer Organisation wie einer Armee basiert bekannter Maßen auf dem Prinzip von Befehl und Gehorsam. In einem solchen Umfeld ist der Umgang mit möglichen Verbesserungsvorschlägen wie beispielsweise dem, das morgendliche Wecken in eine arbeitnehmerfreundlichere Zeit zu verschieben, schwierig. Nicht nur fehlt die Möglichkeit zur internen Verarbeitung, ein diskursives Aushandeln zwischen Vorgesetzten und Untergeben würde das Grundprinzip von Befehl und Gehorsam unterminieren. Befehle hätten dann nur noch den Charakter von Vorschlägen, der Code wäre nachhaltig untergraben.

Die Umformung des Primärkodes durch einen Sekundärkode erlaubt deshalb eine „vorgelagerte“ Behandlung des Problems, ohne den Primärkode in Anspruch nehmen zu müssen und diesen im Zweifel zu untergraben.

Was für ein Sekundärkode wäre denkbar?

Angesichts des Umfangs, den die Beantwortung dieser Frage erfordert, erscheint es schon aus Gründen der Übersichtlichkeit angemessener, diesen Komplex gesondert zu behandeln (Vgl. Dimension Codes).

Exklusion als weiteres Element der Themenselektion

Das Element der Opposition hat zusammen mit der Institution der Wahl zur Ausbildung des Sekundärcodes geführt, der für ein Themenselektieren prädestiniert ist. Auch wenn es möglich wäre, einen Sekundärcode des autokratischen Systems zu umreißen (Vgl. Dimension Codes), so steht dem demokratischen System mit der Wahl ein wirkmächtiges Instrument zu Verfügung.

Bezogen auf den Problemgesichtspunkt Themenoffenheit bzw. vorgelagerte Themenselektion wäre es denkbar, Organisationen als ein funktionsäquivalentes Mittel zu verwenden. Als dritter, mittlerer Typ von Sozialsystemen neben der Gesellschaft und den einzelnen Interaktionssystemen gründet sich das System von Typ Organisation konstitutiv auf Mitgliedschaft. Dieser ist an bestimmte Eintritts- und Austrittsbedingungen geknüpft (Luhmann 2012a, S. 214). Organisationen selektieren dadurch nicht nur, sie exkludieren auch Nichtmitglieder aus der Organisation. Dies führt zu der Möglichkeit, durch derartige "Mitgliedschaftsregeln - etwa Autoritätsunterwerfung gegen Gehalt [...] hochgradig künstliche Verhaltensweisen relativ dauerhaft zu reproduzieren" (Luhmann 2012a, S. 214). Würde man nur Organisationen das Recht einräumen, Themeneingaben für das politische System vorzunehmen, so wären zweierlei Ziele erreicht: Eine Ebene der Vorselektion wäre entstanden, in deren Systemgrenzen eine Aushandlung und Konfliktregelung prinzipiell möglich ist. Der Exklusionscharakter der Organisationen führt zu einem korporatistischen Partizipationszwang, ohne dass der politische Machtcode zum Einsatz kommt. Zu beobachten sind solche korporatistischen Privilegierungen bereits heute in autokratischen Systemen. Nicht in einer exklusiven Auslegung, aber dem Grunde nach verfolgt auch eine

Parteiendemokratie eine ähnliche Strategie. Genauso wie ausgewählte themenspezifische Interaktionen mit der Politik Organisationsstatus voraussetzen. Man denke dabei nur an die Religionsbeziehungen, die formal in voller Breite nur über öffentliche Körperschaften gestaltbar sind, was gerade für die Vielzahl von muslimische Gemeinden ein Problem darstellt (den Ärger auf diese Weise aber von der Politik weg hält). Dieses Modell würde Organisationen mit einer politischen Funktionslogik "durchformen", analog zu dem jetzt beobachtbaren "flüssigsten aller Kommunikationsmedien: des Geldes" das zu einem Primat des Ökonomischen geführt hat (Lange 2003, S. 230).

Wie würden dann aber die Strukturen für eine Konfliktverarbeitungsfähigkeit aussehen können?

Ähnlich wie bei dem Problem der Themenoffenheit hat hier das demokratische Modell sehr leistungsfähige Strukturen ausgebildet, die nicht so leicht zu ersetzen sind. Auch hier bei der Konfliktverarbeitung scheint kein Weg an einer Umformung des Primärcodes vorbeizuführen. Dies wäre durch zwei Codes möglich. Zum einen durch denjenigen aus dem ausgelagerten Problemlösungssystem. Analog zu Streitschlichtungen, die in das Rechtssystem abgeben werden, könnten konfliktreiche Themen für Entscheidungsvorschläge ebenfalls dort vorbereitet werden. Es entstünde als erstes Element eine Konfliktverarbeitung durch Prozesshandeln. Mechanismen analog zu denjenigen im Rechtssystem, wie z. B. die Legitimation durch Verfahren, müssten wirksam werden können. Erst danach müsste sich die Spitze positionieren, dann selbstverständlich wieder unter der Machtcode-Prämisse. Ein zweites Element würde in dem Sekundärkode zur Verfügung stehen, welcher aufgrund der Forderung nach Themenoffenheit

etabliert werden müsste. Es würde durch den auch hier existierenden Binärcode eine Zuordnung zu einer der beiden Seiten möglich, ohne den Machtcode zu gebrauchen.

Als drittes Element würde das Vorselektieren von Themen durch die dargelegte Ebene der Organisationen beitragen. Damit könnten problematische Konflikte des Publikums bereits auf dieser unteren Ebenen aufgefangen werden. Organisationen haben die Eigenschaft, als "Interdependenzunterbrechung von Systemkrisen" zu wirken, die Konfliktverarbeitung wird in die Organisation verlagert. In diesem Sinne spricht Stefan Lange bei als pathologisch bewerteten Phänomenen auch nicht von "Systemkrisen, sondern [von] Organisationskrisen" (Lange 2003, S. 232).

Partizipation als Herausforderung für funktionaläquivalenten Ersatz

Die Strategie der Externalisierung scheint für Struktur- und Entscheidungsverfahren die geforderten funktionalen Äquivalente liefern zu können. Schaut man sich die Themenoffenheit in demokratischen Systemen jedoch genauer an, steckt dahinter nicht nur eine Zugangsfrage, sondern der gesamte Komplex der Partizipation. Dies ist meines Erachtens das wesentliche Strukturelement der Demokratie, wenn das Paradox der Volksherrschaft operationalisiert werden soll. Auch trägt dies zu großen Teilen demokratischer Legitimität bei. Aus dieser Perspektive möchte ich deshalb auch den Problemgesichtspunkt aufziehen, um nach einer funktionalen Äquivalenz Ausschau zu halten: nämlich nach Partizipation als implementiertem Strukturelement zur Steigerung der Systemlegitimität (die separate Betrachtung des Phänomens Legitimation) von kollektiv verbindlichen Entscheidungen.

Partizipation selber erzeugt in dem entwickelten Korsett eine Reihe von Folgeproblemen und kollidiert mit der Grundstruktur der Autokratie. Wenn also im Vorfeld nicht bereits Legitimation für das Entscheidungsverfahren durch Teilnahme „eingesammelt“ werden kann, so doch eventuell im Nachhinein. Denkbar wäre, eine reverse Offenheit institutionell so zu etablieren, dass sie hier funktionaläquivalent wirken kann. Das bedeutete die organisatorische Ausdifferenzierung von Rechenschaftspflicht und Transparenz, da Organisationen mit ihrer Umwelt kommunizieren können (Vgl. Luhmann 1997a, S. 843). Zugespitzt hieße dies: Input-Offenheit (Partizipation) wird durch Output-Offenheit ersetzt. Um tatsächlich die intendierte Wirkung entfalten zu können, müssen Rechenschaftspflicht und Auskunftspflicht in völlig anderen Dimensionen transparent gemacht werden, d.h. die komplette Entscheidungs-genese von Ziel- und Abwägungsparametern, beteiligten Akteuren, Folgeproblemdarstellungen in allen gesellschaftlichen Dimensionen usw. Der Umfang korrespondiert nicht nur mit den Prozessen im externalisierten Problemlösungssystem, sondern darüber hinaus mit dem gesamten Zyklus von der Themeneingabe bis zur Entscheidung.

Diese totale Transparenz wäre durchaus möglich, da gesetzgeberische Klandestinität in Demokratien wohl meist auf Verschleierung der notwendigen Kompromisshändler beruhen, die zwangsläufig durch Partizipation entstehen, aber den Anschein erwecken, es würde nicht aufgrund von "neutralen und sachlichen Gesichtspunkten" entschieden. Eine solche Geheimhaltungswürdigkeit entfällt in einer Autokratie und kann zu einem strukturellen Vorteil umgewendet werden. Rechenschaftspflicht entstünde damit

nicht gegenüber einer Opposition, sondern im Wesentlichen gegenüber den Eingabeorganisationen. Stattete man diese speziellen Organisationen mit der Möglichkeit eines Rückkanals aus, ermöglichte also kritische Nachfragen, die im Zweifel einen erneuten Abwägungsprozess in Gang setzten, in jedem Fall aber zur Stellungnahme verpflichteten, so entstünde ein virtuelles Plenumsäquivalent. In anderem Kontext, aber mit ähnlicher Argumentationsstruktur, plädiert Viktor Mayer-Schönberger (Mayer-Schönberger und Cukier 2013) für die Profession der Algorithmiker, die in einer von Algorithmen determinierten Welt, insbesondere in einer rechtsstaatlichen Welt, die Fehlerhaftigkeit des Codes überprüfen können, wenn schon das Prediktionsparadigma nicht mehr in Frage stünde.

In diesem Sinne würde durch "Prozessreinheit" Entscheidungslegitimität erzeugt werden können.

Zusammenfassung

Schauen wir noch einmal auf den Problemlösungsvorschlag für das hier aufgeworfene Bezugsproblem von Komplexitäts- und Konfliktverarbeitungsfähigkeit. Vorgeschlagen wurde eine Externalisierungsstrategie für Problemverarbeitung und Problemlösungsvorschläge in einem eigenen System. Die Vorschaltung von Organisationen als Element der Exklusion und Kontrolle für Themeingaben erfolgt durch eine korporatistische Strategie. Partizipatorische Input-Transparenz wurde durch eine Output-Transparenz ersetzt, um das Element einer rekursiven Offenheit zu stärken. Zusammengenommen schafft es ein solches Strategiebündel, die Leistungen des Bezugsproblems funktionaläquivalent

zu ersetzen unter der Maßgabe einer normativen Letztbegründung.

Die strukturelle Trennung in Systemen zur Produktion von Entscheidungen und jenen für Entscheidungsprämissen ist auch deshalb fundamental, weil sie dem systemtheoretischen Legitimitätsbegriff zugrunde liegt. "Diese Unterscheidung ist besonders deshalb wichtig, weil der legitimierende Entscheidungsprozeß unter Ja/Nein-Bedingungen operiert. Es macht einen großen Unterschied aus, ob diese Bedingung nur auf die Entscheidungsprämisse oder auch auf die Entscheidung selbst angewandt wird. Man kann die Prinzipien und Normen bejahen, aus denen eine Entscheidung ‚gefolgert‘ wird, und die Entscheidung selbst doch ablehnen, weil sie logisch falsch oder auf Grund falscher Auslegungen oder falscher Tatsachenannahmen zustande kamen. Und umgekehrt kann man Entscheidungen akzeptieren, ohne sich um die Werte zu kümmern, auf die sie sich berufen, in völliger Indifferenz, ja vielleicht unter Ablehnung ihrer Gründe als allgemeiner Entscheidungsregeln" (Luhmann 1989a, S. 31). Die strukturelle Trennung nutzt diese Unterscheidung aus, um die Chance für Akzeptanz zu verbreitern.

2. Dimension Legitimation

Begriffsdefinition

"In social and political theory there may be no more confused and confusing literature than that on legitimacy", schreibt das Oxford Handbuch und fasst damit ein Paradox zusammen (Hardin 2009, S. 238). Sowohl umgangssprachlich, besonders aber in der politischen Wissenschaft, wird vermutlich nichts so häufig in

Beziehung mit Herrschaft gebraucht wie der Begriff Legitimität - unter Abwesenheit eines einheitlichen bzw. allgemein anerkannten Konzeptes. "Even with a rapidly expanding body of academic research on legitimacy, however, the concept has proven to be stubbornly elusive regarding its operationalisation and measurement" (Haldenwang 2016, S. 1).

Auch in der definitorischen Ausgestaltung ist eine gewisse Nonchalance zu beobachten. Einigkeit besteht im Grunde nur in der semantischen Abgrenzung zu Legitimation. Legitimation, verstanden als Prozesse die "Legitimität zum Ausdruck bringen und die politische Ordnung reifizieren. Dementsprechend meint Legitimität das normative Moment, Legitimation hingegen die Prozesshaftigkeit sozialer Praxis" (Diehl 2015, S. 284). Mit anderen Worten: "Legitimation refers to the processes by which legitimacy is procured" (Haldenwang 2017, S. 270).

Um jedoch Missverständnisse bei der Problemdefinition wirklich zu vermeiden, ist eine weitere konzeptuelle und ideengeschichtliche Ordnungsleistung erforderlich.

Traditionelle Legitimationen basieren auf einem normativen Geltungsanspruch von Herrschaft. Als theokratische Legitimationen wurde aus der *Lex Divina* Naturrecht abgeleitet und Herrschaft begründet, darin eingeschlossen auch kosmologische und metaphysische Legitimitätsgründe der Antike. Auch Vertragsrechtsansätze blicken auf eine lange Tradition, die Legitimität durch Legalität propagieren, ob durch einen ursprünglichen Gesellschaftsvertrag oder durch Herrschaft im Rahmen einer Rechtsordnung.

Max Webers Legitimitätsglaube und die Folgen

Für die moderne Sozialwissenschaft erscheint es unbestritten, dass Max Webers Legitimitätsglaube sich zu dem wirkmächtigsten Konzept der Legitimität entwickelt hat "it is arguably the best positive theory of legitimacy that we have" (Hardin 2009, S. 239). Webers Verdienst ist es sicherlich, den ersten Versuch zur Deontologisierung des Legitimitätsbegriffs vorgenommen zu haben, indem er seine berühmten Typen legitimer Herrschaft entwickelt: die traditionelle, die rationale und die charismatische Herrschaft (Weber 1921, S. 124); (Weber 1958, S. 495–496). Mit diesem Ansatz lässt sich Legitimität empirisch rekonstruieren. Jedoch setzt die Rechtmäßigkeit der Herrschaft die Anerkennung der Beherrschten in die geltende Herrschaftsordnung voraus (Vgl. Westle 1989, S. 22). Diese basiert auf wertrationalen Überzeugungen, die man aus Sicht der Betroffenen als normative Legitimitätskriterien bezeichnen könnte. In diesem Sinne hat Webers Legitimitätsglaube eine doppelte Begriffsebene, er ist "die empirische Überzeugung davon, dass normative Legitimität vorliegt" (Schmelzle 2015, S. 34). Auf dieser Grundlage wurde eine Vielzahl an Weiterentwicklungen vorgenommen und entfernte sich dabei mehr und mehr von der Grundkonzeption. Die deutsche Nachkriegsdebatte zur Legitimität scheint dabei lange in eigenen normativen Diskursen gekreist zu sein. "Faktische Legitimität wurde nicht als abhängige Variable eines weberianischen Legitimitätsglaubens, sondern anhand von Legitimitätsideen beurteilt, die entweder dem Bestand ethischer Tradition oder dem Ideal eines herrschaftsfreien, vernünftigen Rasonierens entlehnt waren" (Lange 2003, S. 122). Diese Überlegungen waren weit weg von

der Unterscheidung David Eastons, die er für Form und Entstehung politischer Unterstützung aufgemacht hat. Sein Modell unterteilt sich in diffuse und spezifische Unterstützung (Easton 1975, S. 436), die die "überpersönlichen Strukturen und Prozesse" des politischen Systems durch Handlungen der Individuen konstituieren (Fuhse 2005, S. 112). Er zielt mit der diffusen Unterstützung auf eine unabhängig von der Tagespolitik verankerte Grundeinstellung gegenüber dem politischen System. Dagegen lässt sich spezifische Unterstützung mit kurzfristigen Outputs des politischen Systems in Verbindung bringen, sie erfasst die Ebene des Individualnutzens. Der Charme des Konzeptes liegt in dem hohen Abstraktionsgrad der beiden Ebenen, unter dem sich eine Menge von Faktoren subsumieren lassen – was gleichzeitig auch von Nachteil ist. Denn dieser Abstraktionsgrad lässt viele Fragen nach dem genauen Zusammenspiel der verschiedenen Ebenen offen, beispielsweise jene nach dem Zeitpunkt und dem Umfang der Beeinflussung von Legitimität auf das individuelle Verhalten (Vgl. Taylor 2006, S. 391).

Neuere Entwürfe aus dem deutschen Raum wollen sich komplett von der herrschaftssoziologischen Perspektive Webers lösen, die die Bedingungen von Folgebereitschaft in den Blick genommen hat. Stattdessen wird das Verbindungselement der kognitiven mit der normativen Dimension, die Bewertung, analysiert. "Legitimität muss, wie bereits Weber feststellt, zugeschrieben werden. Diese Zuschreibung von Legitimität [...] ist nichts anderes als eine besondere Art der Evaluation bzw. Bewertung" (Nullmeier und Nonhoff 2010, S. 30–31). Gemeint ist, dass Legitimität über eine dialogische Natur verfügt. Eine interdependente Beziehung zwi-

schen den Beherrschten, die auf die Legitimitätsnarrative und Erwartungen der Herrschenden reagieren und Legitimität verleihen oder eben nicht (Haldenwang 2016, S. 3). Eine solche Sichtweise zielt auf eine theoretische Fundierung empirischer Legitimationsforschung, aber auch auf eine Entgrenzung des einzelstaatlichen Bezugspunktes traditioneller Ansätze. Wenn wir Christian von Haldenwangs vier Dimensionen exemplarisch heranziehen, erhalten wir eine matrizenhafte Operationalisierung von Legitimität. "If the success of legitimation is understood as effective common-interest orientation of rulers, the revealed *attitudes and opinions* of individual and collective actors determine the range of *performance* responses on behalf of the political leaders or the 'government'. If, on the other hand, the success of legitimation is considered to lie in effectively guiding the behaviour of members of society, the legitimacy *claim* issued by the rulers entails an offer of inclusion, echoed by patterns of *behaviour* ("evidence of consent", Beetham, 1991, p. 13) on behalf of the ruled." (Haldenwang 2016, S. 8–9).

David Beethams Mehrebenen-Ansatz

Einen aus Rezeptionssicht sehr erfolgreichen Weg hat David Beetham eingeschlagen. Er kritisiert an Webers Konzept, in Vertretung für das herrschende Denken zu Legitimität, dass es weder Auskunft geben kann, warum Menschen einmal Folgebereitschaft zeigen und manchmal nicht. Noch wird die Beziehung von Legitimität und der Glaube an sie ausreichend erfasst. "A given power relation is not legitimate because people believe in its legitimacy, but because it can be justified in terms of their beliefs.

This may seem a fine distinction, but it is a fundamental one. When we seek to assess the legitimacy of a regime, a political system, or some other power relation, one thing we are doing is assessing how far it can be justified in terms of peoples beliefs, how far it conforms to their values and standards, how far it satisfies the normative expectations they have of it. We are making an assessment of the degree of congruence, or lack of it, between a given system of power and the beliefs, values and expectations that provide its justification. We are not making a report on peoples „belief in its legitimacy“. Und letztlich würden jene Elemente bei Weber fehlen, die nichts mit Glauben zu tun haben wie Legalität oder Ausdruck von Zustimmung in Form von Handlungen (Beetham 1991, S. 10ff). Da Webers Definition die einzelnen Elemente von Legitimation verdunkelt, schlägt Beetham ein mehrdimensionales Verständnis von Legitimität vor: Herrschaft soll als legitim gelten, wenn: i) sie mit etablierten Regeln übereinstimmt (Legalität); ii) diese Regeln mit Bezug auf gemeinsame Überzeugungen von Herrscher und Beherrschten normativ gerechtfertigt werden können (Normative Rechtfertigung); iii) ausdrücklich Konsens von Seiten der Beherrschten gezeigt wird (Konsensbezeugungen) (Beetham 1991, S. 15–16).

Heike Holbig hat diese Definition noch um eine internationale Dimension von Strategien interner und externer Legitimation erweiterten (Holbig 2011, S. 121). Jedoch lässt sich mit Nullmeier in Bezug auf eine räumliche Begrenzung oder Assoziierung mit Staatlichkeit einwenden, dass sich die Legitimitätsfrage nur stellt, wenn Folgebereitschaft eingefordert wird. Vor diesem Hintergrund sind auch Erweiterungen um eine internationale Dimen-

sion zu betrachten. Der Vorwurf an Webers Legitimitätsverständnis, es begrenze sich auf Staatlichkeit, erübrigt sich damit, denn er rekurriert auf Herrschaft bzw. Folgebereitschaft, welche sich nicht zwangsläufig nur auf Staaten begründet (Vgl. (Nullmeier und Nonhoff 2010, S. 21).

Legitimität durch Verfahren

Niklas Luhmann sucht nach einem anderen Ansatz für das Problem der Legitimität. Er bezieht seinen Legitimitätsbegriff auf die Anerkennung der Entscheidung, explizit jedoch nicht auf die Anerkennung der Prinzipien der Entscheidung, wie sie etwa bei Carl Schmitts Legitimitätsbegriff durch Legalität propagiert wird. Diese Anerkennung bezieht sich nicht nur auf die Entscheidungen selber, sondern auch auf ihre Prämissen (Luhmann 1989a, S. 31). Setzt man hier voraus, dass die faktische Hinnahme auch für diejenigen gilt, die bereits mit einer gegenteiligen Erwartung der Entscheidung entgegengeblickt haben, so geht es ähnlich wie bei Beetham um den Akt der Hinnahme. Drei Mechanismen werden in diesem Prozess miteinander verschränkt. Die Absorption individueller Proteste, die Internationalisierung der Verfahrensnormen durch die Ausübung der Rollen und eine passive Legitimierung durch symbolische Identifikation in den Verfahren (Vgl. Rzepka 2014, S. 28 28). Die Motivation dazu speist sich aus der Beobachtung, "that other people also act in accordance with this order. In this case, legitimacy is promoted, not by participation in a discussion (Habermas), but by observation of the behavior of other people" (Guibentif 2010, S. 80). Das entscheidende Mo-

ment ist also nicht die Richtigkeit der Entscheidung noch ihr Inhalt, sondern seine rechtliche Formalität – oder auch nur ihr Anschein. Impliziert ist damit die Chance, eine den eigenen Erwartungen genehme Entscheidung im Verfahren zu erhalten. Diese Legitimation durch Verfahren "tritt dann an die Stelle älterer naturrechtlicher Begründungen oder tauschförmiger Methoden der Konsensbildung" (Luhmann 1989a, S. 30). Als systemtheoretische Definition lässt sich deshalb zusammenfassen, dass Legitimität eine "generalisierte Bereitschaft" ist, "inhaltlich noch unbestimmte Entscheidungen innerhalb gewisser Toleranzgrenzen hinzunehmen" (Luhmann 1989a, S. 28).

Legitimität in der Kritik

David Beethams mehrdimensionaler Ansatz bietet sich in besonderer Weise als exemplarische Kritik an dem traditionellen Verständnis von Legitimität an, weil er de facto die drei wesentlichen Strömungen eines Legitimitätsverständnisses vereint: Normativität; Legitimität durch Legalität; legitimierende Handlungen.

Der Fokus der aktuellen Legitimitätsdebatte hat sich jedoch meines Erachtens immer mehr auf die Diskussion von Messindikatoren gerichtet, weg von normativen Fragestellungen. Für eine systematische Betrachtung der empirischen Legitimitätsforschung möchte ich deshalb auf Christian von Haldenwangs Ausarbeitung zum – messenden – Forschungsstand verweisen (Haldenwang 2016, S. 9ff). Deutlich wird hier, dass auf der Ebene der Beherrschten individuelle Dimensionen untersucht werden: Wahrnehmungen, Einstellungen, Meinungen und Verhalten. Auf der Ebene der Herrschenden werden strukturelle Arrangements betrachtet, die

wiederum eine Wirkung auf der individuellen Ebene erzeugen sollen. Als Drittes fungiert die Diskursanalyse, die als ein prozessiertes Extrakt aus der Interaktion von Herrschenden und Beherrschten holzschnittartig dargestellt werden könnte.

Methodische Kritik zu den einzelnen Ansätzen und deren Kombinationen möchte ich ausklammern (Vgl. hierzu ex: Marquez 2016). Hier soll es mehr um die methodologische und metatheoretische Perspektive der Kritik gehen. Entlang von sechs Punkten möchten ich deshalb meine Kritik entfalten: (1) Normativität; (2) Legitimität durch Legalität bzw. Legitimitätsglaube; (3) Individuelle Disposition der Legitimität; (4) Aggregation von individuellen Dispositionen der Legitimität in die Gesellschaft; (5) Konsensbezeugungen; (6) Legitimität durch Verfahren.

- 1) Jegliche *normative* Argumentation von Legitimität wirft die Frage nach ihrer Letztbegründung auf. Die meisten normativen Legitimitätsdefinitionen gründen sich, mindestens implizit, auf ein demokratisches Narrativ. Auf das allgemeine Problem der Letztbegründungen bin ich bereits kritisch eingegangen (Vgl. Kapitel VI).
- 2) *Legitimität durch Legalität* beinhaltet ebenfalls die Fragen nach der Ursprungsrechtfertigung der Rechtsordnung, zielt aber zusätzlich – oder primär – auf den Effekt der Internalisierung von (Rechts-)Ordnungen und eine dadurch erzeugte Folgebereitschaft ab. In diesem Sinne ist wohl auch der Legitimitätsglaube zu verstehen. Hier spielt eine rationale Rechtfertigung durch Vernunftüberlegungen eine besondere Rolle. Wie Luhmann ausführt, verlagert

sich die Problemstellung durch diese Konzeption auf die Beschreibung von Anerkennung oder Akzeptieren. "Die vorherrschende Auffassung nimmt diesen Begriff zu eng, wenn sie auf die ‚Überzeugung‘ von Richtigkeit der Werte, Rechtfertigungsprinzipien oder Inhalt der Entscheidungen abstellt. Diese enge Auffassung harmoniert mit der klassischen Konzeption des Verfahrens als Wahrheitssuche. Sie unterstellt ihr statt des absoluten einen relativen, auf Meinungen beruhenden Wahrheitsbegriff. Durch Erreichen faktisch geglaubter Wahrheit und Gerechtigkeit solle die Überzeugung von der Richtigkeit des Entscheidens sich ausbreiten. Kein politisches System kann jedoch seine Stabilität vom Erreichen so hoch gespannter Ziele abhängig machen, und kein Mensch ist in der Lage, für alle aktuellen Entscheidungsthemen Überzeugungen zu bilden. Jene Auffassung erkennt die hohe Komplexität, Variabilität und Widersprüchlichkeit der Themen und Entscheidungsprämissen, die im politisch-administrativen Systemen moderner Gesellschaften jeweils behandelt werden müssen. Diese Komplexität moderner Gesellschaften kann nur durch Generalisierung des Anerkennens von Entscheidungen Rechnung getragen werden. Es kommt daher weniger auf motivierte Überzeugungen als vielmehr auf ein motivfreies, von den Eigenarten individueller Persönlichkeiten unabhängiges (und insofern wahrheitsähnliches!) Akzeptieren an, das ohne allzu viel konkrete Information typisch voraussehbar ist" (Luhmann 1989a, S. 32). Worauf Luhmann abzielt, ist die mangelnde Plausibilität eines ständi-

gen, bewussten Abgleichens von politischen Entscheidungen mit den individuellen Überzeugungen, hier entsteht ein Komplexitätsproblem durch die Quantität von Entscheidungen des politischen Systems und die daraus resultierende Quantität von individuellen Operationen. Den einzigen Ausweg sieht Luhmann in der Generalisierung der Anerkennung als Legitimität durch Verfahren. Dies deckt sich mit neuro-linguistischen Erkenntnissen. Hier wird Vernunft oder Rasonieren entgegen der herrschenden Auffassung weder als universell, empathielos, nutzenmaximierend noch körperlos betrachtet. Das Gegenteil ist der Fall. Unser Gehirn scheint im hohen Maße auf Automatisierung angewiesen zu sein (Vgl. Lakoff 2009, S. xiii–xiv). Wie entstehen die erwähnten legitimatorischen Dispositionen im Individuum, systemtheoretisch gesprochen, in einem psychischen System? Gemeint ist damit eine soziologische Betrachtung von individuellen Dispositionen, Wahrnehmungen, Einstellungen, Meinungen und Verhalten im Kontext des Sozialen, hier als Legitimität einer politischen Ordnung.

- 3) In Bezug auf die *individuelle Verarbeitung* von Werten, das Zusammenspiel von Vorprägung (core values) und die zerebrale Offenheit für neue „Lagen“ von Wertstrukturen steht die neurologische Forschung noch ganz am Anfang. Das heißt, normative Repräsentationen oder Werte und ihr Verhältnis zu pre-deterministischen Strukturen der Persönlichkeit bedürfen noch einer neurowissenschaftlichen Klärung (Vgl. Moll et al. 2016, S. 124). Da sich Individuen

auch außerhalb von psychologischen Laborsituationen bewegen, ist der Umwelteinfluss auf die Wertestrukturen nicht nur kontingent, sondern führt der Fragestellung eine kaum operationalisierbare Komplexität zu, die meines Erachtens die neurowissenschaftliche Debatte über Lernprozessen berührt. Mir ist allerdings keine Studie bekannt, die zu dieser Fragestellung auch Umweltparameter inkludiert hat und eine Aussage zur Entstehung von Wertestrukturen trifft. Zusammengefasst: Die individuelle, die Mikro- Ebene der Verarbeitung oder Vorprägung von Vernunft, Werten und Bewertungen oder ihre Motivation oder Demotivation ist wissenschaftlich noch völlig ungeklärt. Eine gründliche Erforschung wäre aber eine Voraussetzung, um aus einer soziologischen Perspektive die Verbindung der individuellen Ebene zur aggregierten Makroebene der Gesellschaft vollziehen zu können.

- 4) Wie werden die individuellen Dispositionen auf die *gesellschaftliche Ebene aggregiert*? Mit anderen Worten lautet die Frage: Was ist die Ontologie des Sozialen von Legitimationskonzepten? Aus der Sicht der Herrschenden müssten strukturelle Leistungsparameter wie Performanz bzw. Output-Legitimität auf der individuellen Ebene legitimatorische Effekte erzeugen. Klammern wir das vorangegangene neurowissenschaftliche Problem der Entstehung von Wertestrukturen einmal aus und betrachten nur die soziologische Problematik aus einer methodologischen Perspektive. Ebenfalls angenommen, wir verfügten

über ausreichend Daten zu Wertestrukturen von Individuen, bliebe immer noch die Fragen nach der Ontologie von gesellschaftlicher Legitimität. Ich möchte behaupten, dass die empirische Legitimitätsforschung – bewusst oder unbewusst – von einer individualistischen Methodologie ausgeht. Mit Brian Epstein möchte ich dieses übermäßig anthropozentrische Weltbild des Sozialen zurückweisen, da es einer ontologischen Analyse nicht standhält (Vgl. Epstein 2015a, S. passim; Epstein 2016, S. passim). Die Konstruktion von rein individualistischen Parametern für soziale Phänomene wie Legitimität übersieht den Einfluss von strukturellen Umweltparametern, aber auch des Sozialen selber. Mit den Einflüssen aus mathematischen Komplexitätstheorien versuchen einzelne Ströme der Sozialforschung solche kollektivistischen Einflüsse unter den Schlagwörtern Opinion Dynamics und Collective Decisions zu fassen (Vgl. ex. Lorenz 2017, S. passim). Bei solchen Modellierungen kann der kollektivistische Einfluss mathematisch nachgewiesen werden, jedoch müssen die Modelle aus der Natur der Sache heraus ihre Umweltparameter limitieren. Aus metatheoretischer Sicht bleibt es außerdem fraglich, ob solche induktiven Ansätze über eine Heuristik in der Theoriebildung hinauskommen.

Um die Kritik zusammenzufassen: Die Aggregierung auf die gesellschaftliche, die Makro-Ebene bei der Verwendung von Legitimitätskonzepten ist methodologisch spekulativ, da die Frage nach der gesellschaftlichen Ontologie nicht berücksichtigt wird. Sicherlich deuten alle Hinweise auf eine große Relevanz von Elementen wie Folgebereitschaft und Anerkennung hin, es wäre

deshalb aufschlussreich, zukünftige psychologische Forschungsergebnisse mit soziologischen Hypothesen zu verknüpfen und zu verifizieren.

- 5) David Beetham bringt als seinen letzten Punkt Konsens beziehungsweise *Konsensbezeugungen* ins Spiel. Er sieht in diesen Handlungen, wie freiwilligen Verpflichtungen gegenüber dem Übergeordneten, Treuebekenntnissen, Teilnahme an Wahlen, einen Beitrag für Legitimität (Beetham 1991, S. 18). Unabhängig von der definitorischen Tautologie ("legitimacy involves the demonstrable expression of consent [...] its contribution they make to legitimacy") scheint Beetham hier ebenfalls in Richtung Generalisierung zu denken, denn er erkennt in solchen Handlungen eine "subjectively binding force", die selbst bei vordergründig Nutzen maximierenden Motiven zu einem moralischen Moment führt (Beetham 1991, S. 18). Im Einzelfall stellt sich dann lediglich die Frage, wie das "Mischungsverhältnis" zwischen Konsens, Opportunität oder Zwang im Falle eines Akzeptierens von staatlichen Entscheidungen ist (Luhmann 1989a, S. 27). Der Stand der einschlägigen Theoriebildung ist deshalb immer noch, und trotz Renaissancephasen in der Forschung, mehr von Spekulation, denn von wirklicher Theoriebildung gekennzeichnet. Übrig bliebe noch die sehr begrenzende Möglichkeit von Legitimität durch Verfahren.
- 6) Die systemtheoretische Entleerung von *Legitimität durch Verfahren* hat unter den Protagonisten einer normativen

Fundierung von Ordnungsmodellen heftige Gegenwehr erzeugt. Interessanter erscheinen mir jedoch Einwände, die auf das prekäre Fundament einer solcherart legitimierten Ordnung verweisen. Sobald die Funktion eines Verfahrens durchschaut wird, würde sie ja "ihre legitimatorische Wirkung" verlieren (Machura 1993, S. 111). Konzeptuell würde Luhmanns Auffassung der Legitimation durch Verfahren deshalb auch nicht den Status einer Hypostasierung verlassen, sondern an der empirischen Befüllung scheitern (Heidorn 1982, S. 113). Der Vorwurf der Hypostasierung müsste konsequenterweise auf die gesamte Systemtheorie übertragen werden und es erscheint deshalb hinfällig, ihn an dieser Stelle weiter zu behandeln. Anders verhält es sich mit dem Hinweis, dass Legitimität durch Verfahren die Kraft fehle, die gleiche motivationale Bindewirkung zu entfalten wie normative Legitimationen, hier ist besonders der Glaube zu nennen. Dieser scheitere an der Aufgabe als funktionales Äquivalent eingesetzt zu werden (Lange 2003, S. 124, 145). Offensichtlich trägt ein entleerter Legitimitätsbegriff eher in prekärer Weise zur Stabilität des Systems bei, welches sich in Krisenzeiten zu einem Funktionsproblem entwickeln könnte (Vgl. Heidorn 1982, S. 118; Lange 2003, S. 132). Mir scheint der Punkt sehr einleuchtend, dass genau dieser Komplex der Sinnressourcen, mit dem ich verschiedene normative Legitimitätsbegründungen oder Wertevorstellungen umfassen möchte, von Luhmann nicht ausreichend berücksichtigt wurde. Hinweise aus Nachbardisziplinen häufen sich, dass

solche Sinnressourcen bei Menschen zu einem erheblichen Teil Erwartungsstrukturen beeinflussen und als soziale - kommunikative - Ressource demzufolge erheblich zur Systemstabilität beitragen würden. In diesem Sinne wäre Frank Nullmeier darin zuzustimmen, dass Legitimität diskursiv ist (Nullmeier 2010, S. 9), wobei er den theoretischen Einbau des Diskurses in Handlungs- oder Entscheidungstheorien schuldig bleibt.

Bezugsproblem

Vor dem Hintergrund dieser Betrachtung und mit Blick auf das Bezugsproblem von Legitimität lässt sich lediglich festhalten, dass der "Urgrund" (Lange 2003, S. 125), also die Primärfunktion von Legitimation, die Stabilisierung von Erwartungshaltungen ist. Systemstabilität, die Bestätigung der herrschenden Ordnung also, gewinnt ein System einzig durch die Reproduktion der Elemente des Systems; es ist eine Überführung unstrukturierter in strukturierte Komplexität. Stabilisierung kann in der Zeit- und der Sozialdimension problematisch sein und verlangt deshalb nach einer Stabilisierung des Erwartungskonsenses durch Institutionalisierung und Rollennormen. Legitimation durch Verfahren zielt daneben noch auf die Erfüllung von Sekundärfunktionen. "Neben den beiden Funktionen, systemaffirmierende Lernprozesse anzustoßen oder bei Lernverweigerung den Protest zu privatisieren", kann noch eine "Ventilfunktion" beschrieben werden, die als latente Funktion bei politischen Verfahren der Legitimierung dient.

"Im Sinne eines Ventils bieten Verfahren Gelegenheit zur psychischen Entlastung von Entscheidungsunzufriedenen mittels expressiven Handelns" (Lange 2003).

Problemlösungsvorschlag

Aus der Perspektive von möglichen Folgeproblemen ist es meines Erachtens plausibel, dass sich Primär- und Sekundärfunktionen von Legitimität aus dem demokratischen in einen autokratischen Kontext übertragen lassen, da sich ein idealtypisches autokratisches System nicht auf hereditäre oder theokratische Gründe stützt. Aus systemtheoretischer Perspektive ist es aber denkbar, legitimierende Funktionen aus dem Rechtssystem zu generieren: ein gesellschaftliches Subsystem, welches Entscheidungen mit Bindewirkung auch für andere Systeme generiert.

In diesem Sinne würden wir den Begriff Rechtsstaat auf ein Normsetzungs- und Normgeltungsverständnis reduzieren, ihn dadurch in einem ersten Schritt inhaltlich entleeren, insbesondere von den unterschiedlich umfangreichen Menschenrechtsdefinitionen. Der Rechtsstaat würde dadurch ein zwingendes Requisit eines idealtypischen autokratischen Systems werden. In einem solchen Rechtsstaat könnte sich dann auch generalisierte Anerkennung als Legitimität durch Verfahren ausbreiten - ausgenommen ist selbstverständlich der Wahlakt. Die legitimierende Wirkung des Wahlaktes ist jedoch nicht ganz unumstritten, da anders als bei Gerichtsverfahren bei einer Wahl keine unausweichliche Selbstverstrickung in das Verfahren erfolgt. Der Wahlakt ist eine persönliche Entscheidung und beschränkt sich dadurch auf eine persönliche Erfahrung (Vgl. Kieserling 2012, S. 147).

Unbestreitbar erzeugt Rechtsstaatlichkeit neben dem Potenzial für eine generalisierte Verfahrens-erkennung auch einen Transparenzdruck, um das Verfahren nicht nur performativ, sondern auch kognitiv überhaupt erst nachvollziehen zu können. Eine Nachvollziehbarkeit schließt immer auch den Prozess-Output mit ein. Hier überlappt sich die Forderung an "Prozessreinheit" mit denen der Steuerungsstrukturen. Die Nachvollziehbarkeit und Positivierung von Normen sind notwendig und erzeugen einen imperativ der Transparenz und Rechenschaftspflicht. Der Rechtsstaat gilt auch in einer Autokratie.

Zusätzlich legitimierende Sinnressourcen

Wie bereits erwähnt, scheint mir eine solche Legitimitätsbasis nicht ausreichend zu sein. Meines Erachtens führt die Systemtheorie hier eine Leerstelle mit sich, die sich jedoch mit theorieeigenen "Werkzeugen" innerhalb der Theoriearchitektur füllen lassen könnte. Gemeint sind Sinnressourcen, die durch ihre strukturelle Verfestigung in Form von Systemgedächtnissen Erwartungshaltungen stabilisieren. Drei Elemente möchte ich hier anführen: Sinngeneratoren, Performativität und Selbstbeschreibungen. Diese Elemente sind eher in einem komplementären Verhältnis zu verstehen und auch als syntaktische Komplementarität darstellbar (performative Sinngeneratoren/Selbstbeschreibungen). Aus Darstellungsgründen möchte ich sie dennoch trennen.

Sinngeneratoren

Denn Begriff "Sinngeneratoren" möchte ich von Bohn et al (Vgl. (Bohn et al. 2001) übernehmen und neu befüllen. Gemeint sind

hier semantische Konstrukte, die wir als Ideologien, Narrative, Utopien, Mythen, aber auch als Patriotismen kennen. Gemeinsam ist ihnen, dass sie "etwas enthalten, was sie nicht enthalten, nämlich eine Auskunft über ihre Verfasser und Benutzer, und in der üblichen Interpretation besagt dies: eine Auskunft über deren Interesse"(Luhmann 1997a, S. 1079f). Es verlagert das analytische Problem auf eine zweite Ebene, nur von dort ist es beobachtbar. Hier wird sichtbar, dass sich Ideologien als ein "Phänomen der gesellschaftlichen Wirklichkeit identifizieren" lassen, welches sich reflexiv thematisieren lässt, aber eben auch als ein "Strukturmoment aller Theorien der Gesellschaft, die erst auf dieser Ebene in vollem Sinne konstruktivistisch wird. Sie stehen dann für eine frühe Variante einer Soziologie der Erkenntnis, in der sich der Soziologe selbst darüber klar wird, dass er auch nur eine ‚Ratte im Labyrinth‘ ist und darüber nachdenken muss, von wo aus er die anderen Ratten beobachtet. Der radikale und universale Ideologiebegriff ist so gesehen Platzhalter eines ‚radikalen, sich selbst einschließenden Konstruktivismus‘"(Hofmann 2014, S. 124); (Luhmann 1988, S. 277). Das analytische Problem ist auf einer zweiten Ebene zwar beobachtbar, aber wir stehen vor der Herausforderung der Operationalisierung solcher semantischer Konstruktionen, sie scheitern bisher an der empirischen Messbarkeit und ihrer typologischen bzw. taxonomischen Unschärfe (Vgl. Gerschewski 2014, S. 105). Sie scheitern aber auch an der noch fehlenden Einsicht in das reziproke Kopplungsverhältnis zwischen dem psychischen und dem gesellschaftlichen System. Wir können bisher nur annehmen, dass es sich um einen "top-down and bottom-up" Prozess handeln muss, der von verschiedenen psychologischen Phänomenen getragen wird, wie: "stereotyping, persuasion,

and the rationalization of hierarchical arrangements among social groups "(Thorisdottir et al. 2009, S. 5). Aus kommunikativer Perspektive lässt sich jedoch feststellen, dass jegliche semantische Konstruktionen stabile Anschlusskommunikationen zum Überleben benötigen. Obwohl sich Ideologien auf Letztbegründungen stützen, kann aus diskursiver Perspektive keine logische Hierarchie definiert werden. "Es besteht demnach auch keine Hoffnung auf ein Ende der Diskussion; sie hört irgendwann nur auf" (Habermas und Luhmann 1990, S. 337). Die semantische Konstruktion und Auswahl einer "zusätzlichen" Legitimationsebene muss deshalb im spezifischen Kontext getroffen werden. China zum Beispiel ersetzt den verblassenden kommunistischen Narrativ durch taktische Einsätze von Han-Patriotismus, der in einem Vielvölkerstaat wie der Volksrepublik und in einem sensiblen geografischen Umfeld jedoch zu erheblichen Folgeproblemen führt.

Performativität

In einer ähnlich prekären Erkenntnislage befinden wir uns bei der Betrachtung von performativer Legitimität. In seiner frühen Werkphase scheint auch Luhmann von dem Gedanken getragen worden zu sein, dass sich Politik auf die latenten Funktionen von Symbolik und Inszenierungen begründet (Lange 2003, S. 288). Auch in der Legitimitätsgenerierung durch Verfahren erkennt er den Zusatznutzen eines manipulativen "Symbolismus" der Politik, der Teil des Verfahren ist und auf performativ-symbolische Bestätigung aus ist (Luhmann 2010, S. 96, 195; 280).

Daneben erkennt Paula Diehl in symbolischen Repräsentationsverfahren wie Inszenierung, Visualisierung und Ritualisierung "machtvolle Legitimationspraxen", die dafür sorgen, dass die "normativen Parameter einer politischen Ordnung immer wieder hervorgerufen werden und dadurch sozial präsent bleiben" (Diehl 2015, S. 281). In diesem Sinne würden symbolische Repräsentationen zu einem konstitutiven Element von Sinnressourcen zählen, weil diese Repräsentationen auf bereits vorhandene Sinnelemente trifft und diese bestätigt beziehungsweise aktualisiert. Besonders plastisch wird dieses Phänomen in der Sakralität des Monarchen, der die Einheit von Herrscher und Beherrschten verkörpert, die in der Demokratie durch eine "Paradoxie ohne religiösen Gehalt ersetzt worden" ist und damit ihre große performative Kraft einbüßen musste (Luhmann 2005a, S. 326). Funktional ersetzt wurde sie durch die Inszenierung von Gerechtigkeit, dem demokratischen "plot" nach Wahrheitssuche, um Systemvertrauen durch die "Selbstillusion der Akteure, die Offenheit und damit die Legitimität jedes Verfahrens" zu erzeugen (Lange 2003, S. 129–130).

Für autokratische Systeme gilt in analoger Weise dieser performative Imperativ der Gerechtigkeits- und Wahrheitssuche in seiner hier vorgeschlagenen Form durch die letztbegründende Figur der Kyberethik.

Selbstbeschreibungen

Die Begründung für eine theoretische Beschäftigung mit Selbstbeschreibungen des Systems liegt in dem ursprünglichen Problem der systemkonstitutiven Paradoxie als selbstbeschreibende

Einheit der Differenz von System und Umwelt. Diese sperrige Identifikation wird durch "fixierbare Identitäten" ersetzt, die im politischen System ausreichend Plausibilität entfalten müssen. Solche Selbstbeschreibungen überführen das Problem in den Kontext von Identitäten, die "Rationalität in Anspruch nehmen und zwar und gerade dann, wenn sie für Beschränkungen der politischen Gewalt plädieren" (Luhmann 2005a, S. 232).

Auf operativer Ebene ist das Paradoxieproblem jedoch nicht gelöst, da eine Selbstbeschreibung für die Machtüberlegenheit und die Machtunterlegenheit dasselbe ist und somit nicht aus der Paradoxie führt, die alle weiteren Beobachtungen ohne Anschlussfähigkeit kurzzuschließen würde. "Wer Macht hat, hat keine Macht; wer keine Macht hat, hat Macht. Man sieht zwar sofort, daß die Paradoxie unschädlich ist, daß sie die Operationen und damit die Autopoiesis des Systems nicht stillstellt. Schließlich kann man an Positionen und notfalls in Konflikten oder Kämpfen feststellen, wer die Macht hat." Das Problem betrifft zwar nur die Selbstbeschreibung, das Problem kann aber nicht aus logischen Prinzipien oder Wahrheiten deduziert werden (Luhmann 2005a, S. 323f). Ein Ausweg bietet die Ausdifferenzierung eines Rechtssystems bzw. die Etablierung einer Verfassung. Hier lassen sich paradoxe "Zugleich"-Beschreibungen wie z. B. für die Freiheit ausformulieren, indem man besondere Ansprüche an politische Einschränkungen der Freiheit stellt und zugleich Freiheitsrechte garantiert (Vgl. Luhmann 2005a, S. 351–352).

Die Ausbildung einer Identität erfolgt auf der Zeitdimension durch den Rückgriff auf die oder präziser durch die Abgrenzung von der Vergangenheit. Durch die Abgrenzung von Fremd- und Selbstreferenz kann Identität im System angelegt werden, indem

die Differenz von Mitteilung und Information in redundanten Operationen erlaubt, dass der Andere eine Identität erkennen kann. Durch kann ein System Identität durch Wiedererkennen konstituieren und im Gedächtnisspeichern ablegt.

Ein gutes Beispiel für eine evolutionäre Selbstbeschreibung, die Neues mit alten Kontexten verbindet, ist das aktuelle Narrativ der Volksrepublik China, deren offizielle Politik sich nach marxistisch-leninistischen, maoistischen, dengxiaoapengistischen und wissenschaftlichen Prinzipien richtet. In semantisch und ideologischer Freiheit durfte sich jede Regierungsphase im Volksnarrativ verewigen. Inhaltliche Widersprüche sind durch performative Rezipitation entleert und somit überwunden worden. Aus theorieimmanenter Perspektive zeigt dies besonders anschaulich, dass Selbstbeschreibungen prinzipiell über kontingente Optionen verfügen. Es spricht deshalb nichts dagegen, das idealtypisch konstruierte Narrativ der Kyberethik als funktionales semantisches Äquivalent für die Generierung von Sinnressourcen in einer theoretischen Erstbefähigung zu verwenden.

3. Dimension autokratischer Sekundärkode

Begriffsdefinition

Systemcodes ermöglichen die eigene Identifikation des Systems mittels Unterscheidung durch die operative Selektion nach zugehörig/nichtzugehörig (Vgl. Luhmann 2005a, S. 322). Nur dadurch ist das enorme Komplexitätsgefälle zwischen der Umwelt und dem System durch das System steuerbar. Codes haben in diesem Verständnis die Funktion von informationsverarbeitenden Be-

obachtungsschemata. Eine solche Konstruktion leitet als "Weltkonstruktionen mit Universalitätsanspruch" die Operationen eines Funktionssystems an. Sie dienen den Medien, und zwar insbesondere symbolisch generalisierten Kommunikationsmedien, als Selektionsverstärker. "Mediencodes nutzen die in der Sprache angelegte Möglichkeit, einen Sachverhalt in zwei Versionen zu bezeichnen als Affirmation und Negation des Bezeichneten. Beide Versionen lassen kommunikative Anschlüsse zu und häufig oszilliert die Kommunikation gerade in der Bewegung zwischen Affirmation und Negation des Bezeichneten" (Lange 2003, S. 156). Das politische System hat sich in seiner demokratischen Ausprägung durch die Spaltung der Spitze in eine "hochunwahrscheinliche evolutionäre Errungenschaft" ausdifferenziert (Luhmann 1986, S. 210), die den eigentlichen Primärkode des politischen Systems Macht überformt hat. Diese "Recodierung politischer Macht" erlaubt der Spitze des Systems unter einem neuen Code zu operieren: dem von Regierung und Opposition (Luhmann 2005a, S. 97). Code ist also auf bestimmte gesellschaftliche Bezugsprobleme spezialisiert, daraus ist systemtheoretisch die Funktion reproduzierbar.

Problemgesichtspunkt:

Wie in der vorangegangenen „Dimension Steuerung“ dargelegt, sehe ich die funktionale Notwendigkeit, analog dem demokratischen System auch für ein autokratisches System, den Machtcode durch einen Sekundärkode zu überformen. Die Umformung des Primärkodes, Macht/Ohnmacht, des autokratischen Systems

durch einen Sekundärkode erlaubt eine „vorgelagerte“ Behandlung von Themen, ohne den Primärkode in Anspruch nehmen zu müssen und so das System auf der Machtebenen zu positionieren. Durch diesen Einbau wird das politische System dadurch entlastet, dass es "Entscheidungsprämissen und Entscheidungen der politischen Dauerproblematisierung entziehen" und sie in einem anderen Kontext und mit anderem Code behandeln kann (Vgl. Luhmann 1981, S. 165–166). Hier bietet sich zum einen das Rechtssystem an, welches damit neben der Legitimitätsfunktion (Vgl. Dimension Legitimität) noch eine Entlastungsfunktion zugewiesen bekommen hat. Dysfunktional wäre es, den Funktionscode mit einem Moralcode zu synchronisieren. Aus demokratischer Perspektive würde dies der Opposition den Wert „undemokratisch“ zuweisen und dies ebenso ihren Wähler und Anhängern. Eine "solche Synthese von Moral und Macht würde nicht nur die Politik, sondern auch die Moral selbst diskreditieren" (Luhmann 2012a, S. 187), sie würde die Konflikthanfälligkeit des Systems erhöhen, weil das Lager, welches den negativen Wert zugewiesen bekommt, automatisch ins Abseits gestellt würde. Diese Gefahr gilt auch für die Ideologien, die für gewöhnlich mit Moral in ihrem Narrativ arbeiten. Hier entlastet der Ideologiekode nicht den primären Machtcode, sondern fällt mit ihm zusammen. Macht baut auf der Ideologie auf, die beiden Codes gehen demnach eine Synthese ein.

Gesucht ist deshalb ein Sekundärkode für das autokratische System, der den Machtcode tatsächlich entlasten kann und der in diesem Sinne ein funktionales Äquivalent zum demokratischen Sekundärkode Regierung /Opposition bildet. Die Suche zielt also

auf die Codewirkung, nicht auf die Strukturwirkung der Opposition.

Problemlösungsvorschlag

Da das demokratische System über eine wirkungsvolle Entlastungsfunktion des Machtcodes verfügt, der aber evolutorisch zumindest eine Besonderheit darstellt, ist eine plausible Herleitung eines Lösungsvorschlages aus dem Problemkontext eine Herausforderung, der ich hier nicht vollumfänglich gerecht werden kann. Ich kann, mit anderen Worten, nur heuristische Stichworte als Selektionsbegründung liefern. Einzig die Plausibilität als funktionales Äquivalent kann die Wahl rückwirkend legitimieren.

Aus dem Gedanken heraus, dass das Gemeinwohl auf Kollektivität abzielt und durch verschiedene Formen seines Narrativs einen wirkmächtigen, semantischen Charakter aufweist, es gleichzeitig aber auch über – vermeintlich – messbare Parameter verfügt, sehe ich hierin großes Potenzial für die Entwicklung eines funktionalen Äquivalents mit den eingangs erwähnten Anforderungen. Gemeinwohl soll hier deshalb mehr aus semantisch-funktionaler Perspektive betrachtet werden, die der soziologischen Natur nachspürt. So widersprüchlich es auf den ersten Blick erscheinen mag, kann ich doch in seiner Natur Parallelen zu dem Kommunikationsmedium der Liebe zu erkennen. Gemeinwohl ist mit diesem Blick ebenfalls als eine Kategorie anzusehen, die eine gewisse "Ambivalenz und Plastizität der Gefühlslage" (Luhmann und Kieserling 2008, S. 11) besitzt. Das Wohl der Gemeinschaft hat einen kollektiven Bezug, setzt aber eine eindeutige Klärung

dessen voraus, was mit "Gemein" und was mit "Wohl" genau gemeint ist (Vgl. Halfmann 2002, S. 261). Wir sprechen über moralische Qualitäten, wenn wir Gemeinwohl als Politikziel postulieren. Bonum commune kann jedoch ebenso als "wünschenswerte Aggregatzustände" aufgefasst werden, "die sich aus der klugen Verfolgung von Einzelinteressen ergeben können, also etwa von Kollektivgütern, Positivsummen-Spielen und Verhandlungsgleichgewichten" (Offe 2015, S. 56). Es wird deutlich, dass die Gemeinwohlbestimmung unter objektiven Maßstäben kaum möglich ist (Vgl. Mayntz 2015, S. 112), sondern dass es sich um den Charakter eines Outputs des politischen Systems oder um eine "Qualität politischer Führung" handeln müsste (Schmidt 2010, S. 543).

Als Kommunikationsmedium würde sich Gemeinwohl kategorial den Funktionen von Medien, Wahrheit, Kunst und Liebe zuordnen. Sinnverarbeitung von Selektivität erfolgt hier durch Erleben. Solche Medien regeln das "Annehmen der Welt in einer Festlegung auf bestimmten oder doch bestimmbaren Sinn – der Welt als Kosmos, als Ordnung, in der nicht mehr alles möglich ist" (Luhmann und Kieserling 2008, S. 14–15). Gemeinwohl wäre in diesem Verständnis nicht angemessen beschrieben, wenn wir es nur auf eine Motivation hin bestimmen, also nur auf ein Politikziel. Gemeinwohl färbt das Erleben, wie es die Liebe tut, aber in einer kollektiven Dimension gedacht und verändert dadurch die Welt als "Horizont des Erlebens und Handelns mit der ihr eigenen Totalität" (Luhmann und Kieserling 2008, S. 15–16). Das bedeutet, dass nicht das Handlungspotenzial im Vordergrund steht, sondern die Erlebnisweise des Kollektivs, sie ist der Bezugspunkt dieses Mediums. Deutlich wird dies, wenn wir Vorschläge betrachten,

die eine diskursive Bestimmung des Gemeinwohls in Verhandlungssystemen propagieren (Vgl. Mayntz 2015, S. 123f). Anders als beim Medium Wahrheit wird hier nicht das individuelle Erleben ausgeklammert und als abweichend klassifiziert. Im Gegenteil operiert Gemeinwohl auf der Basis kollektiven Erlebens, weil die Menschen in bestimmter Weise sehen, fühlen und darüber urteilen, ob sie als Individuum von diesem Weltbild überzeugt sind - oder auch nicht. Es gleicht durch seinen Operationsmodus damit dem Medium der Liebe (Vgl. Luhmann und Kieserling 2008, S. 19). Die semantische Nutzung von Gemeinwohl ist ein erstes Signal zur Unterwerfung unter diesen Operationsmodus, auch wenn mehr damit nicht ausgesagt wird. Aber es werden Selektionsleistungen durch eine Orientierung an dem jeweiligen kollektiven Verständnis von Gemeinwohl übermittelt, die dann eine Erlebnisverarbeitung nach sich ziehen können. Gemeinwohl ist somit erst einmal nur eine Erwartungsprojektion, die im Idealfall mit den kollektiven Erwartungen des Publikums übereinstimmt. Wenn wir nun dieses Kommunikationsmedium in seiner Ausprägung als Sekundärkode des politischen Systems, als gemeinwohlfördernd/gemeinwohlschädlich, in jenen Institutionen etablieren, die wir in der vorangegangenen Dimension als themenvorschlagsberechtigt isoliert hatten, so erkenne ich ein funktionales Äquivalent zur Vorselektion von Entscheidungen. Die ambivalente Natur von Gemeinwohl ist ebenfalls gut mit der entwickelten idealtypischen Governance-Struktur vereinbar, die ein System für Problemlösungsvorschläge ausdifferenziert hat, weil dessen Funktionscode mit dem Gemeinwohlcode eine Synthese bilden kann, ohne den Machtcode zu beschädigen. Ebenso problemlos verträgt sich ein solcher Sekundärkode mit der entwickelten

Letztbegründung der Kyberethik, da in figurativer Konsequenz der Gleichgewichtszustand der Ouroboroi mit dem Gemeinwohl zusammenfällt.

4. Dimension Öffentliche Meinung

Funktionsbeschreibung

Der öffentlichen Meinung kommt im politischen System die Aufgabe zu, als eine Art "öffentliches Gedächtnis ohne bestimmten Verpflichtungsgehalt" (Luhmann 2005a, S. 300) zu fungieren und in dieser Eigenschaft dient sie als "Selektionshilfe" (Görke 2003, S. 121) für die Steuerungsmechanismen des politischen Systems (Luhmann 1970, S. 18). Eine systemtheoretische Betrachtung verlangt jedoch, sich von dem Gedanken einer "psychischen Verankerung der öffentlichen Meinung" genauso zu lösen wie von der Vorstellung einer Art "monolithischen Einheit" oder dass es sich um das Aggregat von Einzelmeinungen handeln könnte (Luhmann 2005a, S. 283f). Es kann deshalb auch nicht davon ausgegangen werden, dass die öffentliche Meinung deckungsgleich mit der Bevölkerungsmeinung sei, wenn diese in ihrer Gesamtheit messbar wäre. Auf das politische System entsteht aber bei Übereinstimmung beider Meinungen ein erheblicher Druck, umgekehrt steigt das Protestpotenzial bei einem Auseinanderdriften von Bevölkerungsmeinung und öffentlicher Meinung (Vgl. Neidhardt 1994, S. 25–26).

Öffentliche Meinung ist ein Medium für die "Formung ausgewählter Kommunikation (bestimmter Sinnformen oder Themen)" (Krause 2005, S. 177–178). Es handelt sich um Kommunikation,

die sich in Öffentlichkeitsarenen auf bestimmte Themen und Meinungsäußerungen fokussiert und durch "Arenenkonsonanz" öffentliche Meinung(en) entstehen lässt. Öffentliche Meinung ist "herrschende Meinung unter den Öffentlichkeitsakteuren, also denen, die das Publikum wahrnehmen kann" (Neidhardt 1994, S. 7). Sie ist ebenfalls die politiksysteminterne Umwelt politischer Organisationen und Interaktionen.

Die fundamentale Bedeutung der öffentlichen Meinung speist sich jedoch nicht aus der Zuweisung von Kontroll- oder gar Steuerungsfunktionen, wie sie ihr unter dem Schlagwort der „vierten Gewalt“ immer mal wieder zugeschrieben wird. Sondern sie ergibt sich aus ihrer Funktion als Selbstbeobachtung von Fremdbeobachtungen der Politik. Die öffentliche Meinung versetzt das politische System in die Lage "sich in der Beobachtung durch andere zu beobachten" (Czerwick 2008, S. 100). Die öffentliche Meinung ist der Spiegel in die Gesellschaft, in die Umwelt(en) des politischen Systems. Dieses "Medium eigener Art, ein Medium für die Beobachtung zweiter Ordnung" (Luhmann 2005a, S. 287) erlaubt durch den kommunikativen Operationsmodus, der allen sozialen Systemen zugrunde liegt, die Aufnahme von Werten und Normen, ohne die einzelne Meinung zu determinieren. Dadurch werden auf der einen Seite Anknüpfungspunkte für öffentliche wie private Kommunikation geschaffen, andererseits wird jedoch auch eine Ausgrenzung von unklarer, pathologischer oder lächerlicher Kommunikation vorgenommen. In dieser Rolle gibt öffentliche Meinung Beobachtungsschemata für die Beobachtung von Beobachtern vor (Luhmann 2005a, S. 300).

Aus der Perspektive des politischen Systems schafft die Öffentlichkeit den Akzeptanzraum für Themen im System-Umwelt-Verhältnis. In diesem Raum manifestiert sich dann die öffentliche Meinung. Sie erlaubt eine Anpassung dieser Themenstruktur, dieser Diskurse, an die Entscheidungskapazität des politischen Systems. Umgekehrt betrachtet kann sich das politische System an den öffentlichen Themen orientieren – was als politischer Populismus bezeichnet und diskreditiert wird (Vgl. Krause 2005, S. 178; Czerwick 2008, S. 102). Als Thema versteht die Systemtheorie: "mehr oder weniger unbestimmte und entwicklungsfähige Sinnkomplexe [...], über die man reden und gleiche, aber auch verschiedene Meinung haben kann. [...] Sie ermöglichen ein gemeinsames Sichbeziehen auf identischen Sinn und verhindern das An-einandervorbeireden" (Luhmann 1983b, S. 13). Der Begriff der Öffentlichkeit, verstanden als offenes Kommunikationsforum, blickt auf eine noch junge etymologische Geschichte zurück und assoziiert eine elementar-demokratische Qualität durch Vorstellung einer Art *volonté general* (Neidhardt und Gerhards 1990, S. 3). Diese normative Konnotation hat nicht zuletzt durch die Ausarbeitungen von Jürgen Habermas (Habermas 2013 1962) besonderen Auftrieb erhalten und die idealistische Vorstellung der Politik-Publikum-Beziehung verstärkt.

Unstrittig ist deshalb die semantische Verbindung von Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und Pressefreiheit, die zur demokratischen Institutionalisierung von Öffentlichkeit beigetragen hat. "In der systemtheoretischen Perspektive gewinnt Öffentlichkeit aber erst mit der Bildung von Massenmedien den Charakter eines ausdifferenzierten Teilsystems der Gesellschaft. Erst damit

wird öffentliche Kommunikation auf Dauer gestellt" (Gerhards 1994, S. 84).

Problemgesichtspunkt Massenmedien

Die öffentliche Meinung konstituiert sich nicht direkt durch Kommunikation der Bürger mit dem politischen System, sondern über das Vehikel der Massenmedien. Diese bündeln die Kommunikation aus dem politischen System mit dem Publikum, also mit den Bürgern. Erst dadurch wird für das Publikum Kollektivität hergestellt, die es alleine nicht erzeugen könnte (Vgl. Wimmer 2002, S. 246; Giegel 2002, S. 205–206).

Mit dieser Rolle sind die Massenmedien ein "Funktionssystem eigener Art", welches durch seinen speziellen Code der Information/Nichtinformation in der Lage ist, "Weltbeschreibungen" anzufertigen und dadurch mit den betroffenen Funktionssystemen in ein Verhältnis der strukturellen Kopplung eintritt. Mit anderen Worten: "Massenmedien repräsentieren die Welt in der Gesellschaft für die Gesellschaft, seitdem die dafür ehemals zuständigen Instanzen, vor allem Religion und Oberschicht, diese Funktion im Übergang zur modernen Gesellschaft haben aufgeben müssen" (Luhmann 2005a, S. 304). Überspitzt formuliert geben uns erst die Massenmedien die Möglichkeit; auf die Gesellschaft, ja auf die Welt zu blicken und uns eine Meinung zu ihr zu bilden. Aber auch für die Politik löst die Kopplung mit dem Funktionssystem der Massenmedien ein fundamentales Problem, denn das Zentrum kann das Publikum nicht sehen. Auch in den Massenmedien bleibt es unsichtbar, mehr noch, die Unsichtbarkeit wird

durch die Massenmedien mit erzeugt. Erst über die Umweltbeobachtung, die Konstruktion der öffentlichen Meinung können Hinweise für eine Fremdbeobachtung gefunden werden.

Die Politik reagiert darauf mit der subjekthaften Aufwertung der öffentlichen Meinung zu einem "unsichtbaren Gott" (Luhmann 1989a, S. 21), der als universale Referenzgröße für politisches Handeln unhinterfragt herangezogen wird. Dabei wird vergessen, dass die Operation des Beobachtens immer nur zirkulär und rekursiv durchgeführt werden kann und, dass auch beobachtende Systeme sich Beobachtung aussetzen und dies wiederum antizipieren können und in ihren eigenen Operationen berücksichtigen. "Die öffentliche Meinung ist daher nicht etwas, was irgendwo anders auch noch vorkommt. Sie ist die autistische Welt der Politik selbst" (Luhmann 2005a, S. 290).

Kritik an der systemtheoretischen Konstruktion der Massenmedien

Die systemtheoretische Perspektive darf unbezweifelt als ein einflussreicher, möglicherweise sogar als der einflussreichste Impulsgeber der Medien- und Kommunikationsforschung betrachtet werden. Luhmanns Ablehnung, der Öffentlichkeit den Status eines Funktionssystems zuzuschreiben, hat aus genuin systemtheoretischen Überlegungen Kritik hervorgerufen, genauso wie das breite Verständnis des Funktionssystems Massenmedien ("Einheitsperspektive"), welches Nachrichten, Unterhaltung, Werbung und Public Relations als Programme unterordnet und nicht einzeln ausdifferenziert ("Differenzperspektive") (Görke 2008, S. 174).

Alexander Görke bescheinigt Luhmann bei der Ausarbeitung seiner Überlegungen zu Massenmedien mangelnde Sorgfalt, die zu theorietechnischen Widersprüche mit der allgemeinen Theoriearchitektur führe. Der verwendete Code Information/Nichtinformation ignoriere, dass Informationsselektion zu den unhintergehbaren Systemreferenzen kommunikativer Operationen gehört. Auch das Interaktionsverbot als Grenzkriterium des Funktionssystems Massenmedien stünde durch die Postulierung einer ausschließlichen Kommunikation unter Abwesenden (Luhmann 1995, S. 6) im Widerspruch zur allgegenwärtigen Existenz anderer Funktionssysteme. Letztendlich ist die Verwendung von Technik als Sinnsurrogat durch die Grenzziehung anhand von technischen Verbreitungsmedien nicht mit den allgemeinen Vorstellungen von Grenzen in sozialen Systemen vereinbar, die sich ausschließlich auf Sinnressourcen stützen (Görke 2008, S. 178–179). Ich kann mich dieser Lesart von Niklas Luhmanns "Die Realität der Massenmedien" nicht anschließen, das als Schlüsselwerk für die systemtheoretische Medientheorie fungiert. Die Definitionsstelle zum Begriff der Massenmedien lautet: "Mit dem Begriff der Massenmedien sollen im Folgenden alle Einrichtungen der Gesellschaft erfaßt werden, die sich zur Verbreitung von Kommunikation technischer Mittel der Vervielfältigung bedienen" (Luhmann 1995, S. 6). Damit ist meines Erachtens nicht gesagt, dass weder diese Einrichtungen noch der technische Verbreitungsweg als Grenzen des Funktionssystems betrachtet werden; diese Organisationen sind nur im Funktionssystem verortet. Noch deutlich wird dies, wenn Luhmann seinen Grundgedanken ausführt: "Erst die maschinelle Herstellung eines Produktes als Träger der Kommunikation - aber nicht schon Schrift als solche – (hat, sic)

zur Ausdifferenzierung eines besonderen Systems der Massenmedien geführt. Die Verbreitungstechnologie vertritt hier gleichsam das, was für die Ausdifferenzierung der Wirtschaft durch das Medium Geld geleistet wird: Sie konstituiert selber nur ein Medium, das Formenbildungen ermöglicht, die dann, anders als das Medium selbst, die kommunikativen Operationen bilden, die die Ausdifferenzierung und die operative Schließung des Systems ermöglichen" (Luhmann 1995, S. 6). Technik wird hier als Medium verstanden und erst als massenhaft vorhandenes mediales Substrat koppeln sich diese Elemente des Mediums zu einer Form. Weder konstituiert das Medium eine Systemgrenze noch die Form selber. Sie ist vielmehr die Einheit einer Unterscheidung von etwas Bezeichnetem (Vgl. Luhmann 1997a, S. 609). Erst in ihrer Ausdifferenzierung manifestiert sie sich in die Gestalt eines Funktionssystems, hier dem System Massenmedien. Deren Systemgrenzen konstituieren sich dann in den Grenzen ihrer Sinnressourcen, dem steht weder die Technikhaftigkeit des Mediums zuwider (genauso wenig wie die Materialisation des Mediums Geld, ob in seiner Figur als Edelmetall, Papier oder abstrakt als digitale Zeichenfolge, nicht die Grenzen des Wirtschaftssystems berührt), noch die ausschließende Kommunikationsform unter Anwesenden. Sollte eine solche Lesart zutreffen, dann beruhen entscheidende Kritikpunkte an Luhmanns Konzeption der Massenmedien auf einer Fehlrezeption der Systemtheorie und nicht auf einem Widerspruch.

Spannend bleibt jedoch der Vorschlag zu einer „Aufwertung“ der Öffentlichkeit zu einem Funktionssystem mit der Leitdifferenz "kollektive Information/keine kollektive Information" mit dem

symbolisch generalisierten Kommunikationsmedium Aufmerksamkeit (Hoffjann und Arlt 2015, S. 15ff). Im Zuge einer weiteren gesellschaftlichen Ausdifferenzierung scheint dies ein plausibler Gedankengang zu sein. Vor dem Hintergrund ausschließlich personalisierter Informationsbereitstellungen aufgrund individuell ermittelter Parameter (Vgl. stellvertretend Facebook News) könnte dieser Vorschlag die technische Evolution berücksichtigen.

Problembeschreibung

Für autokratische Systeme stellt sich nun die Frage, welche funktionalen Äquivalente die Leistungen der öffentlichen Meinung ersetzen könnten. Eine Leistung, die dem politischen System erlaubt, Erwartungsstrukturen zu erkennen und es dadurch in die operative Lage versetzt, die Annahmewahrscheinlichkeit von Kommunikation zu erhöhen oder auch Irritationen in Kopplungsbeziehungen mit anderen Systemen zu vermeiden.

Mit anderen Worten, auch ein autokratisches System ist auf die Funktion eines Spiegels in die Gesellschaft angewiesen. Diese Notwendigkeit ist sogar höher anzusetzen als in demokratischen Systemen, da eine objektive und periodische Rückmeldung der Publikumsmeinung, wie sie durch die Wahl erfolgt, in autokratischen Systemen gänzlich fehlt. Der *Problemkontext* der öffentlichen Meinung, *Selbstbeobachtung durch Fremdbeobachtung* als Spiegel in die Gesellschaft, ist demnach auch für das autokratische System relevant und unterstützt die Auswahlhypothese dieser Dimension.

Was wären nun die Möglichkeiten, um öffentliche Meinung in einem autokratischen System zu konstruieren?

Klassische Vorstellungen von Autokratie schließen freie Massenmedien als autonom operierende Funktionssysteme aus. Nicht aus normativen Gründen, sondern aufgrund der einsichtigen Gefahr, dass sich durch die Konstruktion von Kollektivität, zu der Massenmedien in der Lage sind, eine kollektive Opposition zum Regierungshandeln artikulieren kann. Die Literatur ist sich einig, dass in autokratischen Systemen die Systemautonomie der Massenmedien aufgehoben ist. Unabhängige Medien sind in keinem autokratischen System vorhanden und schon in vielen Grauzonenstaaten werden sie definitorisch ausgeschlossen oder eingeschränkt.

Problemlösungen klassischer, funktionaler Äquivalente der öffentlichen Meinung

Als funktionale Äquivalente, um Selbstbeobachtung durch Fremdbeobachtung für das politische System zu leisten, sind verschiedene Ansätze verfolgt worden bzw. werden angewendet. Problemlösungsalternativen umfassen gezielte Maßnahmen zur Informationsgewinnung über die eigene Bevölkerung und sind deshalb direkt bei Nachrichtendiensten oder in deren Umfeld angesiedelt. Als nachrichtendienstliche Disziplinen kommen dafür in Frage:

HUMINT: Durch Schaffung eines umfassenden Spitzelsystems (Human Intelligence) werden frühzeitige Informationen über die "Stimmung in der Bevölkerung" erhofft (Vgl. für den Fall der DDR: Weber und Auerbach 2014; Müller-Enbergs 2008). Bei diesem Vorgehen wird die "Aufklärung" direkt mit dem Repressionsapparat verbunden, "Reaktionen" sind damit unmittelbar aus einer Hand möglich – sicherlich die populärste Variante in Autokratien.

SIGINT: Mit Signalaufklärung (Signal Intelligence) ist hier eher die Unterkategorie der kommunikativen Aufklärung (COMINT) gemeint. Als Beispiel für eine großflächige semantische Überwachung von Telefonnachrichten dient China, das schon vor Jahren in staatlichen Medien seine Bürger auf diese Maßnahmen hingewiesen hat mit der offiziellen Begründung: Unterbindung der Verbreitung von Obszönitäten (Vgl. bspw. Li 2010 Jan)

CYBINT/DNINT: Durch die technische Verschiebung von klassischer Funkkommunikation mit Hilfe von Telefonen, hin zu netzbasierter Kommunikation (IP Communication) über Internetanwendungen (Social Media) hat sich auch die Bedeutung von COMINT hin zu Cyber Intelligence oder Digital Network Intelligence verschoben. Beispiele für den Anspruch auf umfassende Netzkommunikationsaufklärung der eigenen Bürger sind die iranische Internetpolizei FATA oder die Cyberspace Administration of China (CAC). Im Zuge der sogenannten "Snowden-Papiere" wurde aufgedeckt, dass auch westliche Demokratien die Überwachung von Netzkommunikation der eigenen Bürger durchgeführt haben sollen.

OSINT: Die Auswertung sogenannter Open Source Intelligence, also von Informationen aus öffentlich zugänglichen Quellen, hat zur Voraussetzung, dass es solche Quellen gibt. OSINT gewinnt trotz der Zensur von Massenmedien zunehmenden Stellenwert, denn durch den technologischen Fortschritt des Internets sind zwar nicht automatisch Massenmedien vorhanden, aber dennoch Massen an Medien. Man denke nur an die zahllosen Formen privater Meinungspublikation oder an die spezialisierten halbprofessionellen Publikationsformen, die jeweils auch über kommuni-

kative Rückkanäle verfügen und vor allem in private Kommunikationsanwendungen gespiegelt (verlinkt) werden können und somit Resonanz aufbauen. (Ein Beispiel für diese Entwicklungen wäre ein Microblog auf Sina Weibo über das Thema Kindererziehung (小巫 WeeWitch), der mit fast drei Millionen regelmäßigen Lesern⁷ pro Monat Dimensionen erreicht, die in Deutschland nur wenige Nachrichtenseiten schaffen.). Dies führt zu einer zweiten Quelle von OSINT, den verfügbaren individuellen Datenspuren der Kommunikationsteilnehmer. Diese massenhaft vorhandenen Daten können ein umfassendes Bild vom Handeln und Denken der Bürger vermitteln. Hier stehen die technischen Möglichkeiten, die sich durch die Auswertung von Big Data ergeben, gerade in Hinblick auf prognostische Anwendungen, noch ganz an ihrem Anfang.

Folgeprobleme klassischer, funktionaler Äquivalente der öffentlichen Meinung

Wenn wir die Anstrengungen betrachten, die Staaten ohne unabhängige Medien als funktionale Äquivalent zu Massenmedien unternehmen, so werden schwerwiegende Konstruktionsfehler bzw. Folgeprobleme deutlich. Evident wird, dass alle Überwachungsmaßnahmen nicht in der Lage sind, Kollektivität in dem Sinne zu erfassen, wie sie Massenmedien erzeugen. Denn die öffentliche Meinung mit ihren Sinnkomplexen ist nicht einfach schon da, sonst wäre das Problem nur der Zugang zu ihr. Dem

⁷Quelle zu den Microblog-Zahlen: persönliche Einsichtnahme im Jahre 2010. Gemeint sind tatsächlich Leser, nicht Leseaufrufe, sogenannte page impressions. Eine Messung der Anzahl an realen Personen ist deshalb möglich, weil die meisten mobilen Internetaktivitäten innerhalb einer App vorgenommen werden, wozu eine einmalige Anmeldung erforderlich ist.

muss jedoch aus der Logik der Theorie widersprochen werden, da Sinn auf der Entstehung von rekursiver Kommunikation basiert. Die Entstehung von eigenständigen Themen wird durch Zensur unterbunden - oder in die Klandestinität abgedrängt, aber damit entsteht eher ein geschlossenes Organisationssystem als Öffentlichkeit. Damit kann die öffentliche Meinung nicht überwacht werden und zwar schon deshalb, weil sie nicht zustande kommt, sie nicht vorhanden ist. Deshalb bilden die klassischen funktionalen Äquivalente der öffentlichen Meinung in autoritären Systemen auch keine funktionalen Äquivalente, sondern einen klassischen Konstruktionsfehler, der am Bezugsgesichtspunkt vorbeigeht.

Was erfolgt, sind reine Kontrollmaßnahmen von Individuen, die demnach der Repressionsdimension zugeordnet werden müssten, da sie dem Schema der Beobachtung und Strafe von Personen durch das politische System unterliegen. Dieser Umstand leitet über zu dem Folgeproblem der Privatsphäre. Die Voraussetzung für Selbstbeobachtung durch kollektive Fremdbeobachtung erfordert einen Bereich der privaten Kommunikation, der mit dem der öffentlichen zusammengebracht werden kann. Hat eine Gesellschaft ein solches Funktionssystem nicht ausgebildet, oder wird es künstlich unterbunden, dann reichen die Grenzen des politischen Systems in das Private hinein und die Politik-Publikum-Beziehung erodiert. Fremdbeobachtung wird zur systeminternen Selbstbeobachtung. Nur durch die Zulassung autonomer Systeme außerhalb des Politischen kann sich dieses erst selbst beobachten, nämlich durch die Selbstbeobachtung der Fremdbeobachtung. In einem solchen Fall führt die Ausweitung des poli-

tischen Systems zum gesellschaftlichen Supersystem mit gravierenden Folgeproblemen für die Autonomie aller anderen gesellschaftlichen Teilsysteme. Damit stellt eine solche Ausweitung die zentrale Problemstellung bei der Konstruktion eines normativen Autokratiebegriffs dar. Ein zusätzliches legitimatorisches Folgeproblem ist die normative Fragestellung im Umgang mit Privatsphäre. Es basiert jedoch auf Sinnressourcen und muss an dieser Stelle deshalb ausklammert werden. Hier zeigt sich einmal mehr die Komplexität gesellschaftlicher Verknüpfungen.

Problemlösungsvorschlag

Wenn die Betrachtungen zu den klassischen Fehlanstrengungen von Diktaturen zutreffen, öffentliche Meinung durch Direktbeobachtung des Publikums zu ersetzen, um an Informationen über die Bevölkerungsmeinung zu gelangen, dann reisen solche Regime im politischen "Blindflug" durch ihre Evolutionsgeschichte. Noch schwerer wiegt diese Erkenntnis, wenn wir vor diesem Hintergrund die Dimension der Legitimität berücksichtigen, die im Rahmen des WZB-Modells David Eastons diffuse Unterstützung beobachten will; es fragt sich nur, wie könnte ein politisches System ohne Wahlen und Öffentlichkeit so etwas tun?

Aus funktionaler Perspektive und mit Bezug zu der hier entwickelten Letztbegründung, die als normative Vernunftquelle den Beobachter zweiter Ordnung propagiert, kann Politik nicht auf ihre eigene Beobachtung zweiter Ordnung, nämlich die öffentliche Meinung, verzichten. Die Leistungen der Öffentlichkeit für das politische System sind auch für autokratische Systeme ohne Alternative (Hellmann et al. 2003, S. 13).

Eine Antwort auf die Frage, wie ein funktionales Äquivalent der öffentlichen Meinung gefunden werden kann, welches das Funktionssystem der Massenmedien ersetzen kann, erscheint im Moment nicht möglich.

Auch Ausnahmen bestätigen meiner Meinung nach nur die Regel. Zwar erzeugt Russland durchaus erfolgreiche Resultate an diffuser Unterstützung durch eine Kombination von Thematisierungsstrategien wie staatlich gelenkte Medien, die alte Tradition des "Agitprop" und neue Instrumente der Kommunikation in sozialen Medien (bspw. Lohnkommentatoren, "Troll-Armeen" oder "Kremlbots"), (Vgl. Levada-Center 2015). Eine eindeutige Rückmeldung zur Bevölkerungsmeinung erlangt das System durch das Instrument der Wahl - in Russland noch vorhanden – jedoch nur, wenn die Wahl nicht vollständig manipuliert wurde.

Wenn in Autokratien Öffentlichkeit über das Funktionssystem Massenmedien hergestellt werden soll, müsste die Kopplung des politischen Systems mit dem System der Massenmedien so eng gestaltet sein, dass die Stärkung von Sinnressourcen durch bevorzugte Themen möglich ist.

Zwei Entwicklungen kämen Autokratien bei dem Versuch einer subtilen „Themensetzung“ - ohne direkte Eingriffsmöglichkeit, wenn wir es mit einem autonomen Systemen zu tun haben – entgegen: Die fortschreitende gesellschaftliche Ausdifferenzierung (I.) und die Entwicklung der Sozialen Medien (II.).

(I.) Durch Ersteres ist es grundsätzlich schwieriger geworden, Massen mit einem technischen Medium zu erreichen. Die öffentlich-rechtliche Grundversorgung in Deutschland durch die Medien Fernsehen und Radio geschieht de facto unter Ausschluss

des jugendlichen Publikums. Einzelne Medien haben es grundsätzlich schwerer, als sogenanntes Leitmedium wahrgenommen zu werden, das Publikum verteilt sich auf „ihre“ Medienkanäle. Der gemeinsame Code Information/Nichtinformation, dem alle diese Medien unterliegen, erzeugt durch die hohe Anzahl der Medien eine immer kürzere Verfallszeit von Nachrichten. Themen können kaum noch länger kollektiv aufrechterhalten werden. In einem solchen Gewirr unterschiedlichster Stimmen und gleichzeitig rapide sinkender Aufmerksamkeitsspanne ist es einfacher, abweichende Meinung zuzulassen, da sie nur noch schwer wahrgenommen werden. Statt einer harten Zensur erfolgt die Kooptation über Herausgeberkonstruktionen.

(II.) Neben der abnehmenden Bedeutung des einzelnen Mediums lässt die Verbreitung und Anwendung der sogenannten Sozialen Medien Mikroöffentlichkeit in Nebenräumen entstehen. Spannend ist hier die Frage, ob Soziale Medien das Potenzial besitzen, ein hinreichendes funktionales Äquivalent zum Funktionssystem der Massenmedien zu bilden und dadurch Öffentlichkeit entstehen zu lassen. Denkbar wäre, dass parallel zur Aufsplitterung der Massenmedien in viele Gruppenmedien Kollektivität im Plural, also multiple Kollektivität, entsteht d. h. viele öffentliche Meinungen, mit denen ein individuelles Kopplungsverhältnis eingegangen werden kann.

Das aus systemtheoretischer Sicht entscheidende Kriterium für die Entstehung eines Systems Öffentlichkeit ist die auf Dauer gestellte Kommunikation (Vgl. Gerhards 1994, S. 84) und dafür erweisen sich Soziale Medien geradezu als prädestiniert. Die technologische Entwicklung erlaubt in zunehmenden Maßen genau

diese Dauerhaftigkeit, ja, sie erzwingt sie geradezu durch symbolische Zustimmungen ("likes"), Verbreitung ("retweets") und Antwortkaskaden in den öffentlichen Arenen des Netzes. In Verbindung mit einer kommunikativen Personalisierung der Politik, also die zielgruppengerechte Distribution von Themenangeboten, entsteht eine wirkmächtige Suggestion von individueller Partizipation an einer öffentlichen Debatte. Suggestion deshalb, weil die Fesseln des Gatekeepers Presse entfallen, die Informationen, also auch individuelle Meinung, schon aufgrund der Masse anhand von Nachrichtenwerten selektieren (Vgl. Luhmann 1995, S. 26–30) müssen. Eine Stärkung der Intra-Publikumskommunikation zur politischen Meinungsbildung scheint möglich zu sein. Wie wichtig dieser "direkte Draht" zum Publikum ist, zeigt die Beobachtung, dass der eigentliche Einfluss auf die Annahme oder Ablehnung von Sinnangeboten nicht durch Massenmedien erfolgt, sondern durch Interaktion mit der jeweiligen Primärgruppe (Familie, Freunde, Nachbarn) (Fuhse 2003, S. 139–140). Dies würde bedeuten, dass der öffentlichen Arena eine halb-öffentliche nachgeordnet ist, die erst zur tatsächlichen Willensbildung, zur Bevölkerungsmeinung führt. Die öffentliche Meinung, erzeugt durch die Massenmedien, wäre nicht nur operativ nachgelagert, sondern auch in einem zeitlichen Dauerverzug und das Spiegelbild für die Politik wäre dadurch nie völlig scharf. Wäre es technisch möglich, diese Arena zu überspringen, könnte suggerierte Öffentlichkeit in Mikrokollektiven unter Umständen zu einem funktionalen Äquivalent klassischer Programme der Massenmedien avancieren. Eine weitere Personalisierung in der Politik-Publikumsbeziehung ist auch deshalb möglich, weil sich die normative Vorstellung von Privatsphäre auch in demokratischen

System radikal verändert hat. Ganz offen werden Massen an Datenpunkten durch tiefste Einblicke in das Private gewährt. Nicht nur das Wirtschaftssystem nimmt diese Einsichten dankbar an, auch die Politik versucht, beispielsweise durch Strategien der Verhaltensforschung wie dem "Nudging", solche Daten zu verarbeiten. Dies erlaubt dem politischen System potenziell maßgeschneiderte, für jedes Thema passende Kommunikationsangebote zu erzeugen.

Es entsteht der Eindruck, dass hier die Entwicklung noch zu stark am Anfang steht und sich zudem zu sehr in Bewegung befindet, um ein klares Bild zu erhalten. Vor der Annahme einer weiteren Ausdifferenzierung und im Sinne eines Idealtypus erscheint jedoch eine solche Zukunftsskizze eine plausible Annahme für ein funktionales Äquivalent der Massenmedien zu sein, um Öffentlichkeit durch auf Dauer gestellte Direktkommunikation zu erzeugen.

5. Dimension Rationalität

Problemdefinition

In einem klassischen Verständnis meint politische Rationalität einen Denkstil, der stark von einer westlichen Philosophie geprägt ist, die sich durch "intellektuelle Unabhängigkeit, kritisches Hinterfragen herrschender Autoritäten oder vorherrschender Ansichten und Strukturen, das Bekämpfen von Vorurteilen oder den optimistischen Glauben an die Durchsetzbarkeit der Vernunft durch Erziehung und Bildung" auszeichnet. Die Politikwissenschaften assoziieren politische Rationalität aber auch mit Macht, beziehungsweise setzen sie in der Tradition Niccolò Machiavellis

und Max Webers mit Macht gleich. Politische Rationalität ist hier eine Strategie des Machterwerbs, der Machtsicherung und der Machtausübung (Czerwick 2011, S. 124).

Die Systemtheorie nach Niklas Luhmann spricht ganz allgemein von Systemrationalität, wenn "Aspekte der Umwelt im System in Rechnung gestellt werden können" (Luhmann und Baecker 2002, S. 190). Gemeint ist hier, dass Systeme die eigene Differenz zur Umwelt reflektieren und sich selbst bestimmen als Unterscheidung von Selbstreferenz und Fremdreferenz, die dieser "Differenz in sich selbst operativ Bedeutung, Informationswert, Anschlußwert verleihen müssen" (Luhmann 2012b, S. 640–641); (Luhmann 2002, S. 77).

Auf den ersten Blick erscheint der Vorgang des Systems, welches sich operativ aus der Umwelt ausschließt, aber beobachtend in sie wieder einschließt, paradox, als ein sinnloser Vorgang ohne Effekt. Erst durch die Berücksichtigung von Komplexität ergibt dieses Manöver wiederum Sinn, dann "kann man sich vorstellen, dass ein System mit, sagen wir einmal getesteter Rationalität und getesteter Komplexität anders operiert und anders organisiert ist als einfache Systeme, die diese Evolution oder diese Planung nicht hinter sich haben" (Luhmann und Baecker 2002, S. 190).

Darin ist der Grund zu sehen, dass Rationalität auch mit Handlungsrationalität gleichgesetzt wird, nämlich als kalkulierter Bereich von Zwecken und Mitteln, die beide Folgen des jeweiligen Handelns sind. Durch die Formulierung von Präferenzen und der Verfolgung der dazu passenden Ziele werden Kosten kalkulierbar und sondern all dasjenige aus, was unerwartet passieren könnte.

Risiko wird demnach aus der Rationalitätsdiskussion ausgeschlossen - und über das Risikomanagement wieder eingebaut (Luhmann und Baecker 2002, S. 188–189).

In die Terminologie von Spencer Brown übertragen bildet Rationalität eine Unterscheidung, einen markierten Bereich, der berechenbar ist, den man mit "Wahrscheinlichkeiten und Unwahrscheinlichkeiten kalkulieren kann und damit auch dem, was nicht berechenbar ist, sehr weit entgegenkommt, aber dennoch einen ganzen Kranz von jenseitigen Faktoren nicht in Rechnung stellen kann. Das Risiko kann nie wirklich in die Form von Kosten gebracht werden, sodass, was auch immer passiert, die Entscheidung auf alle Fälle richtig wäre, weil der Erfolg die Kosten deckt." Als Beispiel dienen Schlagwörter wie: Anführen von Technologierisiken oder ökologische Risiken. Hier existiert immer eine nicht-rationale Zone außerhalb des "marked space", auch wird ein Rationalitätskontinuum gebrochen (Vgl. Luhmann und Baecker 2002, S. 189).

Das systemtheoretische Verständnis von politischer Rationalität hebt also auf eine Übereinstimmung des Systems mit seiner Umwelt ab, in dem Kopplungsverhältnisse nicht irritiert werden. Das bedeutet, dass die systemeigene Komplexität als Selektionsmuster fungieren muss, um Umweltirritationen zu verarbeiten und aus ihnen zu lernen. Diese Auswahl, dieser Lernprozess erfolgt im Rahmen eben jener Systemrationalität (Luhmann und Baecker 2002, S. 190). Diese ständige Anpassung, das Korrigieren und Verbessern, richtet sich auf die zentrale Funktion des politischen Systems aus. Es trägt zur Akzeptanz der kollektiv verbindlichen Entscheidungen in der Gesellschaft bei. Rationalitätskriterien sind

somit nicht an der Lösung gesellschaftlichen Problem ausgerichtet, sondern an der Akzeptanz von politischen Entscheidungen (Vgl. Czerwick 2011, S. 125f).

Problemgesichtspunkt

Im Falle des demokratischen Systems bedeutet der Problemgesichtspunkt der Rationalität, einen Weg zu finden, um der Natur von Entscheidungsprozessen entgegenzuwirken, die laufend Komplexität – selektiv - reduzieren. Demokratie würde so gesehen die Erhaltung der Komplexität bedeuten, trotz laufender Entscheidungsarbeit: "Erhaltung eines möglichst weiten Selektionsbereichs für immer wieder neue und andere Entscheidungen. Darin hat Demokratie ihre Rationalität und ihre Menschlichkeit: ihre Vernunft" (Luhmann 1983a, S. 40).

Im Falle der Handlungsrationität geht es um die Beherrschung des Risikos. Um die Beachtung von Handlungsfolgen, die als Risikomanagement in eine Welt eingebracht wird, die sich insgesamt diesem Rationalitätskalkül nicht fügt und mit Überraschungen reagiert.

Für ein idealtypisches autokratisches System mündet das in der Suche nach funktionalen Äquivalenten für einen möglichst offenen Selektionsbereich für Entscheidungsprämissen, dem Lernbereitschaft zugrunde liegt und dessen Rationalitätskalkül das gesellschaftliche Risiko zu minimieren trachtet.

Wenn wir uns den Problemgesichtspunkt noch einmal aus größerer Distanz ansehen fällt auf, dass Lernbereitschaft, also Selektionsoffenheit von Entscheidungen wie auch das Risikomanagement, eher rhetorische Leistungen sind. Wenn Risiko die Form ist,

"in der die Zukunft in Entscheidungen sichtbar gemacht und rationalisiert wird" (Luhmann 2012a, S. 261), dann liegt das Problem nicht in den Kalkulationen von Eintrittswahrscheinlichkeiten, sondern in der Abwägung verschiedener Risiken, die wegen "unterschiedlicher Betroffenheiten, unterschiedlicher Wahrscheinlichkeiten, unterschiedlicher kompensierender Vorteile untereinander unvergleichbar sind" (Luhmann 2012a, S. 368). Bei Abwägungsentscheidungen befinden wir uns jedoch wieder im Bereich der politischen Moral, diese kann aber mit dem Problem des Risikos nicht angemessen umgehen und verhält sich deshalb - durch Abwägungsentscheidungen - selber riskant.

Ersetzen wir den Rationalitätskalkül durch den Begriff der Intelligenz, so lässt sich analog der liberalen Wirtschaftstheorie idealisieren, dass eine "rationale Rationalität" nicht durch moralische (politische) Abwägungen gestört werden darf und sie eine Vielzahl von losen "Weak Ties" (Granovetter 1973) in die Gesellschaft garantieren müsste, um von einer "verteilten Intelligenz" profitieren zu können (Vgl. Nassehi 2015a, S. 125).

Problemlösungsvorschlag

Zu erkennen ist schon jetzt, dass es nicht notwendigerweise auf eine originäre Konstruktion von funktionalen Äquivalenten hinauslaufen muss, um die Systemleistung von demokratischen Systemen in eine Autokratie „hineinzukopieren“. Im Gegenteil sind vor dem Hintergrund der funktionalen Letztbegründung und den skizzierten Steuerungsstrukturen schon wesentliche Elemente angelegt, die eine hohe Systemrationalität annehmen lassen. Die institutionalisierten Formen von Themeneingabemöglichkeiten

garantieren die Komplexitätsoffenheit für Entscheidungsprämissen. Handlungsrationalität wird durch die Auslagerung der Produktion von Problemlösungsvorschlägen erwartet, die sich durch eine eigene "kyberetische Moral" dem normativen Problem des Risikomanagements, der Risikoabwägung, zumindest rhetorisch entziehen.

6. Dimension Repression

Begriffsdefinition

Für die Beschreibung von Repression bezieht sich das WZB-Modell (Vgl. Gerschewski 2013, S. 21) auf Christian Davenport. Er schreibt: "repression involves the actual or threatened use of physical sanctions against an individual or organization, within the territorial jurisdiction of the state, for the purpose of imposing a cost on the target as well as deterring specific activities". Wie andere Formen von Zwang stützt sich staatliche Repression auf Drohungen und Einschüchterungen und damit auf die Verletzung von Grundrechten (Davenport 2007a, S. 2).

Für autokratische Regime lassen sich drei Ursachen isolieren, die zum Einsatz von Repression führen: (1) es gibt keine Alternativen für politische Kontrolle, (2) es drohen keine Konsequenzen für derartige Handlungen von Repressionn, (3) es fehlen Mechanismen zur Hegung staatlichen Zwangs (Davenport 2007b, S. 10).

Wenn wir versuchen, diese Definition in ihre Bestandteile zu zerlegen, erhalten wir zunächst das Element einer Beschreibung von sozialer Kommunikation (Drohungen und Einschüchterungen), physischer Beeinträchtigung (Gewalt) und einen definitorischen

Bezug auf Normen (Auswahl an Grundrechten). Soziologisch gesehen ist das eine noch unklare, ja unbefriedigende Definition von Repression. Vordergründig einmal durch die arbiträre normative Komponente eines Bezuges auf Grundrechte. Hier bleibt die Definition ihre ontologische Begründung schuldig. Auch der Blick auf die Ursachen von Repression in autokratischen Regimen ist unbefriedigend, da er ein Bias mitführt. Voraussetzung für solche Erklärungen ist die Abwesenheit von autokratischer Legitimität sowie eine Ordnung ohne bindende Normen beziehungsweise das Fehlen von Recht in Autokratien. Auf einer individuellen Ebene wird dem repressiven Machthaber eine Art pathologische Bedürfnisbefriedigung unterstellt. Das mag sicherlich zu beobachten sein, als generalisierte Erklärung staatlicher Repression ist dies soziologisch jedoch ebenso unzureichend plausibilisiert, wie die Vorstellung von einer Art pathologischem System als generalisiertes Modell einer Autokratie.

Legen wir das definitorische Element der - meines Erachtens arbiträren - Auswahl an normativen Grundrechten einmal beiseite, die meist mit Repression in Verbindung gebracht wird (Vgl. Davenport et al. 2000, S. passim) und konzentrieren wir uns auf das Element der Gewalt, dann stellen wir fest, dass das Phänomen der Gewalt nur schwer zu konzeptionalisieren ist, und zwar in all seinen Dimensionen und Konstruktionen. Die Beschreibung von Gewalt als das eskalierende Resultat von Konflikten sagt weder etwas über den Ursprung noch über die Mechanismen von Gewalt aus (Sitzer und Heitmeyer 2016, S. 437) (Vgl. auch Roth 1988, S. 18). Zurück bleibt ein Begriff, der im besten Falle eine phänomenologische Beschreibung ist (Imbusch 2003, S. 13).

Ergiebiger scheint auf den ersten Blick die Ersetzung von Gewalt durch Zwang zu sein. Mit einem systemtheoretischen Verständnis kann man Zwang in dem Sinne beschreiben, dass hier die Wahlmöglichkeiten des Gezwungenen auf Null gesetzt werden. In seiner finalen Ausprägung läuft Zwang auf die Anwendung von physischer Gewalt hinaus. Das Problem dabei ist, dass politische Systeme, da sie über ein Mindestmaß an Komplexität verfügen, auf einen Weberschen Erzwingungsstab für die Anwendung von Zwang angewiesen sind, denn sie können Zwang nicht zentralisieren, sie können nur die Entscheidungen zur Anwendung von Zwang zentralisieren. "Das bedeutet, daß sie Macht bilden müssen, um Zwang zu ermöglichen" (Luhmann 2003, S. 9):

Mit anderen Worten: Bei dem Definitionsbereich, der für die Beschreibung von staatlicher Repression vorgeschlagen wurde, handelt es sich de facto um ein Rubrum von Macht. Macht bildet das Kernelement des Problems von staatlicher Repression.

Sollte diese Sichtweise zutreffen, dann erscheint eine Analyse des Phänomens Macht fruchtbarer zu sein, als den fluiden Begriff von Repression zu nutzen. Dies würde in der Konsequenz bedeuten, die Repressionssäule des WZB-Modells durch eine Machtsäule zu ersetzen. Mit gravierenden Folgeproblemen durch ein nun analytisches Ungleichgewicht gegenüber den anderen Säulen. Oder aber, Repression wird beibehalten, „schrumpft“ in diesem Fall aber zu einer rein phänomenologischen Perspektive.

Der neu angewandte Fokus auf den Machtbegriff katapultiert die Repressionsdimension damit aus dem Rahmen der eigenen Äquivalenzsuche für ein autokratisches System, denn Macht muss nicht substituiert werden, sie ist, im Gegenteil, ein integraler, notwendiger Bestandteil eines stabilen politischen Systems.

Macht ist aus systemtheoretischer Perspektive ein symbolisch generalisiertes Kommunikationsmedium, eine "einflußnehmende Kommunikation auf einen Partner, der in seinen Selektionen dirigiert werden soll" (Luhmann 2003, S. 8). Für die erfolgreiche Distribution von kollektiv verbindlichen Entscheidungen ist Macht deshalb elementar, aber inhaltsleer. Denn es geht nicht um ein Bewirken von spezifischen Wirkungen, sondern um die Beschränkung des Selektionsspielraums des Gegenübers (Vgl. Luhmann 2003, S. 11). Es geht hier um die Leistungsfähigkeit des politischen Systems zur Reduktion von Komplexität. Die Funktion der Macht lässt sich aus dieser Perspektive als "Generalisierung der Relevanz individueller Entscheidungsleistungen" umschreiben (Luhmann und Kieserling 2012, S. 54).

Generalisierung von Einfluss auf Entscheidungsleistungen lässt sich systemtheoretisch durch drei Dimensionen analytisch unterscheiden: eine zeitliche, eine sachliche und eine soziale Dimension. Aus begrifflichen Gründen korrespondiert der zeitliche Einfluss mit Macht, der sachliche Einfluss mit Autorität und der soziale Einfluss mit Führung. Allen gemeinsam ist die Funktion, Entscheidungsalternativen anbieten zu können, ohne ihren jeweiligen Grenzfall, die Anwendung von psychischer Gewalt in Anspruch nehmen zu müssen. Sie schließen sich realiter ein und sind in großem Umfang aufeinander angewiesen (Luhmann und Kieserling 2012, S. 61–62). Das bedeutet, dass Macht, Autorität und Führung als Maßnahmen zum Umgang mit steigender Komplexität in einer Gesellschaft funktional begründet sind und nicht nur durch individuelle Bedürfnisbefriedigung oder pathologische Merkmalausprägungen.

Problemgesichtspunkt

Folgt man dieser Sichtweise, dass staatliche Repression sein Bezugsproblem in der Machtfrage findet, dann lassen sich die verschiedenen Indikatoren, die Repressionskonzeptionen anführen, als Anzeichen für eine Machterosion klassifizieren. Denn Macht hat es nicht geschafft, seinen Einfluss zu generalisieren und war gezwungen, seine finale Ressource zu mobilisieren. Dies sind Anzeichen für eine Gefährdung von Macht, die letztendlich ihre Zerstörung einleiten könnte.

Vor diesem Hintergrund bilden sich als Problemgesichtspunkte dieser Dimension, die jetzt in ihrer Neuausrichtung auf das Machtproblem rekurriert, zum einen Generalisierung und Differenzierung und zum anderen die Negierbarkeit des Machtcodes als Grundprobleme (Vgl. Luhmann 2003, S. 55).

Alle anderen Variablen des Repressionsbegriffs (Vgl. Gerschewski 2013, S. 21; Davenport et al. 2000, S. 11f) könnten sicherlich als Proxy-Indikatoren herangezogen werden, verzerren aber die eigentlichen Problemursachen von Stabilität.

Problemlösungsvorschlag

Problemlösungsvorschläge müssen auf einer abstrakten, unspezifizierten Ebene verbleiben, da wir auch innerhalb eines Idealtypus den jeweiligen Handlungskontext zu berücksichtigen haben. Grundsätzlich lässt sich deshalb nur feststellen, dass die Generalisierung von Entscheidungsalternativen durch die Organisation eines Hierarchiegefälles in Form von Rollendifferenzierungen realisiert werden müssen (Vgl. Luhmann und Kieserling 2012, S. 58).

Die Gefahr einer Negierbarkeit des Machtcodes ist gemeinhin durch Legitimität begegnet worden, mit all den skizzierten Schwierigkeiten. Eine Legitimierung des autokratischen Machtcodes erfolgt in meiner Konstruktion des Idealtypus durch die vorgeschlagene Letztbegründung.

7. Dimension Kooptation

Begriffsdefinition

Mit dem Begriff der Kooptation, der für die Bezeichnung der dritten Säule des WZB-Modells herangezogen wurde, stoßen wir auf ein schwieriges Phänomen. Johannes Gerschewski definiert ihn als: "the capacity to tie strategically-relevant actors (or a group of actors) to the regime elite". Weiter

schreibt er: Funktion dieses "Subgame" ist die Kohäsion einer strategischen Führungsklasse sowie die Steuerungsfähigkeit dieser Klasse durch die Politik. Verhindert werden sollen Situationen, in denen einzelne Akteure zu stark werden (Gerschewski 2013, S. 22). Der Begriff ist hier also nicht mit formellen Techniken der Amtsinvestitur zu verwechseln (Vgl. Loewenstein 1973, S. 11–12).

Aus gebotener Distanz wird deutlich, dass auch hier im Grunde wieder Machtrelationen zwischen der politischen Spitze und einer bestimmten Gruppe von Machtunterlegenen beschrieben werden. Es geht um Folgebereitschaft und die Verhinderung von Machtzuwachs dieser Gruppe. In einem erweiterten Problemfeld könnte man zwar noch Steuerungsfähigkeit hinzunehmen, wodurch meines Erachtens jedoch der phänomenologische Ursprung, nämlich die Macht, vernebelt wird.

In diesem speziellen Fall demonstriert der systemtheoretische Machtbegriff seine Leistungsfähigkeit, da die im WZB-Modell beschriebene Kooptation insbesondere auf das Problem der Entscheidungsspielräume in einer hierarchischen Beziehung rekurriert. Der doppelte Alternativenhorizont auf Seiten der Machthaber und auf Seiten der fokussierten machtunterlegenen Gruppe, hier der strategischen Eliten, zeigt eindrucksvoll die Notwendigkeit einer Generalisierung von Handlungsentscheidungen („capacity to tie“) durch das Problem gesellschaftlicher Ausdifferenzierung in "strategically-relevant actors".

Problemgesichtspunkt

Das Problemfeld lässt sich zweifach aufspannen. Zum einen aus Sicht der Machtunterlegenen, zum anderen aus Sicht der Mächtigen. Im letzteren Fall geht es darum, den Einfluss zu generalisieren, also Macht auszubauen, indem der Machthaber über Alternativen verfügt. Zwei Typen von Alternativen sind hier zusammenzufassen: Neben der Anwendung physischen Gewalt, ist es der Rückzug aus einem Kooperationsverhältnis, also die Möglichkeit, unabhängig zu leben. Kritisch ist hier das Zeitelement. Die Chance auch in zukünftigen Situationen Macht ausüben zu können, ist mehr oder weniger unsicher (Luhmann und Kieserling 2012, S. 63).

In eine völlig andere Richtung würde der Gedanke zielen, sich das Kooperationsproblem, welches Kooptation zugrunde liegt, aus nutzenmaximierender Perspektive anzuschauen (Vgl. Wintrobe 2005, S. 9). Ignorieren wir einmal die methodologischen Konse-

quenzen, die eine um die Machtkomponenten entleerte Herrschaft aufwirft, stellt sich auch hier aus individueller Sicht die Frage nach der Motivation. Schon auf der individuellen Ebene wird dies schwierig sein zu isolieren und als aggregiertes Phänomen fast nicht mehr handhabbar. Denn wenn die Bevorzugung des Status quo, des Gewohnten, eine relevante Entscheidungsgröße aus psychologischer Sicht darstellt, dann existiert neben den klassischen Rational-Choice-Motiven der Nutzenmaximierung eine weitere Einflussgröße für Kooptationsbeziehungen (Vgl. Eidelman und Crandall 2009, S. passim). Historisch wurden solche Akteure auch als "Mitläufer" bezeichnet. Es zeigt sich aber einmal mehr, auf welch hypothetischen Füßen induktive Aussagen zu Folgegründen in politischen Ordnungen stehen. Die Interaktion zwischen psychischen und sozialen Systemen ist unklar. Dieser Strang zur Problematisierung von Kooptation scheint deshalb unbrauchbar zu sein. Aus diesem Grund wird zurück in den Kontext der Macht verwiesen.

Problemlösungsvorschlag

Eine solcherart entkleidete Kooptation muss sich, analog der Repressionssäule, der Machtfrage stellen. Wenn die Stabilität von Systemen im Zentrum steht, scheint mir die Analyse von Macht von zentraler Bedeutung zu sein. Alle anderen "proxy-indicators" (Gerschewski 2013, S. 22) würden nur an der Oberfläche kratzen. Der Problemlösungsvorschlag für die Dimension Repression lautet deshalb: Machtanalyse.

Kartografie des autokratischen Idealtypus

Aus Orientierungsgründen möchte ich zum Abschluss die einzelnen Dimensionen einer idealtypischen Autokratie auf eine gedankliche Übersichtskarte übertragen. Was gewonnen wurde, ist ein Konstrukt, welches versucht, zwei vermeintlich konstituierende Merkmale von Autokratien zu überwinden. Zum einen die Beschreibung von Repression als definierendes Element von Autokratie (Vgl. Gerschewski 2013, S. 21), zum anderen die Dominanz des politischen Systems in Autokratien, die eine autonome Ausbildung anderer gesellschaftlicher Teilsysteme untergräbt und damit die Gesellschaft als politische Organisation führt, mit allen nicht intendierten Folgeproblemen für die Autopoiesis dieser Teilsysteme.

Mit Rekurs auf die funktionale Letztbegründung der Kyberethik ist eine Struktur entstanden, die als wesentliche Merkmale Problemverarbeitung und Problemlösungsvorschläge in einem eigenen System externalisiert. Dagegen erfolgt die Offenheit für Themeingaben im Rahmen einer korporatistischen Strategie durch die Vorschaltung von Organisationen als Element der Exklusion und Kontrolle. Partizipatorische Input-Transparenz wurde durch eine Output-Transparenz ersetzt. Als ein funktionales Äquivalent zur Vorselektion von Entscheidungen analog dem demokratischen Sekundärkode Regierung/Opposition fungiert eine themenvorschlagsberechtigte Institution, deren Codierung des Kommunikationsmediums die Ausprägung gemeinwohlfördernd/gemeinwohlschädlich umfasst. Mit diesem Sekundärkode wäre ein Filter in das politische System eingezogen, ohne den Machtcode zu beschädigen.

Durch eine idealtypische Zukunftsskizze wurde aufgezeigt, dass mit dem Fortschreiten der technologischen Entwicklung Kommunikation auf Dauer in öffentlichen Arenen gestellt werden kann, die als suggerierte Öffentlichkeit in Mikrokollektiven ein funktionales Äquivalent zu den klassischen Programmen der Massenmedien bilden. Durch die Erosion der Privatsphäre ist eine weitere Personalisierung in der Politik-Publikum-Beziehung möglich, die es dem politischen System erlaubt, maßgeschneiderte, für jedes Thema passende Kommunikationsangebote zu unterbreiten. Entgegen klassischer Vorstellung von Autokratien (Vgl. Czerwick 2011, S. 212 Fn 508) schafft es der Idealtypus durch dieses strukturelle Arrangement, die funktionalen Anforderungen der gesellschaftlichen Umwelt nicht durch sein Rationalitätskalkül zu unterdrücken. Die Rationalität des Systems ermöglicht durch die institutionalisierten Formen von Themeneingabe die Komplexitätsoffenheit für Entscheidungsprämissen aus der Umwelt, also die Verarbeitung von Information aus der Differenz von Selbstbeobachtung und Fremdbeobachtung.

Die Elemente Legitimation, Repression und Kooptation des Dreisäulen-Modells des WZB erfordern meines Erachtens eine konzeptionelle Akzentverschiebung.

Auch in einer idealtypischen Autokratie ist Legitimation ein wesentlicher Pfeiler. Sie wird durch einen Rechtsstaat erzeugt, der auf ein Normsetzungs- und Normgeltungsverständnis reduziert wurde. In einem solchen Rechtsstaat kann sich die Bindewirkung generalisierter Anerkennung als Legitimität durch Verfahren entfalten - ausgenommen davon ist selbstverständlich der Wahlakt.

Sinngeneratoren wie Ideologien beziehungsweise Master Narrative, aber auch performative Legitimität wirken dabei als zusätzlich legitimierende Sinnressourcen.

Die Betrachtung von Repression hat verschiedene Schwierigkeiten aufgeworfen. Meine These dazu besagt, dass wir es hier im Grunde mit einem Machtproblem zu tun haben, welches keine autokratiespezifischen Probleme zeitigt, die in einem Idealtypus funktional ersetzt werden müssten. Macht ist vielmehr ein originäres Problem jedes politischen Systems. Mein vorgeschlagener Idealtypus kann sich auf eine eigene Legitimität berufen und überwindet dadurch die Gefahr einer Negierbarkeit des Macht-codes.

Kooptation als dritte Säule des WZB-Modells beschreibt de facto ein Machtlagensubstitut, mit dessen Hilfe "ein übermächtiger Partner sich mit denen arrangiert, die sich zurückziehen oder illoyal sein könnten" (Luhmann 2003, S. 10). Wie im Falle der Repression schlage ich einen methodischen Wechsel hin zu einer Machtanalyse vor. Der Vorteil dabei ist, dass durch die Veränderung die drei Säulen zu Proxy-Indikatoren werden, die aber auf ihren Ursprung, die politische Macht bezogen werden können. Zudem kann damit kann das vollständige Konzept aus dem einseitigen politischen Bias geholt werden, den es durch die alleinige Gültigkeit für Autokratien zwangsweise aufgebaut hat, denn nun wäre die Stabilitätsanalyse prinzipiell auf jedes Regime anwendbar.

VIII. Résumé

Als letzte Aufgabe verbleibt die Frage nach dem Erkenntnisgewinn dieser Entdeckungsreise. Darauf möchte ich eine Antwort aus drei Perspektiven geben: Eine persönliche Mikroperspektive (VIII.1) soll sich der Frage stellen, ob der explorative Ansatz gerechtfertigt war. Eine Art Mesoperspektive (VIII.2) soll den Erkenntnisgewinn unter dem eingangs formulierten Erkenntnisinteresse beleuchten. Schlussendlich erlaube ich mir einen Blick auf eine Art zeitdiagnostische Ebene (VIII.3), die sich als überraschende Erkenntnis in das Blickfeld geschoben hat, ja, als "Heureka" dieser Reise formuliert werden kann.

Mikroebene des persönlichen Erkenntnisgewinns

Edwin Czerwick hat in seinem Vorwort berichtet, mit welcher blauäugigen Herangehensweise er das systemtheoretische Instrumentarium für seine Fragestellung nutzen wollte: "Naiver Weise glaubte ich, dass es ausreichen würde, mich auf seine [Luhmanns; sic] wenigen Beiträge zur Demokratie konzentrieren zu können, um meine Wissensdefizite zu schließen. Dieser Glaube erwies sich aber relativ schnell als Irrglaube. Vor der Entscheidung stehend, entweder meine Auseinandersetzung mit Luhmanns demokratietheoretischen Überlegungen aufzugeben oder aber seine Arbeiten einigermaßen systematisch nach Stellungnahmen zu Demokratie zu durchsuchen und zu untersuchen, entschloss ich mich für die zuletzt genannte Alternative" (Czerwick 2008, S. 8). Dem kann ich mich vollumfänglich anschließen. Systemtheoretische Herangehensweisen sind eine Zumutung. Der Umfang

an vorbereitenden Arbeiten und die Notwendigkeit, immerzu Niklas Luhmanns Gesamtwerk im Blick zu behalten, weil einzelne Theoriebausteine in völlig unvermuteten Ausgaben zu finden sind, ist immens. Vor diesem Hintergrund sind jegliche Ignoranz und Marginalisierung in sozialwissenschaftlichen Curricula wie auch in der sozialwissenschaftlichen Forschung mehr als gerechtfertigt.

Am Ende - wenn es denn eines gibt - steht aber auch eine Neuentdeckung der Soziologie, die Dirk Baecker deshalb mit vollem Recht jedem Studierenden ans Herz legt, weil sie sich mit einem der faszinierendsten Probleme unserer Zeit beschäftigt, mit der Komplexität von Gesellschaft. Eine Neuentdeckung vor allem deshalb, weil das Denkmittel Systemtheorie im wahrsten Sinne des Wortes die Perspektive auf die Welt verändert, indem sie einen Denkraum strukturiert. In Verbindung mit einem explorativen Ansatz ist es deshalb auch möglich, von einer Entdeckungsreise zu sprechen, da bis zum Schluss völlig unklar blieb, wie genau, über welche Umwege und ob am Ende das Ziel erreicht würde. Mit anderen Worten, die Hybris der Fragestellung war nur durch Naivität und Unkenntnis über den tatsächlichen Weg möglich. Insofern glaube ich, einen ähnlichen Spannungsbogen durchlebt zu haben wie Naturwissenschaftler, die das erste Mal ihre Apparatur in Gang setzten. Alles ist möglich, von Zischen und Tuten bis zur auflösenden Verpuffung des Aufbaus.

Unabhängig aber von der Freude am Erkunden und „Werkeln“ kommt am Ende eine Art fragender Zweifel auf, jener nämlich nach der Grenze einer „selbständig verfassten Abhandlung (...), die in Inhalt und Form wissenschaftlichen Ansprüchen genügt und neue Erkenntnisse enthält“, wie es die Promotionsordnung

verlangt (Humboldt-Universität zu Berlin 2012). Mit aller Demut und ohne Begutachtungen vorzugreifen, nach bestem Wissen und Gewissen glaube ich, mich immer in Luhmanns Theoriearchitektur bewegt zu haben. Und gerade deshalb stellt sich Frage, ab wann bekommen „planvolles, systematisches und methodisches Arbeiten an Frage- oder Problemstellungen“ (Vgl. Stykow et al. 2012) Eigenwerte und leben nur noch in ihrer eigenen rekursiven Schleife? Wie lange hätte man noch planvoll, systematisch und methodisch an einer idealistischen Autokratie modellieren dürfen, bis ein Übergang von Wissenschaft zum Wahn(sinn) festgestellt wird? Eine spannende Frage!

In ähnliche Richtung zielt die Frage nach dem Missbrauch durch Wissenschaft, da sie eben auch abweichendes wissenschaftliches Verhalten darstellt. Darf man versuchen, einen Idealtypus der Autokratie zu konstruieren? Mit dieser Frage war ich öfter konfrontiert. Anders als Epidemiologen oder Physiker, die Bio- oder Kernwaffen herstellen können, ist theoretisches Denken von anderer Natur. Generell ist ein ethisches Reglement für die Wissenschaft aufgrund des Letztbegründungsproblems schwierig (Wer bestimmt das Sollen?), und ebenso ist auch meine Antwort darauf nicht einfacher zu finden. Vielmehr wäre mir völlig unklar, wie man sich Problemen wie Systemwettkampf oder Fragen der gesellschaftlichen Ordnung stellen kann, ohne das Betrachtungsbild zu weiten. Antikörper sind nur aus dem Virus selber zu gewinnen, wie der Epidemiologe antworten würde.

Unabhängig von diesen hoffentlich nicht diskreditierenden Fragen bietet das explorative Vorgehen im wahrsten Sinne des Wortes die Chance für einen Rückblick. Denn erst in der Rückschau kann tatsächlich Stellung bezogen werden, ob das Erreichte mit

dem anfänglichen Zielbild wirklich übereinstimmt. Dies möchte ich im Folgenden untersuchen.

Mesoebene des metatheoretischen Erkenntnisgewinns

Was haben wir am Ende tatsächlich erreicht? Zum einen eine funktionale Quelle der Vernunft durch die entwickelte Letztbegründung der Kyberethik, der second order cybernetics. Sicherlich verfügt sie durch ihre Abstraktheit über eine utopische Natur, sie teilt sich dieses Schicksal aber durchaus mit diskursiven Vernunftkonzeptionen oder anderen ontologischen Ansätzen. Über eine beträchtliche Wegstrecke hatte ich die Hypothese verfolgt, eine Letztbegründung für einen Idealtypus der Autokratie "irgendwie" doch aus dem kollektiven Freiheitsbegriff extrahieren zu können und mich dabei in gefährlicher Nähe zu den - wahrscheinlich beendeten - Debatten über „Asiatische Werte“ aufgehalten. Mit insgesamt wenig fruchtbaren Ergebnissen. Übersehen hatte ich dabei, dass ich mit dieser Fährte Gefahr lief, den systemtheoretischen Denkraum zu verlassen. Erst die bewusste Rückkehr dorthin gab den Weg frei für die Entdeckung einer funktionalen Normativität. Der Weg und die Figur haben ein doppeltes Paradox erzeugt. Durch eine Normativität, die sich aus Funktionen begründet und dadurch einen normativen Absolutismus gebiert, der keine andere Ontologie neben sich mehr zulässt. In seiner Totalität möchte ich diesen Gedanken nicht fortführen, denn er müsste zwangsläufig in der Delegitimierung der Philosophie münden.

Ihre methodologische Erstbefähigung, die Initial Operational Capability (IOC), hat diese Letztbegründungsfigur jedoch insofern unter Beweis gestellt, als sie einen wichtigen Erkenntniswert geliefert hat, und zwar den Widerspruch, dass politische Ordnung vor der Macht geschützt werden muss. Dies gilt in Demokratien, aber interessanterweise wohl auch für Autokratien. Selbst hier, oder gerade hier, ist die Hegung der Macht - des Machtcodes - politisch notwendige Voraussetzung für die Vermeidung von Systemkonflikten. Anders ausgedrückt, man darf sich Macht nicht direkt aussetzen, sondern muss einen Filter vorschalten, um das Konfliktpotenzial zu minimieren. Würde sich diese These bestätigen, wäre dies insofern bemerkenswert, als es das Verhältnis von Macht und Herrschaft in grundsätzlicher Weise neu akzentuieren würde, und zwar auch für Autokratien. Herrschaft basierend auf bloßer, direkter Macht wäre dann als Anomalie zu werten, weil sie auf Dauer nicht überlebensfähig wäre.

Dies leitet über zu der Konstruktion des Idealtypus einer Autokratie. In der Gesamtschau ist mir - zumindest im Moment - kein Argument einsichtig, warum vor dem Hintergrund einer funktionalen Normativität nicht auch funktionale Äquivalente für eine idealtypische Autokratie abgeleitet werden können. Auf der operativen Ebene möchte ich selbstkritisch einräumen, dass das Ergebnisbild gemischer ist. Dies hat mehrere Gründe. Zum einen besteht ein Widerspruch darin, etwas konstruieren oder etablieren zu wollen, was grundsätzlich auf evolutorischer Kontingenz basiert (a). Dieser Vorwurf wird nie auszuräumen sein, einzig die Wirkmächtigkeit von Webers Figur des Idealtypus kann hier diesen Widerspruch etwas heilen. Zum anderen konnte ich, ebenfalls

nur bedingt, eine Lösung für das Auswahlproblem der Äquivalenzdimensionen (b) finden, die letztendlich in ihrer Gesamtheit den autokratischen Idealtypus bilden. Ich sehe weniger ein Plausibilitätsproblem für die Sichtweise von Dirk Baecker, Forschungsausstoß als Metadaten zu betrachten. Das Auswahlproblem wird damit jedoch nur in den Bereich der Metadaten verschoben. Die Betrachtung der Debatte über Autokratiekonzepte hat sicherlich die Wahl für das Drei-Säulen-Modell des WZB einsichtig gemacht. Darüber hinaus stützte ich mich auf die systemtheoretische Konstruktion des politischen Systems. Mit der Systemtheorie untersuche ich, welche Dimensionen für die Isolierung von Funktionsäquivalenten für eine Autokratie ausgewählt werden müssten; und stütze mich dafür zu einem signifikanten Anteil wiederum auf die Systemtheorie. Der Vorwurf einer tautologischen Selektionsbegründung ist somit nicht ganz von der Hand zu weisen. Innerhalb der Dimensionen ist der Umfang beziehungsweise die Anzahl von Äquivalenzstufen (c) bei sehr kritischer Betrachtung arbiträr. Der Möglichkeitshorizont ist kontingent, der Problemlösungsvorschlag ist aus dem Problemgesichtspunkt zu plausibilisieren, am Ende bleibt aber trotzdem ein methodologisches "G'schmäckle". Man wird mir hier jedoch zugutegehalten, dass die Zielsetzung ein Idealtypus ist und die Problemlösungsvorschläge deshalb "nur" heuristischen Charakter besitzen.

Die Beschäftigung mit den einzelnen Dimensionen hat unabhängig von ihrer funktionsäquivalenten Analyse eine ernüchternde Erkenntnis ans Licht gebracht, die mich vor dem Hintergrund des Stellenwertes in den Sozialwissenschaften sehr überrascht hat.

Aus meiner Sicht gibt es eine erhebliche Blindstelle in der Forschung zur Legitimität. Sie gehört zum Standardrepertoire der Sozialwissenschaften, ist deshalb unhinterfragt in aller wissenschaftlicher Munde. Jedoch erfassen weder Max Weber, noch David Easton, auch nicht David Beetham das Phänomen Legitimität in Gänze. Meiner Meinung nach auch Niklas Luhmann nicht, da er eine Leerstelle in der Interaktion zwischen psychischen und sozialen Systemen akzeptiert und sich dem Thema Sinnressourcen nicht ausreichend im Kontext von Legitimation widmet. Dabei bietet die Systemtheorie meines Erachtens die besten Voraussetzungen, um sich bereits aggregierte Sinnressourcen mit "legitimierender Wirkung" für das politische System analytisch zu nähern. Gemeint ist hier die deduktive Perspektive. Völlig unklar bleibt jedoch die induktive Perspektive, d. h. der Weg von dem individuellen Bewusstseinssystem in das soziale System. Die Neurowissenschaften stecken bei dieser Frage noch in den Kinderschuhen. Gerade in Bezug auf Werte, die offensichtlich eng mit der Frage nach Legitimität zusammenfallen und für die Erzeugung von Sinnressourcen geeignet zu sein scheinen, kommen die Beiträge nicht über die Ordnung von Grundlagenfragen hinaus (Vgl. Tappolet und Rossi 2016, S. 8; Levy und Glimcher 2016, S. 107). Der Grund für diese Wissenslücken scheint in der fehlenden interdisziplinären Kooperation zu liegen. Das Beklagen mangelhafter disziplinärer Zusammenarbeit ist ein akademischer Gasenhauer. Der zugehörige Begriff der Interdisziplinarität (und in Abstrichen auch Transdisziplinarität, auch wenn hier das Begriffsverständnis unklar ist) ist dermaßen überstrapaziert, dass er in wissenschaftspolitischen Strategiepapieren bereits der Gefahr einer negativen Konnotation ausgesetzt ist, nämlich als ein Zeichen

von mangelnder Kreativität. Die vermeintliche Blindstelle der Legitimität zeigt jedoch, wie umfangreich und grenzüberschreitend sich das Problem ausbreitet. Die Soziologie wird hier wohl keinen substantiellen Fortschritt mehr beisteuern können, denn das Wissensdefizit ist eher in dem Bezugspunkt der Bewusstseinsysteme zu verorten. Erst wenn die neuro-kognitiven Prozesse geklärt sind, können sie soziologisch (weiter-)verarbeitet werden. Der politikwissenschaftliche Bereich hat meines Erachtens bisher noch kaum Notiz von den dortigen Fortschritten, beispielsweise der Neurolinguistik (Stichwort "framing"), genommen und neue Ergebnisse in eigene legitimatorische Prozesse eingebaut.

Das führt mich unmittelbar zu meinen Arbeitsprämissen. Weder das eigene Vorhaben noch, so meine Zuspitzung, jede andere Teilfragestellung der Sozialwissenschaften kann sich vollständig der Frage nach ihrem Root Concept entziehen, auch durch Negation wird – wenn auch meist ungewollt – Stellung bezogen. Erst der Umgang mit der eigenen Unterscheidung, der Metablick auf das eigene Vorhaben erlaubt die Vermeidung von wissenschaftlichen Imperativen, die meines Erachtens in der Analyse von Politik besonders evident sind. Methodologisch scheint mir dieses Problem eng mit unserem traditionellen Denken in einer zweiwertigen Logik zusammenzuhängen, *tertium non datur*. Nicht nur "das Dritte", auch Bühls und Günthers Hinweise sind aus aktuellen Diskussionen ausgeschlossen worden.

Deshalb gäbe ein ganzheitlicher Ansatz auf das Problem und die Problemkonstruktion den Blick frei auf Nachbardisziplinen und mögliche Umwälzungen, die der technologische Fortschritt auch für das politische System bringt, wie das Beispiel der öffentlichen Meinung zeigen sollte.

Zeitdiagnostische Ebene der Erkenntnis

Mit Bezug auf den am Eingang erwähnten Systemwettkampf lauert die wahre Gefahr für die Demokratien nicht in einer Systemherausforderung durch Autokratien. Ohne tiefer in Fallstudien einsteigen zu wollen, scheint mir eine Entlassung von gesellschaftlichen Teil- und Funktionssystemen in die eigene Systemautonomie in keiner Autokratie beobachtbar. Eine funktionale Ausdifferenzierung dieser Systeme ist ohne eine Depolitisierung von Teil- und Funktionssystemen nicht möglich. Eine solche Depolitisierung sehe ich vor dem Hintergrund dieser Arbeit als eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Autokratie an, um steigende Komplexität verarbeiten zu können. Damit ist die Funktion der Funktionssysteme als gesellschaftliche Leistungserbringer gestört oder muss durch funktionale Äquivalente ersetzt werden, die teure Folgeprobleme mit sich führen. Solche Defizite sind durch systemtheoretische Fallstudien sehr gut nachgezeichnet worden (Vgl. für die DDR Pollack 1990, S. passim). Noch völlig unbeleuchtet in der wissenschaftlichen Weite ist auch der Zusammenhang zwischen dem politischen System und seiner Umwelt. Oft scheitern funktionale Ausdifferenzierungen an mangelnden Umweltbedingungen des politischen Systems, die eine Ausdifferenzierung beziehungsweise eine Leistungsübernahme nicht erlauben⁸. Kurz gesagt, eine Autokratie mit autonomen Teilsystemen ist aktuell nicht in Sicht. Es würde deshalb auch nichts nutzen, nur einzelnen Element des Idealtypus zu implementieren, wenn

⁸Hier ist mit Verweis auf, bspw. Ronald Inglehart und Christians Welzels Ansätze, Widerspruch denkbar. Meiner Meinung nach wird aber auch hier vergessen, zu einem gesellschaftliche Root Concept Stellung zu beziehen, es fehlt ein evolutionstheoretischer Überbau.

die Möglichkeit autonomer gesellschaftlichen Subsysteme nicht gegeben ist.

Wenn wir noch einmal aus der Distanz betrachten, was für eine Denkfigur der autokratische Idealtypus tatsächlich hervorgebracht hat, dann beobachte ich hier einen Atavismus in neuem Gewand. Im Jahre 1958 hat der bis dato unbekannte Sozialwissenschaftler Michael Young (Young 1958) eine Satire veröffentlicht, die einen neuen Begriff geprägt hat, welcher großen Einfluss auf den Zeitgeist ausübte und "deeply embedded in popular consciousness - at least in the Anglocentric world of liberal capitalism" war (Saunders 2006, S. 193). Die Rede ist von der Meritokratie, einer politischen Ordnung, basierend auf dem Intelligenzquotienten und deshalb der Idee des American Dream sehr nahe kommend (Vgl. McNamee und Miller 2014, S. 2; Barker 2006, S. 40).

Der autokratische Idealtypus, basierend auf den second order cybernetics, greift als Schimäre einer systemischen Meritokratie diesen Gedanken wieder auf, entledigt um die fehlbare anthropologische Komponente, den Menschen. In diesem Sinne wäre es eine erweiterte technokratische Vernunft, die der Kritik von Max Horkheimer an der Frage der Angemessenheit von Verfahrensweisen und Zielen (Vgl. Lübke 2014, S. 53) Vorschläge entgegenstellt. Befördert durch den technologischen Fortschritt und durch die - vermeintlich - unbegrenzte Verfügbarkeit an Information holt eine solcher Idealtypus die radikalistische Utopie eines Francis Bacon über die "Handlungspotenz des guten Willens durch Verwissenschaftlichung der kognitiven Voraussetzungen des Handelns" in die Wirklichkeit. "Die Frage nach der Legitimität

dieser politischen Ermächtigung zur Nutzung des wissenschaftlich-technischen Wissens und Könnens stellt sich nicht, weil sie kraft der moralischen Trivialität dieses Nutzens eo ipso beantwortet ist". Durch diese moralische Absolutheit ist dies die Vollendung von Theorie und Praxis (Lübbe 2014, S. 51–52).

Dieser Gedankengang führt zu der Erkenntnis, dass die wirkliche Gefahr für die Demokratie nicht die Herausforderung durch einen Systemwettkampf mit Autokratien ist, sondern in ihrem eigenen Inneren lauert. Gemeint sind damit zwei Entwicklungen. Die schleichende Auslagerung von kollektiv verbindlichen Entscheidungen in technokratische Spruchkörper oder Institutionen. Diese Ausdifferenzierung von technokratischen Äquivalenten der Politik in Demokratien ist nicht idealiter, sondern ganz real ein fortschreitender Prozess. Wir alle kennen technokratische Institutionen die unter verschiedensten Namen und Akronymen Eingang in unser alltägliches Leben genommen haben. Von "Troika" über euphemistische "Rettungsschirme" wie der "EMS" oder auch Mechanismen in Freihandelsabkommen, die erst bei den jüngsten Projekten wie "CETA" und "TTIP" überhaupt der Öffentlichkeit bekannt geworden sind. Man kann das für die gesellschaftlichen Funktionssysteme, mit der funktionsanalytischen Betrachtung von funktionalen Äquivalenten, sehr gut auf die Spitze der Vorstellungskraft treiben. Denn der Fortschritt erlaubt am Ende auch die Ersetzung von Technokraten durch das funktionale Äquivalente des Algorithmus, wie es in Anfängen schon heute, beispielsweise in der US-amerikanischen Strafjustiz zur Prognostizierung von Resozialisierungserfolgen, angewendet wird. (Vgl. Angwin et al. 2016). Es handelt sich hier um eine technisch-funktionale Auslagerung von hoheitlichen Abwägungsentscheidungen, deren

Voraussetzung die konsequente Ersetzung politischer Entscheidungsspielräume durch technische, nicht mehr technokratisch-funktionale Äquivalente ist. Es wird in zunehmenden Maße aber auch für die Politik selber relevant, wie wir in den Debatten um den Wahlkampfeinsatz von Social Bots und anderen die Meinung beeinflussenden Werkzeugen feststellen. Was dabei passiert, ist eine Zurückdrängung von hoheitlichen Abwägungsentscheidungen durch prediktive Operationen, aber auch der Ersatz von Partizipation durch technische Äquivalente.

Dies mag in jedem Einzelfall mit guter Begründung auch in einer Demokratie legitimierbar sein, wird aber dann interessant, wenn diese Argumentation mit einer Zeitgeistströmung zusammenfällt. Gemeint ist nicht der autokratische Populismus, sondern das libertäre Denken technophiler Schichten der sogenannten Internetgemeinde, die an der amerikanischen Westküste erhebliches finanzielles Potenzial angesammelt hat. Der deutschstämmige Milliardär Peter Thiel steht mit seinem Traum einer politikbefreiten künstlichen Insel exemplarisch für die Staatsskepsis dieser neuen Klasse und ihrer naiven Technikgläubigkeit (Vgl. Denuccio 05.16. 2015). So gesehen liegen meines Erachtens die Gefahren deshalb nicht in einer "smarten Diktatur" (Welzer 2016), sondern in einer smarten Demokratie.

Ausblick

Einen Ausblick am Ende einer systemtheoretischen Arbeit zu wagen, trägt parodistische Züge. Vorsichtig möchte ich deshalb nur auf einige Punkte aufmerksam machen. Es ist wenig plausibel, dass die funktionale Ausdifferenzierung der Gesellschaft nicht

fortschreitet und zwar global betrachtet. Mehr noch, es erscheint mir schlüssig, dass die technische Entwicklung des digitalen Wandels, des digital shifts, die funktionale Ausdifferenzierung nicht nur verstärkt, sondern auch beschleunigt. Dies bedeutet eine Verschmelzung des Sozialen mit dem Technischen. Autokratische Systeme haben sich, genauso wie demokratischen, dieser Herausforderung zu stellen, da auf diese Weise die "Welt aus sich heraus dynamisch" wird (Luhmann 1997a, S. 434). Was Luhmann als strukturellen Vorteil der Demokratie in diesem evolutionären Prozess identifiziert hat, eine gewisse Labilisierung der Macht zu akzeptieren, um die Systemsensibilität gegenüber anderen Funktionssystemen zu erhöhen, ist demnach auch für autokratische Systeme eine zentrale und komplexe Anforderung: authoritarian resilience.

Das gesellschaftliche Problem verschiebt sich von der Machtebene hin zur Komplexität. In der komplexen Gesellschaft, wie sie von Armin Nassehi genannt wird, zerbröseln unser demokratisches Master Narrative in den Gleichzeitigkeiten von Logiken und Wahrheiten. Wir sollten achtgeben, dass kein Grau davon besitzt ergreift.

IX. Literaturverzeichnis

Albrecht, Holger; Frankenberger, Rolf (2010): Autoritarismus Reloaded: Konzeptuelle Anmerkungen zur Vergleichenden Analyse politischer Systeme. In: Holger Albrecht und Rolf Frankenberger (Hg.): Autoritarismus reloaded. Neuere Ansätze und Erkenntnisse der Autokratieforschung. Baden-Baden: Nomos (10), S. 37–60.

Amstutz, Marc; Fischer-Lescano, Andreas (2013): Einleitung. In: Marc Amstutz und Andreas Fischer-Lescano (Hg.): Kritische Systemtheorie. Zur Evolution einer normativen Theorie. Bielefeld, Berlin: transcript; De Gruyter, S. 7–13.

Andersen, Niels Åkerstrøm (2010): Luhmann as Analytical Strategist. In: René John und Anna Henkel (Hg.): Die Methodologien des Systems. Wie kommt man zum Fall und wie dahinter? Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden (Philosophische Schriften, v.1 // 1), S. 97–121.

Angwin, Julia; Larson, Jeff; Mattu, Suraya; Kirchner, Lauren (2016): Machine Bias. There's software used across the country to predict future criminals. And it's biased against blacks. In: *ProPublica*, 23.05.2016. Online verfügbar unter <https://www.propublica.org/article/machine-bias-risk-assessments-in-criminal-sentencing>, zuletzt geprüft am 08.07.2016.

Arendt, Hannah (2009): Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft. 13. Aufl. München: Piper (Serie Piper, 1032).

Armony, Ariel C.; Schamis, Hector E. (2005): Babel in Democratization Studies. In: *Journal of Democracy* 16 (4), S. 113–128.

Backes, Uwe (2009): Zum Bedarf an Geschichtspolitik in verschiedenen autokratischen Systemen. Konferenz der Sektion „Vergleichende Politikwissenschaft“. Panel 9 - „Institutionen und Prozesse in Diktaturen“. DVPW. Darmstadt, 24.01.2009. Online verfügbar unter http://www.politikwissenschaft.tu-darmstadt.de/fileadmin/pg/arbeitsbereiche/vergleich/Sektionstagung/Paper/Backes_Geschichtspolitik.pdf, zuletzt geprüft am 07.02.2011.

Backes, Uwe (2013): Vier Grundtypen der Autokratie und ihre Legitimitätsstrategien. In: Steffen Kailitz und Patrick Köllner (Hg.): Autokratien im Vergleich: Nomos (PVS Sonderheft, 47), S. 157–175.

Backes, Uwe; Kailitz, Steffen (2014): Einleitung. In: Uwe Backes und Steffen Kailitz (Hg.): Ideokratien im Vergleich. Legitimation - Kooptation - Repression. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht (51), S. 7–17.

Baecker, Dirk (2006): Kybernetik zweiter Ordnung. In: Heinz von Foerster (Hg.): Wissen und Gewissen. Versuch einer Brücke. Unter Mitarbeit von Siegfried J. Schmidt und Wolfram Karl Köck. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp (876), S. 17–23.

Baecker, Dirk (2016): Wozu Theorie? Aufsätze. 1. Aufl. Berlin: Suhrkamp (2177).

Bank, André (2010): Die neue Autoritarismusforschung: Ansätze, Erkenntnisse und konzeptionelle Fallstricke. In: Holger Albrecht und Rolf Frankenberger

(Hg.): *Autoritarismus reloaded. Neuere Ansätze und Erkenntnisse der Autokratieforschung*. Baden-Baden: Nomos (10), S. 21–37.

Barker, Paul (2006): *A Tract for the Times*. In: Geoff Dench (Hg.): *The Rise and Rise of the Meritocracy*. Malden, Mass: Blackwell, S. 36–45.

Beetham, David (1991): *The legitimation of power*. Basingstoke: Macmillan; Humanities Press International.

Beyme, Klaus von (2002): *Der Staat des politischen Systems im Werke Niklas Luhmanns*. In: Kai-Uwe Hellmann und Rainer Schmalz-Bruns (Hg.): *Theorie der Politik. Niklas Luhmanns politische Soziologie. Orig.-Ausg., 1. Aufl. // 1. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 1583), S. 131–149.*

Beyme, Klaus von (2007): *Theorie der Politik im 20. Jahrhundert. Von der Moderne zur Postmoderne. Erw. Ausg.* Frankfurt am Main: Suhrkamp (1969).

Bohn, Cornelia; Willems, Herbert; Breuer, Marc; Schorch, Marén (Hg.) (2001): *Sinngeneratoren. Fremd- und Selbstthematization in soziologisch-historischer Perspektive; [Alois Hahn zum 60. Geburtstag]. Unter Mitarbeit von Alois Hahn*. Konstanz: UVK-Verl.-Ges.

Braun, Norman (2008): *Theorie in der Soziologie*. In: *Soziale Welt* 59 (4), S. 373–395.

Brodocz, André (2003): *Das politische System und seine strukturellen Kopplungen*. In: Kai-Uwe Hellmann, Karsten Fischer und Harald Bluhm (Hg.): *Das System der Politik. Niklas Luhmanns politische Theorie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 80–94.

Brownlee, Jason (2007): *Authoritarianism in an age of democratization*. Cambridge: Cambridge Univ. Press. Online verfügbar unter <http://www.loc.gov/catdir/enhancements/fy0729/2006029809-d.html>.

Bühl, Walter (1969): *Das Ende der zweiwertigen Soziologie: Zur logischen Struktur der soziologischen Wandlungstheorien*. In: *Soziale Welt* 20 (2), S. 163–180.

Bund, Elmar (1976): *Review von Divisio und Partitio. Bemerkungen zur römischen Rechtsquellenlehre und zur antiken Wissenschaftstheorie von Dieter Nörr*. In: *Gnomon* 4 (4), S. 384–389. Online verfügbar unter <http://www.jstor.org/stable/27686487>.

Burnell, Peter (2006): *Autocratic opening to democracy: why legitimacy matters*. In: *Third World Quarterly* 27 (4), S. 545–562.

Cai, Yongshun (2008): *Power Structure and Regime Resilience. Contentious Politics in China*. In: *British Journal of Political Science* 38, S. 411–432.

Carothers, Thomas (2002): *The End of the Transition Paradigm*. In: *Journal of Democracy* 13 (1), S. 5–21.

Cnudde, Charles F.; Neubauer, Deane E. (Hg.) (1969): *Empirical Democratic Theory*. Chicago: Markham Publishing Company.

Czerwick, Edwin (2008): *Systemtheorie der Demokratie. Begriffe und Strukturen im Werk Luhmanns*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden.

Czerwick, Edwin (2011): Politik als System. Eine Einführung in die Systemtheorie der Politik. München: Oldenbourg.

Czerwick, Edwin (2012): Politikwissenschaft. In: Oliver Jahraus, Armin Nassehi und et al (Hg.): Luhmann-Handbuch. Leben - Werk - Wirkung. Stuttgart: Metzler, S. 384–389.

Dammann, Klaus; Luhmann, Niklas (Hg.) (2014): Wie halten Sies mit Außerirdischen, Herr Luhmann? Nicht unmerkwürdige Gespräche mit Niklas Luhmann über Tee mit Außerirdischen, Frauenförderung und Eliten, Reformpädagogik, Liebeserfahrungen, Europaerwartungen von Sozialisten, Kriege im Namen Gottes u.a.m. Berlin: Kulturverl. Kadmos.

Davenport, Christian (2007a): State Repression and Political Order. In: *Annual Review of Political Science* 10, S. 1–23.

Davenport, Christian (2007b): State repression and the domestic democratic peace. New York: Cambridge University Press.

Davenport, Christian; Aditjondro, George; Francisco, Ronald; Keith, Linda Camp; King, John C.; Kowalewski, David et al. (Hg.) (2000): Paths to State Repression. Human Rights Violations and Contentious Politics. Lanham: Rowman & Littlefield Publishers.

Denuccio, Kyle (05.16. 2015): Silicon Valley Is Letting Go of Its Techie Island Fantasies. In: *Wired Magazine*, 05.16. 2015. Online verfügbar unter <https://www.wired.com/2015/05/silicon-valley-letting-go-techie-island-fantasies/>.

Diehl, Paula (2015): Zum Zusammenhang von Legitimität, Legitimation und symbolischer Repräsentation. In: Rüdiger Voigt (Hg.): Legalität ohne Legitimität? Carl Schmitts Kategorie der Legitimität. Wiesbaden Germany: Springer VS, S. 281–297.

Dukalskis, Alexander; Gerschewski, Johannes (2017): What autocracies say (and what citizens hear): proposing four mechanisms of autocratic legitimation. In: *Contemporary Politics* 23 (3), S. 251–268.

Easton, David (1965): A Sstems Analysis of Political Life. New York, NY: Wiley.

Easton, David (1975): A Re-Assessment of the Concept of Political Support. In: *British Journal of Political Science* 5 (4), S. 435–457. Online verfügbar unter <http://links.jstor.org/sici?sici=0007-1234%28197510%295%3A4%3C435%3AAROTCO%3E2.0.CO%3B2-I>, zuletzt geprüft am 20.02.2008.

Eidelman, Scott; Crandall, Christian S. (2009): A Psychological Advantage for the Status Quo. In: Aaron C. Kay, Hulda Thorisdottir und John T. Jost (Hg.): Social and psychological bases of ideology and system justification. Oxford, New York: Oxford University Press, S. 85–107.

Epstein, Brian (2015a): The Ant Trap. Rebuilding the Foundations of the Social Sciences. New York, NY: Oxford University Press.

Epstein, Brian (2015b): The End of Social Science as we Know it. TEDx Stanford. Stanford University. Stanford, Calif, 2015. Online verfügbar unter <https://epstein.org/>, zuletzt geprüft am 30.10.2017.

- Epstein, Brian (2016): Replies to Guala and Gallotti. In: *Journal of Social Ontology* 2 (1), S. 59–172.
- Esposito, Elena; Reinhardt, Nicole (2009): Die Fiktion der wahrscheinlichen Realität. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp (2485).
- Foerster, Heinz von (Hg.) (2006): Wissen und Gewissen. Versuch einer Brücke. Unter Mitarbeit von Siegfried J. Schmidt und Wolfram Karl Köck. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp (876).
- Foerster, Heinz von; Ollrogge, Birger (1993): KybernEthik. Berlin: Merve-Verl (180).
- Frankenberger, Rolf (2013): Mikrophysik und Makrostruktur. Überlegungen zu einer Analytik der Macht in Autokratien. In: Steffen Kailitz und Patrick Köllner (Hg.): Autokratien im Vergleich: Nomos (PVS Sonderheft, 47), S. 60–86.
- Fuchs, Peter (2001): Theorie als Lehrgedicht. In: K. Ludwig Pfeiffer, Ralph Kray, Klaus Städtke und Ingo Berensmeyer (Hg.): Theorie als kulturelles Ereignis. Berlin: De Gruyter, S. 62–74.
- Fuhse, Jan (2003): Das widerständige Publikum. Zur Relevanz von alltagsweltlichen Kommunikationsstrukturen für die politische Meinungsbildung. In: Kai-Uwe Hellmann, Karsten Fischer und Harald Bluhm (Hg.): Das System der Politik. Niklas Luhmanns politische Theorie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 136–149.
- Fuhse, Jan (2005): Theorien des politischen Systems. David Easton und Niklas Luhmann; eine Einführung. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. (Studienbücher politische Theorie und Ideengeschichte).
- Gandhi, Jennifer; Przeworski, Adam (2007): Authoritarian Institutions and the Survival of Autocrats. In: *Comparative Political Studies* 40 (11), S. 1279–1301. Online verfügbar unter http://politics.as.nyu.edu/docs/IO/2800/cps_2007.pdf, zuletzt geprüft am 12.03.2009.
- Gat, Azar (2007): The Return of Authoritarian Great Powers. In: *Foreign Affairs* 86 (4, Jul/Aug), S. 59–69.
- Gerhards, Jürgen (1994): Politische Öffentlichkeit. Ein system- und akteurstheoretischer Bestimmungsversuch. In: Friedhelm Neidhardt (Hg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Opladen: Westdt. Verl (34), S. 77–106.
- Gerschewski, Johannes (2010a): The Three Pillars of Stability - Towards an Explanation for the Durability of Autocratic Regimes in East Asia. American Political Science Association (APSA) (APSA Annual Meeting Paper). Online verfügbar unter http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=1657500, zuletzt geprüft am 12.08.2016.
- Gerschewski, Johannes (2010b): Zur Persistenz von Autokratien. Ein Literaturüberblick. In: *Berliner Debatte INITIAL* 21 (3), S. 42–53.
- Gerschewski, Johannes (2013): The three pillars of stability: legitimation, repression, and co-optation in autocratic regimes. In: *Democratization* 20 (1), S. 13–38. Online verfügbar unter <http://dx.doi.org/10.1080/13510347.2013.738860>.

- Gerschewski, Johannes (2014): Ideokratien als Subtyp autokratischer Regime? In: Uwe Backes und Steffen Kailitz (Hg.): Ideokratien im Vergleich. Legitimation - Kooptation - Repression. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht (51), S. 95–113.
- Gerschewski, Johannes; Merkel, Wolfgang; Schmotz, Alexander; Stefes, Christoph H.; Tanneberg, Dag (2013): Warum überleben Autokratien? In: Steffen Kailitz und Patrick Köllner (Hg.): Autokratien im Vergleich: Nomos (PVS Sonderheft, 47), S. 106–132.
- Giegel, Hans-Jochaim (2002): Die demokratische Form der Politik in Luhmanns Gesellschaftstheorie. In: Kai-Uwe Hellmann und Rainer Schmalz-Bruns (Hg.): Theorie der Politik. Niklas Luhmanns politische Soziologie. Orig.-Ausg., 1. Aufl. // 1. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 1583), S. 194–223.
- Gilley, Bruce (2006): The Determinants of State Legitimacy: Results for 72 Countries. In: *International Political Science Review* 27 (1), S. 47–71. Online verfügbar unter <http://erf.sbb.spk-berlin.de/han/505083922/ips.sagepub.com/content/27/1/47.full.pdf>, zuletzt geprüft am 26.09.2011.
- Göbel, Christian (2011): Authoritarian Consolidation. In: *European Political Science*, 10 (2), S. 176–190.
- Görke, Alexander (2003): Das System der Massenmedien, öffentliche Meinung und Öffentlichkeit. In: Kai-Uwe Hellmann, Karsten Fischer und Harald Bluhm (Hg.): Das System der Politik. Niklas Luhmanns politische Theorie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 121–135.
- Görke, Alexander (2008): Perspektiven einer Systemtheorie öffentlicher Kommunikation. In: Carsten Winter, Andreas Hepp und Friedrich Krotz (Hg.): Theorien der Kommunikations- und Medienwissenschaft. Grundlegende Diskussionen, Forschungsfelder und Theorieentwicklungen. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss, S. 173–193.
- Gosepath, Stefan (2009): Zum Ursprung der Normativität. In: Rainer Forst, Martin Hartmann, Rahel Jaeggi und Martin Saar (Hg.): Sozialphilosophie und Kritik. [Axel Honneth zum 60. Geburtstag]. Unter Mitarbeit von Axel Honneth. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp (1960), S. 250–268.
- Granovetter, Mark S. (1973): The Strength of Weak Ties. In: *American Journal of Sociology* 78 (6), S. 1360–1380.
- Greven, Michael Th. (2001): Luhmanns "Politik" im Banne des Systemzwangs der Theorie. In: Alex Demirović (Hg.): Komplexität und Emanzipation. Kritische Gesellschaftstheorie und die Herausforderung der Systemtheorie Niklas Luhmanns. 1. Aufl. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 197–215.
- Guibentif, Pierre (2010): Sociology among the third-order observers in legitimation processes. In: Chris Thornhill und Samantha Ashenden (Hg.): Legality and legitimacy. Normative and sociological approaches. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos (6), S. 79–103.
- Günther, Gotthard (2013): Cybernetic Ontology and Transjunctional Operations. In: Gotthard Günther (Hg.): Beiträge zur Grundlegung einer operationsfähigen Dialektik. Metakritik der Logik, nicht-aristotelische Logik,

Reflexion, Stellenwerttheorie, Dialektik, Cybernetic ontology, Morphogrammatik, transklassische Maschinentheorie. Hamburg: Felix Meiner Verlag (1), S. 249–328.

Habermas, Jürgen (1990): Zur Logik der Sozialwissenschaften. 6. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Habermas, Jürgen (2013 1962): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft; mit einem Vorwort zur Neuauflage 1990. Zugl.: Marburg, Univ., Habil.-Schr., 1961. 13. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp (891).

Habermas, Jürgen; Luhmann, Niklas (Hg.) (1990): Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie - was leistet die Systemforschung? 10. Aufl // 10. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Theorie-Diskussion).

Hagen, Wolfgang (2005): Es gibt keine Biografie. Niklas Luhmann im Radiogespräch mit Wolfgang Hagen. In: Wolfgang Hagen, Dirk Baecker und Niklas Luhmann (Hg.): Warum haben Sie keinen Fernseher, Herr Luhmann? Letzte Gespräche mit Niklas Luhmann. 2. Aufl. Berlin: Kulturverl. Kadmos, S. 13–49.

Hagen, Wolfgang (2009): Was ist Politik - oder war Luhmann doch unpolitisch? Dirk Baecker, Herfried Münkler im Gespräch mit Wolfgang Hagen. In: Wolfgang Hagen, Niklas Luhmann und Dirk Baecker (Hg.): Was tun, Herr Luhmann? Vorletzte Gespräche mit Niklas Luhmann. Berlin: Kulturverl. Kadmos, S. 133–160.

Hagen, Wolfgang; Baecker, Dirk; Luhmann, Niklas (Hg.) (2005): Warum haben Sie keinen Fernseher, Herr Luhmann? Letzte Gespräche mit Niklas Luhmann. 2. Aufl. Berlin: Kulturverl. Kadmos.

Hagen, Wolfgang; Luhmann, Niklas; Baecker, Dirk (Hg.) (2009): Was tun, Herr Luhmann? Vorletzte Gespräche mit Niklas Luhmann. Berlin: Kulturverl. Kadmos.

Haldenwang, Christian von (2016): Measuring legitimacy: new trends, old shortcomings? Hg. v. Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE). Bonn (DIE Discussion Paper, 18).

Haldenwang, Christian von (2017): The relevance of legitimation – a new framework for analysis. In: *Contemporary Politics* 23 (3), S. 269–286.

Halfmann, Jost (2002): Der moderne Nationalstaat als Lösung und Problem der Inklusion in das politische System. In: Kai-Uwe Hellmann und Rainer Schmalz-Bruns (Hg.): Theorie der Politik. Niklas Luhmanns politische Soziologie. Orig.-Ausg., 1. Aufl // 1. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 1583), S. 261–286.

Hardin, Russel (2009): Compliance, Consent, and Legitimacy. In: Carles Boix und Susan C. Stokes (Hg.): The Oxford Handbook of Comparative Politics. Oxford: Oxford Univ. Press (The Oxford handbooks of political science, / general ed.: Robert E. Goodin...), S. 236–256.

He, Baogang (2006): Western Theories of Deliberative Democracy and the Chinese Practice of Complex Deliberative Governance. In: Ethan J Leib und Baogang He (Hg.): The search for deliberative democracy in China. 1st ed. New York: Palgrave Macmillan, S. 133–148.

Heidorn, Joachim (1982): Legitimität und Regierbarkeit. Studien zu den Legitimitätstheorien von Max Weber, Niklas Luhmann, Jürgen Habermas und der Unregierbarkeitsforschung. Berlin: Duncker & Humblot (4).

Hein, Michael (2011): Systemtheorie und Politik(wissenschaft) - Missverständnis oder produktive Herausforderung? In: Christina Gansel (Hg.): Systemtheorie in den Fachwissenschaften. Zugänge, Methoden, Probleme. 1. Aufl. s.l.: Vandenhoeck Ruprecht, S. 53–77.

Hellmann, Kai-Uwe (2002): Einleitung. In: Kai-Uwe Hellmann und Rainer Schmalz-Bruns (Hg.): Theorie der Politik. Niklas Luhmanns politische Soziologie. Orig.-Ausg., 1. Aufl. // 1. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 1583), S. 11–38.

Hellmann, Kai-Uwe (2012): Die Politik der Gesellschaft (2000). In: Oliver Jahraus, Armin Nassehi und et al (Hg.): Luhmann-Handbuch. Leben - Werk - Wirkung. Stuttgart: Metzler, S. 241–247.

Hellmann, Kai-Uwe; Fischer, Karsten; Bluhm, Harald (2003): Einleitung: Niklas Luhmanns politische Theorie in der politikwissenschaftlichen Diskussion. In: Kai-Uwe Hellmann, Karsten Fischer und Harald Bluhm (Hg.): Das System der Politik. Niklas Luhmanns politische Theorie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 9–16.

Hempel, Carl Gustav; Oppenheim, Paul (1936): Der Typusbegriff im Lichte der neuen Logik: wissenschaftstheoretische Untersuchungen zur Konstitutionsforschung und Psychologie. Leiden: Sijthoff.

Hennig, Boris (2003): Luhmann und die formale Mathematik. In: Peter-Ulrich Merz-Benz und Gerhard Wagner (Hg.): Die Logik der Systeme. Zur Kritik der systemtheoretischen Soziologie Niklas Luhmanns. Konstanz: UVK Verl.-Ges (Theorie und Methode Sozialwissenschaften), S. 157–198.

Hoffjann, Olaf; Arlt, Hans-Jürgen (2015): Die nächste Öffentlichkeit. Theorieentwurf und Szenarien. Wiesbaden: Springer VS.

Hofmann, Wilhelm (2014): Ideologien: Politische Konstruktionen in praktischer Absicht? Überlegungen zum konstruktivistischen Erbe der Ideologieforschung bei Karl Mannheim und Niklas Luhmann. In: Renate Martinsen (Hg.): Spurensuche: konstruktivistische Theorien der Politik. Wiesbaden: Springer VS, S. 117–135.

Holbig, Heike (2011): Die Finanzkrise in China: Auswirkungen auf die Legitimität der Parteienherrschaft. In: Holger Albrecht, Rolf Frankenberger und Siegfried Frech (Hg.): Autoritäre Regime. Herrschaftsmechanismen; Legitimationsstrategien; Persistenz und Wandel. Schwalbach/Ts: Wochenschau-Verl (12), S. 114–133.

Holz, Klaus (2003): Politik und Staat. Differenzierungstheoretisches Problem in Niklas Luhmanns Theorie des politischen Systems. In: Kai-Uwe Hellmann, Karsten Fischer und Harald Bluhm (Hg.): Das System der Politik. Niklas Luhmanns politische Theorie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 34–49.

Humboldt-Universität zu Berlin (2012): Promotionsordnung der der Philosophischen Fakultät III. PromO PF III. In: *Amtliches Mitteilungsblatt der Humboldt-Universität zu Berlin* 5. Online verfügbar unter

[https://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=1&ved=0ahUKEwjV7_L10fjPAhXIXRoKHRXJCA0QFggIMAA&url=https%3A%2F%2Ffakultaeten.hu-](https://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=1&ved=0ahUKEwjV7_L10fjPAhXIXRoKHRXJCA0QFggIMAA&url=https%3A%2F%2Ffakultaeten.hu-berlin.de%2Fde%2Fksb%2Fkarriere%2Fpromotionen%2Fpromotionsordnung-pfiii-2012.pdf&usg=AFQjCNEsV8TJHdKdN7g-o4GA2KGEs3aJMQ&cad=rja)

[berlin.de%2Fde%2Fksb%2Fkarriere%2Fpromotionen%2Fpromotionsordnung-pfiii-2012.pdf&usg=AFQjCNEsV8TJHdKdN7g-o4GA2KGEs3aJMQ&cad=rja](https://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=1&ved=0ahUKEwjV7_L10fjPAhXIXRoKHRXJCA0QFggIMAA&url=https%3A%2F%2Ffakultaeten.hu-berlin.de%2Fde%2Fksb%2Fkarriere%2Fpromotionen%2Fpromotionsordnung-pfiii-2012.pdf&usg=AFQjCNEsV8TJHdKdN7g-o4GA2KGEs3aJMQ&cad=rja), zuletzt geprüft am 26.10.2016.

Imbusch, Peter (2003): Violence. In: Wilhelm Heitmeyer und John Hagan (Hg.): International Handbook of Violence Research. Dordrecht: Springer, S. 1–39.

Inglehart, Ronald; Welzel, Christian (2009): How Development Leads to Democracy. In: *Foreign Affairs* 88 (2), S. 33–48.

Jahraus, Oliver; Nassehi, Armin; et al (Hg.) (2012): Luhmann-Handbuch. Leben - Werk - Wirkung. Stuttgart: Metzler.

Jensen, Stefan (2003): Die politische Gesellschaft. Von Luhmann zu Parsons. In: Kai-Uwe Hellmann, Karsten Fischer und Harald Bluhm (Hg.): Das System der Politik. Niklas Luhmanns politische Theorie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 19–34.

John, René (2010): Funktionale Analyse - Erinnerungen an eine Methodologie zwischen Fixierung und Überraschung. In: René John und Anna Henkel (Hg.): Die Methodologien des Systems. Wie kommt man zum Fall und wie dahinter? Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden (Philosophische Schriften, v.1 // 1), S. 29–55.

Kailitz, Steffen (2009): Stand und Perspektiven der Autokratieforschung. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 19 (3), S. 437–488.

Kailitz, Steffen; Köllner, Patrick (2013): Zur Autokratieforschung der Gegenwart: Klassifikatorische Vorschläge, theoretische Ansätze und analytische Dimensionen. In: Steffen Kailitz und Patrick Köllner (Hg.): Autokratien im Vergleich: Nomos (PVS Sonderheft, 47), S. 9–34.

Katzenstein, Peter J.; Rudra, Sil (Hg.) (2010): Beyond Paradigms: Analytic Eclecticism in World Politics. Political Analysis. New York: Palgrave Macmillan.

Kemper, Ulf (2015): Politische Legitimität und politischer Raum im Wandel. Eine historisch-systematische Studie zu einem Kontextverhältnis. Wiesbaden: Springer VS.

Khurana, Thomas (2003): Supertheorien, theoretical jetties und die Komplizenschaft von Theorien. In: Peter-Ulrich Merz-Benz und Gerhard Wagner (Hg.): Die Logik der Systeme. Zur Kritik der systemtheoretischen Soziologie Niklas Luhmanns. Konstanz: UVK Verl.-Ges (Theorie und Methode Sozialwissenschaften), S. 327–371.

Kieserling, André (2012): Legitimation durch Verfahren (1969). In: Oliver Jahraus, Armin Nassehi und et al (Hg.): Luhmann-Handbuch. Leben - Werk - Wirkung. Stuttgart: Metzler, S. 145–150.

Kieserling, André (2014): Systemreverenzen: Wie wertet die Theorie sozialer Systeme? Zu Niklas Luhmann: „Die Praxis der Theorie“, Soziale Welt 20/2 (1969). In: Norman Braun, Armin Nassehi und et al (Hg.): Begriffe - Positionen - Debatten. Eine Relektüre von 65 Jahren Soziale Welt. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos-Verl (21), S. 89–99.

- Kirchmeier, Christian (2012): Sinn. In: Oliver Jahraus, Armin Nassehi und et al (Hg.): Luhmann-Handbuch. Leben - Werk - Wirkung. Stuttgart: Metzler, S. 117–119.
- Klymenko, Irina (2012): Autopoiesis. In: Oliver Jahraus, Armin Nassehi und et al (Hg.): Luhmann-Handbuch. Leben - Werk - Wirkung. Stuttgart: Metzler, S. 69–71.
- Kneuer, Marianne (2017): Legitimation beyond ideology: authoritarian regimes and the construction of missions. In: *Z Vgl Polit Wiss* 11 (2), S. 181–211.
- Knobloch, Jörn (2006): Hybride Systeme. Hamburg, Potsdam: LIT (37).
- Knobloch, Jörn (2013): Zwischen Fremd- und Selbstreferenz: Typologien und Wandel von Autokratien in der Weltgesellschaft. In: Steffen Kailitz und Patrick Köllner (Hg.): Autokratien im Vergleich: Nomos (PVS Sonderheft, 47), S. 35–60.
- Köhler, Kevin; Warkotsch, Jana (2010): Konzeptualisierungsstrategien, Regimetyptologien und das Problem des Kontinuums. In: Holger Albrecht und Rolf Frankenberger (Hg.): Autoritarismus reloaded. Neuere Ansätze und Erkenntnisse der Autokratieforschung. Baden-Baden: Nomos (10), S. 61–79.
- Kollmorgen, Raj; Merkel, Wolfgang; Wagener, Hans-Jürgen (2015): Transformation und Transformationsforschung: Zur Einführung. In: Raj Kollmorgen, Wolfgang Merkel, Hans-Jürgen Wagener und Gudrun Mouna (Hg.): Handbuch Transformationsforschung. Wiesbaden: Springer VS, S. 11–27.
- Köllner, Patrick (2008): Autoritäre Regime- Ein Überblick über die jüngere Literatur. In: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 2 (2), S. 351–366.
- Krause, Detlef (2005): Luhmann-Lexikon. Eine Einführung in das Gesamtwerk von Niklas Luhmann ; mit über 600 Lexikoneinträgen einschließlich detaillierter Quellenangaben. 4., neu bearb. und erw. Aufl. Stuttgart: Lucius & Lucius (UTB Soziologie fachübergreifend, 2184).
- Kusche, Isabel (2012): Erwartungen über Publikumserwartungen. Politische Wahlen und die Segmentierung des politischen Publikums. In: *Zeitschrift für Soziologie* 41 (4), S. 277–294.
- Kusche, Isabel (2014): Konstruktivismus und funktionale Analyse – Systemtheoretische Reformulierung des Kausalitätskonzeptes am Beispiel der Klientelismusforschung. In: Renate Martinsen (Hg.): Spurensuche: konstruktivistische Theorien der Politik. Wiesbaden: Springer VS, S. 199–216.
- Lakoff, George (2009): Forword: Why Political Psychology Is Important. In: Aaron C. Kay, Hulda Thorisdottir und John T. Jost (Hg.): Social and psychological bases of ideology and system justification. Oxford, New York: Oxford University Press, S. xiii–xv.
- Lange, Stefan (2003): Niklas Luhmanns Theorie der Politik. Eine Abklärung der Staatsgesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Levada-Center (2015): Press-Releas Survey to Ukraine. Online verfügbar unter <http://www.levada.ru/eng/ukraine-5>.
- Levitsky, Steven; Way, Lucan A. (2002): Election without Democracy: The Rise of Competitive Authoritarianism. In: *Journal of Democracy* 13 (2), S. 51–66.

- Levy, Dino; Glimcher, Paul (2016): Common value representation - a neuroeconomic perspective. In: Tobias Brosch, Fabrice Clement, Julien A. Deonna, Ernst Fehr, Patrik Vuilleumier und David Sander (Hg.): *Handbook of value. Perspectives from economics, neuroscience, philosophy, psychology and sociology*. First edition. Oxford, New York: Oxford University Press, S. 85–119.
- Lindemann, Thomas (2008): Luhmann lesen ist wie Techno hören. In: *DIE WELT*, 06.11.2008. Online verfügbar unter <http://www.welt.de/2674164>, zuletzt geprüft am 08.10.2015.
- Linz, Juan José (2000 // 1975): *Totalitäre und autoritäre Regime*. Berlin: Berliner Debatte Wiss.-Verl. (Potsdamer Textbücher, 4).
- Lipset, Seymour Martin (1994): *Political man. The social bases of politics*. Expand. ed., 5. impr. Baltimore: Hopkins.
- Li, Shuang (2010 Jan): Beijing Mobile sets up obscenity guidelines. In: *Global Times* 22, 2010 Jan.
- Lodde, Adele Patricia (2010): *Markenerosion. Eine systemtheoretische Ursache-Wirkungs-Analyse*. Wiesbaden: Gabler Verlag / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH Wiesbaden.
- Loewenstein, Karl (1973): *Kooptation und Zuwahl. Über die autonome Bildung privilegierter Gruppen*. Frankfurt am Main: Metzner.
- Loewenstein, Karl (2000): *Verfassungslehre*. Tübingen: Mohr.
- Lorenz, Jan (2017): Modeling the Evolution of Ideological Landscapes Through Opinion Dynamics. In: Wander Jager, Rineke Verbrugge, Andreas Flache, Gert de Roo, Lex Hoogduin und Charlotte Hemelrijk (Hg.): *Advances in Social Simulation 2015*. Cham, s.l.: Springer International Publishing (528), S. 255–266.
- Lübbe, Hermann (2014): Ideokratie oder die Geburt der Gewalt aus enttrivialisierter Moral. In: Uwe Backes und Steffen Kailitz (Hg.): *Ideokratien im Vergleich. Legitimation - Kooptation - Repression*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht (51), S. 47–59.
- Luhmann, Niklas (1964): Funktionale Methode und Systemtheorie. In: *Soziale Welt* 15 (1), S. 1–25.
- Luhmann, Niklas (1967): Soziologische Aufklärung. In: *Soziale Welt* 18 (2/3), S. 97–123.
- Luhmann, Niklas (1970): Öffentliche Meinung. In: *Politische Vierteljahresschrift* 11 (1), S. 2–28.
- Luhmann, Niklas (1979): Zeit und Handlung - Eine vergessene Theorie. In: *Zeitschrift für Soziologie* 8 (1), S. 63–81.
- Luhmann, Niklas (1981): Machtkreislauf und Recht in Demokratien. In: *Zeitschrift für Rechtssoziologie* 2, S. 158–167.
- Luhmann, Niklas (1983a): Komplexität und Demokratie. In: Niklas Luhmann (Hg.): *Politische Planung. Aufsätze zur Soziologie von Politik und Verwaltung // Aufsätze zur Politik und Verwaltung*. 4. Aufl. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 35–45.

- Luhmann, Niklas (1983b): Öffentliche Meinung. In: Niklas Luhmann (Hg.): Politische Planung. Aufsätze zur Soziologie von Politik und Verwaltung // Aufsätze zur Politik und Verwaltung. 4. Aufl. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 9–35.
- Luhmann, Niklas (1986): Die Zukunft der Demokratie. In: Akademie der Künste Berlin (Hg.): Der Traum der Vernunft, vom Elend der Aufklärung. Eine Veranstaltungsreihe der Akademie der Künste. Zweite Folge. Darmstadt: Luchterhand (2), S. 207–217.
- Luhmann, Niklas (1988): Erkenntnis als Konstruktion. [Vortrag im Kunstmuseum Bern, 23. Oktober 1988]. Bern: Benteli.
- Luhmann, Niklas (1989a): Legitimation durch Verfahren. Frankfurt/M.: Suhrkamp-Taschenbuch Verl. (Suhrkamp-Taschenbuch / Wissenschaft, 443).
- Luhmann, Niklas (1989b): Theorie der politischen Opposition. In: *Zeitschrift für Politik* 36 (1), S. 13–26.
- Luhmann, Niklas (1991): Politik und Moral Zum Beitrag von Otfried Höffe. In: *Politische Vierteljahresschrift* 32 (3), S. 497–500.
- Luhmann, Niklas (1993a): Deconstruction as Second-Order Observing. In: *New Literary History* 24 (4), S. 763–782.
- Luhmann, Niklas (1993b): „Was ist der Fall?“ und „Was steckt dahinter?“ Die zwei Soziologien und die Gesellschaftstheorie. In: *Zeitschrift für Soziologie* 22 (4), S. 245–260.
- Luhmann, Niklas (1995): Die Realität der Massenmedien. Wiesbaden, s.l.: VS Verlag für Sozialwissenschaften (333).
- Luhmann, Niklas (1997a): Die Gesellschaft der Gesellschaft. 2 Bände. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas (1997b): Funktion und Kausalität. Neuauflage von KZfSS 1962 (14), S. 617–644. In: Jürgen Friedrichs, Karl Ulrich Mayer und Wolfgang Schluchter (Hg.): Soziologische Theorie und Empirie. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 23–51.
- Luhmann, Niklas (1999): Zweckbegriff und Systemrationalität. Über die Funktion von Zwecken in sozialen Systemen. 6. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp (12).
- Luhmann, Niklas (2002): Beobachtungen der Moderne. 2002. Aufl. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, Niklas (2003): Macht. 3. Aufl. Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Luhmann, Niklas (2005a): Die Politik der Gesellschaft. 1. Aufl. [2. Nachdr.]. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 1582).
- Luhmann, Niklas (2005b): Machtkreislauf und Recht in Demokratien. In: Niklas Luhmann (Hg.): Soziologische Aufklärung 4. Beiträge zur funktionalen Differenzierung der Gesellschaft. 3. Aufl. 6 Bände. Opladen: VS Verl. für Sozialwiss (Soziologische Aufklärung, 4), S. 148–158.
- Luhmann, Niklas (2009): Grundrechte als Institution. Ein Beitrag zur politischen Soziologie. 5. Aufl // 5. Berlin: Duncker & Humblot (Schriften zum öffentlichen Recht, 24).

- Luhmann, Niklas (2010): Politische Soziologie. 1. Aufl. Berlin: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas (Hg.) (2012a): Die Moral der Gesellschaft. Herausgegeben von Detlef Horster. 3. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas (2012b): Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie. 15. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 666).
- Luhmann, Niklas; Baecker, Dirk (2002): Einführung in die Systemtheorie. 1. Aufl. Heidelberg: Carl-Auer-Systeme-Verl.
- Luhmann, Niklas; Kieserling, André (2008): Liebe. Eine Übung. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas; Kieserling, André (2012): Macht im System. 1. Aufl. Berlin: Suhrkamp.
- Machura, Stefan (1993): Niklas Luhmanns „Legitimation durch Verfahren“ im Spiegel der Kritik. In: *Zeitschrift für Rechtssoziologie* 14 (1), S. 97–114.
- Marquez, Xavier (2016): The Irrelevance of Legitimacy. In: *Political Studies* 64 (1_suppl), S. 19–34.
- Martin, Dirk (2001): Moralische Kommunikation in der funktional differenzierten Gesellschaft. Zur Kritik der Soziologie der Moral von Niklas Luhmann. In: Alex Demirović (Hg.): Komplexität und Emanzipation. Kritische Gesellschaftstheorie und die Herausforderung der Systemtheorie Niklas Luhmanns. 1. Aufl. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 177–195.
- Maturana, Humberto R.; Varela, Francisco J. (1980): Autopoiesis and Cognition. The Realization of the Living. Dordrecht: D. Reidel Publishing Company.
- Matuszek, Krzysztof C. (2007): Der Krieg als autopoietisches System. 1. Aufl. s.l.: DUV Deutscher Universitäts-Verlag.
- Mayer-Schönberger, Viktor; Cukier, Kenneth (2013): Big Data. Die Revolution, die unser Leben verändern wird. Unter Mitarbeit von Dagmar Mallett. 2. Aufl. München: Redline Verlag.
- Mayntz, Renate (2001): Steuerungstheoretische Metatheorie. Zur Selektivität Steuerungstheoretischer Perspektive. In: Hans-Peter Burth und Axel Görlitz (Hg.): Politische Steuerung in Theorie und Praxis. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos-Verl.-Ges (Schriften zur Rechtspolitik, 12), S. 17–27.
- Mayntz, Renate (2015): Wohlfahrtsökonomische und systemtheoretische Ansätze zur Bestimmung von Gemeinwohl. In: Herfried Münkler und Karsten Fischer (Hg.): Gemeinwohl und Gemeinsinn. Rhetoriken und Perspektiven sozial-moralischer Orientierung. Berlin: Akademie Verlag (2), S. 111–126.
- McNamee, Stephen J.; Miller, Robert K. (2014): The meritocracy myth. 3. Aufl. Lanham, Md: Rowman & Littlefield Publishers Inc.
- Merkel, Wolfgang (2010a): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2., überarb. und erw. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss (Lehrbuch).
- Merkel, Wolfgang (2010b): Das Ende der Euphorie. Kehren die Diktaturen zurück? Theoretische und empirische Befunde. In: *WZB-Mitteilungen* 127, S. 36–39.

Merkel, Wolfgang (2010c): Das Ende der Euphorie. Der Systemwettbewerb zwischen Demokratie und Diktatur ist eingefroren. In: *Internationale Politik*, S. 18–23. Online verfügbar unter <http://www.internationalepolitik.de/2010/05/01/das-ende-der-euphorie/>, zuletzt geprüft am 01.05.2011.

Merkel, Wolfgang (2015): Nur schöner Schein? Demokratische Innovationen in Theorie und Praxis. Eine Studie der Otto-Brenner-Stiftung. Frankfurt am Main (OBS-Arbeitsheft, 80). Online verfügbar unter <https://www.otto-brenner-shop.de/publikationen/obs-arbeitshefte/shop/nur-schoener-schein-ah80.html>, zuletzt geprüft am 11.08.2016.

Merkel, Wolfgang; Puhle, Hans-Jürgen; Croissant, Aurel; Eicher, Claudia; Thiery, Peter (2003): Defekte Demokratie. Band 1: Theorie. 2 Bände. Wiesbaden, s.l.: VS Verlag für Sozialwissenschaften (1).

Merz-Benz, Peter-Ulrich (2003): Die Bedingung der Möglichkeit von Differenz. Das Transzendentallogische Missverständnis in der Systemtheorie Luhmanns. In: Peter-Ulrich Merz-Benz und Gerhard Wagner (Hg.): Die Logik der Systeme. Zur Kritik der systemtheoretischen Soziologie Niklas Luhmanns. Konstanz: UVK Verl.-Ges (Theorie und Methode Sozialwissenschaften), S. 37–73.

Merz-Benz, Peter-Ulrich; Wagner, Gerhard (Hg.) (2003): Die Logik der Systeme. Zur Kritik der systemtheoretischen Soziologie Niklas Luhmanns. Konstanz: UVK Verl.-Ges (Theorie und Methode Sozialwissenschaften).

Moll, Jorge; Zahn, Roland; Oliveira-Souza, Ricardo de (2016): The neural underpinning of moral values. In: Tobias Brosch, Fabrice Clement, Julien A. Deonna, Ernst Fehr, Patrik Vuilleumier und David Sander (Hg.): Handbook of value. Perspectives from economics, neuroscience, philosophy, psychology and sociology. First edition. Oxford, New York: Oxford University Press, S. 119–127.

Müller-Enbergs, Helmut (2008): Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit Teil 3: Statistiken. Berlin: Ch. Links Verlag (3).

Münkler, Herfried (1985): Politikwissenschaft. Zur Geschichte und Gegenstand, Schulen und Methoden des Fachs. In: Iring Fetscher und Herfried Münkler (Hg.): Politikwissenschaft. Begriffe, Analysen, Theorien; ein Grundkurs. Orig.-Ausg., 7. - 9. Tsd. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt (418), S. 10–25.

Münkler, Herfried (2005): Imperien. Berlin: Rowohlt.

Münkler, Herfried (2006): Paradies und Utopie in der Geschichte des politischen Denkens. In: Hubertus Buchstein (Hg.): Politik der Integration. Symbole, Repräsentation, Institution; Festschrift für Gerhard Göhler zum 65. Geburtstag. Unter Mitarbeit von Gerhard Göhler. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos (7), S. 55–73.

Nassehi, Armin (2012a): Soziologie. In: Oliver Jahraus, Armin Nassehi und et al (Hg.): Luhmann-Handbuch. Leben - Werk - Wirkung. Stuttgart: Metzler, S. 399–407.

Nassehi, Armin (2012b): Theorie ohne Empirie? In: Oliver Jahraus, Armin Nassehi und et al (Hg.): Luhmann-Handbuch. Leben - Werk - Wirkung. Stuttgart: Metzler, S. 424–428.

- Nassehi, Armin (2014): Vom Ende der zweiwertigen Soziologie zu einer operativen Theorie der Gesellschaft. Zu Walter Bühl: "Das Ende der zweiwertigen Soziologie. Zur logischen Struktur der soziologischen Wandlungstheorie", *Soziale Welt* 20/2 (1969). In: Norman Braun, Armin Nassehi und et al (Hg.): *Begriffe - Positionen - Debatten. Eine Relektüre von 65 Jahren Soziale Welt*. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos-Verl (21), S. 99–107.
- Nassehi, Armin (2015a): Die letzte Stunde der Wahrheit. Warum rechts und links keine Alternativen mehr sind und Gesellschaft ganz anders beschrieben werden muss. Hamburg: Murmann.
- Nassehi, Armin (2015b): Rethinking Functionalism. Zur Empiriefähigkeit systemtheoretischer Soziologie. In: Herbert Kalthoff, Stefan Hirschauer und Gesa Lindemann (Hg.): *Theoretische Empirie. Zur Relevanz qualitativer Forschung*. 2. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp (1881), S. 79–106.
- Nathan, Andrew J. (2003): Authoritarian Resilience. In: *Journal of Democracy* (1), S. 6–17.
- Nathan, Andrew J. (2009): Authoritarian Impermanence. China Since Tiananmen. In: *Journal of Democracy* 20 (3), S. 37–40.
- Neidhardt, Friedhelm (1994): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. In: Friedhelm Neidhardt (Hg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*. Opladen: Westdt. Verl (34), S. 7–42.
- Neidhardt, Friedhelm; Gerhards, Jürgen (1990): Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze. Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB). Berlin.
- Nullmeier, Frank (2010): Einleitung. In: Frank Nullmeier (Hg.): *Prekäre Legitimitäten. Rechtfertigung von Herrschaft in der postnationalen Konstellation*. Frankfurt am Main: Campus-Verl (14), S. 9–16.
- Nullmeier, Frank; Nonhoff, Martin (2010): Der Wandel des Legitimitätsdenkens. In: Frank Nullmeier (Hg.): *Prekäre Legitimitäten. Rechtfertigung von Herrschaft in der postnationalen Konstellation*. Frankfurt am Main: Campus-Verl (14), S. 16–45.
- Offe, Claus (2015): Wessen Wohl ist das Gemeinwohl? In: Herfried Münkler und Karsten Fischer (Hg.): *Gemeinwohl und Gemeininn. Rhetoriken und Perspektiven sozial-moralischer Orientierung*. Berlin: Akademie Verlag (2), S. 55–76.
- Oh, In-Je (1997): Das Kausalproblem bei Max Weber und in der neueren Wissenschaftstheorie. Frankfurt am Main: Peter Lang (Europäische Hochschulschriften, 326).
- Otto, Marcus (2003): Anzeichen eines Fundamentalismus der Funktion in Luhmanns systemtheoretischer Gesellschaftstheorie. In: Peter-Ulrich Merz-Benz und Gerhard Wagner (Hg.): *Die Logik der Systeme. Zur Kritik der systemtheoretischen Soziologie Niklas Luhmanns*. Konstanz: UVK Verl.-Ges (Theorie und Methode Sozialwissenschaften), S. 371–381.
- Patzelt, Werner J. (2009): Was soll und wie betreibt man vergleichende Diktaturforschung? Ein forschungsprogrammatischer Essay in evolutorischer Perspektive. In: *Totalitarismus und Demokratie* 6 (2), S. 167–2009. Online

verfügbar unter http://www.hait.tu-dresden.de/TDv/TD_06_02_Patzelt.pdf, zuletzt geprüft am 19.12.2011.

Pollack, Detlef (1990): Das Ende einer Organisationsgesellschaft. Systemtheoretische Überlegungen zum gesellschaftlichen Umbau der DDR. In: *Zeitschrift für Soziologie* 19 (4), S. 292–307.

Randow, Gero von (2016): Er wollte die Welt mit Intelligenz in den Griff bekommen. ... die machte aber nicht mit. Was wir dennoch von Gottfried Wilhelm Leibniz lernen können. In: *DIE ZEIT*, 20.10.2016 (44), S. 35.

Reese-Schäfer, Walter (2002): Parteien als politische Organisationen in Luhmanns Theorie des politischen Systems. In: Kai-Uwe Hellmann und Rainer Schmalz-Bruns (Hg.): *Theorie der Politik. Niklas Luhmanns politische Soziologie*. Orig.-Ausg., 1. Aufl // 1. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 1583), S. 109–131.

Reese-Schäfer, Walter (2011): Niklas Luhmann zur Einführung. 6. Aufl. Hamburg: Junius (396).

Ropohl, Günter (2012): *Allgemeine Systemtheorie. Einführung in transdisziplinäres Denken*. Berlin: edition sigma.

Roth, Michael (1988): Strukturelle und personale Gewalt. Probleme d. Operationalisierung d. Gewaltbegriffs von Johann Galtung. Frankfurt a.M: Hess. Stiftung Friedens- u. Konfliktforschung (1988,1).

Rzepka, Vincent (2014): Die symbolische Legitimation der Demokratie. Niklas Luhmann und die performative Generierung politischer Unterstützung. In: Darmstädter Atheneforum (Hg.): *Macht - Herrschaft - Regierung. Herrschaftslegitimation in Geschichte und Theorie*. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos, S. 19–40.

Saake, Irmhild (2012): Erleben / Handeln. In: Oliver Jahraus, Armin Nassehi und et al (Hg.): *Luhmann-Handbuch. Leben - Werk - Wirkung*. Stuttgart: Metzler, S. 77–79.

Sandschneider, Eberhard (1994): Systemtheoretische Perspektiven politikwissenschaftlicher Transformationsforschung. In: Wolfgang Merkel (Hg.): *Theorien, Ansätze und Konzeptionen*. Opladen: Leske + Budrich (Systemwechsel / Wolfgang Merkel ... (Hrsg.), 1), S. 23–47.

Sandschneider, Eberhard (1995): *Stabilität und Transformation politischer Systeme. Stand und Perspektiven politikwissenschaftlicher Transformationsforschung*. Opladen: Leske + Budrich.

Sartori, Giovanni (1999): Totalitarismus, Modellmanie und Lernen aus Irrtümern. In: Eckhard Jesse (Hg.): *Totalitarismus im 20. Jahrhundert*. 2. Aufl. Bonn, S. 572–591.

Sartori, Giovanni (2006): *Demokratietheorie*. 3. Aufl., unveränd. Nachdr. der Sonderausg. 1997. Darmstadt: Wiss. Buchges.

Saunders, Peter (2006): Meritocracy and Popular Legitimacy. In: Geoff Dench (Hg.): *The Rise and Rise of the Meritocracy*. Malden, Mass: Blackwell, S. 183–195.

Schimank, Uwe (2015): Die Prekarität funktionaler Differenzierung - und soziologische Gesellschaftskritik als "double talk". In: Albert Scherr (Hg.):

Systemtheorie und Differenzierungstheorie als Kritik. Perspektiven in Anschluss an Niklas Luhmann. 1. Aufl. Weinheim: Beltz Juventa, S. 80–104.

Schmelzle, Cord (2015): Politische Legitimität und zerfallene Staatlichkeit. Frankfurt am Main, Berlin: Campus-Verl (80).

Schmidt, Manfred G. (2010): Demokratietheorien. Eine Einführung. 5. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss (Lehrbuch).

Schmotz, Alexander (2010): Die Vermessung der Grauzone. Hybride Regime zwischen Demokratie und Diktatur. In: *Berliner Debatte INITIAL* 21 (3), S. 54–66.

Schneider, Wolfgang Ludwig (2009): Grundlagen der soziologischen Theorie. Band 3: Sinnverstehen und Intersubjektivität - Hermeneutik, funktionale Analyse, Konversationsanalyse und Systemtheorie. 2. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden (3).

Schützeichel, Rainer (2003): Sinn als Grundbegriff bei Niklas Luhmann. Frankfurt am Main, Hagen: Campus-Verl (852).

Schützeichel, Rainer (2006): Selektivität des Sinns. Über den Sinn von Sinn in den soziologischen Theorien von Niklas Luhmann und Hartmut Esser. In: Rainer Greshoff und Uwe Schimank (Hg.): *Integrative Sozialtheorie? - Esser - Luhmann - Weber*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden.

Sciulli, David (1994): An Interview with Niklas Luhmann. In: *Theory, Culture & Society* 11 (2), S. 37–68.

Seiler, Christoph (2014): Die Diskursethik im Spannungsfeld von Systemtheorie und Differenzphilosophie. Wiesbaden, Hagen: Springer VS.

Shubat; Abdul-Hakim (2011): Rationale Rekonstruktion und empirische Realität: ein Beitrag zur Sozialtheorie von Max Weber, insbesondere: zum „Idealtypus“. Dissertation. Humboldt-Universität zu Berlin. Online verfügbar unter <http://edoc.hu-berlin.de/docviews/abstract.php?lang=ger&id=38160>, zuletzt geprüft am 01.08.2016.

Sitzer, P.; Heitmeyer, W. (2016): Protest / Violence. In: Kathrin Fahlenbrach, Martin Klimke und Joachim Scharloth (Hg.): *Protest cultures. A companion*. New York, Oxford: Berghahn (17), S. 436–447.

Snyder, Richard (2006): Beyond Electoral Authoritarianism. The Spectrum of Nondemocratic Regimes. In: Andreas Schedler (Hg.): *Electoral authoritarianism. The dynamics of unfree competition*. Boulder, Colo.: Rienner, S. 219–229.

Soentgen, Jens (1992): Der Bau. Betrachtungen zu einer Metapher der Luhmannschen Systemtheorie. In: *Zeitschrift für Soziologie (ZfS)* 21 (6), S. 456–466. Online verfügbar unter <http://www.zfs-online.org/index.php/zfs/article/viewFile/2813/2350>, zuletzt geprüft am 08.10.2015.

Stichweh, Rudolf (2010): Theorie und Methode in der Systemtheorie. In: René John und Anna Henkel (Hg.): *Die Methodologien des Systems. Wie kommt man zum Fall und wie dahinter?* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden (Philosophische Schriften, v.1 // 1), S. 15–29.

Stykow, Petra; Clasen, Ralf; Bialek, Katrin (2012): Wie verfasse ich eine wissenschaftliche Arbeit? Hinweise, Anregungen und Ratschläge für Studierende am Institut für Sozialwissenschaften. 6. Aufl. Hg. v. Humboldt-Universität zu Berlin und Institut für Sozialwissenschaften. Humboldt-Universität zu Berlin.

Tappolet, Christine; Rossi, Mauro (2016): What is value? Where does it come from? A philosophical perspective. In: Tobias Brosch, Fabrice Clement, Julien A. Deonna, Ernst Fehr, Patrik Vuilleumier und David Sander (Hg.): Handbook of value. Perspectives from economics, neuroscience, philosophy, psychology and sociology. First edition. Oxford, New York: Oxford University Press, S. 3–23.

Taylor, Tom R. (2006): Psychological Perspectives on Legitimacy and Legitimation. In: *Annual Review of Psychology* 57, S. 375–400.

Thorisdottir, Hulda; Jost, John T.; Kay, Aaron C. (2009): On the Social and Psychological Bases of Ideology and System Justification. In: Aaron C. Kay, Hulda Thorisdottir und John T. Jost (Hg.): Social and psychological bases of ideology and system justification. Oxford, New York: Oxford University Press, S. 3–27.

Torres Nafarrate, Javier (2013): Der Sinn als "die spezifische Differenz" des begriffs des Beobachters bei Luhmann. In: Perla Chinchilla, Aldo Mazzuchelli, Hans Ulrich Gumbrecht und Niklas Luhmann (Hg.): Beobachtung zweiter Ordnung im historischen Kontext. Niklas Luhmann in Amerika. München: Fink, S. 247–273.

United States Department of Defense (08.11.2010): Dictionary of Military and Associated Terms. Online verfügbar unter http://www.dtic.mil/doctrine/new_pubs/jp1_02.pdf, zuletzt geprüft am 31.05.2014.

Wagner, Elke (2012): Theorie ohne Kritik? In: Oliver Jahraus, Armin Nassehi und et al (Hg.): Luhmann-Handbuch. Leben - Werk - Wirkung. Stuttgart: Metzler, S. 428–432.

Waschkuhn, Arno (1998): Demokratietheorien. Politiktheoretische und ideengeschichtliche Grundzüge. München: Oldenbourg (Lehr- und Handbücher der Politikwissenschaft).

Weber, Andreas (2005): Subjektlos. Zur Kritik der Systemtheorie. Konstanz: UVK Verl.-Ges.

Weber, Gudrun; Auerbach, Thomas (2014): Genossen, wir müssen alles wissen! DDR-Alltag im Spiegel der Stasi-Akten; ein Lesebuch. 1. Aufl. Berlin: Lukas-Verl.

Weber, Max (1921): Wirtschaft und Gesellschaft. Tübingen: J. C. B. Mohr.

Weber, Max (1958): Politik als Beruf. In: Max Weber (Hg.): Gesammelte politische Schriften. 2. Aufl. Tübingen: J. C. B. Mohr, S. 493–548.

Weber, Max (1988): Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre. Tübingen: Mohr.

Welzer, Harald (2016): Die smarte Diktatur. Der Angriff auf unsere Freiheit. Frankfurt am Main: S. Fischer.

Willke, Helmut (2001): Steuerungstheorie. Grundzüge einer Theorie der Steuerung komplexer Sozialsysteme. 3., bearb. Aufl. Stuttgart: Lucius & Lucius (UTB für Wissenschaft Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, Interdisziplinär, 1840).

Willke, Helmut (2006): Grundlagen. Eine Einführung in die Grundprobleme der Theorie sozialer Systeme; mit einem Glossar. 7. Aufl. Stuttgart: Lucius & Lucius (1161).

Wimmer, Hannes (2002): Demokratie als Resultat politischer Evolution. In: Kai-Uwe Hellmann und Rainer Schmalz-Bruns (Hg.): Theorie der Politik. Niklas Luhmanns politische Soziologie. Orig.-Ausg., 1. Aufl // 1. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 1583), S. 223–260.

Wintrobe, Ronald (2005): Dictatorship. Analytical Approaches. University of Western Ontario. Online verfügbar unter <http://time.dufe.edu.cn/jingjiwencong/waiwenziliao/dictatorshipsurvey.pdf>, zuletzt geprüft am 16.03.2009.

Wittgenstein, Ludwig (Hg.) (2004): Logisch-philosophische Abhandlung. Tractatus logico-philosophicus. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp (12).

Young, Michael (1958): The Rise of the meritocracy. London: Thames & Hudson.

Ziegler, Heinz O. (1932): Autoritärer oder totaler Staat. Tübingen: Mohr.